

Vorerst einmal: Der Herr Kollege Schützenhöfer bittet mich im Wege des Herrn Präsidenten Dr. Klausner und meines Klubobmannes, zum Begriff „Hetzhund“, den man im unkorrigierten Protokoll vorgefunden hat, eine Erklärung abzugeben. Sollte dieser Begriff dort aufscheinen, so kann damit bestenfalls eine symbolische Darstellung eines Stils und einer Taktik gegenüber dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner gemeint sein, dessen sich die Herren Schützenhöfer und Dr. Hirschmann bedienen. Eine biologische Zuordnung war damit mit Sicherheit nicht gemeint. Ich hoffe, Sie nehmen das so zur Kenntnis.

Ich habe mich deswegen jetzt zu Wort gemeldet, weil ich selbstverständlich als Abgeordneter des Bezirkes Liezen zur Frage der Ennsstrasse einige Worte verlieren muß.

Meine Damen und Herren, es hat gar keinen Sinn, die inhaltlichen Argumente pro und kontra hier wieder aufzuwärmen. Das haben wir zur Genüge am 9. Juli des Vorjahres getan. Mir geht es im wesentlichen darum, zu dem Stellung zu nehmen, was sich auf der demokratiepolitischen Ebene in diesem Zusammenhang vollzieht. Sie wissen, daß ÖVP/FPÖ einen Mehrheitsbeschluß gefaßt haben, der in etwa lautet „machen wir Volksbefragungen, und das Ergebnis der Volksbefragungen wird akzeptiert werden“. Ich stehe auch nicht an zu sagen, daß ich mich mit diesem Mehrheitsbeschluß damals nicht identifiziert habe, auch heute dem Grunde nach nicht identifizieren kann, weil ich glaube, daß es politische Aufgabe ist, einfach für die Umsetzung von Verordnungen und von Recht zu stehen. Nichtsdestotrotz haben mittlerweile diese Volksbefragungen stattgefunden, und in fünf Gemeinden ist ein eindeutiges Ergebnis herausgekommen. Nämlich das, daß mehr als 72 Prozent derjenigen, die an diesen Befragungen teilgenommen haben, für die ennsnahe Trasse, die sogenannte „ennsnahe Trasse“, votiert haben.

Und mir geht es jetzt in erster Linie darum, einmal ein Argument auszuräumen. Nämlich die rechtliche Unmöglichkeit, die vielerorts da vorgeschoben wird. Das ist ein Argument, das nicht stimmt, und ist ein vorgeschobenes Argument, das nicht wahr ist. Warum? Es gibt zwei Problemkreise, das eine ist die wasserrechtliche Genehmigung und das andere ist die naturschutzrechtliche Genehmigung. Und die wasserrechtliche Genehmigung ist möglich. Ich zitiere jetzt den Bericht des zuständigen Juristen für dieses Straßenbauvorhaben für die wasserrechtliche Bewilligung, der zusammenfassend folgendes an die Regierung berichtet: „Zusammenfassend ist daher festzustellen, daß sich das Projekt zwar grundsätzlich als bewilligungsfähig erweist, die privatrechtlichen Voraussetzungen hinsichtlich der betroffenen Grundstückseigentümer jedoch vorher zu schaffen wären.“

Was heißt das, meine Damen und Herren? Materiellrechtlich gibt es kein Problem, so schaut es aus. Formell – rechtlich gilt es, Voraussetzungen zu schaffen. Und die Schaffung dieser Voraussetzungen liegt in der Einräumung von Zwangsrechten zugunsten des Landes. Die können sein eine Enteignung, die können aber auch andere rechtliche Instrumentarien sein. Und jetzt gibt es natürlich einige, die bestreiten, daß das möglich ist. Auch das ist nicht richtig, wenn wir dem Gutachten des Leiters der Abteilung für Verfassung

beim Land Steiermark und dem Gutachten, das gemeinsam mit dem Herrn Prof. Korinek gemacht wurde, folgen. In diesem Gutachten heißt es, und das ist der Succus dieser Aussage – ich zitiere: „Es wäre daher auch eine Enteignung beziehungsweise eine Begründung von Zwangsrechten nach Paragraph 17 Bundesstraßengesetz möglich, um das rechtliche Hindernis für die Errichtung der Straße, das sich aus der Nichtzustimmung eines Grundeigentümers im Wasserrechtsverfahren ergeben könnte, zu beseitigen.“ Also auch ein eindeutiges Gutachten, das sich in diese Richtung hin positiv ausspricht.

Zum zweiten Problemkreis; Problemkreis naturschutzrechtliches Verfahren. Es ist ja unbestritten, daß es zur Zeit eine naturschutzrechtliche Bewilligung gibt. Eine Verlängerung dieses Bescheides ist rechtlich möglich und ist rechtlich, bitte, sogar geboten, wenn der Konsenswerber nicht aus eigenem Verschulden sozusagen die Verlängerung zu vertreten hat, die Fristverlängerung zu vertreten hat. Daß das nicht der Fall ist, wissen Sie alle auf Grund der rechtlichen Verfahren nach dem Wasserrecht. Das heißt, korrekterweise müßte der Naturschutzreferent, korrekterweise, eine Verlängerung des naturschutzrechtlichen Bescheides aussprechen. Dabei ist auch völlig unerheblich, ob der Naturschutzbeirat zwei Varianten begutachtet hat und beide mit verschiedener Wertigkeit versehen hat. Das ist rechtlich völlig irrelevant.

Ich glaube, ich habe jetzt sehr deutlich herausgearbeitet, daß die Umsetzung der B.146 in der verordneten Form rechtlich möglich und gar nicht einmal schwer möglich ist. Und wenn ich damit vergleiche das, was man auch dieser Volksbefragung unterzogen hat, nämlich die geplante Alternativvariante, so muß ich sagen, daß diese geplante Alternativvariante nicht nur bei der Bevölkerung auf keinerlei Gegenliebe stößt – das sagen die Ergebnisse –, sondern auch rechtlich ein völliges Nullum ist. Die Alternativvariante hat überhaupt keinerlei rechtliche Genehmigung und keine rechtliche Qualität. Ganz abgesehen davon, daß wir, wenn wir bereit sind, direktdemokratische Ergebnisse zu akzeptieren, auf diese zweite Variante gar nicht eingehen müßten.

Meine Damen und Herren, es hat der Kollege Heibl schon sehr deutlich gesagt, daß dort Millionen, 100 Millionen und mehr, bereits, man würde sagen, wenn es nicht gebaut wird, verschwendet wurden. Und es bedarf einer sehr großen Beherrschung, hier nicht politische Verantwortlichkeiten noch einmal sehr deutlich darzustellen. Im Dienste der Sache verzichte ich darauf, weil ich meine, daß wir den Menschen dort zu helfen haben.

Und Sie müssen sich in die Lage versetzen eines Bürgers zwischen Liezen und Pürgg-Trautenfels, dem vorgegaukelt wurde, dem gesagt wird „geh zu einer Volksbefragung, deine Stimme wird das Verhalten der Entscheidungsträger beeinflussen und wird sie bestimmen“, und dann stimmt er ab, kommt nach Hause und hört nichts mehr. Die Leute da oben sind demokratiemüde. Und das ist ein Zustand, wo man sowohl bei den Gegnern als auch bei den Befürwortern in Wirklichkeit keinen Weg des demokratischen Konsenses, kein Instrumentarium des demokratischen Weges mehr findet, um dort drüber-

zukommen. Weil was sollen sie mehr tun, als ein direktdemokratisches Instrument, das dafür eigentlich gar nicht geeignet ist, aber man hat es getan, zu nehmen und abzustimmen. Die Leute fühlen sich sonst gepflanzt; die Leute fühlen sich fürchterlich ins Leere geschickt; die Leute wissen nicht, was sie tun sollen, wenn jemand sagt: „Bitte stimme ab, und dann ist es eigentlich egal, was du getan hast.“ Ich glaube, daß alle dieses Ergebnis zu akzeptieren haben und alle politischen und rechtlichen Schritte zu setzen haben, um diese Trasse umzusetzen.

Jetzt mag es natürlich wieder den einen oder anderen geben, der sagt, „jetzt haben aber Lassing, Irdning und Aigen nicht abgestimmt“. Ganz abgesehen davon, daß Irdning so wie Pürgg auf der anderen Seite kein Grundstück an der Trasse hat, aber gut, haben wir da Pürgg, haben wir dort Irdning, ist es denkunmöglich, nahezu denkunmöglich, daß dieses Votum für die Trasse im Falle einer Volksbefragung in diesen Gemeinden – daß die Bürgermeister das jetzt nicht tun wollen, verstehe ich schon, weil sie Angst haben, dann deutlich zu verlieren – es denkunmöglich ist, es würde dort auch noch abgestimmt werden, ein anderes Gesamtergebnis herauskommt. Das ist denkunmöglich. In Wirklichkeit ist das Wort der Bevölkerung endgültig gesprochen. Und es liegt mir vor eine Resolution aus der Jahreshauptversammlung des Bürgerforums für die ennsnahe Trasse, die lautet:

„Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Entsprechung des Punktes 3 des Beschlusses des Steiermärkischen Landtages vom 9. Juli unverzüglich an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten heranzutreten, das Ergebnis der Volksbefragung umzusetzen.“

Und wir haben, so wie im Finanz-Ausschuß, in dem wir leider in der Minderheit verblieben sind – die Frau Kollegin Dr. Karisch hat ihre Funktion als Vorsitzende des Umwelt-Ausschusses dazu benützt, hier abzulehnen, indem sie gesagt hat: „Damit das Ennstal schön bleibt, lehnen wir diese Resolution ab“ – wir versuchen es jetzt mit einem Beschlußantrag, und wenn wir uns hier finden, sollte alles vergessen sein. Wir versuchen einen Beschlußantrag, der heißt:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alle politischen und rechtlichen Schritte zu setzen, um die Errichtung der verordneten Trasse der B 146 entsprechend den Ergebnissen der Volksbefragung zu erreichen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wenn wir Glaubwürdigkeit erhalten wollen, wenn wir die Menschen dort wirklich nicht in die Verzweiflung treiben wollen und wenn wir Demokraten sind, die Ergebnisse akzeptieren, dann sind wir verpflichtet, dieses Ergebnis mitzutragen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.58 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Kanduth, ich erteile es ihm.

Abg. Kanduth (11.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte doch zuerst auf den Beginn der Ausführungen des Kollegen Dr. Flecker kurz eingehen. Und zwar, weil ich wahrscheinlich gestern die Ursache ge-

wesen bin mit einem Zwischenruf. Da haben Sie mir geantwortet, Herr Dr. Flecker: „Jetzt sage ich Ihnen etwas, Herr Kollege Kanduth. Wer hat einen Stil von Regierungspolitik eingeführt, wie er nicht mehr erträglich ist – das war die ÖVP, das waren ihre Hetzhunde, Herr Schützenhöfer und Herr Dr. Hirschmann!“

Meine Damen und Herren, Dr. Flecker hat das kurz angesprochen. Es ist wohl keine Frage, daß das nicht biologisch gemeint sein kann. Ich frage mich überhaupt, ob es notwendig ist, zu solcher Wortwahl zu greifen, meine Damen und Herren. Wir tun uns doch alle miteinander nichts Gutes. Und Sie müssen gestern keinen besonders guten Tag gehabt haben, Kollege Dr. Flecker, weil Sie dann auch noch zu unserem Klubobmannstellvertreter gemeint haben, er soll seinen Stallgeruch zu Hause lassen. Ich weiß nicht, was das soll. (Abg. Gennaro: „Der Grillitsch ist auch nicht gerade fein!“) Kurt Gennaro! (Abg. Gennaro: „Du bist auch nicht fein beim Austeilen!“) Ich möchte nur sagen, versuchen wir doch, bitte, meine Damen und Herren, gemeinsam. (Abg. Dr. Flecker: „Er hätte sich informieren sollen!“) Okay! Es wäre nett gewesen, Herr Dr. Flecker, wenn Sie gesagt hätten „es tut mir leid, ich habe es gar nicht so gemeint!“ (Abg. Dr. Flecker: „Wenn der Kollege Grillitsch sich im Klub korrekt informiert hätte, dann hätte er auch gewußt, daß diese Auseinandersetzung auf Grund einer Begegnung anlässlich der Unterbrechung der Ausschüsse ihre Wurzeln gehabt hat!“) Nein, das war ja da. Das war ja da. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist eine andere Geschichte und hat überhaupt nichts mit dem Haus zu tun! Das soll er sich zuerst überlegen!“) Ich sage es nur, weil es mir einfach nicht gefällt. (Abg. Grillitsch: „Ich habe nur gesagt, du riechst wie eine Puderdose!“) Bitte verstehen Sie mich richtig, wenn man so lange in der Politik tätig ist und die Zeit auch vor 1991 voll erlebt hat, Freunde, dann meine ich, wir sollten wieder zu diesem Ton zurückfinden, den wir vor 1991 gehabt haben, in gemeinsamer Anstrengung. Es bringt uns doch nichts!

Und daher meine ich, daß es von Dr. Flecker eine nette Geste gewesen wäre, wenn er auch hier gesagt hätte „es tut mir leid, ist passiert!“ (Abg. Vollmann: „Hat er eh gesagt!“) Nein, hat der nicht gesagt, er hat das sehr klass umschrieben, aber ist auch Geschichte. Ich sage es noch einmal, ist halt so.

Meine Damen und Herren, zur ennsnahen Trasse noch viel zu sagen ist wirklich nicht mehr notwendig. Seit 1978 stehe ich hier an diesem Pult und habe diese Auffassung für die ennsnahe Trasse vertreten. Ich muß das auch sagen, Herr Dr. Flecker, wenn auch Ihre Fraktion in der Vergangenheit bis zum Jahr 1986, als sie die Minister gestellt haben für Bauten und Wirtschaft, so eminent für die ennsnahe Trasse eingesetzt hätte, dann würden wir heute schon drauf fahren. War leider nicht der Fall. Das kann man nicht beschönigen. In der Zeit der sozialistischen Minister ist es nicht einmal zu einer Verordnung gekommen. Freunde, das kann man nicht wegdiskutieren. (Abg. Dr. Flecker: „Weil die Landesregierung für die Planung zuständig ist!“) Nein, es ist ja im 90er Jahr dann auch gegangen mit dem Schüssel bitte, weil wir dementsprechend mit dem Schüssel geredet haben. Ich sage es nur, weil ich das zu hautnah erlebt habe. (Abg. Vollmann: „Ent-

schuldige, aber es ist schon zu einfach, auf einen Bautenminister diese Misere abzuschieben!“) Heinz, ich gebe dir recht, wenn du sagst zu einfach, aber weißt du, wenn man so lange an einer Sache dranhängt wie ich – bitte darf ich das auch sagen, ich wiederhole mich –, neben gestanden bin, neben dem Bürgermeister Tanner und dem Herrn Bautenminister Sekanina und dem Landeshauptmann und der Herr Sekanina damals dem Herrn Bürgermeister Tanner das Ehrenwort gegeben hat „wenn Sie zu Weihnachten nicht blockieren, wird im Frühjahr begonnen“, so wahr ich hier stehe, du kannst mir das glauben. (Abg. Vollmann: „Ich glaube dir das, aber die Problematik ist eine andere!“) Und daher mag ich das nicht, wenn man das dann abschiebt.

Meine Damen und Herren, ich möchte auf die rechtliche Seite nicht eingehen, weil hier decken sich meine Auffassungen ganz sicher mit denen des Dr. Flecker, das sage ich Ihnen auch. Ich war von jeher der Meinung, daß sie rechtlich durchsetzbar ist. Und für mich ist die ennsnahe Trasse natürlich überhaupt nicht gestorben. Ich sage Ihnen das, weil ich nach wie vor persönlich der Meinung bin, daß es die gescheiteste Lösung ist, letztlich auch die billigste Lösung ist. Das sollte uns doch einmal klar werden in der ganzen Sache, wenn man die Varianten kennt und wenn man also weiß, was hier auf die Gemeinden zukommt.

Ich habe mich 1993 auch aus der Abstimmung herausgehalten, weil ich sie für überflüssig gefunden habe, daß man die Gemeinden beauftragt, eine Volksbefragung durchzuführen. Sie haben es getan. Ich darf auch hier sagen, ich habe mit den drei Bürgermeistern, die meiner Fraktion angehören, sehr offen und sehr oft gesprochen, sie sollen es auch tun. Sie machen es nicht. Es ist mir auch wurscht, ich sage das heute auch. Es ist mir wirklich egal, obwohl in einer Gemeinde sogar ein Gemeinderatsbeschluß gefaßt wurde, eine Volksbefragung durchzuführen. Sie tun es nicht. Es stört mich auch nicht. Es kann aber auch natürlich kein Kriterium sein, weil die drei nicht mitgetan haben, daß man daraus ein Negativum für die ennsnahe Trasse macht. Das kann es nicht sein. Sie haben die Möglichkeit gehabt, ihre Gemeindeglieder zu fragen, sie haben das nicht getan, das ist ihre Entscheidung. Wir sind, glaube ich, am richtigen Weg in der Frage der ennsnahen Trasse. Und mein Klub hat einen Beschlußantrag vorbereitet, und den darf ich auch heute einbringen:

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Kanduth, Schützenhöfer, Tasch und Ing. Löcker. Nach der Volksbefragung, die gemäß Landtagsbeschluß Nr. 374 von 9. Juli 1993 in den Gemeinden Liezen, Stainach, Wörschach, Weißenbach und Pürgg-Trautenfels stattgefunden haben, soll eine Verkehrslösung zwischen Stainach und Liezen wie folgt umgesetzt werden:

Erstens: Die Landesbaudirektion wird aufgefordert, im Zuge der Verhandlungen über das Bundesstraßenbauprogramm 1995 mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten für eine entsprechende Dotierung des Bauvorhabens zur zügigen Fortsetzung der Bauarbeiten zu sorgen. Zweitens: Die Naturschutzbehörde hat die Bundesstraßenverwaltung um Stellungnahme aufgefordert, inwieweit

eine Gleichwertigkeit der untersuchten Alternativvarianten zur ennsnahen Trasse gegeben ist. Diese Beurteilung ist für die Verlängerung der naturschutzrechtlichen Bewilligung erforderlich. Die Bundesstraßenverwaltung wird noch im Dezember 1994 eine Stellungnahme abgeben. Drittens: Die Naturschutzbehörde soll bis Februar 1995 über diese Verlängerung mit Bescheid entscheiden: a) im Falle eines positiven Bescheides soll die Ablöse der Grundstücke für die ennsnahe Trasse abgeschlossen werden. Die Wasserrechtsbehörde wird aufgefordert, den Wasserrechtsbescheid auf Grund der bereits durchgeführten wasserrechtlichen Verhandlung rasch auszufolgen. b) Im Falle eines negativen Bescheides wird die Bundesstraßenverwaltung aufgefordert (Bundesministerium für Wirtschaftliche Angelegenheiten), gegen diese Entscheidung beim Verwaltungsgerichtshof Beschwerde einzubringen. Viertens: Die Bundesstraßenverwaltung soll weiterhin die offenen Rechtsverfahren für die gemäß Paragraph 4 Bundesstraßengesetz verordnete Umfahrung der B 146 – Ennstal Bundesstraße zwischen Stainach und Liezen betreiben.

Ich darf Sie einladen, unserem Beschlußantrag beizutreten. (Beifall bei der ÖVP. – 12.06 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Vesko.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (12.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Als meine Fraktion im Juli vergangenen Jahres den Vorschlag einer Volksbefragung unterbreitet hat, um auch zu gewährleisten, daß die Bürger dieses betroffenen Bereiches die Möglichkeit haben, an der Entscheidung teilzunehmen, Kollege Flecker, war Ihre Fraktion mit aller Vehemenz dagegen, das durchzuführen. Daher frage ich mich jetzt, warum Sie sich so vehement darauf berufen, daß diese Volksbefragung so ausgefallen ist. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, daß die Nichtentscheidung in drei Gemeinden das Ergebnis nicht verändern wird. Und wir sind alle miteinander Demokraten genug, um zur Kenntnis zu nehmen, daß die Bevölkerung diesen Wunsch sehr klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat, daß sie für diese ennsnahe Trasse ist. Und es haben jetzt alle Verfahren, die für diese Trasse notwendig sind, abgeschlossen zu werden, und wenn das positiv erfolgt, dann werden wir uns dem nicht entgegensetzen.

Ohne Beschlüsse und ohne die entsprechenden Bescheide und Verordnungen wird es eine endlose Geschichte bleiben. Und daher werden wir uns dem Vorschlag, dem Beschlußantrag, den Kollege Kanduth eingebracht hat, anschließen, weil wir der Meinung sind, daß er derjenige der beiden Beschlußanträge ist, der die Situation am klarsten umreißt und alle Möglichkeiten, die noch zu berücksichtigen sind, beinhaltet, und dem werden wir unsere Zustimmung erteilen. (Beifall bei der FPÖ. – 12.07 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Wort ist der Herr Kollege Purr, bitte schön!

Abg. Purr (12.08 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Die Vorredner haben sehr deutlich unterstrichen, was für uns der Semmeringbasistunnel bedeutet. Es ist großartig, wie auf diesem Gebiet, nämlich neue Eisenbahnlinien für die Steiermark, hier auch einhellig zusammengearbeitet wird. Und wenn wir mit dem Kollegen Straßberger aus dem Mürztal einen Mann im Steiermärkischen Landtag haben, der mit großer Überzeugung den Semmeringbasistunnel auch vertritt, so kann sich das nur für uns alle, und wir brauchen diese Lobby, positiv auswirken.

Wir brauchen aber auch noch viel mehr Druck auf den Koralmtunnel. Und ich gehe hier gerne den Weg der Gemeinsamkeit, daß dieses Projekt Süd-Ost-Spange eine Teilung erfährt, nämlich daß man der Trasse Graz-Klagenfurt mit dem Bau des Koralmtunnels eine entsprechende Priorität einräumt. Es muß unser steirisches Anliegen sein, die Verkehrsanbindung zum oberitalienischen Wirtschaftsraum so rasch als möglich zu finden, eine gute Anbindung zum zweitgrößten Wirtschaftsraum Europas. Und das habe ich immer wieder gesagt, auch in der Zeit, lange bevor der EU-Beitritt aktuell war.

Deshalb ist es erforderlich, daß ein Dreiparteienantrag, sprich ein Beschlußantrag, unterzeichnet von den Abgeordneten Purr, Dr. Frizberg, Dipl.-Ing. Chibidziura, Präsident Dr. Klauser, Trampusch, Heibl, Kowald, betreffend den Koralmtunnel hiemit eingebracht wird.

Wortlaut: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Arbeiten zur Machbarkeitsstudie und der Projektierung für die Süd-Ost-Spange der Eisenbahnverbindung von Graz nach Klagenfurt über die Koralmtrasse Priorität einzuräumen.“

Ich darf diesen Beschlußantrag dem Präsidenten überreichen. (Beifall bei der ÖVP. – 12.10 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke herzlich! Vorerst letzter Redner der Herr Kollege Vollmann.

Abg. Vollmann (12.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Mein Kollege Straßberger aus dem Bezirk Mürz-zuschlag hat ja schon heute von der Bedeutung des Semmeringtunnels und dieser Bahnverbindung mit den verkürzten Fahrzeiten, vor allem also in den Wiener Raum, gesprochen. Und ich freue mich darüber, daß es von allen Mandataren aller Parteien ein gemeinsames Bekenntnis zu diesem Semmeringtunnel, vor allem in unserem Mürztal, gibt. Und wir haben alle miteinander, auch die Frau Bundesrätin Pirchegger, die ja die Kollegin des Kollegen Straßberger ist, und der Abgeordnete Winfried Seidinger, unserer Freude darüber Ausdruck gegeben, daß Minister Klima eigentlich immer klar und deutlich und unverkennbar zu dieser Linie gestanden ist. Und wir freuen uns wirklich darüber. Wir hatten ja, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, die Möglichkeit, anlässlich des Beginns des Sondierungsstollens gemeinsam dort zu sein und doch auch im Endeffekt unserer Freude Ausdruck zu geben, daß endlich mit dieser Straße beziehungsweise dieser Bahn begonnen worden ist.

Wenn ich mich mit dem Wort „Straße“ versprochen habe, darf ich auch gleichzeitig bei der S 6 landen, Frau Landeshauptmannstellvertreterin. Die S 6 ist einer jener neuralgischen Punkte am Übergang zwischen der Steiermark und Niederösterreich im Raume Spital am Semmering, wo wir die größten Probleme haben, wo die meisten Unfälle sind, in einem Ort, wo die meisten Toten sind seit Jahren, und hier geschieht nichts. Außer Versprechungen hat der Herr Minister Schüssel in diesem Zusammenhang nichts übriggehabt bisher für uns. Außer den Grundablösen, die noch gemacht worden sind, meine Damen und Herren, ist nichts mehr geschehen. Und auf meine Anfrage heuer im Jänner haben Sie mir geantwortet, Sie kennen zwar das Bundesbudget nicht, aber der Herr Minister Schüssel hat Ihnen gesagt, es wäre natürlich möglich, auch während des Jahres hier im Budget Umlagerungen zu machen, so daß dort begonnen werden kann. Frau Landeshauptmannstellvertreterin, es tut mir leid, bis heute ist dort nichts geschehen.

Es geht dort die Belastung der Bevölkerung weiter, sie ist nicht mehr tragbar. Es finden laufend Demonstrationen statt, was ich verstehe. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Ich auch!“) Aber glauben Sie mir, die Bevölkerung von Spital am Semmering hat den Glauben an die Machbarkeit der Politik verloren. Und ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich bin ein bißchen enttäuscht darüber, daß das Land Steiermark hier nicht ein bißchen mehr Druck macht beim Herrn Minister Schüssel, weil es mir darum geht, daß dort wirklich – (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Das ist ein Irrtum, das liegt nicht am Minister Schüssel, das ist ein Irrtum!“) Der Herr Lacina, bitte, stellt ein Budget zur Verfügung, die Prioritäten dieses Budgets setzt der zuständige Minister. Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis, Frau Landesrätin.

Das ist dasselbe, wenn Sie sich – (Abg. Dr. Lopatka: „Landeshauptmannstellvertreterin, auch für dich Landeshauptmannstellvertreterin!“) Natürlich, selbstverständlich! Das ist dasselbe, wenn Sie sich immer ausreden auf den Finanzreferenten Ressel und sagen: „Ja, ich kriege nicht mehr Geld.“ Aber jeder einzelne Referent, bitte, jeder einzelne Referent setzt die Prioritäten selber.

Aber ich meine, man sollte gar nicht bei dieser S 6 stehenbleiben. Wir haben größte Probleme auch in den letzten Jahren immer wieder, und nicht nur im Mürztal, sondern in der ganzen Steiermark, bei den Dehnfugen der Brücken. Ich weiß es nicht, welche Lösung es hier gibt, ich bin kein Techniker. Aber es klagen die Leute, die in der Nähe dieser Brücken wohnen, über starke Lärmbelastigungen. Und man sagt mir immer wieder, in anderen Ländern, beispielsweise in Italien, hätte man eine Methode entwickelt, wo diese Belastung dieses Lärms des Drüberfahrens, vor allem dort, wo starke Belastungen sind, stark herabgemindert ist. Ich möchte Sie wirklich in dem Zusammenhang herzlich bitten, ob es nicht möglich wäre, einmal zu untersuchen, ob eine entsprechende Lösung bei diesen Fragen gegeben ist. Ich weiß, daß Sie da nicht zaubern können, auch die Technik nicht, aber vielleicht gibt es hier eine Möglichkeit.

Es fehlen auch noch immer Lärmschutzwände entlang der S 6, beispielsweise im Bereich Aller-

heiligen. Ich weiß es nicht, wer zuständig ist. Man hört also hier einerseits immer wieder, der Bund macht das nicht, andererseits heißt es, die Lärmmessungen hätten also zu wenig Lärm ergeben, der Bahnlärm wäre gleich hoch; wenn die Bahn nichts tut, dann tut die Straße auch nichts. Die Bevölkerung von Allerheiligen und Mürzhofen, Frau Landeshauptmannstellvertreterin und Herr Landesrat Pörtl, du weißt das ja auch, sind genügend gestraft durch die Geruchsbelästigungen, die es dort in diesem Bereich gegeben hat. Wir haben uns ja gemeinsam bemüht, das also auch wegzubringen, in Gesprächen mit dem Mürzverband und mit der Bevölkerung selber. Aber, meine Damen und Herren, es wird irgendwann einmal zuviel, daher auch eine Bitte, vielleicht kann man dort in diesem Bereich doch Abhilfe schaffen.

Ich habe hier vor zwei Jahren einen Antrag eingebracht auf den Ausbau der Ortsdurchfahrt Neuberg an der Mürz. Der Antrag ist ja schon länger, er stammt ja noch aus Mitte der achtziger Jahre. Außer ein Haus abgelöst von einer Familie ist dort bisher auch nichts geschehen. Ich möchte Sie nur daran erinnern, daß also das noch ausständig ist. Aber ich freue mich, daß die Umfahrung des Toten Weibes im Bereich der Straße Mürzsteg-Frein nun gelungen ist und daß wir im heurigen Jahr diesen Tunnel anschlagen konnten, denn er gewährleistet damit die Wintersicherheit dieser Straße und auch die touristische Entwicklung, die wir dort sicherlich ganz dringend brauchen.

Die Stanzer Straße, die mir immer ein Anliegen war, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, ist inzwischen fast fertiggestellt, ein Dankeschön dafür! Ich stehe auch nicht an, Ihnen Dank zu sagen, wenn etwas fertig ist und wenn Sie eine Leistung vollbracht haben. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Jetzt vertragen wir uns wieder!“) Ich darf nur in dem Zusammenhang erinnern, daß noch immer der Radweg fehlt, Kindberg-Birkfeld. Eine Forderung der Radfahrer. Sie wissen es ja, es ist moderner geworden, daher brauchen wir diese Radwege.

Aber nicht nur Kindberg-Birkfeld, sondern natürlich auch Veitsch und Neuberg, die ich ja auch in Anträgen hier bereits vor zwei Jahren eingebracht habe. Aber in Veitsch zeichnet sich ja eine Lösung ab, nachdem die Gemeinde Veitsch ja bereit ist, vorzufinanzieren und Sie, glaube ich, schon Ihr Okay dazu gegeben haben, daß also dort in diesem Bereich begonnen werden kann.

Damit wäre ich beim letzten Punkt angelangt: Neuberger Bahn. Die Nebenbahn Neuberg ist mir ein besonderes Anliegen. Der Kollege Straßberger hat es ebenfalls auch als sein Anliegen verifiziert, ich freue mich darüber, daß wir auch hier gemeinsames Wollen für unseren Bezirk an den Tag legen. Sie wissen, daß mit dem Bestand der Neuberger Bahn die Problematik der Arbeitsplätze in der Säge Neuberg dranhängt. Sollte es uns nicht gelingen, diese Neuberger Bahn, diese Nebenbahn zu erhalten, die, abgesehen von ihrem touristischen Wert und von der Frage der Umweltbelastung, eine große Rolle spielt, natürlich auch für die Entwicklung der Arbeitsplätze im Neuberger Tal von besonderer Bedeutung ist. Ich darf Sie daher bitten, die von mir aufgezeigten Dinge im Auge zu behalten, darf Sie bitten, wirklich mit größter Anstrengung Mittel einzusetzen, vor allem aber, daß

wir uns gemeinsam für die S 6 in Spital am Semmering einsetzen, dort ist und wird es unerträglich! Und ich muß Sie wirklich dringend bitten, hier alles zu unternehmen, gemeinsam alles zu unternehmen. Ich sage aber auch dazu, ich bin auch bisher beim Herrn Minister Lacina, wenn Sie schon gemeint haben, vorstellig geworden, aber auch beim Minister Schüssel, aber ich erhalte außer Vertröstungen leider auch nie zufriedenstellende Antworten, daher glaube ich, man müßte hier ein bißchen mehr Druck dahintersetzen.

Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 12.20 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Es war doch nicht die letzte Wortmeldung. Es hat sich zu Wort gemeldet der Herr Kollege Dr. Flecker.

Abg. Dr. Flecker (12.20 Uhr): (Abg. Purr: „Wird zurückgezogen!“) Das Vergnügen mache ich dir nicht, lieber Reinhold, weil du könntest etwas lernen!

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, ich darf noch eine kurze Erklärung zu unserem Verhalten bezüglich dieser Beschlüßanträge abgeben. Wir halten unseren Beschlüßantrag selbstverständlich aufrecht, weil wir der Meinung sind, daß er der weitergehende und für die Entscheidungsträger verbindlichere ist. Wir wollen aber nicht gegen den Beschlüßantrag der ÖVP stimmen, wir glauben auch, daß sie sich gegeneinander nicht ausschließen. Also, sie können durchaus nebenher bestehen, und dazu möchte ich sagen, daß wir den Beschlüßantrag so interpretieren, daß wir erwarten, daß die Bundesstraßenverwaltung die Gleichwertigkeit aus naturschutzrechtlicher Sicht bestätigt und betreibt, und wir erwarten nach Vorliegen des positiven Naturschutzbescheides, das heißt nach der Verlängerung, daß die rechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung eines positiven Bescheides im Wasserrechtsverfahren geschaffen werden, das heißt, wer auch immer die nötigen Zwangsrechte macht und die nötigen Ablösen macht.

In diesem Sinne stimmen wir auch diesem Beschlüßantrag zu. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.22 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Bitte, Frau Landeshauptmann!

Landeshauptmannstellvertreter Klasnic (12.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Eine an sich sehr ausgewogene Verkehrsdebatte, und ich muß ganz ehrlich dazu sagen, ich habe streckenweise das Gefühl gehabt, daß sich in dem Bereich, in dem wir gemeinsam arbeiten und Verantwortung tragen, es nicht sehr viele Differenzen gibt, sondern daß wir sehr viele gemeinsame Ziele haben. Und ich werde auch versuchen, im Laufe dieser Ausführungen jetzt den einzelnen Abgeordneten eine Antwort zu geben.

Ich fange bei den Radwegen an, Kollege Vesko, weil Sie diese als erstes angesprochen haben und der Herr Kollege Vollmann damit geendet hat. Wir haben ein Radwegeprogramm – es gibt einzelne Prioritäten –, aber wir haben selbstverständlich auch alles zu tun, damit zusätzlich die Verbindungen hergestellt werden. Und die momentanen Baukosten betragen

rund 55 Millionen im Land, ein Drittel Bund, ein Drittel Land, ein Drittel Gemeinde. Aber wenn wir über Verkehrspolitik, nämlich Straßen- und Bahnbereiche, reden, dann möchte ich eines anschnelden, worüber wir nicht sehr viel gesprochen haben, was mir aber besonders auch am Herzen liegt. Das sind jene Bereiche, wo wir selbstverständlich annehmen, daß alles in Ordnung ist, wo es aber nicht immer selbstverständlich ist, daß das passiert. Das ist die Straßenerhaltung, das ist die Straßenverwaltung in weiten Bereichen – und ich möchte es eigentlich an die Spitze stellen –, ebenso jene Maßnahmen, die wir im Bereich der Verkehrssicherheitsaufgaben treffen, weil gerade in der Straßenerhaltung es auch sehr viele Gefahren gibt. Wie oft fährt man irgendwo und sieht dann einige und sagt „na, na, da ist schon wieder eine ganze Gruppe zusammen, was wird gemacht“. Ich darf Ihnen sagen, daß es gerade auch im heurigen Jahr leider der Fall gewesen ist, daß ein 36-jähriger Familienvater im Dienst als Straßenverwaltungsmitarbeiter sein Leben lassen mußte, und an den möchte ich an erster Stelle in dieser Runde denken, es war der Herr Franz Ruß, 36 Jahre alt, eine Familie mit zwei Kindern ist zurückgeblieben, und es war im Einsatz.

Herr Kollege Heibl, Sie haben sehr viel gesagt, und da kann man dann schon anknüpfen. Es wird sich ja wiederholen, weil wir einen gemeinsamen Weg gegangen sind und die Kollegen auch dort immer wieder angeschlossen haben. Wenn Sie gemeint haben, in der Steiermark sei nur zum Teil oder seit eineinhalb Jahren nichts passiert, muß ich mich wehren, weil die Wanne wurde gebaut, das heißt die Baustelle war nie eingestellt im Ennstalbereich, aber selbstverständlich hätte das alles in einer anderen Geschwindigkeit gehen können.

Und der nächste Weg zeichnet sich bei den letzten Wortmeldungen und bei der gemeinsamen Resolution ab. Die fehlenden Kilometer auf der S 6 – auch die wiederholen sich wieder –, da darf ich auch nur sagen – und Kollege Vollmann hat es dann auch ausgesprochen – das Konzessionsmodell wird von einem der Herren Ministerialräte abgelehnt. Das ist die Situation, und ich glaube, das sollten wir einmal deutlich sagen, wenn wir uns immer von Minister zu Minister hanteln, wir müssen irgendwann schauen, auch die andere Ebene anzusprechen und zur Unterschrift und zur Empfehlung bewegen. Der Minister wird das nicht immer ganz allein machen oder es muß eine Weisung kommen, aber die hat bis jetzt gefehlt. Ich hoffe, daß diese Einigung zustande kommt.

Süd-Ost-Spange – ich bin noch immer beim Kollegen Heibl. Sie haben gemeint, die Planung hat nicht begonnen. Ich erinnere mich – es war im ersten Jahr des Amtsantrittes vom Herrn Bundesminister Klima. An einem 5. Mai bin ich bei ihm gewesen und wir haben darüber gesprochen, wie die Süd-Ost-Spange umgesetzt werden könnte, und die Empfehlung war, daß wir übereingekommen sind, über die Landesbaudirektionen flächensichernde Maßnahmen und so weiter einzuleiten. Ich weiß, daß diese Gruppe sich zweimal getroffen hat, das ist zu wenig, da müßte mehr weitergehen. Auch in diesem Sinne müßten wir uns mit dem Ministerium zusammensetzen beziehungsweise fordern, daß es schneller geht.

Ein bißchen aufgehört habe ich bei jener Runde, wo Sie gemeint haben, beim Terminal, der Herr Dr. Draxler beziehungsweise die ÖBB zeigt sehr wenig Lust, den Terminalbau umzusetzen. Ja, ich weiß genau, daß von uns jetzt eine sogenannte Wirtschaftlichkeitsberechnung gefordert wird, die nicht nur aus einer Fachgruppe kommen kann, sondern die vom Hause Wirtschaftskammer kommen wird und kommen muß. Gleichzeitig muß und darf ich Ihnen versichern, ich habe mit einem der Hauptverantwortlichen in der neuen Bundesbahngesellschaft, nämlich mit dem ehemaligen Bundesminister Streicher, gesprochen, der ja auch Vorsitzender ist von „Steyr-Fahrzeugtechnik“, wo wir sagen können, daß wir ab dem nächsten Jahr ungefähr 100.000 Fahrzeuge aus diesem Bereich ausliefern werden müssen und diesen Terminal daher ganz wichtig brauchen. Und er hat uns versprochen, uns in dieser Frage voll und ganz zu unterstützen.

Die Geschichte zweites Gleis Graz–Marburg: Einmal die Frage, weil Sie gesagt haben „aus irgendeinem Grunde abgetragen“. Mein Wissensstand ist, daß das einen inneren Zusammenhang mit dem Staatsvertrag und einer Aussage in diesem Staatsvertrag zur Folge hatte. Aber es ist selbstverständlich, und das ist auch für uns klar, daß der Nahverkehr, vor allem jetzt Graz–Leibnitz, eine besondere Priorität hat, und ich werde dann noch einmal darauf zurückkommen. Als Wirtschaftsreferent ist es mir aber bewußt, daß wir ja nicht nur von der Europäischen Union reden, sondern vor allem auch den südosteuropäischen Raum zu sehen haben und grenzübergreifende Arbeit leisten müssen. Es gibt ständige Kontakte auch mit den Verkehrsverantwortlichen der Nachbarstaaten, so kommt zum Beispiel der kroatische Verkehrsminister nächste Woche zu uns.

Ich habe ein bißchen aufgehört, als ich gestern in der Morgensendung des steirischen ORF gehört habe, daß Bürgermeister Gottlieb – seines Zeichens Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft – gesagt hat, er würde einen Vorschlag machen. Und da möchte ich dann gerne mit Ihnen darüber reden, weil das Gespräch bisher auch ein bißchen eine andere Linie hatte. Er meint, daß die Vergabe der öffentlichen Mittel nicht wie bisher auf acht und zehn Monate erfolgen sollte, sondern auf zwölf Monate.

Ich denke aber an unser Gespräch, wo wir fast beide gemerkt haben, daß es nicht ganz einfach sein wird, einfach jetzt zu sagen zwischen 8. Dezember und 6. Jänner soll es auch so etwas wie eine durchgehende Bauarbeit geben, wo Sie gemeint haben, da ist also das Durchsetzen oder das Verständnis noch nicht ganz da. Da wird man diskutieren müssen.

Was ich aber nicht zur Kenntnis nehme, und das war also gestern in der Aussage, daß es unter anderem geheißen hat, diese Bauarbeitslosigkeit im Dezember gibt es deshalb, weil die Unternehmer kündigen wollen vor Weihnachten, um sich Kosten zu sparen. Das ist eine Aussage, die wir uns eigentlich nicht verdient haben und wo ich glaube, daß man einfach darüber reden sollte, wie wir gemeinsam weiterkommen. Es sind bestimmte Aufträge da, die reichen für eine bestimmte Zeit. Wenn wir sie aufteilen müssen oder wollen, dann werden wir einen neuen Weg suchen müssen, und das soll in Absprache mit Ihrer Gruppe passieren.

Ich habe mich sehr gefreut, daß die Geschwindigkeitsbegrenzung 60 km/h, die ja eine Verordnung des Bundesministeriums in dem Fall ist, in der Nacht, von keiner der drei Fraktionen angenommen und von allen dreien als unverständlich angesehen wird. Ich sage nur leider dazu, Autobahnen und autobahnähnliche Straßen sind ausschließliche Ministerkompetenz. Wir werden in diesem Sinne einen Vorschlag einbringen, und ich bringe es umso leichter, nachdem ich mich jetzt auf Ihre Aussagen hier stützen kann. Innerhalb der Steiermärkischen Landesregierung können wir für die Bundesstraßen eine Entscheidung herbeiführen. Dort werden wir diese Verordnung herausgeben. 60 Kilometer pro Stunde ist keine Geschwindigkeit, ja, ein bißchen kenne ich mich in dem Geschäft aus. Und weil Sie verlangt haben, es sollte uns der Mut nicht fehlen, an Mut wird es uns nicht mangeln.

Der Herr Kollege Dipl.-Ing. Vesko hat viele offene Aufgaben angeschnitten, vor allem in Richtung „Schiene ins neue Europa“. Damit kommen wir auch – eigentlich hat er mir heute gefehlt. Dr. Gilbert Frizberg hat gar nichts geredet, sonst wäre die Neue Bahn vollständig gewesen, nachdem Kollege Schrittwieser die Hauptrede gehalten hat. Aber das ist jetzt ein bißchen aufgeteilt – ich darf nur sagen, wie ist es bei den Nebenbahnen gelaufen. Im Jänner gab es eine Ankündigung, rasch nach dem Antritt des Herrn Dr. Draxler, daß er gemeint hat, die Nebenbahnen werden dort oder da eingestellt werden, wo sie nicht lukrativ sind. Dann hat es laufend verschiedene Zahlen im Laufe des Jahres gegeben. Weil der Herr Kollege Dipl.-Ing. Getzinger von neuen Betreibermodellen gesprochen hat, erinnere ich mich an Aussagen, die ich selbst im August oder im September getroffen habe, wo wir gesagt haben, auch private Trägerschaften sind gefragt. Oder vielleicht kann man auch im Bereich der Landesbahn das eine oder andere ansprechen. Von seiten Dr. Draxler haben wir dann Anfang November einen Gesprächstermin bei uns in Graz gehabt, und zwei Tage später haben die Landeshauptleute einen ultimativen Brief bekommen, in dem gestanden ist, Entscheidung bis 30. November über die Zuzahlung, ansonsten Schließung mit 1. Jänner. Gestern fand ich in meiner Postmappe eine Antwort beziehungsweise eine Anmeldung. Ein morgiges Telefongespräch ist erwünscht, um 8 Uhr, ich werde das gerne führen und werde Ihnen dann sozusagen im Zweiergespräch berichten, weil das Thema ja morgen nicht am Programm steht.

Gleichzeitig gibt es auch – und das habe ich beim letzten Mal schon gesagt – von den Landesfinanzreferenten die Bitte, einheitliche Aussagen zu treffen. Und ich werde den Brief später noch in einer kurzen Passage zitieren. Ich habe das Gefühl gehabt – Herr Kollege Vesko, Sie waren nicht der einzige, es waren einige der Kollegen dafür, daß es eine sehr offene Aussprache zu den Themen gibt, nämlich auch dann, wenn es das Risiko oder die Gefahr gibt, daß man die eine oder andere Bahn in der Form nicht mehr weiter betreiben kann. Es sind Steuermittel eingesetzt, es sind die Probleme der Finanzierung. Aber es wurde auch angesprochen – und darüber bin ich sehr froh – die Mautfrage, die ja nicht auf Dauer eine steirische sein kann und sein darf. Mautfrage heißt für mich

österreichweite Lösung. Das sagen wir gemeinsam seit Jahren, und ich hoffe, da kommen wir auch ein Stück weiter.

Der Kollege Prutsch aus Radkersburg hat die Sicherung der Bahnstrecke angesprochen. Das ist das eine Thema, und das zweite, das Sie gemeint haben, ob es eine Machbarkeitsstudie Murska Sobota gibt. Da darf ich Ihnen berichten, daß es zwei Arbeitssitzungen gegeben hat beziehungsweise jetzt wieder eine Einladung gibt, die von seite der Slowenen ohne eine Antwort blieb. Wir hoffen, daß wir diese Studie bis 1995, Frühjahr sage ich jetzt dazu, in der Grundkonzeption fertig haben. Dann dauert es zwei bis drei Monate, bis wir sie öffentlich machen können, weil sie überarbeitet werden muß.

Sie haben gemeint, MÖST-Mittel einzusetzen für die Nebenbahnen, so habe ich das verstanden, weil Sie die Ausdehnung des Netzes, den Draxler-Brief, zitiert haben. MÖST-Mittel sind einzusetzen für den Ausbau der Infrastruktur, und ich glaube, das sollten wir uns erhalten, weil wir das unbedingt brauchen.

Im Verkehrsverbund wurde einiges angesprochen. Sie reden von einer Attraktivierung der Angebote, zum Beispiel in Zusammenarbeit mit Schulbusunternehmen und einem Modellbezirk. Die Verkehrsverbundgesellschaft wird das gerne prüfen. In diesem Sinne werden Sie eine Antwort bekommen.

Daß der Kollege Straßberger nicht nur ans Mürztal denkt und nicht nur an den Semmeringbasistunnel, sondern auch sofort die Süd-Ost-Spange und den Koralmtunnel angesprochen hat, war eigentlich sehr wichtig, weil es geht uns allen in diesem Haus nicht um ein Entweder-Oder, sondern um ein Sowohl-als-Auch, weil wir beides brauchen. Und vor allem sage ich jetzt dazu, daß wir halt in vielen Bereich auch versuchen werden müssen, Alternativen zu finden. Auch im Finanzierungsbereich, wie es bei der S 6 einen solchen Vorschlag gibt.

Ich möchte aber schon, um bei Stollen- und bei Tunnelgrabungen zu bleiben, sagen, es hat diese Bereisung vom Herrn Bundesminister Klima am 9. September gegeben. Es wurde dieser Sondierstollen offiziell mit einem Baggeraushub begonnen. Die Vortriebarbeiten haben am 5. Dezember begonnen. Ich weiß, daß also jetzt dort 20 Arbeiter, die in den nächsten Wochen auf 40 erhöht werden sollten, mit dieser Vortriebsarbeit beschäftigt sind, und ich gehe davon aus, daß dieser Vortriebsstollen auch wirklich durchgesetzt wird.

Gleichzeitig möchte ich sagen, daß wir momentan in der Steiermark drei Tunnelprojekte haben und eigentlich das Tunnelland in Österreich sind: Galgenbergtunnel, Tunnel Totes Weib und der Semmeringsondierstollen. Das heißt auch, daß ich nicht anstehe, mich beim zuständigen Bundesminister für die Unterstützung zu bedanken. Ich sage aber gleichzeitig auch dazu, daß ich bei dieser Barbarafeier am Semmeringstollen oben schon eigentlich bewegt war, was mir einige der Arbeiter gesagt haben: Der eine hat gemeint, er ist 33 Jahre Mineur und hat das erste Mal die Möglichkeit, in der Steiermark einen Arbeitsplatz zu haben. Das bedeutet für die Menschen etwas. Und wenn es ihnen gelingen soll in den nächsten Jahren, nämlich Vortrieb zwei bis vier Jahre und dann den Stollen als Ganzes, dann wäre das für manche auch die

Belohnung eines langen einsatzreichen Lebens, weil es dort eigentlich, für meine Begriffe, sehr viel ältere Mineure gegeben hat.

Der Herr Kollege Köhldorfer hat über unsere berühmte Straße B 68 im Abschnitt Studenzen-Feldbach gesprochen. Auch dazu kann ich gleich sagen, es war vieles möglich. Sie haben gemeint, neue Straßen zu bauen ist fast unmöglich. Ich habe einiges Schönes erlebt im Laufe dieses Jahres, und viele der Kollegen waren dabei. Ich denke an Albersdorf bei Gleisdorf oder an die Unterführung bei Peggau, wo sich die Leute wirklich gefreut haben. Daß es also noch etwas gibt oder daß wir wissen, daß Altenmarkt, Fürstenfeld eine Freude haben und Pertlstein, Fehring und so weiter. Das heißt aber auch natürlich, daß im Raabtal einiges geschehen muß, und ich darf Ihnen den letzten Stand geben. Es hat eine Initiative gegeben, der Kollege Kaufmann ist – glaube ich – mit jenen zusammengesessen, daß sie sich dann doch einigen müßten – und ich habe da ja auch einiges an Anfragen erlebt im Laufe der letzten Jahre. Im östlichen Teil ist ein Detailprojekt in Arbeit, im westlichen Teil zeichnet sich eine Einigung ab. Die Gemeinde Fladnitz wird zustimmen, und dann wird das Detailprojekt kommen, dann muß eine Paragraph-4-Verordnung kommen. Aber in diesem Fall ist auch schon eine UVP angesagt. Das muß man auch dazusagen, weil das ja nicht ganz einfach ist. Trotzdem, Sie haben mit Ihren Aussagen etwas angeschnitten: Von den gelernten Gegenaktivisten, die es überall gibt und gegen die ich nichts habe, wenn sie in der Betroffenheit agieren und sagen „das belastet uns“, dann sollte man sich mit den Menschen wirklich zusammensetzen. Aber wenn man das Gefühl hat, es ist gegen Entgelt, dann habe ich etwas dagegen. Das belastet mich ein wenig mehr.

Der Herr Kollege Schinnerl: Ja, Sie wollen ein paar richtige Antworten. Ich bekenne mich heute genauso dazu, wie ich es vor ein oder zwei Jahren gesagt habe. Die Firma ADA hat eine Zusage, daß mit Schluß der Landesausstellung, wenn sie es brauchen, ihnen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Werkshallen so auszubauen, daß die Arbeitsplätze erhalten werden können. Diese Zusage gibt es, und zu der stehe ich. Und ich glaube, das möchte ich auch nicht rückgängig machen, obwohl mir bewußt ist, was für den Tourismus draußen diese Bummelbahn, dieser Bummelzug bedeutet. Aber wir haben politische Verantwortung zu übernehmen, und wir müssen handeln. Wir haben gestern der Delegation versprochen, wieder einzuladen. Und zwar habe ich den Herrn Bürgermeister Mayr aus Birkfeld gebeten, er möge mir die Liste geben, wer eingeladen werden soll.

Ich habe im vorigen Jahr, also heuer im Jänner oder am 2. Februar war es, nicht selbst eingeladen, sondern der Bezirkshauptmann hat eingeladen, alle Bürgermeister, alle Vereine, alle Betroffenen. Es hat jahrelang vorher Gespräche gegeben. Alle haben gewußt, was auf sie zukommt, aber wenn es eine regionale Betriebsgesellschaft gibt und sie in der Verhandlung auf Grund der neuen Richtlinien und der neuen Voraussetzungen aufgleicht, dann kann uns das recht sein. Nur, gleichzeitig – und das habe ich gestern auch sehr ehrlich gesagt – zu sagen, daß wir für Tunnelprojekte Baumaßnahmen setzen können in einer solchen Größenordnung, das wäre auch über-

heblich zu versprechen, weil wir es wahrscheinlich nicht bedecken können. Aber auch in dem Fall hoffe ich jetzt auf einen Weg und bin neugierig, die Entscheidung des Ministeriums liegt mir auch noch nicht vor.

Der Herr Kollege Dipl.-Ing. Getzinger fordert eine offensive Verkehrspolitik, und ich glaube, daß wir die brauchen und daß Sie recht haben, wenn es neue Betreibermodelle geben soll. Aber ich habe solche auch schon vorgeschlagen. Nur, es ist gar nicht so einfach mit den neuen Betreibermodellen, weil man mit öffentlichem Verkehr eigentlich nicht sehr gewinnbringend arbeiten kann in weiten Bereichen. Und da wissen halt jene, die viel Geld einsetzen müssen, daß es sich nicht so schnell zurückspielt, und da ist die Freude dann nicht mehr sehr groß. Aber die Kombination zwischen Tourismus-, Wirtschafts- und Verkehrsreferentin ist eine schöne, und ich denke daran, daß unsere steirischen Landesbahnen heuer ein 100-Jahr-Jubiläum in Murau gehabt haben, und da hat man einfach das Gefühl gehabt, die ganze Region hat sich darüber gefreut. Es gibt eine starke Beziehung, und es ist vor allem in diesem Landesbahnbereich auch gelungen, ohne Erhöhung des Zuschusses gute Arbeit zu leisten. Ich möchte mich bei den dort tätigen Damen und Herren sehr, sehr herzlich bedanken, das beginnt bei jenen, die draußen vor Ort tätig sind, bis zu denen, die in der Direktion arbeiten.

Sie haben vier Maßnahmen angesprochen: Abstimmung der Verkehrsträger, ist eine Hauptaufgabe des Verkehrsverbundes, ist auch die Attraktivierung des Angebotes, aber vor allem auch immer wieder die zeitliche Abstimmung. Es gilt also nicht nur für das, was sich im Ausseer Raum abspielt, sondern auch überhaupt.

Österreichweit im Verkehrsverbund, weil Sie gemeint haben, bundesländerübergreifend. Ich erinnere mich auch an das Gespräch, als wir damals über die Süd-Ost-Spange beim Minister sprachen. Er hat gemeint, 1995 wird ein österreichweiter Verkehrsverbund stehen, der ist noch nicht da. Da geht es auch noch sehr schleppend, würde uns aber sehr helfen, damit wäre länderübergreifend manches gelöst.

City-Taxi, gute Idee, vollste Unterstützung auch aus der Sicht des Referenten, sprich vom Land Steiermark mitfinanziert. Und bitte, wenn es den Panoramawagen im Salzkammergut gibt, kann das nur eine schöne Fahrt werden, und ich würde allen sagen „machts einen Ausflug dorthin, es ist schön!“.

Nicht identifizieren möchte ich mich mit Ihrer Aussage – ich weiß, daß Sie es nicht so gemeint haben –, Sie wollen etwas mehr Flexibilität in bestimmten Fachabteilungen, so habe ich es verstanden. Aber flexibel sein ist nicht eine Frage des Alters, es gibt sehr mobile 60jährige und sture 35jährige, es kommt immer darauf an, was es für Menschen sind. Also, ich habe beides kennengelernt, aber ich habe sehr viel Dynamik in diesem Bereich kennengelernt. Ich möchte ein bißchen die älteren Arbeitnehmer in unseren Direktionen verteidigen, weil sie auch ihr Bestes geben und versuchen, mit manchem gerecht zu werden. Und wenn sie manchmal dann schon etwas schärfer in der Formulierung sind, habe ich auch Verständnis, weil es wird mit ihnen auch nicht immer gut umgegangen.

Der Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura hat vom Park-and-ride-Platz in Preding gesprochen, der uns gemeinsam viel Freude macht. Wir haben diesen GKB-Nahverkehrsvertrag unterschrieben, ein großes Stück, ein Teil der MÖSt-Mittel, ist dort eingesetzt. Was mir aber besonders gefallen hat, und das möchte ich schon herausheben, weil wir es in der Verkehrspolitik auch immer sagen müßten und sollten, ich habe die Unfallstatistiken hier. Der Herr Hofrat Dr. Nunner hat sie mir gegeben, ich habe nur noch nie mit Statistiken gearbeitet, weder beim Tourismus gerne, noch in der Unfallstatistik, weil wenn du das Glück hast, heuer einmal weniger Tote im Unfallsbereich gehabt zu haben, kann dir nächstes Jahr mit einer größeren Geschichte genau das Gegenteil passieren. Das heißt, es ist immer der Schutzengel, wenn es nicht so geschieht. Wir haben aber alles zu tun – und da hat der Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura gemeint, der Mensch ist eigenverantwortlich, und das ist es! Jeder für sich ist eigenverantwortlich, wir können ihm aber Hilfestellung geben. Und diese Hilfestellung kann zum Beispiel auch dort passieren – es ist am vergangenen Montag einstimmig in der Landesregierung beschlossen worden –, wenn dieser Zuschuß von 5 Millionen Schilling aus der Wirtschaftsförderung in jenen Bereich fließt, wo es ein Fahrtechnikzentrum geben wird am Österreich-Ring. Fahrtechnikzentrum heißt auch Sicherheitszentrum, so wie in Teesdorf und in Saalbach. Das ist auch eine Kombination, weil es werden zirka 15.000 Menschen pro Jahr in dieses Zentrum hinkommen. Das ist auch eine Tourismusfrage und gleichzeitig eine Sicherheitsfrage, und wir werden versuchen, unsere Berufsschüler und -schülerinnen, aber vor allem auch die jungen Soldaten dorthin einzuladen, weil die eine besonders gefährdete Gruppe im Verkehr sind.

Daß der Kollege Riebenbauer sich freut über die A 2 ist mir klar. Ich sage nur gleich dazu Verkehrsverbund – ich habe das letztthin schon gesagt –, die Vorarbeiten sind gut unterwegs. Wir werden versuchen, im ersten Halbjahr 1996 diesen gesamtsteirischen Zusammenschluß zu haben.

Damit komme ich zu jenem Thema, das uns alle immer wieder beschäftigt. Das ist unser Ennstal. Auch hier gibt es jetzt eben einen Auftrag, es gibt die Resolution, einen Beschlußantrag. Ich möchte dazu sagen, daß ich als zuständige Referentin für Straßenbau und für Verkehrsrecht alles zu tun habe, um eine Verkehrslösung herbeizuführen. Und wenn Ihre Unterstützung dabei ist, wird das hoffentlich mit gemeinsamer Kraft gut gehen.

Zur Frage der Dehnfugen, Herr Kollege Vollmann, kann ich schnell nichts sagen, außer daß mir einfällt, daß es einmal zwei Firmen gegeben hat, wo mir der eine gesagt hat, er wäre günstiger als der andere. Aber ich werde das gerne überprüfen lassen, aber diese Antwort kann so schnell nicht kommen.

Lärmmessungen ganz klar: Für Lärmschutzwände ist im Bereich der Bahn der Bund zuständig, im Bereich der Straße ist es eine Kombination – da haben wir auch kleine Mittel eingesetzt, ist aber auch an sich der Bund. Nur sage ich dazu, wir haben gerade im Bereich der Bahnlärmschutzwände heuer einen Modellversuch Kapfenberg gemacht, Richtung Diemlach, daß diese 500 ggf. betroffenen Menschen verschont werden

von diesem Lärm, und ich hoffe, daß das ein richtiger oder guter Schritt gewesen ist.

Die Geschichte der S 6, das Konzessionsmodell – ich habe es angesprochen: Ich sage nur dazu, es ist mir auch bekannt, bei dieser Eröffnung am Semmering hat man mir gesagt, daß es einen Beschluß, einen Gemeinderatsbeschluß gibt in Spital über ein Nachtfahrverbot. Gleiches sollte am Semmering passieren. Damit werden wir etwas mit Vorsicht umgehen müssen. Ich sage das bewußt „mit Vorsicht umgehen müssen“, noch ist es bei uns nicht am Schreibtisch gelandet.

Zur Ortsdurchfahrt Neuberg höre ich, daß ein erster Teil des Bauabschnittes im Jahre 1995 drinnen ist. Weil Sie die Nebenbahnen angeschnitten haben und der Kollege Straßberger auch etwas gesagt hat dazu, unsere Antwort an den Herrn Dr. Draxler war folgende: Daß wir uns eine einvernehmliche Lösung wünschen mit den Finanz- und Verkehrsreferenten aller Bundesländer, daß es ein Konzept geben muß für ein modernes, bedarfsgerechtes Nahverkehrssystem, und es muß gewahrt bleiben das unternehmerische Interesse der Bahn, da die Regionalbahnlinien natürlich Zubringer für die Hauptstrecken sind, daß das bundespolitische Interesse im Hinblick auf Verkehrspolitik und Umweltschutz zu beachten ist, das wird den Kollegen Getzinger freuen. Und daß das regionalpolitische Interesse für uns auch von Vorrang ist, auch das haben wir hineingeschrieben, weil wir wissen, was wir den Menschen in diesen Regionen draußen schuldig sind.

Es hat dann auch noch einiges an neueren Geschichten gegeben, nicht nur die Warnblinkanlage, die ja, glaube ich, im Vorjahr schon geschaffen wurde für Geisterfahrer, sondern auch diese Krallengeschichte, die momentan im Versuchsstadium ist. Erzeugt wird sie in der Maschinenfabrik Liezen und könnte die steirische Wirtschaft beleben. Wir wissen noch nicht genau – es ist der Winter noch nicht voll ausgebrochen –, es hat also die eine Panne gegeben, die möchte ich nicht kommentieren, weil ich den Schlußbericht zu wenig kenne. Ich sage gleichzeitig dazu, sie hat aber auch schon Erfolg gezeigt, daß sie richtig eingesetzt ist.

Das heißt, der Koralmtunnel ist auch noch da als Resolution, und auch da trennt uns nichts, und eigentlich ist es dann eine schöne Aufgabe, Verkehrs- und Straßenbaureferent zu sein und sich auch für Schiene und Bahn voll und ganz einsetzen zu dürfen, weil wir gemeinsame Ziele haben. Gemeinsames Ziel ist, Verkehrssicherheit und Angebot für Verkehr öffentlich und individual zu haben in diesem Land. Dafür möchte ich allen danken, Ihnen, den Damen und Herren hier in diesem Haus, aber vor allem jenen, die in den einzelnen Abteilungen arbeiten, für ihren persönlichen Einsatz und möchte uns einfach wünschen, daß uns auch im nächsten Jahr einiges mehr gelingt. Und ich sage dazu, auch mir ist es bewußt, daß man nicht alles mit Geld machen kann, mit einigen Ideen und viel gutem Willen läßt sich manches leichter lösen. Und das sollten wir auch gemeinsam tun. (Allgemeiner Beifall. – 12.46 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich danke herzlich. Es liegt keine weitere Wortmeldung zu dieser Gruppe mehr

vor. Der Herr Berichterstatter verzichtet freundlicherweise auf sein Schlußwort. Wir haben jetzt fünf Abstimmungen vorzunehmen:

Erstens: Über den Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 und zweitens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Verkehrsverbund Steiermark; drittens über den Beschlußantrag der SPÖ, betreffend die ennsnahe Trasse; viertens über den Beschlußantrag der ÖVP, betreffend die ennsnahe Trasse; fünftens über den Beschlußantrag aller Parteien, betreffend den Koralmtunnel.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Erstens: Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 6, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zweitens: Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Verkehrsverbund Steiermark, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Drittens: Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der SPÖ, betreffend die ennsnahe Trasse, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Viertens: Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der ÖVP, betreffend die ennsnahe Trasse, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Fünftens: Schließlich ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand, wer dem Beschlußantrag aller drei Parteien, betreffend den Koralmtunnel, zustimmt.

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich danke Ihnen herzlich!

Wir kommen jetzt zur Gruppe 7.

Ich darf bitte nur eine Anmerkung machen. Es ist ja wahrscheinlich eine ganz weise Vorgangsweise der Präsidialkonferenz, diesmal die Debatte so zu steuern, daß die Landwirtschaft um die Mittagszeit drankommt, weil wir immer gewohnt waren, daß wir freundlicherweise ein paar Äpfel gesponsert bekommen, und das ist um die Mittagszeit besonders angenehm. Tatsächlich höre ich, daß das heuer wieder so ist. Ich bedanke mich jetzt schon vorweg dafür. (Allgemeiner Beifall.) Es hat einen Beifall verdient.

Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Kinsky. Ich erteile ihm das Wort.

(Bericht über die Posten und Ansätze der Gruppe 7 und über die fünf Beschlußanträge des Finanz-Ausschusses.)

Abg. Ing. Kinsky (12.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung – besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten:

Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft: Land- und forstwirtschaftlicher Wegebau, landwirtschaftlicher Wasserbau, Strukturverbesserung, Elektrifizierung und Mechanisierung, Besitzfestigungen, sonstige Maßnahmen. Sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft: Land- und forstwirtschaftliche Interessenvertretungen, Bildung und Beratung, Absatz und Verwertung, Jagd und Fischerei, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft. Förderung der Energiewirtschaft: Sonstige Energieträger. Förderung des Fremdenverkehrs: Einrichtungen zur Förderung des Fremdenverkehrs, Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs. Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie: Einrichtungen zur Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie, Bildung und Beratung, wirtschaftspolitische Maßnahmen.

In der Gruppe 7 ergeben sich folgende Gesamtsummen: Ausgaben: 592,646.000 Schilling. Einnahmen: 116,923.000 Schilling.

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1994 zur Regierungsvorlage, betreffend die Gruppe 7, nachstehende Beschlüsse gefaßt:

Erstens: Auf Antrag der Abgeordneten Gross, Trampusch, Dr. Frizberg, Majcen, Dipl.-Ing. Vesko und Schinnerl: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik bei der Vollziehung der Wirtschaftsförderung und der EU-Strukturförderung die erforderlichen Mittel für den Bereich der Arbeitsplatzschaffung zur Verfügung zu stellen.

Zweitens: Auf Antrag der Abgeordneten Korp, Dr. Flecker, Kanduth und Schützenhöfer: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, daß das Tourismusprojekt „Eisenerzer Ramsau“ im Interesse dieser gesamten Region raschestmöglich verwirklicht werden kann.

Drittens: Auf Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Prutsch Günther, Schützenhöfer und Riebenbauer: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, einen Beschluß zu fassen, wonach zukünftig bedeutende Tourismusprojekte nur mehr gefördert werden dürfen, wenn dem Land Steiermark eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung an dem jeweiligen Tourismusprojekt eingeräumt wird.

Viertens: Auf Antrag der Abgeordneten Trampusch, Gennaro, Dr. Frizberg, Schützenhöfer, Dr. Ebner und Dipl.-Ing. Vesko: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Interesse einer gezielten Wirtschaftsförderung dafür zu sorgen, daß der Bezirk Voitsberg in der Gebietskulisse der EU-Strukturförderung verbleibt, und zwar möglichst als Ziel-2-Gebiet.

Fünftens: Auf Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro, Schützenhöfer, Dr. Frizberg, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Ebner: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, zur Durchführung der EU-Strukturförderung in der Steiermark ein professionelles Projektmanagement sicherzustellen.

Ich stelle den Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 7.

Präsident Mag. Rader: Ich bedanke mich herzlich für diesen Bericht.

Die Präsidialkonferenz schlägt Ihnen wie immer vor, die Gruppe in der Spezialdebatte zu teilen, und zwar in Landwirtschaft, Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung, und zwar in dieser Reihenfolge.

Wenn Sie keinen Einwand haben, dann gehen wir so vor. Wenn Sie einen Einwand haben, dann müssen Sie die Äpfel zurückgeben, weil dann die Landwirtschaft nicht gleich drankommt.

Dennoch, wir bedanken uns herzlich noch einmal für die Spende, auch beim Herrn Landesrat Pörtl. Das zeigt im übrigen die Flexibilität der steirischen Landwirtschaft. An sich waren sie für morgen früh programmiert. Gestern in der Nacht um halb zehn haben wir umgestellt, und heute sind die Äpfel schon da. Das ist wirklich eine Flexibilität, mit der wir sicher auch EU-reif sein werden. (Allgemeiner Beifall. – Abg. Trampusch: „Und so viele rote sind dabei!“) So viele rote dabei, beiß es weg, dann sieht man es nicht mehr. Danke schön!

So, wir beginnen mit der Debatte zur Gruppe Landwirtschaft. Erster am Wort ist der Herr Kollege Grillitsch. Ich bitte dich ans Pult.

Abg. Grillitsch (12.55 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Es ist leicht, an das Rednerpult zu gehen, wenn man weiß, daß alle mit Freude die Produkte annehmen, die ihnen Gesundheit, Verstand, Ausgleich und noch vieles mitgeben.

Wir haben in der Landwirtschaft eine sehr schwierige Situation. Die ganze Situation der Entwicklung des GATT-Abkommens, die Entwicklung in Osteuropa und auch die Vorbereitung für die Europäische Union haben die Bauernschaft sehr verunsichert. Dazu kommt noch der „Grüne Bericht“, der darauf hinweist, daß gerade in den Jahren 1993 und 1994 die Einkommenssituation nicht günstig ist, und es hat den Anschein, daß die Bauern die einzigen sind in den österreichischen Wirtschaftskreisen, die nicht einmal die Nulllohnrunde erreichen, sondern die um 10 bis 14 Prozent unter dem Einkommen des Vorjahres ihr Auskommen finden müssen. Die Verunsicherung ist dementsprechend groß, und das Fehlen einiger Entscheidungen, vor allem nach der EU-Volksabstimmung am 12. Juni, hat die Verunsicherung noch erhöht. Ich denke hier an die Frage der Lagerabwertung und meine, wenn die Bundesregierung darangegangen wäre und den Vertrag sofort in Angriff genommen hätte und die im Vertrag bestehenden Voraussetzungen auch sofort weiter verhandelt worden wären, hätte es viele Verunsicherungen nicht gegeben, und die Bauernschaft wäre nicht in Mitleidenschaft gezogen worden – Situation Mais, Situation Vieh. Und es kann niemand verstehen bei uns, daß wir, obwohl wir noch nicht bei der EU sind, schon seit dem Sommer dieses Jahres niedrigere Viehpreise haben. Wir waren auf Grund unserer vernünftigen vergangenen Agrarpolitik besser als die Bayern, haben die höheren Viehpreise gehabt und liegen jetzt, seit Sommer, um 2 Schilling bis 3 Schilling darunter. Für jeden unverständlich.

Die Situation des Maises brauche ich hier nicht zu wiederholen. Und dort liegt der Fehler einwandfrei im Finanzministerium, und hätte der Herr Finanzminister

rechtzeitig seinen Gehilfen Steger beauftragt, die Spielereien aufzugeben, dann wäre vieles innerhalb der Einkommenssituation dort auch nicht passiert. (Abg. Gennaro: „Sitzt der Ditz nicht auch im Finanzministerium?“) Der Ditz ist Staatssekretär im Finanzministerium, aber, Herr Kollege Gennaro, ich nehme an, daß du dich für diese Dinge nicht interessiert hast, aber es ist auch in der Presse sehr klar gekommen, und vor allem in der agrarischen. Die Dinge waren abverhandelt zwischen Landwirtschaftsminister und Finanzminister, und du weißt ja, dein Kollege Steger ist so der Aufpasser über den Landwirtschaftsminister im Finanzministerium, und der vertritt dort die Sozialdemokraten und er hat gesagt „jetzt muß ich die Sozialdemokraten, und nicht die Bauern vertreten“ und hat dort eine Spielerei begonnen, die unverantwortlich ist in der Situation.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich glaube, man muß auch ganz offen sagen, und ich freue mich darüber, daß am heutigen Tag gewissermaßen auch Vernunft eingekehrt ist und daß man hier die Gemeinsamkeit entsprechend auch zur Sprache gebracht hat. Und wir haben vor den EU-Verhandlungen die notwendige Gemeinsamkeit in dieser Frage gefunden. Und Sie alle wissen es. Und wir haben im Frühjahr im Zuge der Budgetdebatte darüber diskutiert, was da herankommt, und wir haben damals schon um die Gemeinsamkeit gebeten, und es ist ein Glück – sage ich –, daß es durch Druck der bäuerlichen Berufsvertretung gelungen ist, den volkswirtschaftlichen Stellenwert des Bauernstandes an die richtige Stelle zu bringen, und es ist ein Glück, daß die Bundesregierung das auch rechtzeitig gemerkt hat und eigentlich in den Verhandlungen vieles mitbeschlossen hat, was die bäuerliche Berufsvertretung sich erwartet, verlangt hat und was auch notwendig ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ich glaube, wir haben es in der Vergangenheit schon gesagt, ohne Bauernstand wird es keinen Beitritt zu Europa geben, und ohne Bauernstand wäre sicher auch die Volksabstimmung nicht in der Form ausgegangen. Deshalb – Herr Genosse Gennaro – habe ich das gemeint, daß man hier die Dinge ernst nehmen muß und daß man hier nicht Spielereien inszenieren darf. Und Sie wissen, daß durch den EU-Beitritt auch eine große Herausforderung für die Länder gekommen ist, die Vereinbarungen verlangen, daß etwa im Verhältnis 60 zu 40 die Länder an der Finanzierung mitbeteiligt sein müssen. Die EU-Erfordernisse für die Steiermark bewegen sich um die 4 Milliarden Schilling. Das Land Steiermark – und Sie sehen es im Budgetvoranschlag – hat bereits Notwendigkeiten berücksichtigt, und es wurde auch darüber geredet, daß die Mittel zur Verfügung stehen. Und, meine Damen und Herren, die Mittel müssen zur Verfügung stehen.

Nicht nur, weil sie von Bund und Land auch vorher zugesagt wurden, sondern weil es die Einkommenssituation der Bauernschaft einfach verlangt. Und ich danke vor allem hier Herrn Landesrat Pörtl, der es in den letzten Monaten nicht leicht gehabt hat und der es auch in den kommenden Monaten nicht leicht haben wird, sich durchzusetzen. Und mir tut es leid, daß der Herr Finanzlandesrat heute nicht zugegen sein kann, weil sein Vergleich in der Vorstellung des Budgets,

etwa die Bauernschaft mit der verstaatlichten Industrie zu vergleichen, der ist belehrungsbedürftig. Und ich meine es so, belehrungsbedürftig, bevor es im Falle einer Wiederholung zu einer ärgeren Klarstellung kommen sollte. Und auch der Herr Finanzlandesrat wird sich in der Zukunft Dinge überlegen müssen. Spielereien, wie etwa beim Hartkäsezuschlag, der hier vom Landtag wohl beschlossen, dann aber von der Regierung gespielt wird über das Finanzressort, werden in Zukunft sicher keinen Platz finden. Und wir brauchen in dieser Frage die Gemeinsamkeit, wir brauchen die politische Verantwortung. Und die politische Verantwortung, meine Damen und Herren, schulden wir, ganz gleich von welcher Partei wir gewählt sind, nicht unserer Partei, sondern den Menschen, den Berufsgruppen, die wir zu vertreten haben.

Und es war erfreulich und für die Bauernschaft beruhigend, als vor 14 Tagen der Herr Landeshauptmann in seiner sonntäglichen Rundfunkrede auch zu den agrarischen Problemen Stellung genommen hat. Und hier auch gesagt hat etwa dasselbe, was ich meinte, es wurde versprochen, und es muß auch gehalten werden. Und das gilt – und da bin ich mir sicher – für die steirische Landesregierung.

Und ich danke auch unserer Budgetsprecherin Dr. Evi Karisch genauso wie der Frau Mag. Bleckmann Magda – (Abg. Schrittwieser: „Bei uns macht das die Frau Kollegin Monika Kaufmann!“) danke für die Nachhilfe, Herr Kollege! die beide – Evi im besonderen – auch auf die Problematik der Landwirtschaft hingewiesen haben.

Und ich habe es vermißt, obwohl der Kollege Schrittwieser als Generalsprecher der Sozialdemokratischen Partei aus einem ländlichen Bereich kommt, daß er diese Berufsgruppe vertreten hat. (Abg. Schrittwieser: „Die Kollegin Kaufmann macht das besser als ich!“) Ich stelle das fest, nur so bitte, nur weil gerade draußen die Dinge immer sehr wenig zu hören sind. Daß draußen eigentlich, wo es geht, Ihrerseits immer die Verunsicherung noch größer gemacht wird, wie ich überhaupt meine, in den ganzen EU-Fragen, daß man hier versucht, parteipolitisch zu spielen, die Vernunft strapaziert und sich Dinge erwartet, die nie eintreten können.

Wir brauchen für die Zukunft, Herr Kollege Gennaro, konstruktive Vorschläge. Die fehlen, die fehlen leider! Wir brauchen keine Wadelbeißerei. Die steirische Agrarpolitik war in Österreich immer zukunftsweisend, auch für andere Bundesländer, und es sind von ihr sehr viele Initiativen ausgegangen, die vor allem in der Europäischen Union auch einen entsprechenden Platz und Anerkennung gefunden haben.

Denken wir an die hochwertigen Qualitätsprodukte, wir hatten die strengste Qualität, denken Sie an das Flachsprojekt in der Obersteiermark, wo auch in gemeinsamer Arbeit mit der dort ansässigen Genossenschaft heimischer Flachs als Alternativfläche angebaut wurde und jetzt in Zusammenarbeit mit der Industrie ein Dämmstoff auf den Markt kommt. Denken Sie an die Frage der Biomasse, wo wir in Österreich führend sind, gerade die Steiermark, und Gott sei Dank im Budget für die Weiterentwicklung die Ansätze vorhanden sind. Denken Sie an die Frage

der Energie, und der ökosoziale Weg, meine Damen und Herren, wird heute europaweit diskutiert und wird auch in Zukunft Anerkennung finden.

Wir haben auch die Gegebenheiten in der Vergangenheit gut bewältigt. Meine Damen und Herren, von der Unterversorgung zur Vollversorgung bis zur Überproduktion hat die Bauernschaft mit ihrer Leistung die Probleme bewältigt, und es wurde vor allem in der Zeit der Überproduktion durch die geschaffene Marktordnung auch die finanzielle Situation gut gemeistert.

Und Sie wissen, und das habe ich schon einmal gesagt hier im Hause, das Jahr 1986 war für die Agrarpolitik ein entscheidendes und sehr schwieriges. Es ist damals gelungen in den Regierungsverhandlungen, 4 Milliarden, wo die vorige Regierung meinte, die sollen die Bauern bezahlen, zu übernehmen, und es hat damals eigentlich die Änderung in der Agrarpolitik begonnen. Und man hat immer deutlicher gesagt, daß wir ein Teil der Wirtschaft sind und daß wir in unserer Vielfalt der hochqualitativen Produkte, die wir haben, sei es Mais, sei es Wein, sei es Holz, seien es in der Steiermark die Sonderkulturen und auch die vielen Spezialitäten in der Milchproduktion, absolut eine große Chance auch auf einem großen Markt haben.

Meine Damen und Herren, wir haben Strukturen bewältigt von Schladming bis Radkersburg in ihrer Vielschichtigkeit. Und ich weise darauf hin, daß wir im Grenzbereich heute noch immer einen landwirtschaftlichen Bevölkerungsanteil zwischen 24 und 30 Prozent haben. Und wir haben eines gemacht, daß wir rechtzeitig in der Agrarpolitik den ländlichen Raum in seiner Gesamtheit diskutiert haben, weil wir wußten, daß in der wirtschaftlichen Betrachtung der ländliche Raum in seiner Gesamtheit gesehen werden muß und daß dort auch die Infrastruktur in Ordnung gebracht werden muß. Und es ist vieles an Hofaufschließungen und im ländlichen Wegenetz in den letzten Jahren auch geschaffen worden.

Meine Damen und Herren, die Änderung dieser ganzen Agrarpolitik verlangt auch Änderungen in den Strukturen der Vermarktung. Und auch das erzeugt zusätzliche Sorge und zusätzliche Aufregung, weil hier Diskussionen entfacht werden, die von mir und vielen meiner Freunde einfach nicht verstanden werden. Wenn man heute spricht von einem Milchpreis von 4 Schilling und darunter, so kann ich dafür einfach kein Verständnis finden, weil die Voraussetzungen, die ausverhandelt wurden und die auch überlegt wurden, ganz andere Situationen haben müssen. Und wir werden in dieser Frage, gerade auch in dieser Frage, sehr ernst mit unserer AMA als die erste Vermarktungseinrichtung, auch mit unseren örtlichen Genossenschaften, hier Gespräche führen und führen müssen, daß hier der genossenschaftliche Auftrag genau in einer gerade schwierigen Zeit auch sehr ernst genommen wird und daß nicht dort auch eine zusätzliche Verunsicherung für die Bauernschaft mit eingebracht wird.

Ich vermisse es, daß Ihrerseits, seitens der Sozialdemokraten und auch zum Teil der FPÖ, diese Fragen zu wenig aufgenommen werden, die ernstesten Fragen. Daß man sich immer wieder mit tagespolitischen Streitereien unterhält. Bei Ihnen weiß man genau, daß Sie ein gestörtes Verhältnis zum Eigentum haben, das

Sie immer wieder unter Beweis stellen, und wir wissen auch – (Beifall bei der ÖVP.) Na bitte, da brauchts nur die Protokolle nachlesen. Da brauchen wir gar nicht darüber diskutierten. Das kommt einfach in jeder Diskussion zum Ausdruck. Und daß Sie auch ein gestörtes Verhältnis zu den Kammern haben, obwohl Sie selbst vertreten sind, das wissen wir. Und gerade die Leute in den Kammern, meine Damen und Herren, in der Landwirtschaftskammer – (Beifall bei der ÖVP.) Hör dir in Diskussionen auch die Stellungnahme eurer Frau Landeskammerrat an, dann wirst du, Kollege Vollmann, sagen: „Na, da hat der Grillitsch doch recht gehabt!“ (Abg. Vollmann: „Da haben die Bauern nichts davon!“) Die geben es eh selber zu. Das ist ja gestern auch wieder in der Zeitung gestanden, und das lesen wir eh dauernd in den Zeitungen, und du, bitte, ich bin froh, wenn sich das aufhört. Ich bin deshalb froh, wenn sich das aufhört, weil gerade die steirische Landeskammer hat einen Pioniergang gemacht in der Urabstimmung, und sie hat auch ihre Notwendigkeit bewiesen, und die Bauern wissen es heute, wie notwendig sie sie brauchen. Gehen Sie hinaus in die Gräben, in die Ortsgruppen, und schauen Sie sich an, die haben keinen Spielraum, diese Angestellten. Bis spät in die Nacht ohne Überstundenentschädigung wird gearbeitet, und sind ständig den öffentlichen Angriffen ausgesetzt. Es muß auch einmal gesagt werden, daß man ihnen hier in aller Öffentlichkeit und vor dem steirischen Landtag wirklich dankt für ihren Einsatz für die Bauern, und die Bauern wissen das zu werten. (Abg. Gennaro: „Was sagt denn der Schützenhöfer dazu, wenn ihr keine Überstunden zahlts?“) Mit dem Hermann bin ich mir einer Meinung! (Abg. Gennaro: „Ach so?“) Ja, bin ich mir wirklich einer Meinung in dieser Frage, und der Hermann ist auch ein fleißiger Arbeiter. Er kommt ja nicht direkt aus der Gewerkschaft, jetzt ist er sowieso, aus bescheidenen Verhältnissen kommend, da wirklich auch ganz entsprechend eingestellt. (Abg. Gennaro: „Das ist auch der Unterschied zwischen uns zweien: Ich komme auch aus armen Verhältnissen!“) Sie müssen auch eines, meine Damen und Herren, sich in Zukunft überlegen, die ständigen Angriffe auf die Genossenschaften. Ich habe heute gesagt, wir werden auch ein klares Wort mit ihnen reden, was die Situation zu den Bauern anbelangt. Aber Sie müssen in Ihren Kritiken daran denken, daß Sie damit auch 6000 Beschäftigte in der Steiermark kritisieren und daß Sie damit einen Wirtschaftskörper in der Steiermark kritisieren, der sich in der Form wirklich bemüht, momentan es aber durch viele Entscheidungen nicht leicht hat.

Und ich glaube, sagen zu dürfen, die Politik hat die Verantwortung für die Wirtschaft. Und Wirtschaft sind wir alle. Ob Sie als Arbeiter oder Angestellte und alle anderen, aber auch die Bauern. Und da habe ich die volkswirtschaftliche Wertstellung gemeint, die jetzt in Ordnung gekommen ist. Und bitte, wollen wir das so vertreten. Wir Bauern haben immer Verständnis für alle anderen gehabt, und ich erwarte mir, daß Sie auch Verständnis für die Belange der Bauern haben. (Präsident Mag. Rader: „Das wäre an sich eine gute Schlußbemerkung! Du bist in der 21. Minute!“) Herr Präsident, machen wir es so wie beim Fußball. Beim Fußball läßt der Schiedsrichter (Präsident Mag. Rader: „Ich rechne dir noch 30 Sekunden für die Zwischenrufe

ein!“) die Foulpaß und so weiter nachpassen. Ich bin gleich fertig, wenn die paar Fouls, die mir gelegt worden sind, eingerechnet worden sind. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Grillitsch, aber nur beim Foul!“) Jawohl, jawohl!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, nach dieser Ermahnung. Die Politik muß die Zukunft gestalten! Politik ist verantwortlich für die Anliegen der Menschen. Die Österreichische Volkspartei hat die Anliegen der Bauern immer sehr ernst genommen, wird sie weiterhin ernst nehmen.

Wir sind verantwortlich einer leistungsstarken Jugend, wir sind verantwortlich einer hochwertigen qualitativen Nahrungsmittelproduktion, wir sind verantwortlich für die wirtschaftliche Weiterentwicklung. Dazu brauchen wir den ländlichen Raum, der kann aber nur bestehen, wenn auch die Bauern bestehen bleiben, und wir sind verantwortlich, meine Damen und Herren, unserer leistungswilligen und zukunftsfreudigen und selbstbewußten Jugend, der wir eine Sicherheit mitgeben wollen für ein Europa in Frieden und Freiheit. Und wir sind verantwortlich für die Kultur der steirischen Heimat, die sehr stark auch von den Bauern geprägt wird. Und wenn Sie all das in Ihr Gedächtnis mitaufnehmen, werden Sie es sehr leicht haben, sich auch für die Interessen der Bauern einzusetzen. (Beifall bei der ÖVP. – 13.19 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke schön! Nächste Rednerin ist die Frau Kollegin Kaufmann. Ich bitte um Verständnis, daß sie aus vielleicht auch der Zeitung entnommenen Umständen vom Sitz des Berichterstatters aus spricht!

Abg. Kaufmann (13.20 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hoher Landtag!

Ich muß als erstes gleich auf den Kollegen Grillitsch eingehen. Ich glaube, der Herr Grillitsch wird nie verstehen, und wenn man es noch so oft sagt, daß es zwischen – (Abg. Grillitsch: „Bitte zum Rednerpult!“) Nein, Herr Kollege Grillitsch, es tut mir leid, daß ich nicht stehen kann, ich habe einen Gipsfuß, ich habe das Einverständnis vom Herrn Präsidenten, wenn ich Ihres nicht habe, werde ich trotzdem sitzen bleiben!

Er wird nie verstehen, der Herr Kollege Grillitsch, daß es zwischen Reform und Abschaffen einen großen Unterschied gibt. Kein Mensch von uns hat je das Abschaffen der Kammern verlangt, niemand! Nur für eine Reform, für die sind wir immer eingetreten, und für die werden wir auch in Zukunft eintreten. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schützenhöfer: „Immer ist übertrieben, Frau Kollegin!“) Ich komme aber gerne noch einmal zurück auf die Kammer, ich möchte aber zuerst auf die von Ihnen so oft erwähnten politischen Spielereien eingehen, Herr Kollege Grillitsch. Sie haben das mindestens vier- oder fünfmal erwähnt, die politischen Spielereien. Vor acht Monaten bin ich da drüber gestanden, heute sitze ich zwar, aber ich kann mich noch sehr gut an die Gefühle erinnern, die Gefühle, die ich vor acht Monaten gehabt habe.

Sie lassen sich zwar sehr schwer beschreiben, aber es war sicher dabei Zorn, Unverständnis, und vor allem war es das Wissen, daß man trotz intensiver Be-

mühungen an der gegebenen Situation nichts ändern kann, und Sie wissen, daß ich vom Rationalisierungsausschuß spreche und vom Rationalisierungsbudget. Es ist und war für mich unverständlich, daß die ÖVP in der Situation, in der sich die Landwirtschaft befindet, aus reinem Spaß am politischen Spiel – und das sage ich da jetzt – finanzielle Mittel für die Bauern abgelehnt hat und sogar noch gekürzt hat. Und es war der Herr Landesrat Pörtl, der den Bauern Gelder vor-enthalten wollte.

Meine Fraktion hat eine Resolution eingebracht, in der wir verlangt haben, daß die Mittel für den Hartkäsetauglichkeitszuschlag, für die Biobauern, für die Zurücknahme der Schweinebestände, alles war in der Resolution drinnen – wir haben verlangt, daß diese Mittel klar budgetiert werden, damit die Bauern wissen, was auf sie zukommt, damit die Bauern ihre Investitionen darauf einstellen können. Es ist nämlich nicht so einfach, man soll das schon am Jahresanfang wissen, was man innerhalb eines Jahres erwarten kann. Es ist so, daß die Förderungen einen großen Teil der Einkommen in der Landwirtschaft ausmachen. Und damals ist die Resolution von Ihnen abgelehnt worden. Und das werde ich nie verstehen. Es heißt zwar, man sollte in der Politik keine Gefühle haben, nur, die Gefühle werde ich nie unterdrücken können und will es auch gar nicht. (Abg. Schützenhöfer: „Aber die Auszahlung hat der Kollege Ressel monatelang verhindert!“) Warum habt ihr denn nicht budgetiert, warum war es nicht budgetiert? Das war nur ein politisches Spiel auf dem Rücken der steirischen Bauern. (Abg. Schützenhöfer: „Die Bauern haben demonstrieren gehen müssen, damit der Ressel die Mittel freigibt! Was reden Sie denn für einen Stumpfsinn zusammen?“) Weil Sie etwas davon verstehen, Kollege Schützenhöfer, weil Sie was davon verstehen! (Abg. Trampusch: „Kollege Schützenhöfer, jetzt kannst du dich entschuldigen!“) Bitte, in unserer Resolution war die Forderung drinnen, den Hartkäsetauglichkeitszuschlag zu budgetieren. (Abg. Trampusch: „Kollege Schützenhöfer, das Budget wurde mit Mehrheit beschlossen; das Budget war ein Unsinn, ich sage nicht Stumpfsinn, das ihr mit Mehrheit beschlossen habt!“ – Präsident Mag. Rader: „Herr Klubobmann, ich bitte, deine Abgeordneten höchstens im Klub zu unterbrechen, nicht im Landtag. Bitte schön!“) In den acht Monaten, die zwischen Ihrem Rationalisierungsbudget und unserem heutigen Budget liegen, hat sich nicht sehr viel geändert, außer daß Herr Landesrat Pörtl eben begriffen hat, daß die Bauern mehr Geld brauchen und daß Sie es vorher wissen sollen, liegt uns heute ein Budget vor, das die klare und saubere Handschrift von unserem Finanzlandesrat Hans-Joachim Ressel trägt.

Ein Budget, das der eine oder andere trotzdem kritisieren wird, denn es wird im Prinzip immer zu wenig Geld sein. Es wird immer zu wenig sein, um alle Anliegen befriedigen zu können. Für uns Bauern zeigt es, daß ÖVP und FPÖ doch Einsicht gezeigt haben, um politische Kämpfe nicht auf dem Rücken der Bauern auszutragen. Finanzlandesrat Ressel – er ist leider nicht da – hat mehr als 500 Millionen Schilling für Anpassungserfordernisse, die sich aus dem EU-Beitritt für die Landwirtschaft ergeben werden, in diesem Budget fixiert. Und obwohl er nicht da ist, möchte ich

dafür danke sagen, und zwar aus dem Grund, weil es nicht selbstverständlich ist.

In den anderen Bundesländern – und da darf ich ruhig sagen, genau in den Bundesländern, die ÖVP-dominiert sind, zum Beispiel Tirol – gibt es das nämlich nicht. Die Länder haben noch immer nicht budgetiert und haben auf das keine Rücksicht genommen. Die Steiermark ist eines der wenigen Bundesländer, das klar erkannt hat, daß die Bauern Hilfe brauchen, und dafür bedanke ich mich. (Beifall bei der SPÖ.)

Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist sozialdemokratische Politik. (Beifall bei der SPÖ.) Nicht reden, sondern handeln, Herr Kollege Tasch!

Noch eine wichtige Entscheidung ist in den vergangenen acht Monaten gefallen, das war das klare und deutliche Ja zu einem EU-Beitritt. Wie weit sich die Entscheidungen positiv oder negativ auf Österreich auswirken, wird die Zukunft zeigen. Ich habe nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß ich dem Beitritt negativ gegenüberstehe. Aber ich kann eines beim besten Willen jetzt nicht mehr hören, wenn sich diejenigen, die auch dagegen waren, wenn die nichts mehr anderes sagen, sie werden jetzt genau beobachten und aufpassen, ob auch alle Versprechungen eingehalten werden. Jetzt stelle ich mir vor, wie sich die, die gegen den Beitritt waren, zurücklehnen und warten, daß das eintritt, was sie befürchtet haben. Und auf der anderen Seite stelle ich mir vor, daß sich diejenigen, die dafür waren, hinsetzen und warten, daß das eintritt, was sie sich erhofft haben. Ich glaube, in der Zeit, wie sie jetzt ist, brauchen wir Menschen, die mitarbeiten, die sich dafür einsetzen, daß alle Möglichkeiten, die sich uns in der EU bieten, ausgeschöpft werden, daß alle Neuerungen bekanntgemacht werden, für die Menschen bekanntgemacht werden. Und als einen der wesentlichen Punkte sehe ich, daß die Menschen wieder Vertrauen kriegen. Reine Beobachter und Aufpasser brauchen wir nicht, die haben nie irgendetwas bewegt, die haben nie eine Hilfe gebracht, und Hilfe brauchen wir gerade jetzt in der Landwirtschaft.

Es war von Anfang klar, daß bei einem System, wie es in der EU ist, daß das Österreich 30 Milliarden Schilling kostet, und 15 Milliarden Schilling kommen dann in den verschiedensten Formen zurück, und daß es Verlierer geben wird, und daß die Bauern auch dazugehören, das hat man sich leicht errechnen können.

Bei prognostizierten Preiseinbußen von 20 bis 30 Prozent und mehr setzt die österreichische Landwirtschaft nicht mehr rund 60 Milliarden Schilling um, sondern um 15 bis 20 Milliarden Schilling weniger. 15 bis 20 Milliarden Schilling weniger, die beim Einkommen fehlen. Das ist nämlich das Arbeitseinkommen, was fehlt. Die Fixkosten bleiben gleich. Fixkosten, wie zum Beispiel Sozialversicherungsbeiträge. Und da, muß ich ganz ehrlich sagen, hat mir der Kollege Grillitsch eigentlich zu wenig gebracht. Das Sparpaket beinhaltet die Forderung nach einer Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge. Wir wissen – oder zumindest die, die sich noch mit den aktiven Bauern beschäftigen und reden, die wissen –, daß die Bauern nicht mehr belastbar sind. Wir Sozialdemokraten in der Steiermark haben das Sparpaket

abgelehnt aus verschiedenen Gründen und weil es eben die Kleinen belastet. Und da frage ich den Herrn Kollegen Grillitsch, wo war denn da Ihr Aufschrei, wie es darum gegangen ist, die Beiträge zu erhöhen? Und es geht nach wie vor darum, und das müssen Sie den Bauern auch erklären. (Beifall bei der SPÖ.) Es ist beim besten Willen nicht möglich, die Einkommensverluste der Bauern, wie gesagt diese 20 Milliarden Schilling, vollständig auszugleichen.

Natürlich wird man uns sagen, es werden Betriebsmittel billiger. Es stimmt, nur, wie oft kaufen wir uns einen Traktor, oder wie oft kauft man sich wirklich landwirtschaftliche Maschinen? Und da fehlt mir die dringend notwendige Ehrlichkeit den Bauern gegenüber.

Auf eine Gefahr, die ich kenne, kann ich reagieren, aber der Bauernbund und auch die Interessenvertretung spielen den Bauern vor als würde jeder Groschen ausgeglichen werden, und das ist nicht so. Und diese Ehrlichkeit fehlt den Bauern, man muß es ihnen sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Nur, es ist irgendwie verständlich, weil wie sollten jetzt die Funktionäre, die Kammer- und die Bauernbundfunktionäre, den Bauern erklären, warum sie ihnen eine Ja-Empfehlung gegeben haben, warum sie gesagt haben, wir empfehlen, Ja zu sagen. Denn daß von den vielen Versprechungen, die den Bauern gemacht wurden, nur ein Teil einzuhalten ist, wird auch den eingefleischtesten ÖVP-Funktionären in der Zwischenzeit klar geworden sein.

Allein durch die Kompliziertheit der verschiedensten Anträge und der Möglichkeiten werden sehr viele Bauern resignieren und erst gar nicht um eine Förderung ansuchen. Ich weiß schon, es liegt im Interesse, der Herr Landesrat Pörtl hat es ja selbst gesagt bei einer Sitzung, es müssen sehr viele Kleine aufhören, damit das Geld für die anderen reicht. Das hat der Herr Landesrat Pörtl gesagt. (Landesrat Pörtl: „Stimmt nicht!“) Nein, Herr Landesrat, das hast du gesagt. Du hast gesagt, die Investitionsförderung bei den Schweinebauern funktioniert nur, wenn einige aufhören, ansonsten funktioniert es nicht. Das müßtest du auch erklären, wie das funktionieren soll, wenn sie zwar größere Ställe bauen dürfen, das Gesamtproduktionsvolumen aber nicht steigen darf. Und genau das war die Frage, die ich an dich gestellt habe: „Stimmt das?“ und du hast gesagt: „Das stimmt!“ Ich habe gesagt: „Wie soll das gehen?“ Dann hast du gesagt: „Das funktioniert nur, wenn etliche aufhören.“ Genauso war es! (Abg. Dr. Lopatka: „Frau Abgeordnete, darf ich etwas fragen?“) Nein, Herr Kollege, bitte schön nicht! (Abg. Dr. Lopatka: „Warum sind Sie immer so unfreundlich?“) Weil es um einen Berufsstand geht, Herr Kollege, weil das keine Gaude und kein Kasperltheater ist! (Abg. Dr. Lopatka: „Der Herr Landesrat Pörtl ist auch ein Bauer!“) Wissen Sie, das ist vielleicht der große Unterschied zwischen uns zwei. Ich bin selbst Bäuerin, ich weiß, wo die Bauern der Schuh drückt. Aber Sie nicht, wenn Sie das so witzig finden, dann bitte, dann gehen Sie ins Kino oder irgendwo hin, aber unterbrechen Sie da nicht Sachen, die wirklich ernst sind.

Man kann über viel Sachen blödeln, aber über so etwas nicht, Herr Kollege! (Abg. Gennaro: „Laß dich nicht unterbrechen von ihm, er weiß nicht, wovon er

spricht!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Hauptsache ist, du weißt es!“ – Abg. Gennaro: „Jugend ist eine Krankheit, die von Tag zu Tag besser wird!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Unerhört!“) Herr Kollege, haben Sie vielleicht irgendetwas Sachliches einzubringen, dann höre ich Ihnen gerne zu. Wenn das aber nicht ist, dann melden Sie sich bitte hinterher zu Wort. (Abg. Dr. Lopatka: „Darf ich etwas Sachliches sagen? Es gibt keine zweite Partei in dem Land, die in so einem Ausmaß für die Bauern eintritt wie die Volkspartei! Das nehmen Sie einmal zur Kenntnis!“ – Beifall bei der ÖVP.)

Wenn ich jetzt polemisch wäre, wüßte ich eine Antwort darauf, Herr Kollege Dr. Lopatka! (Abg. Dr. Lopatka: „Sie sind die Alibibäuerin für die steirischen Sozialdemokraten!“) Ich bin keine Alibibäuerin. Sie können einmal auf meinen Hof kommen, und dann können Sie mir beim Arbeiten helfen, und dann werden Sie sehen, was ein Alibi ist! (Abg. Dr. Lopatka: „Ich kommen gerne zu Ihnen auf den Hof!“) Ich verstehe es eh, was täte ich mit ihm! (Abg. Dr. Lopatka: „Ich komme gerne zu Ihnen! Wann darf ich denn kommen?“) Nein, lassen wir es doch. Nehmen Sie es nicht zu wörtlich! Sonst kommt er zum Schluß wirklich! (Abg. Dr. Lopatka: „Wann darf ich zu Ihnen kommen?“) Ich darf vielleicht noch ein Beispiel von vielen anführen. (Abg. Dr. Lopatka: „Darf ich jetzt kommen zu Ihnen?“) Nein, bitte nicht, was täte ich mit Ihnen? (Abg. Dr. Lopatka: „Ich helfe Ihnen bei der Arbeit!“) Ja, wenn Sie mir helfen bei der Arbeit, dann ja! (Abg. Dr. Lopatka: „Ich melde mich bei Ihnen!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf vielleicht noch ein Beispiel von vielen anführen. (Präsident Mag. Rader: „Ist dieser Zwischenruf jetzt bitte im Protokoll aufgenommen worden, daß der Kollege Dr. Lopatka zur Frau Kaufmann arbeiten geht? Wir müssen uns das anschauen, wenn es soweit ist, sagt es mir bitte! Bitte, jetzt fortfahren zu lassen!“)

Wir SPÖ-Bauern, wir haben uns immer für Direktzahlungen eingesetzt, anstatt Produktionsstützungen, die wir einfach immer abgelehnt haben. Die EU-Agrarreform geht, wenn man sie oberflächlich betrachtet, auch in dieselbe Richtung, aber die Voraussetzung in der EU dafür ist die Fläche und der Viehbestand. Das heißt, je mehr Fläche, desto mehr Förderung, je höher der Viehbestand, desto mehr Förderung. Und das ist das Ungerechte daran, denn da geht die Ungerechtigkeit weiter. Der Größere kriegt mehr, der Kleinere kriegt weniger. Eine soziale Staffelung, mit der man dem Abhilfe schaffen könnte, daß es gerechter aufgeteilt wird, eine soziale Staffelung, wie sie zum Beispiel der Österreichische Bergbauernzuschuß beinhaltet, diese soziale Staffelung, die gibt es bei den EU-Förderungen nicht. Wir wissen, daß die EU mit Sozialem überhaupt nicht viel am Hut hat. Das beste Beispiel ist ja, Österreich hat alles, was mit dem Sozialen zu tun gehabt hat, aus dem EU-Weißbuch gestrichen. Und diese Ungerechtigkeit – nicht umsonst werden in der EU 80 Prozent der Mittel an 20 Prozent der Bauern ausbezahlt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bis Ende Februar muß jeder Bauer ein genaues Flächenverzeichnis seiner landwirtschaftlichen Gründe haben. Dazu ist es notwendig, daß der Bauer seine Grundstücke nachmißt. Und jetzt muß man sich das einmal vorstellen. Im Berggebiet, im Winter, wie das vor sich

gehen soll. Und es wird auch von der Kammer gesagt, es ist notwendig, und wenn man sagt, wie man das jetzt schaffen soll, dann heißt es einfach: „Na, da hilft nichts!“

Jetzt frage ich mich aber, wozu gibt es diese vielen Ämter, die alle unsere Daten haben? Wie haben wir bis jetzt unsere verschiedensten Abgaben und Beiträge bezahlt, die ja alle als Berechnungsschlüssel die Grund- und Betriebsgröße haben? Ich habe versucht, die Behörden, die sich ausschließlich oder nur zum Teil mit uns Bauern beschäftigen, aufzuzählen, wobei ich sogar glaube, daß die Liste nicht vollständig ist.

Da ist einmal das Bundes-Eich- und Vermessungsamt, das Statistische Zentralamt, das Land- und forstwirtschaftliche Berufsinformationszentrum, das Landwirtschaftsministerium, jetzt neu die AMA, das Finanzamt, die Sozialversicherungsanstalt, Landwirtschaftskammern, Agrarbezirksbehörden und Gemeinden. Zehn Behörden, und sie alle haben unsere Daten, und sie alle sind furchtbar wichtig, und ein Großteil dieser Beamten existiert überhaupt nur durch die Landwirtschaft und verdient an ihr. Doch plötzlich müßte alles nur der Bauer allein machen, er weiß alles nur alleine, und ich glaube, da liegt der Grund für diese Maßnahme – er ist dann auch dafür alleine verantwortlich für seine Angaben.

Der zweite Grund ist sicherlich, daß man auch ein Alibi braucht für die geplante Aufblähung der Bürokratie. Je komplizierter man eine Sache macht, umso mehr Menschen braucht man dann, die dieses komplizierte System erklären und die dann vor allem kontrollieren.

Und hier möchte ich den Herrn Dipl.-Ing. Günter Taghofer zitieren. Der Herr Dipl.-Ing. Günter Taghofer ist Direktor der Landwirtschaftskammer in Salzburg, der auf die Frage „würde in Österreich infolge eines EU-Beitritts die Bürokratie noch mächtiger und noch größer werden, als sie ohnehin schon ist?“ geantwortet hat: „Als gelernter Österreicher muß ich die Frage mit ja beantworten, denn wir sind wahre Weltmeister im Erfinden komplizierter Verwaltungsabläufe und im Aufstellen neuer Schreibtische.“ Und als Kammeramtsdirektor weiß er, wovon er spricht.

Und er weiß auch, daß künftig zwischen Landwirtschaftsministerium und Landwirtschaftskammern die AMA als Behörde eingeschoben wird. Die AMA wird die zukünftige oder soll die zukünftige Bundeszahl- und -kontrollstelle werden. Von ihr werden in Zukunft der Großteil der Förderungsanträge gesammelt, Förderungsmittel ausbezahlt und die Bauern kontrolliert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie werden sich noch gut erinnern daran, wie ich da verlangt habe, daß die Kammer sich trennen soll von den Förderungsauszahlungen, daß die Kammer mehr Beratung machen soll als Interessenvertretung der Bauern und sich von den Auszahlungen trennen soll. Damals bin ich als Bauernverräterin und als politische Meuchelmörderin beschimpft worden, die mit der Maßnahme den Untergang der Kammern bewirken wird. Nun, jetzt wird der Landwirtschaftskammer der Großteil der Kompetenzen von ihren eigenen ÖVP-Leuten entzogen. Wo bleibt denn jetzt der Aufschrei? Ich glaube, wir werden keinen hören. Vielleicht auch

deshalb nicht, weil der neue AMA-Chef Wlodkowsky heißt.

Und eines ist auch sicher, die Kammer wird noch mehr Personal aufnehmen, weil die Förderungsanträge so kompliziert sind. Im Ministerium wird kein einziger Beamter weniger, weil die EU so kompliziert ist. Und die AMA wird neue Schreibtische aufstellen, neue Beamte hinsetzen. (Beifall bei der SPÖ.) Weil die Verwaltung der Bauern so kompliziert ist. Sie sehen, die Weissagungen vom Salzburger Kammeramtsdirektor werden sich erfüllen, und alles zum Wohle und zur Rettung der Bauern. Und da muß gesagt werden, der verbliebenen Bauern.

Und, Herr Kollege Grillitsch, die ÖVP, die allein dominierende Bauernvertretung – (Abg. Grillitsch: „Sie weiß, was die Bauern wert sind!“) so gut, und die Bauern akzeptieren das. Die Bauern werden von Jahr zu Jahr weniger, und das geht rasant und das geht immer schneller. Weil es ihnen so gut geht, Herr Kollege Grillitsch. Wahrscheinlich, weil es ihnen so gut geht. Laut „Grünem Bericht“ haben in den letzten 20 Jahren 40.000 selbständig Berufstätige ihren Arbeitsplatz verloren oder haben ihr Einkommen woanders suchen müssen, weil es ihnen so gut geht, Herr Kollege Grillitsch. (Landesrat Pörtl: „Da war der Bundeskanzler verantwortlich!“) Ah, jetzt ist der Bundeskanzler verantwortlich? Einmal der Bundeskanzler, einmal der Finanzminister, nur niemals der Landwirtschaftsminister! (Beifall bei der SPÖ.) Ja, wenn der Mensch für nichts verantwortlich ist, für was brauchen wir ihn dann? Dann brauchen wir ihn nicht mehr! (Beifall bei der SPÖ.) Na, das frage ich mich aber wirklich. Wenn die ganze Agrarpolitik eh alle anderen machen, nur nicht der Landwirtschaftsminister, dann brauchen wir ihn nicht mehr. Er geht jetzt übrigens ohnedies, wir brauchen ihn gar nicht mehr nachzubesetzen.

Meine Damen und Herren, laut „Grünem Bericht“ haben in 20 Jahren eben 40.000 Berufstätige aufgehört. In der Steiermark sind es nur mehr rund 17.000 Vollerwerbsbauern und nur mehr 2000 am Hof beschäftigte Kinder, die vielleicht einmal die Landwirtschaft übernehmen werden. Der steirische „Grüne Bericht“ leitet sich ja zum Großteil vom „Grünen Bericht“ des Bundes ab, und da zeigt sich, daß österreichweit die gleiche Situation ist. In den letzten fünf Jahren ein Minus von 19 Prozent, und ganz besonders drastisch bei den Hofübernehmern in fünf Jahren ein Minus von 47 Prozent der Jugendlichen.

Vielleicht noch eine traurige Kuriosität vom „Grünen Bericht“. Für das Jahr 1959 hat es den ersten „Grünen Bericht“ in Österreich gegeben. Er hat 69 Seiten gehabt, und es haben damals 600.000 selbständig Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft gearbeitet. Der „Grüne Bericht“ 1993 hat 272 Seiten, und es gibt nur noch zirka 160.000 selbständig Berufstätige. Wenn man die entsprechenden Werte 1959 und 1993 durch eine Gerade verbindet, dann ergibt das im Jahr 2006 zwar keinen Bauern mehr, aber der „Grüne Bericht“ wird 350 Seiten haben. Und ob es nur ein Phänomen in der Landwirtschaft ist, kann ich nicht beurteilen, aber eines wird dadurch verdeutlicht: Wir Bauern werden buchstäblich zu Tode verwaltet. Und das Verwalten kostet natürlich viel Geld und wird allgemein und in jedem Budget als Ausgaben für die

Landwirtschaft deklariert. Würden die als Bauerngeld deklarierten Mittel wirklich zum Bauern hinkommen, dann würde das bedeuten, daß jeder österreichische Bauer 100.000 Schilling im Jahr auf die Hand kriegen würde. Daß die Tatsachen anders ausschauen, das wissen wir!

Und da sehe ich es anders als der Kollege Grillitsch, der jetzt, wie gehabt, es ist ja eigentlich eh nichts Neues, man bräuchte es auch gar nicht erwähnen, wie gehabt dem Finanzminister die Schuld gibt an der Situation bei den Maisbauern. (Abg. Grillitsch: „Ich habe gedacht, Sie sind besser informiert!“) Herr Kollege Grillitsch, da habe ich eine andere Meinung dazu. Gerade jene, die jahrelang an den Bauern gut verdient haben und die eigentlich ihre Partner sein sollten und die jetzt, wo die Bauern die wirklich brauchen würden, nur auf ihre Tasche schauen, nur auf ihre Einnahmen schauen und bei denen zuallerletzt der Bauer kommt. Und Sie wissen, daß ich von den Händlern rede und von den Genossenschaften, die haben sich von den Bauern jetzt abgewendet. Und Schuld, Herr Kollege Grillitsch, wenn Sie es genau überdenken, wissen Sie es, daß die Händler den Preis hinunterrasseln haben lassen, und den Preis hat nicht der Finanzminister gemacht. Warum Sie sich noch immer schützend hinstellen vor jemanden, der wirklich nimmer der Partner der Bauern ist, werde ich nie begreifen, aber es ist leider so. Und auch der Grüne Riese Raiffeisen hat sich von den Bauern abgewandt, er hat selbst mit seinen Strukturproblemen zu viel zu tun, er hat für die Bauern momentan keine Zeit.

Und Landwirtschaftskammerpräsident Wlodkovsky hat genau oder in ähnlichen Worten das vor einigen Tagen in den Medien zugegeben, was die Bauern schon lange gespürt haben und schon lange zum Spüren gekriegt haben, die ÖVP hat die Bauern eigentlich aufgegeben. Und auch der Kollege Kaufmann hat das in ähnlichen Worten beim Landesbauerntag gesagt. (Präsident Mag. Rader: „Darf ich bitte darauf hinweisen, daß du dich der Überziehungszeit des Kollegen Grillitsch schon näherst!“) Und der Präsident Wlodkovsky hat noch etwas gesagt, nämlich, durch den Beitritt zur Europäischen Union würde die Politik für die heimischen Bauern praktisch in Brüssel gemacht. Bund, Land und Kammern in Österreich wären damit nur noch Vollziehungsorgane, die sich an die Spielregeln der EU halten müssen. Und jetzt wundere ich mich schon, bis jetzt war der Finanzminister an allem schuld, und jetzt ist Brüssel an allem schuld. Und damit hat für mich auch die Interessenvertretung aufgegeben. Aber es bedeutet noch eines, und da meine ich jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren vom Bauernbund, daß Sie jetzt zuhören, Sie sitzen jetzt praktisch umsonst da. Sie können und brauchen laut Kammer nichts mehr bewegen, weil wir sind nur mehr Vollziehungsorgan. Sie brauchen nicht mehr protestieren, und wenn Sie demonstrieren wollen, dann ist Ihr Reiseziel jetzt Brüssel. Bitte, das ist nicht von mir, das sind die Worte von der Interessenvertretung.

Nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, so werden wir Sozialdemokraten das nicht hinnehmen, daß wir einfach sagen „so, jetzt ist es klar, jetzt werden wir nichts mehr tun“. Wir werden jeden Millimeter, der uns an nationalem Spielraum bleibt, ausnützen,

und es gibt den Spielraum. Auch in anderen Mitgliedsstaaten hat man für die Bauern Möglichkeiten gesucht und gefunden.

Das Umweltprogramm bietet zum Beispiel Möglichkeiten, zwar nicht jenes Umweltprogramm, das der Landwirtschaftsminister nach Brüssel geschickt hat und das jetzt vom Agrarkommissar Fischler zu einem großen Teil abgelehnt werden muß, weil es trotz der Warnung von Fachleuten Dinge beinhaltet, die einfach nicht EU-konform sind, sondern ein Umweltprogramm, das für die Bauern nachvollziehbar ist, das eben EU-konform ist. Ich setze auch eine gewisse Hoffnung auf den neuen Landwirtschaftsminister Molterer. Er hat nämlich gesagt, ich habe den Artikel aufgehoben „wir müssen den Agrarkäfig öffnen, wir müssen den Bauern neue Einkommensmöglichkeiten bieten“ – das hat er übrigens schon lange vorher gesagt, bevor er Minister geworden ist. Es sind übrigens Worte, für die sich mein Vorgänger Franz Zellnig an der Stelle von Bauernbundfunktionären mehrmals verbal prügeln lassen mußte. Und die Möglichkeit gibt es, zwar etwas abseits von den ausgetretenen Produktionspfaden, aber wir Bauern, wir haben unternehmerisches Denken, wir haben Innovationsgeist, und wir sind risikobereit. Man muß uns nur aus dem Bereich der Rohstoffproduzenten, in dem uns die Wirtschaft fast mit Gewalt festhält, herauslassen. (Präsident Mag. Rader: „Das wäre auch ein schöner Abschluß gewesen! Du hast den Kollegen Grillitsch zeitlich schon übertroffen – deutlich!“) Aber ich habe so viele Zwischenrufe gehabt, ich habe fünf Minuten überhaupt nichts sagen können! (Präsident Mag. Rader: „Ich rechne dir schon vier Minuten ein!“ – Abg. Trampusch: „Herr Präsident, du mußt entschuldigen, die Landwirtschaft rechnet nach Jahreszeiten, und nicht nach Stunden!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir müssen alles daransetzen, daß österreichische Gesetze und Verordnungen unseren Bauern die Möglichkeiten nicht verhindern oder erschweren, sondern erleichtern. Und es muß egal sein, wir werden eben in andere Bereiche ausweichen müssen, das ist egal, aber im Dienstleistungsbereich, im Energiebereich, im Freizeitbereich, und – das muß ich auch sagen – wir werden in Zukunft mehr darauf achten, daß die Mittel, die den Bauern angerechnet werden, auch zum Bauern hinkommen.

Und ich komme zum Schluß. (Abg. Kowald: „Jetzt fehlt Ihnen der letzte Zettel!“) Ich bin nicht konzeptlos wie du! Ich habe mich nämlich wirklich um einen schönen Schluß bemüht, Herr Kollege, und jetzt horche einmal zu.

Wie bei jeder Debatte werden wir, und ich glaube, auch der nächste Redner und der vorige hat es schon gemacht, wir werden uns versichern, daß wir gemeinsam etwas ändern müssen. Versichern wir uns bei jeder Budgetdebatte, und es geht dann ganz gleich weiter. Nach jeder Budgetdebatte, zumindest bei der nächsten Pressekonferenz ist dann von einer Gemeinsamkeit nichts mehr zu spüren, und jeder geht in eine andere Richtung. Und damit meine ich meine Kollegen aus meiner Fraktion, aber auch die anderen Kollegen, die sich mit Landwirtschaft beschäftigen.

Wir haben gemeinsam in letzter Zeit einiges bewegt, wir haben gemeinsam etwas zusammen-

gebracht, wir haben uns gemeinsam bemüht, ein paar von den Kollegen haben das sogar büßen müssen, daß wir uns um eine Gemeinsamkeit bemüht haben. Und das meine ich jetzt nicht zynisch, sondern es hat mich wirklich geschockt, wenn ich an das Jagdgesetz denke, daß ihr das büßen habt müssen, daß wir gemeinsam etwas gemacht haben. Es war fast so etwas wie ein neues Klima spürbar, und ich bin überzeugt, daß es für die Bauern gut wäre, wenn wir in diesem Klima weiterarbeiten könnten in Zukunft und wirklich gemeinsam etwas bewegen würden. Wenn der eine ein bißchen über seinen Schatten springen würde und der andere ein bißchen über seinen Schatten springen würde und parteipolitisches Denken ein bißchen im Hintergrund steht und die Bauern im Vordergrund, dann glaube ich, daß wir gemeinsam etwas zusammenbringen. Von meiner Fraktion kann ich sagen, daß wir dazu bereit sind. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.47 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Meine Damen und Herren, Sie wissen ja, daß die Redezeitbeschränkung, die wir haben, an sich eine freiwillige ist und sie natürlich nicht beschlossen und exekutiert werden kann. Ich darf aber gerade den Anlaßfall benutzen, mich herzlich bei allen Abgeordneten, mit jenen kleinen Ausnahmen, zu bedanken, die sich bisher in so großer Disziplin daran gehalten haben.

Nächster am Wort ist der Herr Kollege Peinhaupt.

Abg. Peinhaupt (13.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es liegt wohl viel Polemik in dem eben Gesagten. Wenn ich nur an die Agrarmarketing Austria denke, die auch mit den Stimmen der SPÖ eingerichtet worden ist, wo Zustände herrschen, wie man sich eigene Machtinstrumente zurecht richtet, um ja nicht die Macht verlieren zu können. Warum die Agrarmarketing Austria als Auszahlungsinstrumentarium der Brüsseler Agenden, der Bundes- und Landesagenden herangezogen wird, kann ich Ihnen sehr wohl sagen.

Die Düngemittelsteuer ist weggefallen. 7,5 Prozent der Düngemittelsteuer, das waren nahezu 100 Millionen Schilling, wurden zur Finanzierung der Agrarmarketing herangezogen. Selbstverständlich, gleich dem Vorbild aller Kammern, ist man dann bestrebt, Agenden des Bundes und Landes zu übernehmen, um von diesen – Bund und Land – wieder den Personalaufwand ersetzt zu bekommen, um sich hier das fette Pölsterchen abzusetzen. Und ich sage schon, der Präsident Wlodkowski, ich schätze ihn sehr, aber er leidet jetzt, glaube ich, auch unter dem Fischler-Syndrom, nur unter nationalen Voraussetzungen.

Lieber Kollege Grillitsch, ich verstehe die Welt nicht mehr. Vor nicht einmal vier Wochen bist du hier gestanden und hast gesagt: „Wir sind im landwirtschaftlichen Schlaraffenland, schaut euch doch die Preise in Bayern an, in Südtirol.“ Ich kann mich nicht erinnern, daß wir in der Steiermark in den letzten vier Wochen so einen Preisverfall gehabt haben, daß du heute hergehen mußt und sagen mußt: „Ja, in der EU haben sie sogar die höheren Preise wie bei uns.“ Also das ist Polemik, das ist Schaumschlägerei des obersten Gebotes.

Wenn man aber auf der einen Seite hergehen will und nur dem Finanzminister die Schuld geben – muß ich schon die Sozialdemokraten auch ein bißchen verteidigen – will, so muß ich doch einmal feststellen, daß der Minister Fischler ein Getreideprotokoll nicht ausverhandelt hat, daß er dem Handel Zusagen gemacht hat, die nicht gedeckt sind, und die Agrarlandesräte mit ihren Interessenvertretungen mit dem ganzen Salat, entschuldigen Sie bitte den Ausdruck, alleine gelassen hat.

Aber ich darf jetzt doch ein bißchen in medias res gehen. Sie wissen alle, die landwirtschaftliche Einkommenssituation ist sehr trist, und von seiten der Bundesverantwortlichen läßt man sich immer wieder etwas einfallen, um diese Einkommenssituation zu schönen. Das letzte war, wir müssen eine EU-Anpassung erreichen, um eine Bewertungsstufe der landwirtschaftlichen Einkommen auf Grund des Standarddeckungsbeitrages zu erreichen.

Ich habe im Ausschuß mir erlaubt zu fragen, was denn dieser standardisierte Deckungsbeitrag ist. Mit dem Eindruck des Erschreckens mußte ich feststellen, daß ich keine Antwort erhalten konnte. Folgedessen kann ich für mich mir eine Meinung bilden, daß auch diese Herren, die diesen Bericht hier schreiben, nicht wissen, was Real- und Idealeinkommen der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist.

Die Erklärung ist ganz einfach, indem ich hergehe und sage, das ist die geldliche Bruttogleistung je Fläche und Tiereinheit abzüglich der variablen Spezialkosten. Und wenn ich das ganze multipliziere mit den Tiereinheiten und mit den Flächen, komme ich auf den Standarddeckungsbeitrag eines Betriebes. Das kommt in ein Katasternetz hinein. Es wurde endlich einmal der Forderung entsprochen, auch auf die Kleinproduktionsgebiete zu reagieren, dem ist man nachgekommen. Nur, bei Studium dieser Einkommensbemessungsgrundlage bin ich schon draufgekommen, daß man auch einen Auswahlrahmen genommen hat, indem man Betriebe mit einem Standarddeckungsbeitrag von 90.000 Schilling bis zu 1,5 Millionen Schilling herangezogen hat. Das heißt, die Kleinstbetriebe, wo wir mindestens 60 Prozent der steirischen Landwirtschaft Kleinstbetriebe sind, gar nicht drinnen sind und die Großbetriebe auch nicht drinnen sind. Und dann hat man einen Auswahlrahmen genommen, und siehe da, in diesem Auswahlrahmen steht drinnen, wir haben 154.942 Milchkühe. Der Ist-Stand ist allerdings nur 138.854. Bei den Rindern detto, Ist-Stand 396.000, nach dem Auswahlrahmen 440.000.

Ich glaube, man müßte mit landwirtschaftlichen Einkommen doch etwas sensibler umgehen. Wenn wir uns nämlich die reale Einkommenssituation anschauen, und Kollege Grillitsch hat das sehr richtig gesagt, minus 14 Prozent vom Jahr 1992 auf 1993. Das heißt, um auch Zahlen zu nennen, von 146.000 Schilling auf 130.000 Schilling abgesunken. Diese Einkommenssituation ist eher trist, und es entspricht einer Hoffnungslosigkeit, einer getäuschten, verratenen und letztendlich auch betrogenen Berufsgruppe.

Diese Hoffnungslosigkeit versucht man jedoch schändlichst im Keim zu ersticken, indem man den Schein erweckt, diese Berufsgruppe, die Basis unseres Landes, zu vertreten. Und ich darf da wieder anknüpfen an einen meiner Vorredner, der gesagt hat:

„Wir haben die Wertschätzung des Volkes, wir haben es endlich erreicht, daß man uns in der Bundesregierung ernst genommen hat mit unseren Problemen.“ Und auch die SPÖ hat gesagt: „Dieses Belastungspaket, wir haben eh gesagt, aber unsere in Wien wollen halt nicht.“ Also das, muß ich auch sagen, ist eine Scheinpolitik. Man soll endlich einmal etwas auf den Tisch legen.

Es geht im Detail um das Spärpaket, betreffend die Bauernpension. Und ich darf Ihnen das jetzt schon anhand von einigen Zahlen auch erklären, inwieweit die Einkommenseinbußen sich hier zu Buche schlagen.

Die Bauernvertreter der ÖVP sind in ihren EU-Versprechungen hergegangen und haben sogar eine Resolution verabschiedet. „Keine sozialen Belastungen im bäuerlichen Bereich!“ Diese ÖVP, dieselben Vertreter, die gemeinsam mit der SPÖ im Bund beschlossen haben, daß der Zuschuß zur Bauernpension um 7 Prozent gekürzt wird. Während auf der einen Seite aber millionenschwere EU-reife Agrarpolitiker für Bauernvernichtungsdienste in Österreich abgefertigt werden, müssen unsere Bauern, die ohnedies auf Grund der GATT-Reform schon zu Sozialhilfeempfängern degradiert worden sind, noch einmal Einkommenseinbußen dieses Maßes in Kauf nehmen.

Denken wir, bei einem Betrieb von 200.000 Schilling sind die Beiträge zur Sozialversicherungsanstalt der Bauern in zehn Jahren um 80 Prozent gewachsen, während im selben Zeitraum für den gleichen Betrieb das reale Einkommen um 28 Prozent gesunken ist.

Die Regierungsverantwortlichen, und dieser Verdacht drängt sich wirklich auf, wollen mit diesen und ähnlichen Maßnahmen erzwingen, daß der Bauernstand so verkleinert wird, daß er endlich im vorhandenen Finanzrahmen Platz findet.

Die Pensionserhöhung bei den Bauern ist umso verachtenswürdiger, weil zwar der Bund jetzt 33 Prozent dazuschießt, minus 7 Prozent immer wohl gemerkt, aber zur Bergarbeiterpension 66 Prozent, und das ohne Kürzungen.

Ich frage mich, nach der Verfassung steht uns der Gleichheitsgrundsatz auch als Bauern zu, sind wir Menschen zweiter oder dritter Klasse? Eigentlich müßte man den Eindruck haben, daß man ohnedies auch in diesem Haus als Bauer schon abklassifiziert worden ist, wenn ich gerade daran denke, an gestern, daß der Berufsstand Bauer für den Herrn Kollegen Hofrat Dr. Flecker hier in diesem Landtag ja schon eine Geruchsbelästigung darstellt, dann möchte ich ihm schon sagen, daß er seine ohnedies etwas zu hoch stehende Nase in die Probleme der Bäuerlichkeit stecken sollte, um endlich diese Probleme zu erkennen und auch zu erkennen, daß sowohl ÖVP als auch SPÖ eine verräterische schwache Agrarpolitik betrieben haben.

Ich kann aber in dem ganzen Reigen so weitermachen. Es gibt Versprechungen, Versprechungen, die man gemacht hat hinsichtlich der EU. Die Landwirtschaft hat definitiv ein Rechenbeispiel ausgerechnet in der Anpassungsphase im ersten Jahr. Einkommensverluste ist gleich plus minus Null.

Wie schaut es denn wirklich aus? Schauen wir an den Maispreis, schauen wir auf die Rinderpreise. Beim Mais sind wir in dieser Situation, daß man auf Grund des Versagens der Interessenvertretung und der verantwortlichen Politiker einen zweigeteilten Maispreis hat. 2,08 Schilling für den Mais, der im Sperrlager ist, und 1,60 Schilling plus Transportkostenzuschuß für den Mais, der eben jetzt nach Niederösterreich geführt werden kann. Und der Höhepunkt, daß diese 5000 Schilling versprochene Flächenprämie auf Grund der Bundesbudgetierung nicht gehalten werden können. Im Augenblick stehen wir auf 4300 Schilling. (Landesrat Pörtl: „Wo nimmst du denn das her?“) Herr Landesrat, ich würde dich bitten, daß du dich mit deinem Minister in Verbindung setzt, vielleicht wird er dir das auch bestätigen.

Herr Landesrat, du hast aber auch dieses Budget mitbeschlossen, das uns hier vorliegt zur Beratung, bist aber im gleichen Atemzug hinausgegangen zur Bevölkerung und hast gesagt „beim Sparen die Bauern ausgespart, das Land macht Bundesmillionen locker“. Ich nehme bezug auf die Besprechungen. Ich frage mich: Im Budget stehen 1,6 Millionen für die Maschinenringförderung zu Buche. Sind die Bundesmittel damit ausgeschöpft? Im Budget finden wir 8 Millionen für die Biomasse. Sind die Bundesmittel damit ausgeschöpft? Dazu kommt natürlich, daß Beratungserfordernis, das – und jetzt betrachte ich mich nicht einmal als Zerstörer, sondern als Retter der Landwirtschaftskammer, denn wir haben in das Gesetz hineingeschrieben, daß die Beratung gesetzlich festgeschrieben ist, die Förderung macht ohnedies schon die AMA, da braucht sich die Kammer nicht mehr schmutzig zu machen dabei, daß die Kammer gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag verantwortlich ist, daß die Förderungsanträge, daß die EU-konforme Beratung der steirischen Bauern sichergestellt werden können.

Ich kann mir schon vorstellen, daß das ein gewaltiges Aufkommen ist, denn 460.000 Förderungsanträge sind letztendlich kein Pappenstiel. Aber das haben auch die gewußt, die dieses Budget geschrieben haben. Die 460.000 Anträge, die 120 Dienstposten in Spitzenzeiten mehr, und ich habe, Herr Landesrat, am 11. Oktober, wo das vorliegende Budget noch nicht beschlossen war, eine Anfrage an Sie gerichtet hinsichtlich des EU-Kofinanzierungsbedarfes aus Landesmitteln. Also dieser EU-Kofinanzierungsbedarf von insgesamt 1,3 Milliarden Schilling, den kann ich in diesem Budget eigentlich nicht finden. Und eines muß ich auch klipp und klar sagen: Dafür einen Ermächtigungskredit von 500 Millionen Schilling hineinzuschreiben, da weiß ich nicht, wie man damit durchkommt.

Ich bitte dich, sehr geehrter Herr Landesrat, dazu Stellung zu nehmen, wie du deiner Verantwortung gerecht wirst unter den gegebenen Rahmenbedingungen, deine Versprechen einhalten zu können. Denn, Frau Kollegin Dr. Karisch, glaube ich, hat es gesagt in ihrer Generalrede, wenn wir die Dinge ernst nehmen, müssen wir ihnen mit der Wahrheit begegnen. Und das, lieber Herr Landesrat, fordere ich von dir ein. (Beifall bei der FPÖ. – 14.00 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Pult ist der Herr Kollege Kowald.

Abg. Kowald (14.01 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Früh, als ich um zirka 5 Uhr in den Stall gegangen bin, war ein herrlicher blauer Himmel, beleuchtet mit Sternen, und da habe ich mir so gedacht, ich bin neugierig, was heute so im Laufe des Tages alles noch auf uns zukommen wird. (Abg. Minder: „Sternschnuppen!“) Warum? Weil wahrscheinlich zum Bereich Landwirtschaft der eine oder andere da sein wird, der sagt, alles ist bisher schlecht gemacht worden. Und trotzdem habe ich eigentlich die Arbeit mit Freude verrichtet, obwohl einer, der gestern dem ganzen Bereich wieder einen Beigeschmack gegeben hat, halt wieder nicht da ist, wenn er einmal die Wahrheit hören soll.

Jedenfalls möchte ich sagen, meine sehr geehrten Frauen und Männer und Anwesende, daß gerade heute von den Hauptrednern wieder zu vernehmen war, daß in der nächsten Zeit auf uns einiges zukommen wird, daß wir uns werden zusammenreißen müssen, um diese Aufgaben auch zu bewältigen. Daß es selbstverständlich in der letzten Zeit und in den letzten Jahren genauso Interessantes zu verkünden gab, wo der eine sagt, es war gut, wir haben positive Arbeit geleistet, und der andere sagt, es war schlecht. Leider Gottes ist es wieder passiert, daß die Leute ausgezogen sind. Die sogenannte Agrarsprecherin der Sozialdemokraten ist eh nicht da, der Dr. Flecker und sonst irgendwelche Leute, die gerne sich damit befassen, sind ebenfalls ausgezogen. Es gibt Leute, die das draußen hören, dann kommen sie herein, weil irgendwer muß ja auch dasitzen, damit es nicht allzu leere Ränge gibt. Denn ein Maßstab ist in dieser Richtung auch zu erkennen, die Wertschätzung gegenüber der Landwirtschaft. (Abg. Trampusch: „Kollege, deine Lautstärke ist aber auch kein Maßstab!“) Manchesmal deutlicher und manchesmal leiser. Und wenn man eben die Wahrheit sagt, kann es passieren, daß es weh tut, aber da haben wir kein Problem, wir werden das weitersagen. Und warum, werte Freunde, es war ein Anliegen der Bauernschaft und der Interessenvertretung in den letzten Jahren und speziell in den letzten Monaten, alles zu unternehmen, um die Vorbereitungszeit, nachdem der EU-Beitritt bekannt ist, auch in Angriff zu nehmen. Und bei aller dementsprechender hoher Wertschätzung aller, die da mitgearbeitet haben, es ist hier viel geschehen, Gott sei Dank! Die Informationsversammlungen bezüglich der ganzen Flächenfeststellungen laufen voll an, es sind viele Beamte in dem Bereich tätig, die Bauern zu informieren. Und wenn heute manche Leute hergehen und sagen „nein, das ist alles verkehrt, und es wird nichts gemacht, und es ist schlecht“, so möchte ich sagen, sie sind weit weg vom Schuß. Und wenn die Kollegin Kaufmann sagt, sie versteht das nicht, so kann auch ich das verstehen. Wenn du nämlich einen ordentlichen Bezug zur Bauernschaft hast und das von Haus aus mitgestalten kannst als praktizierender Bauer, wenn du davon lebst, dann tust du dir auch wesentlich leichter. Wenn es aber so ist, daß du nur das vorlesen mußt, was dir vielleicht vorgegeben wird, mit einigen Bemerkungen auch von der eigenen Linie versehen, so kann es passieren, daß es Probleme gibt in der ganzen Kommunikation.

Und schauts, polemisieren können wir soviel wir wollen alle miteinander, nur löst das das Problem nicht für uns. Wir müssen Beiträge leisten, und nichts in den letzten Wochen und Monaten war härter für uns Bauern vor Ort, feststellen zu müssen, daß es beim Maispreis nicht funktioniert hat, Freunde! Der Präsident Wlodkovsky ist gerade gekommen. Gerhard, wie oft haben wir telefoniert? Keiner weiß, was wirklich gemacht worden ist, weil wir es nicht sagen können und nicht immer in die Zeitung geben können mit einer Presseaussendung. Aber ich bin froh, daß wir es gemacht haben, daß ich dich oft belästigt habe und daß wir gemeinsame Wege gegangen sind. Das Problem war doch eines, daß der Herr Finanzminister Lacina nicht rechtzeitig – und, Freunde, jetzt sage ich es noch einmal – rechtzeitig dieses Sperrlager unterschrieben hat. Manche haben geglaubt, sie können ein politisches Kapital daraus schlagen, aber gerade die, die es geglaubt haben, haben am meisten draufgezahlt. Ich sage das auch ganz offen. Und wir haben selbst beim Steger draußen vorgesprochen, der Finanzminister hat uns ja nicht angehört, weil er keine Zeit gehabt hat, Steger hat gesagt „das ist nicht verantwortlich dem Bürger gegenüber, dem Steuerzahler, daß wir für einen Überschuß eine Verwertung geben in einem Bundesland und in anderer Form vielleicht Dürreentschädigungen zahlen, so wie das in Oberösterreich ist“, Freunde, wir haben keinen Überschuß zu finanzieren verlangt oder gebraucht, wir wollten nur diese gerechte, korrekte Entschädigung unseres niedrigen Maispreises, was uns versprochen worden ist. Und hätte das zeitgerecht stattgefunden, hätten wir das ganze Problem nicht gehabt. Und daß wir noch nicht ganz fertig sind, wissen wir. Wir wissen aber auch, daß gerade bei diesem Thema der Handel auch sein Spiel gespielt hat, ganz Wurscht, wer dahintersteht. Ich sage das auch. Nirgends in Europa hat nämlich der Handel die Möglichkeit, unter 2 Schilling, 2,10 Schilling einen Mais zu kaufen, das möchte ich auch sagen. Aber wir werden noch weiterrufen. Jedenfalls bin ich froh, daß auch in dem Bereich einiges weitergegangen ist.

Und wenn ich euch jetzt auch eines sage, die Leute, die da reden, sie tun etwas für die Bauern, sie bemühen sich dort und da und werden sich einsetzen. Das ist auch nicht so einfach zu verwirklichen, da reden, in den eigenen Reihen keine Chance zu haben, die Wünsche der Bauern vielleicht auch erfüllen zu können, weil sie keiner anhört – siehe Lacina, siehe Steger, so ist das auch für mich Polemik.

Jedenfalls wird das so sein, daß wir weiter zu kämpfen haben, und ich bin froh darüber, daß gerade im Bereich der bäuerlichen Leistungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten vieles schon geschehen ist. Die Vorbereitungsphasen, Schaffung von gewissen Unternehmungen, von Programmen, daß sich die Bauern in dem Bereich auch rechtzeitig umgestellt haben, im Bereich der Selbstvermarktung, Qualitätserzeugung, im Umweltbereich Großes geleistet haben, Freunde, darf man ja auch einmal sagen. Es ist ja nicht so selbstverständlich, daß unsere erarbeiteten wirksamen Programme und Aktivitäten im Lande Steiermark gerade in Brüssel draußen Anerkennung finden, wenn ich an das ganze Leibnitzer Feld denke, an den Verein „Sauberes Grundwasser“ denke, an die

ganzen alternativen Einkommensmöglichkeiten. Und eines ist auch klar. Wenn man heute glaubt, einen Strukturwandel, wenn da Zahlen genannt werden, verhindern zu können, dort und da, dann ist man, glaube ich, auch weit weg von der Realität, wenn man die Zahlen von früher vergleicht. Es ist aber auch so, ich muß das auch sagen, weißt, lieber Peinhaupt, wenn man hergeht und sagt, es ist die Hoffnungslosigkeit komplett da, die signalisiert wird. Ich bin froh darüber – er ist zwar nicht da, aber man kann es ihm ja ausrichten – (Abg. Weilharter: „Er hört es trotzdem!“) Ja, er soll es auch hören! Weißt, wenn man draußen vor Ort mit den Bauern ist und selber einer ist, der auch selber den ganzen Betrieb führt, selber fährt mit dem Traktor genauso wie der andere, sage ich das auch, merkt man auch, daß die Bauern schon bereit sind, die neue Herausforderung anzunehmen. Leicht wird es nicht! Und eines ist auch klar, für den Strukturwandel, den jetzt schon manche miterleben haben müssen, alles der EU Schuld zu geben, das wäre das leichteste.

Ich bin nicht einer, der mit Hurra hineingehüpft ist oder gesagt hat, „ihr müßts der EU beitreten“, das sage ich ganz offen. Ich habe aber auf eines hingewiesen, ich sagte: „Freunde, glaubts nicht, wenn wir nein sagen, daß alles gleich bleibt oder wir brauchen uns nicht umstellen an Flächenbindung, unserer Tiere, im Bereich der Umwelt oder sonst welche Aktionen, soll man da den Leuten nichts Falsches vormachen.“ Das war auch meine Meinung, mein Beitrag und ist auch bis heute noch so.

Ich glaube also, Freunde, und alle miteinander, die Verantwortung tragen, diese ganze Finanzierung der Förderungsmittel wird notwendig sein, um im Bereich des Landes die 40 Prozent Anteilsleistungen vollbringen zu können. Und grundsätzlich möchte ich eines sagen: Der Landwirtschaft wäre es viel lieber, sie bräuchte nicht um die Förderungsmittel sich anstellen und bemühen, die Bauern hätten es vor allem gerne, sie würden einen gerechten Preis kriegen! Und dieser gerechte Preis ist leider nicht erzielbar!

Der Vollmann hat gesagt, voriges Jahr, „wenn es nicht mehr wert ist, können wir euch nicht mehr geben!“ – das werde ich nie vergessen, weil ich mir gedacht habe, das ist klassenkämpferische Beitragsleistung par excellence gewesen im Zusammenhang mit Aussagen, wo es für die Bauern gegangen ist. Du hast gesagt: „Wenn es nicht mehr wert ist, dann können wir euch nicht mehr geben!“

Wert ist es schon mehr. Billig essen, das gute Essen will jeder haben, die Qualität auch, nur beim Zahlen hapert es. Und hier verlangen und Solidaritätsaussprüche zu machen: „Ja, wir müssen schauen, die einheimischen Qualitätsprodukte annehmen und kaufen.“ Und dort und da aber schauen, wo es am billigsten zum Kaufen geht, so werden wir das nicht gewinnen. Wir brauchen Verständnis! Die Bauernschaft braucht Verständnis! Ich bin froh, daß es möglich war, in diesem Bereich einiges zu erreichen. Die Basis des Bundeslandes Steiermark ist auch in gemeinsamer Form gelungen. Daß der Landesrat Pörtl diese Vorschläge eingebracht hat, die in gemeinsamer Form von der Interessenvertretung ausgearbeitet worden sind, Grundlage Landschaft, Kulturerhaltungsprogramm, muß man ja erzählen, daß der Ressel, der Landesrat, das auch dann in der Form eingesehen hat,

erfreut uns auch alle miteinander. Der Beitrag der Landesregierung war nicht so schlecht. Insgesamt muß man das auch sagen, Freunde, diese Mittel aus Landessache werden Beiträge leisten, den Grundstock bilden, daß wir Bundesmittel kriegen, um unseren Bauern auch in der nächsten Zeit ein dementsprechendes Einkommen zu garantieren. Und da habe ich mir halt heute auch eines gedacht, wie das halt ist, habe ich mir eines gedacht, ein bißchen darf man ja manchmal zu unseren Freunden sagen, danke schön, daß ihr an die Bauern auch denkt! Denkt auch in der nächsten Zeit uns! Und daß das halbwegs weiterläuft im Sinne einer erfolgreichen Landwirtschaft, habe ich mir gedacht, nehme ich auch ein Produkt aus dem Bauernhof mit, Gutes vom Bauernhof, Qualitätsprodukt, noch dazu, wenn es aus dem eigenen Betrieb ist, muß ich das auch sagen, ein so ein steirisches Kernöl soll gesund sein, fördert allerhand Bewegungen innerhalb des Körpers und soll auch dazu beitragen, daß das im Sinne einer erfolgreichen Landwirtschaft auch in der Steiermark, und speziell auf der Regierungsbank, weiterhin schön geschmiert läuft, deswegen kriegt jeder, der auf der Regierungsbank sitzt, von mir ein Flascherl Kernöl, um auch manchmal zu denken, wir brauchen die Bauern. Und in diesem Sinne alles Gute!

Kollege, darf ich einmal zuerst dem Landesrat Pörtl ein Flascherl Kernöl geben. Es soll ein Beitrag sein, wie wir das in der Steiermark in vielfacher Art und Weise tun.

Ein zweites Flascherl kriegt der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid. Es ist ja so, daß wir alle miteinander zusammenhalten müssen. Arbeiten wir so weiter. (Abg. Trampusch: „Eine Berichtigung: Kernöl fördert nicht nur die Bewegung innerhalb des Körpers, sondern auch außerhalb!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Von innen und außen!“) Manche reden vom Kernöl und glauben, sie können das als Werbeslogan hinstellen, wir erzeugen es. Manche reden vom Biodiesel, wir erzeugen ihn selber und fahren damit. Also, in diesem Sinne werdet auch ihr nicht zu kurz kommen, ihr kriegt alle heute noch ein paar Kürbiskerne zum Verkosten, damit die Potenz steigt. (Beifall bei der ÖVP. – 14.15 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Und das war das zweite und wirkliche Ende dieser Wortmeldung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter, ich erteile es ihm.

Abg. Weilharter (14.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn man den Ausführungen, in dem Fall der Bauernbundvertreter, den Vorrednern Grillitsch und Kowald folgt und zugehört hat, dann hat man eigentlich das Gefühl, es muß in der Landwirtschaft alles in Ordnung sein. Wenn man genauer hinhört, kann man doch einiges an Problemen erkennen. Und das, meine Damen und Herren, wird für viele, die nicht in der Landwirtschaft beschäftigt sind, aber auch vor allem die Bauern, schon die Frage aufwerfen, warum tut man so von seiten des Bauernbundes, versucht zu beschwichtigen, sagt andererseits, man war immer bemüht, das Beste zu machen, denn die Entwicklung, die dramatische negative Entwicklung innerhalb der Landwirtschaft war ja längst bekannt. Die Schwierig-

keit, der Preisverfall, der ist ja nicht hausgemacht, der ist ja nicht von heute auf morgen entstanden. Und hier darf ich also schon die Antwort geben an den Bauernbund. 40 Jahre, 40 Jahre war die Agrarpolitik in der Steiermark ja doch vom Bauernbund dominiert. Entweder wollte man nicht auf die Wünsche und die Probleme der Bauern eingehen oder versucht man hier es mit allgemeinen Beschwichtigungen, gleich wie in der EU-Frage, sich hinwegzuturnen. Und, meine Damen und Herren vom Bauernbund, ich frage Sie, wenn Sie alles getan haben und die Situation der Bauern erkannt haben, die Schwierigkeiten erkannt haben, wie ist es dann möglich, daß innerhalb eines Jahres 1500 Betriebe das Handtuch werfen innerhalb Österreichs, auf die Steiermark kann man das linear übertragen, oder eben, wie der Kollege Grillitsch heute hier richtig gesagt hat, daß in einem Jahr ein Einkommensverlust von 14 Prozent gegeben war? Und ein weiterer Punkt: Daß auch für die Landwirtschaft die Investitionskosten in exorbitantem Ausmaß gestiegen sind?

Meine Damen und Herren, Sie wissen es ganz genau, und speziell Sie vom Bauernbund, die Sie 40 Jahre für die Agrarpolitik hier im Land verantwortlich sind, Sie wissen es ganz genau, wie dramatisch die Preispolitik und damit die Einkommensverluste in der Landwirtschaft gegeben sind. Das kann ich anhand eines simplen, für jeden verständlichen Beispiels dokumentieren. Wir wissen, daß in etwa vor 20 Jahren für eine Zugmaschine mit 45 PS der Bedarf von 15 Einstellern notwendig war. Mit diesem Erlös konnte man diese Investition bedecken. Heute, 20 Jahre danach, reicht nicht einmal die doppelte Menge, sondern man braucht die dreifache Menge an Einstellern, um letztlich diese Investition abzudecken. Das heißt also, Sie haben die Entwicklung und diese auseinanderklaffende Schere zwischen Einkommen und Investitionskosten erkannt, nur, Ihre Maßnahmen, Herr Landesrat Pörtl, und Ihre Agrarpolitik hat in dieser Frage nicht funktioniert, nicht gefruchtet, sonst hätten wir diese dramatische Entwicklung nicht.

Und daher behaupte ich, lieber Herr Landesrat Pörtl, Sie setzen da wahrscheinlich auf eine falsche Politik, versuchen uns immer wieder hier im Haus vorzuführen, wie eine Henne, der man Taubeneier einlegt. Man brütet, brütet drauf und hofft, daß Jungkücken schlüpfen. Aus Taubeneiern werden nie Jungkücken schlüpfen, sondern es werden immer Tauben bleiben. Und um das bitte ich Sie auch in der Agrarpolitik, bleiben Sie doch bei der Wahrheit. Das heißt, daß der Preisverfall gegeben ist, ist ein trauriger Aspekt, aber es hat auch die Agrarpolitik des Bauernbundes in die falsche Richtung gesetzt und ist danebengegangen. Bleiben wir bei der Wahrheit in dieser Frage.

Meine Damen und Herren, ich will aber auch meine Wortmeldung dahin gehend verstanden wissen, wir hatten noch vor gut einer Woche eine Abstimmung, eine Wahl, die in den Bereich der Landwirtschaft hineinspielt, die sogenannte Landarbeiterkammerwahl. Und ich darf Ihnen namens meiner Fraktion folgendes sagen: Wir als Freiheitliche akzeptieren selbstverständlich das Wahlergebnis, nicht akzeptiert, meine Damen und Herren, kann von uns werden die Fragestellung betreffend die Pflichtmitgliedschaft. Ich

zitiere die Fragestellung an die Landarbeiter, an die Wähler zur Landarbeiterkammerwahl: „Sind Sie für eine funktionierende Kammer mit Pflichtmitgliedschaft – ja oder nein?“ Liegt ja völlig auf der Hand, Herr Landesrat, meine Damen und Herren, daß die Frage nach einer funktionierenden Ständeververtretung selbstverständlich von jedem vernünftig denkenden Menschen bejaht werden muß. Aber, meine Damen und Herren, lieber Kollege Riebenbauer, die Manipulation liegt in der Fragestellung, daß Sie in der Frage ein Junktim hergestellt haben, nämlich ob eben die Pflichtmitgliedschaft sein soll oder nicht im Zusammenhang mit einer funktionierenden Kammer. Dieses Junktim ist meiner Meinung nach unzulässig, und es war vorweg eine Manipulation. (Abg. Schützenhöfer: „Also, Manipulation ist das keine!“) Das war eine Beeinflussung und eine Manipulation in der Fragestellung, lieber Kollege Schützenhöfer!

Nächster Punkt, Kollege Schützenhöfer. Ich sage klipp und klar, die Junktimierung dieser Frage war eine Manipulation und vorweg eine Beeinflussung. (Abg. Purr: „Das, was du machst, ist eine Bevormundung des Wählers!“) Zweiter Punkt, Kollege Purr! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die Interpretation des Ergebnisses ist zumindest eine Manipulation!“ – Abg. Schützenhöfer: „Ist auch keine Manipulation!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, wieso fragen wir nicht: Wollen Sie eine Kammer mit oder ohne Pflichtmitgliedschaft? Wieso fragen wir nicht so?“) Kollege Schützenhöfer, ich kenne auch deine Aussagen dazu. Und wenn wir die beiden Begriffe, das heißt die funktionierende Ständeververtretung, die ja klarerweise jeder bejaht, und den Zwang oder die Pflichtmitgliedschaft getrennt fragen würden, es wird sich niemand oder kaum jemand in diesem Land finden, der für Zwang- oder Pflichtmitgliedschaft ist. Völlig klar!

Daher noch einmal: Das Junktim herzustellen ist meiner Meinung nach eine Vorbeeinflussung, eine Manipulation. Ich bleibe bei dieser Behauptung.

Nächster Punkt, Kollege Schützenhöfer: Es ist auch eine eigenartige Meinungsfindung, wenn ich diese Frage jener Gruppe stelle, die selbst in der Kammer beschäftigt ist. Das heißt in dem Fall, daß Mitarbeiter, Bedienstete der Landwirtschaftskammer über diese Frage abstimmen als Wahlberechtigte zur Landarbeiterkammer. Auch hier wird die Abstimmung vorweg ja nicht anders ausgehen. Daher zweiter Hinweis, zweiter Beweis für mich, daß man hier beabsichtigt hat zu beeinflussen und zu manipulieren. Ich bleibe dabei.

Ich bleibe dabei, das war der zweite Versuch, eine Manipulation herbeizuführen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist nämlich ein Verfassungsgesetz!“) Kollege Schützenhöfer, wir sollten nicht, wenn wir diese Frage ernst diskutieren und ernst behandeln und beraten wollen, nicht diesen Weg, diese von mir gesagt manipulierte Vorgangsweise wählen, sondern wir sollten uns dazu entscheiden als Volksvertreter, daß wir den Schritt nach vorne gehen und eine Volksabstimmung, nämlich jede Steirerin und jeden Steirer, drüber fragen. Denn schlußendlich werden diese Ständeververtretungen auch von den Steuermitteln aller Steirerinnen und Steirer bezahlt.

Und zum Schluß kommend, werter Kollege Schützenhöfer (Landesrat Pörtl: „Was ist denn, wenn

wir die einmal fragen, ob es eine gewisse Partei noch geben soll? Diese Frage möchte ich nicht stellen!“) Das glaube ich dir, lieber Kollege Pörtl, ich möchte dich auch vor der Antwort bewahren, die die ÖVP oder speziell der Bauernbund dann erhält. (Landesrat Pörtl: „Nein, da brauchst du dich nicht fürchten, ich habe es schon ausprobiert!“)

Meine Damen und Herren, zum Schluß kommend. Ich bin völlig d'accord mit dem Kollegen Schützenhöfer, wenn er sagt, wir machen darüber eine Volksabstimmung, wir sind bereit, Reformen zu machen, wir sind bereit, dem Wunsch der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Ich bin nicht bereit, unter verschiedensten Vorzeichen eine Befragung innerhalb der Ständesvertretung zu machen. Man kann ja vor allem aus der Befragung heraus keine verfassungsmäßigen Ansprüche ableiten. Und ich bitte Sie wirklich, daß man in den Kammerfragen ernstlich und korrekt vorgeht. (Beifall bei der FPÖ. – 14.24 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (14.25 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Irgendwo ist ja die Luft wieder draußen, weil die ersten Redner sich möglichst abereagiert haben. Und der Herr Kollege Hofrat Dr. Flecker ist auch irgendwo draußen, aber dem muß ich noch ganz kurz wegen seinem gestrigen Ausspruch etwas sagen – er kommt gerade bei der Tür herein. Wenn er Angst vor dem Stallgeruch hat oder wenn er ihn stört, dann gebe ich dir eine Antwort mit einem oststeirischen Spruch: „Dastunken ist noch keiner, aber dahungert sind schon viele.“ Sind wir froh, daß wir noch einen Stallgeruch haben, dann haben wir auch etwas zum Essen.

Wir haben relativ lebhaft über Vor- oder Nachteile eines EU-Beitrittes diskutiert. Und es wurde auch so manches, ob fair oder unfair, das sei dahingestellt, sich gegenseitig vorgeworfen. Vor kurzem ist mir das „Aktive Land“ ins Haus geflattert, das die Monika Kaufmann auch gerne liest, das habe ich schon gesehen, du hast nämlich Argumente gegen den EU-Beitritt daraus herausgesucht, und da steht sehr, sehr schlaue etwas drinnen, für mich und für alle in diesem Hause sehr Nachdenkliches, und ich darf das am Beginn meiner Ausführungen vorlesen: „Es wäre aber jetzt unserem Land am wenigsten gedient, wenn sich nunmehr auf der einen Seite jene, die mit nein gestimmt haben, enttäuscht und resignierend zurückziehen und jene, die mit ja gestimmt haben, mit den Händen in der Hosentasche zuwarten. Die einen, bis ihre Befürchtungen, und die anderen, bis die ihnen gemachten großen Versprechungen in Erfüllung gehen. Was nun notwendig und gefragt ist, das ist der volle Einsatz aller und damit anstrengendste Arbeit, damit trotz allem die Befürchtungen zu wenig und die Hoffnungen der anderen so gut als möglich in Erfüllung gehen!“

Es werden immer wieder die Genossenschaften kritisiert – ein sachliches Wort dazu. Ihr kritisiert, daß wir zu viel Einfluß haben, die Bauern kritisieren, daß wir zu wenig haben. Malen wir uns das Bild selbst aus. Zur Biomasse und zum gesamten Budgetentwurf vom Herrn Landesrat Ressel. Wir haben im letzten Budget,

im ersten Entwurf 3,5 Millionen Schilling für die Biomasse drinnen gehabt. Ausbezahlt wurden im Jahr 1994 21 Millionen Schilling. Und ich sage es jetzt einmal offen und ehrlich. Dank des guten Verständnisses zwischen Landesrat Pörtl und Landesrat Ressel. Ich bedanke mich, daß wir diese Mittel für die Biomasse zur Verfügung haben. Und ich wäre ein schlechter Bauernvertreter, würde ich nicht gleich anknüpfen: Wir brauchen auch im heurigen Jahr genauso viel Mittel, wenn nicht mehr! Und wenn sie im Budget nicht drinnen sind, so müssen wir uns halt verlassen können, daß es im nächsten Jahr auch wieder Nachbedeckungen gibt. Ich weiß schon, daß euch das am wenigsten interessiert, aber trotzdem, für mich ist es interessant!

Für eine flächendeckende Landwirtschaft ist es Grundvoraussetzung, daß wir gesunde Tierbestände haben. Und daß wir gesunde Tierbestände haben, da hängt sehr viel davon ab, wie wir selber drauf schauen, aber es hängt auch sehr viel ab von unserer Landesveterinärabteilung. Unsere steirische Landesveterinärabteilung gehört zu den besten Europas. Und das kann man ruhig da einmal sagen und einen Dank an Hofrat Köfer und seine Mitarbeiter.

Es wird notwendig sein, daß wir seine Sorgen bezüglich von Seucheneinschleppung, gerade bei den Tierbeständen, sehr, sehr ernst nehmen, auf Landesebene, aber vor allen Dingen auch auf Bundesebene.

Den letzten Teil meiner heutigen Ausführungen möchte ich einem Bereich widmen, der uns alle, ja, sehr viel angeht. Das sind unsere Nebenerwerbsbauern. Wenn ich um zwei Minuten zu lange werde, ich habe vom Vormittag noch fünf Minuten gut, also müßte es sich ausgehen. Im Rahmen dieser Agrardebatte möchte ich insbesondere auf das Problem der Nebenerwerbsbauern eingehen. 60 bis 70 Prozent unserer steirischen Bauern haben einen Nebenerwerb, es kommt immer auf die Definition drauf an. Und für die Frage der Dauerhaftigkeit von Nebenerwerbsbetrieben ist es entscheidend, wie viele Betriebe auch in Zukunft diese Betriebsform ausüben. Teilweise geht die Tendenz zur Betriebsauflösung wesentlich schneller als bei den Vollerwerbsbetrieben. Von dem einen wird der Nebenerwerb als Zukunftsvision angesehen, andere sehen diese Betriebsform als Durchgangsstation. Wenn man so sagen will, den Einstieg zum Ausstieg aus der Landwirtschaft. Die Zukunft unserer bäuerlichen Betriebe mit zwei Berufen kann nur, meines Erachtens, noch in Gemeinsamkeit mit den Haupterwerbsbetrieben gesehen werden. Auch der Nebenerwerbsbetrieb ist auf ausreichendes Einkommen angewiesen. Wenn außerlandwirtschaftliches Einkommen nur dazu dient, meine geschätzten Damen und Herren, um es in den Betrieb zu investieren, so kann das keine dauerhafte Betriebsform sein. Die Arbeitseinteilung im Betrieb muß so gestaltet werden, daß sie von den betroffenen Bauern, von den Menschen, die am Hof leben, auch akzeptiert wird und ein menschengerechtes Leben ermöglicht. Die kommende Generation von Bauern mit zwei Berufen wird sich nicht nur mit dem bäuerlichen Berufskollegen vergleichen, sondern auch mit dem Freund am Arbeitsplatz. Und für diesen sind Freizeit und Urlaub kein Fremdwort. Der Nebenerwerbsbauer und die Nebenerwerbsbäuerin brauchen auch in Zukunft

neben einer guten Grundausbildung eine solide Weiterbildung und selbstverständlich auch eine Beratung. Das ist Voraussetzung zum Überleben. Das derzeitige Agrarsystem in der EU mit Preissenkungen auf der einen und Ausgleichszahlungen auf der anderen Seite, und das sage ich jetzt ganz ehrlich und offen, wird langfristig junge Bauern nicht motivieren. Hier müssen wir Lösungsansätze finden! Und das österreichische Programm für umweltgerechte Landwirtschaft sorgt dafür und soll Anreiz geben, daß Betriebsintensivierung nicht die einzige Möglichkeit ist und wachsen durch Weichen nicht das Rezept der Zukunft sein kann.

Meine geschätzten Damen und Herren, weil ein immer kleiner werdender Teil unseres Einkommens durch unternehmerisches Handeln bestimmt werden kann, wird die Agrarpolitik zur Sozialpolitik, und die Abhängigkeit nimmt zu.

Und noch ein ernstes Wort: Die Flächenstilllegung widerspricht eigentlich langfristig einer flächendeckenden Landbewirtschaftung. Als Lösungsansatz kann ich mir vorstellen, daß für einen Bauern, der in dem harten zukünftigen Wettbewerb bestehen will, vermehrt wieder gelten muß: Leistung muß sich auch in Zukunft wieder lohnen! Der Markt muß langfristig wieder Grundlage für unser Einkommen werden.

Ich weiß, daß ich das hier relativ leicht sage. Aber wir brauchen diese Änderung, damit wir in Zukunft Bauern haben.

Neben der Produktion gesunder Lebensmittel, deren Notwendigkeit wir als Krisenvorsorge viel zu wenig schätzen, gibt es noch mehrere Bereiche, die wir erschließen können. Wir haben alle Chancen, deren Vermarktung zu nutzen. Es sind schon mehrere aufgezählt worden. Wir haben Chancen in Zukunft im Rahmen dieses 5b-Programmes. Wir haben vor allen Dingen die Chancen zu nützen im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe und vor allen Dingen, und da könnten wir auch als Land beispielgebend sein, auf dem Markt der Dienstleistungen. Und wir hätten durch Olympia auch Chancen gehabt, so mancher Nebenerwerbsbauer hätte sich bei einer Olympiade im Winter einen kleinen Zuerwerb holen können.

Es gibt Möglichkeiten, die wir zu nutzen haben, die wir aber auch annehmen müssen. Es gibt sicher keine Patentrezepte.

Ja, Frau Abgeordnete Kaufmann, im Winter hätten mehrere Zeit, und ein paar Schilling verdienen kann keinem Bauern schaden. Brauchst dich jetzt nicht ärgern, daß ich das gesagt habe, aber das ist so. (Abg. Kaufmann: „In welcher Disziplin?“) Die Bauern können alles machen, die sind nicht so dumm wie du glaubst!

Die Zukunft, liebe Freunde (Abg. Kaufmann: „14 Tage!“) Ah, das sind nur 14 Tage, und vorher ist nichts und nachher ist nichts. Laß dich überraschen!

Die Zukunft gehört nicht dem Voll- oder Nebenerwerbsbauern, sondern dem bäuerlichen Betriebsführer oder der Betriebsführerin, die sich der Herausforderung stellen, die die Chancen begreifen und die Möglichkeiten nützen. Die Voraussetzungen dafür haben wir alle gemeinsam zu schaffen! Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.36 Uhr.)

Präsident: Als nächster hat sich der Herr Abgeordnete Herrmann zu Wort gemeldet, ich erteile es ihm.

Abg. Herrmann (14.36 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Dr. Lopatka hat schon gesagt, was wird ein Gewerkschafter jetzt zu der Landwirtschaft sprechen. Na, zum Unterschied zu ihm bin ich wenigstens ein Halterbub gewesen, ich glaube, das bist du nicht mehr gewesen. Und vom Beruf aus bin ich ja Schmied und habe auch viel mit der Landwirtschaft zu tun gehabt. Ein bißchen ein Wald, 30 Obstbäume, zuviel Gras und 2 Quadratmeter Brennessel sind sicher zu wenig, daß man als Produzent etwas sagen könnte.

Nein, ich möchte heute darüber sprechen über die Direktvermarktung und möchte euch berichten, wie es gemeinsam geht, daß der Konsument und der Produzent zusammenkommen. In unserer Gemeinde ist der Wunsch entstanden, vor allem von einer SPÖ-Gemeinderätin, daß wir einen Bauernmarkt kriegen. Ich habe zu ihr gesagt, na gut, dann schreibst du die Marktordnung, und wir werden dann weitersehen. Sie hat dann diese Marktordnung geschrieben, wir haben sie an die Landesregierung geschickt zur Genehmigung. Ich muß sagen, dort hat es ein bißchen sehr lange gedauert, aber es hat uns nicht sehr viel ausgemacht, denn die Bauern waren noch nicht soweit.

Es ist ihnen eingeredet worden, es gibt so viele rechtliche Vorschriften, und sie waren noch nicht bereit. Als wir dann diese Marktordnung erhalten haben, haben wir zu unseren Bauern gesagt, daß es nur für Lafnitzer Landwirte gelten kann und daß natürlich kein Standgeld eingehoben wird. Naja, dann haben uns die Bauern ein bißchen genommen, denn sie haben gesagt, es wäre am schönsten beim neu errichteten Wirtschaftshof, denn dort haben wir eine Halle, wo man Geräte abstellt und ähnliches, und unsere Bauernführer haben gesagt, diese Halle wäre halt richtig geeignet für diesen Bauernmarkt. Wir sind dann selbst zur Überzeugung gekommen, daß es der beste Platz ist. Und sie sagen heute, sie haben den schönsten Platz für einen Bauernmarkt im Bezirk. Ich muß aber sagen, ich muß das Kompliment wieder zurückgeben an die Landwirte. Wir haben natürlich Vorleistungen gebracht von der Gemeinde, wir haben an der Ortseinfahrt eine Ankündigungstafel finanziert, wir haben die erste Postwurfsendung finanziert, und wir haben eine richtige Eröffnung mit Blasmusik veranstaltet. Und ich bin überzeugt, daß unsere Landwirte – und ich bin halt ein Patriot – den vielfältigsten Bauernmarkt in unserem Bezirk haben. Beginnend von hervorragenden Produkten, von Brot über Mehlspeisen, Bauernmehlspeisen – schauts mich an, alle 14 Tage haben wir ja einen Bauernmarkt, und da muß ich immer etwas verkosten –, auch ein Imker ist auf unserem Bauernmarkt, hat hervorragende Produkte, was Honig betrifft, auch Wachskerzen und ähnliches. Und was mich ganz besonders freut, ist hier, daß die Jugend dabei ist, daß sie die Schnapsflaschen mit Bauernmalerei bemalen, also wirklich sehr, sehr hervorragend. Ein Landwirt hat für die Zukunft jetzt wieder Aussicht und hat gesagt, er wird vom Kukuruzbau weggehen und geht auf den Kornanbau über, weil er bringt das dann alles in Brot weg.

Einen besonderen Dank muß man wirklich den Bäuerinnen aussprechen, denn die haben ja dort die meiste Arbeit, damit dieser Markt alle 14 Tage wirklich gut besucht ist. Und ich muß sagen, unser Bauernmarkt ist schon ein Gesellschaftsereignis geworden, alles trifft sich alle 14 Tage dort. Ich muß euch sagen, ich bin ein Fan unseres Bauernmarktes.

Ich möchte jetzt ein paar Worte zum ländlichen Wegebau bringen. Ich persönlich bin für die agrartechnische Abteilung, denn wir sehen, daß hier eine hervorragende Arbeit geleistet wird. Beginnend, wenn man einen Weg plant, wird er vermessen, wird ordentlich geplant, und was für uns – für die Gemeinden – sehr, sehr wichtig ist, ist eben, daß eine Bauaufsicht gegeben ist. Sind wir uns doch ehrlich, wir haben in der Gemeinde die Leute nicht, daß diese Bauaufsicht gewährleistet ist. Was ganz wichtig ist, ist, daß dieser Weg dann am Schluß wieder vermessen wird, daß er vermarktet wird und daß es keine Streitereien gibt. Wir haben für die Verkehrserschließung für ländlichen Wegebau über 40 Millionen drinnen, und was ich persönlich wirklich sehr, sehr gut finde, daß man nun für die Wegeerhaltung seit vorigem Jahr 35 Millionen drinnen hat. Wir wissen, daß eben speziell, wie es in unserer Gemeinde ist, die meisten Wege dann schon mit einer Staubbefreiung errichtet werden, daß eben diese Straßen dann zu erhalten sind. Man müßte einen Modus finden. Diese Straßen schauen alle aus wie ein Asphaltstraße, tatsächlich haben sie aber nur eine dünne Schicht drüber. Man müßte sie genauso bewerten, wenn sie neu zu bauen ist. Wie gesagt, ich habe einen sehr guten Eindruck von dieser Abteilung, und ich möchte und wünsche mir, daß sie wirklich weiterhin tätig sind.

Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 14.42 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kinsky. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Kinsky (14.42 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte im Rahmen dieser Debatte über die Land- und Forstwirtschaft ganz gerafft, konkret und kurz zwei Feststellungen treffen und fünf Vorschläge machen für die Zukunft der Land- und Forstwirtschaft.

Erste Feststellung: Ich glaube, daß unsere Bauern in der Land- und Forstwirtschaft wenig davon haben, wenn es verschiedene Schuldzuweisungen und parteipolitische Schuldzuweisungen, wer jetzt an der derzeit sicherlich nicht sehr erfreulichen Situation in der Landwirtschaft die Schuld trägt oder nicht, ob die davon in der Zukunft sehr viel davon haben. Man kann alles positiv oder negativ sehen, man kann, so wie der Kollege Peinhaupt das gesagt hat, es so sehen, daß der Herr Landwirtschaftsminister miserabel war, und jetzt hat er Österreich verlassen und ist in die EU gegangen. Man kann es aber genauso gut etwas anders sehen, daß es wahrscheinlich die EU nicht gestattet hätte, einen, der von Land- und Forstwirtschaft null versteht, als EU-Kommissar in die EU zu nehmen und zukünftig Landwirtschaftspolitik für ganz Europa zu betreiben, wenn er ganz so schlecht gewesen wäre.

Zweite Feststellung: Ich höre das schon seit einigen Jahren – seitdem ich die Ehre habe, hier dem Landtag anzugehören –, daß an der schlechten Preispolitik in der Land- und Forstwirtschaft niemand anderer schuld ist als die Funktionäre des Bauernbundes. Wenn die Politik der Vergangenheit auf dem Bauernbundsektor so schlecht gewesen wäre, frage ich mich, ob nicht die EU-Agrarpolitik nicht noch schlechter war, wenn wir jetzt auf Grund eines Beitrittes zur EU ganz einfach zur Kenntnis nehmen müssen, daß im gesamten Agrarmarkt große Probleme vorhanden sind.

Letztlich, meine Damen und Herren, glaube ich, daß unsere Bauern am meisten davon hätten, wenn es parteipolitisch außer Streit ist, daß alle Fraktionen der Meinung sind, daß wir im letztmöglichen Rahmen unseres Landes- und Bundesbudgets für die Unterstützung der heimischen Bauern und Land- und Forstwirtschaft einzutreten haben. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Darüber sind wir uns aber einig, daß wir soviel zahlen müssen!“) Sind wir uns einig? Gut!

Ich meine nur, wenn die Bauern draußen das Gefühl haben, ihre Problematik wird aus der Parteipolitik herausgezogen und daß wir uns alle einig sind, haben sie schon einmal weit mehr für die Zukunft, als wenn wir uns hier gegenseitig Vorwürfe machen.

Zweite Feststellung und meine persönliche Meinung: Im Rahmen des EU-Beitrittes ist es sicherlich von der Bundesregierung verabsäumt worden, im Bewußtsein, daß eines der Hauptprobleme im Agrarsektor liegt, hier rechtzeitige Vorbereitungen sowohl für die Landwirtschaft wie auch für den gesamten Agrarhandel zu treffen. Sonst würden wir heute nicht vor der Problematik stehen, daß wir so kurzfristige riesige und komplizierte Formulare auszufüllen hätten und der Agrarhandel eigentlich machtlos der EU gegenübersteht.

Es sei mir noch eine dritte Feststellung, die ich an sich unter Punkt eins sagen wollte, erlaubt. Ich glaube eines, man müßte sich auch einmal im klaren sein, daß wir durchaus dankbar sein sollten, allen anderen Berufsschichten Österreichs, daß es heute überhaupt keine Debatte von anderen Berufsgruppen in diesem Land gibt über die Höhe der Gesamtförderung für die Land- und Forstwirtschaft, wie sie auf Bundes- und Landesebene durchgeführt wird. Meine Damen und Herren, auch das ist keine Selbstverständlichkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Nun ganz kurz fünf Punkte, weil ich glaube, daß die Bauern und die Land- und Forstwirtschaft weit mehr daran interessiert sind, wie es in der Zukunft positiv weitergehen sollte.

Erstens: Der agrarische Produkthandel muß sich radikal umstellen. Bis jetzt war unser Agrarhandel damit befaßt, daß er vom Staat festgesetzte Preise vorgeschrieben bekommen hat, was er den Bauern auszahlen hat und was er im Handel dafür zu verlangen hat. Das ist zu Ende. Es muß sowohl der private wie auch der genossenschaftliche Produkthandel sich umstellen und in Zukunft die Ware dorthin liefern und dort verkaufen, wo er den besten Preis bekommt. Heute müssen wir feststellen, es ist nicht einmal möglich, Agrarprodukte aus der Oststeiermark in die Obersteiermark zu liefern oder umgekehrt.

Zweite Feststellung: Dringend gehört gefordert, vor allem auf Grund der Tatsache, daß wir eine sehr klein strukturierte Landwirtschaft haben, die naturnahe Produktion aller Agrarprodukte. Das ist eine Chance für die Zukunft.

Dritte Feststellung: Wir müssen Markenqualitätsprodukte intensiv fördern und unterstützen. Und hier ein Wort des Dankeschöns an den Herrn Landerat Pöttl, der ein Pilotprojekt meines Bezirkes, nämlich eine EU-Qualitätsschlachthoferrichtung, massiv gefördert hat, weil ich glaube, daß ein Projekt wie dieses in unserem Bezirk Weiz, der gekoppelt ist mit einem Marketing, daß dort nur die Produkte, die wir in unserem Bezirk von seiten der Bauernschaft erhalten, sowohl Almo-Fleisch als auch Schweinefleisch, wie auch das Ziegenfleisch erstklassig vermarktet wird, auch in Zusammenarbeit mit unserem Fremdenverkehr.

Vierter Punkt: Ich glaube, der Agrarproduktenhandel zwischen den Landwirten muß sich auch bessern und durchgeführt werden. Ich sehe durchaus nicht ein, warum ein Bauer in der Ebene, der Ackerbauprodukte produziert, Getreidebau betreibt, warum es hier fünf Stellen geben muß, die immer damit mitverdienen, bis der Bauer, der das dann auch braucht, nämlich der Bergbauer, zu seinem Produkt kommt.

Es gehört, meine Damen und Herren, zum Beispiel, was wir jetzt in der Forstwirtschaft anstrengen, wir richten jetzt eine sogenannte Holzbörse ein, wo jeder Bauer, jeder Waldbesitzer eingeben kann in die Holzbörse, was er in der Lage ist, auf Grund seines Besitzes und seines Baumbestandes zu liefern, und die Abnehmer, sprich die Sägeindustrie, wird dort eingeben, welche Produkte sie dringend benötigt. Und wir glauben, daß wir hier auch einem Wunsch der sägeverarbeitenden Industrie entgegenkommen können, die immer Klage darüber führt, daß sie ad hoc nicht diese Ware bekommt, die sie braucht.

Letztlich sei noch ein Problem der Forstwirtschaft angeschnitten. Ich glaube, wir sind an sich zufrieden, daß sowohl im Programm der Bundesregierung als auch in der Landesregierung eindeutig festgelegt ist, daß wir uns für eine zukünftige Energieabgabe und CO₂-Abgabe auf fossile Energieträger stark machen. Ich möchte das unterstützen und bitte die Landesregierung, hier auch den Bund voranzutreiben.

Ich glaube, wir brauchen nicht nur das. Wir brauchen eine Verlängerung des Fernwärme-förderungsgesetzes, daß ein Strom etwas teurer belastet wird, auch für Umweltansätze. Wir brauchen eine Verdoppelung letztlich der Budgetansätze, wenn es zu einer Ökosteuerung dieser fossilen Brennstoffe kommt, für den Ausbau der Bioenergie. Wenn man weiß, daß wir derzeit im Schnitt des Jahres 18 bis 20 Prozent mehr Holzzuwachs haben als wir ernten können, und das vor allem im Bereich der Durchforstung liegt, dann liegt es auch im Interesse der Gesunderhaltung unserer Wälder, daß wir heute einen neuen Absatzmarkt vorfinden.

Abschließend, noch einmal sei es gesagt, wenn wir uns, alle Fraktionen dieses Hauses, einig sind, daß wir uns alle anzustrengen haben, um die derzeitige Problematik für unsere Bauern zu bewältigen, dann können wir vielleicht auch mehr Optimismus hinaus-

tragen, weil mit Pessimismus allein werden wir in der Zukunft die Bauern sicher nicht erhalten. Ich danke schön! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 14.52 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Getzinger.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (14.52 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es gibt ein mittlerweile schon fast zum Leitbild gewordenen Diktum des ehemaligen Landwirtschaftsministers von Österreich, Herrn Fischler, mittlerweile EU-Landwirtschaftskommissär, nämlich das Diktum vom Delikatessenladen, der Österreich werden soll, auf der Basis einer funktionierenden Landwirtschaft. Ich persönlich halte sehr viel von diesem Diktum. Ich glaube, daß das ein sehr wichtiges Leitbild sein könnte für eine Agrarpolitik, auch im nächsten Jahrtausend. Soviel ich weiß, stimmen auch der neue Landwirtschaftsminister und unser Landwirtschaftsreferent diesem Diktum, diesem Leitbild, zu.

Ich persönlich bin der Ansicht, daß ein guter Teil der Landwirte, der Bauern und Bäuerinnen in der Steiermark mittlerweile im Hinblick auf dieses Leitbild auf dem richtigen Weg sind. Denken Sie an die ungefähr 10.000 Direktvermarkter, denken Sie an die mittlerweile etwa 2500 Biobauern, die es in der Steiermark gibt. Bis zum Jahr 2000, so gibt es Prognosen aus den Bioverbänden, werden zirka 20 Prozent der steirischen Bauern und Bäuerinnen Biobauern sein, also biologische Landwirtschaft betreiben. Ich glaube, das sind jene Bauern, die tatsächlich diesem Leitbild am ehesten in der Steiermark entsprechen. Es gibt auch einige Irrwege, einige Mißverständnisse hinsichtlich dieses Diktums vom Delikatessenladen. So würde ich meinen, daß etwa diese Straußenzuchtprojekte, die auch dem Tierschutz, berechtigtermaßen würde ich hier sagen, ein Dorn im Auge sind, tatsächlich als Irrweg zu bezeichnen sind. Es ist Unfug, eine australische Wildtierrasse hier in der Steiermark als Nutztier zu halten. Ich halte das sowohl für tierquälerisch als auch aus landwirtschaftspolitischer Perspektive für eine Fehlentwicklung. Hier wird dann die Landwirtschaft in einem falschen Licht in der Öffentlichkeit dargestellt, und für die Vertreter der Medien ist das natürlich auch ein gefundenes Fressen.

Es gibt auch andere Irrwege. Kurz vor der Grenze von Österreich gibt es bereits die genetisch, gentechnisch veränderte Tomate, jene Tomate, die nicht mehr matschig wird. Das ist für Händler natürlich eine sehr interessante Eigenschaft einer Tomate. Sie wird nicht mehr unverkäuflich. Auch da würde ich meinen, ist es eine Fehlentwicklung, auf derartig gentechnisch veränderte Produkte zu setzen. Diese Tomate sollte keinen Platz haben im Feinkostladen Österreich.

Meine Damen und Herren, ein Weg der Landwirtschaftspolitik in Richtung Delikatessenladen, Forcierung des Delikatessenladens, wird meiner Meinung nach in der Steiermark noch zu wenig beschritten. Nämlich jener Weg, der mit der Haltung alter Nutztierassen zu tun hat. Das ist tatsächlich eine sehr, sehr spezielle Nische in diesem Delikatessenladen, füllt vielleicht nicht einmal ein Regal, ich würde aber meinen, daß hier doch einige Perspektiven für

Bauern, für bewußte Bauern, für direktvermarktende Bauern, aber auch für Biobauern zu finden sind. Worum geht es dabei? Hier geht es einerseits um einen durchaus moralischen Wert, nämlich um die Erhaltung der genetischen Vielfalt als Wert an sich. Es geht aber auch darum, hier, wie gesagt, neue Vermarktungschancen für unsere Bauern zu finden. Es geht darum, den Teil eines Regales in diesem Delikatessenladen zu füllen. Damit Sie sich eine Vorstellung machen können, worum es sich bei diesen alten Nutztierassen eigentlich handelt, ein paar Beispiele: Es geht hier beispielsweise um das altsteirische Huhn, es trägt zwar die Steiermark in seinem Namen, aber von dem gibt es sage und schreibe noch etwa 30 Exemplare in der Steiermark. Es geht um das Sulmtaler Hendl, das ist das sogenannte und berühmte Gelbfüßlerhendl, das war das Backhendl in der Monarchie, es geht um das Krainer Steinschaf, das war in der Monarchie, in der k.-und-k.-Zeit, das steirische Milchschaft. Klingende Namen sind das. Es geht um das wollhaarige Weideschwein, es geht um das Ennstaler Bergscheckenrind, von dem es nur noch 25 Exemplare in der Steiermark gibt, und es geht um das Murbodner Rind, von dem es nur noch ganz wenige reinrassige Exemplare gibt. Wie gesagt, die älteren Kollegen unter uns werden sich vielleicht noch an diese Rassen erinnern können. Das sind Nutztiere, die in der Steiermark beheimatet sind und vom Aussterben bedroht sind.

Meine Damen und Herren, das Argument, das gegen diese Nutztierassen vorgebracht wird, ist klar: Diese Nutztierassen haben natürlich nicht den Ertrag, den Hochleistungsrassen erbringen können, aber es geht ja um den Umbau von einer mengenmäßigen, ertragsorientierten Landwirtschaft auf eine qualitäts- und vor allem spezialitätenorientierte Landwirtschaft, im Hinblick auf den Delikatessenladen.

Kurz noch zum Argument der genetischen Vielfalt: Weltweit sind etwa 1000 Nutztierassen kurz vor dem Aussterben, aufgeführt sind diese Rassen in der Roten Liste der Nutztiere der FAO, der Welternährungsorganisation. Wöchentlich, so nimmt man an, stirbt weltweit eine Nutztierasse aus. Herr Landesrat Pörtl, es gibt an dich recht deutliche gesetzliche Aufträge im Zusammenhang mit diesen alten, vom Aussterben bedrohten Nutztierassen. Wir haben kürzlich das Tierzuchtgesetz beschlossen. Unter anderem ist es Zweck dieses Gesetzes, die Erhaltung der genetischen Vielfalt bei den Nutztieren in der Steiermark sicherzustellen. Das ist sehr deutlich im Gesetzestext festgehalten. Wir haben seit nicht allzu langer Zeit ein neues Landwirtschaftsförderungsgesetz. Im Paragraph 15 Absatz 3 litera b sind Prämien zur Erhaltung seltener heimischer Nutztierassen vorgesehen.

Das heißt, sehr geehrter Herr Landesrat, es gibt grundsätzlich das Instrumentarium, ich würde dich wirklich ersuchen, hier in kürzester Zeit – es geht hier tatsächlich auch um den Zeitfaktor – ein Förderungspaket zu schnüren für die Bauern und Bäuerinnen, die bereit sind, heimische Nutztierassen zu erhalten. Es geht nicht nur um die Erhaltung einzelner, vielleicht hier aufgezählter Nutztierassen, sondern es geht um ein generelles Förderungspaket für Bauern und Bäuerinnen, die hier bereit sind, einen Beitrag zu leisten, um eben diese Nische, dieses Regal im Delikatessenladen zu füllen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß mir auch die alten Nutzpflanzensorten, insbesondere die alten Apfelsorten, ein besonderes Anliegen sind. Ich habe das hier mehrmals artikuliert. Ich bin auch sehr froh, einige Exemplare dieser alten Apfelsorten bei dieser Sitzung von dir, lieber Erich, bekommen zu haben, ein Krummstiel, glaube ich, ist es und einige andere alte Apfelsorten. Besonders engagiert auch in diesem Bereich sind wieder einmal die Biobauern in der Steiermark. Die Biobauern haben sich zum Ziel gesetzt, sich auf Spezialitäten zu konzentrieren, auch bei den alten Apfelsorten. Das hat den schlichten Grund, daß bei Biobauern chemischer Pflanzenschutz verboten ist, bei den alten Apfelsorten sich herausstellt, daß die wiederum widerstandsfähiger sind gegenüber bestimmten Krankheiten. Sie haben also bestimmte artentypische Vorzüge, die andere, nämlich Hochleistungssorten bei den Äpfeln, nicht aufweisen.

Hier beim Problem Biobauern und alte Apfelsorten geht es nicht primär um eine finanzielle Unterstützung, sondern es geht in erster Linie um eine Unterstützung im Bereich des Versuchswesens und der Beratung. Viele landwirtschaftliche Versuchs- und Bildungseinrichtungen haben diesen Trend zum biologischen Landbau bereits erkannt und in ihr Ausbildungs-, Beratungs- und Versuchswesen bereits integriert. Denken Sie an Grottenhof, denken Sie an Silberberg. Höchste Zeit wäre es auch, diesen Schritt im Bereich des Obstbaues zu tun. Hier ist natürlich Haidegg angesprochen, Haidegg bei Graz. Dort sollte meiner Ansicht nach, aber nicht nur meiner Ansicht nach – du weißt das –, baldigst zumindest eine Abteilung für biologischen Obstbau eingerichtet werden mit einer fachkundigen Frau an der Spitze. Ich sage das sehr, sehr bewußt und sehr deutlich. Der Herr Landwirtschaftsreferent weiß, von welcher Person ich spreche. Man kann diese Stelle allerdings auch ausschreiben, aber es gibt im Rahmen der Landwirtschaftskammer im Pflanzenbaubereich eine sehr, sehr qualifizierte Frau, die für diese Position einer Abteilungsleiterin in Haidegg für biologischen Obstbau vorzüglich qualifiziert wäre. Vom Direktor von Haidegg gibt es bereits grünes Licht. Herr Landesrat, ich darf dich abschließend wirklich sehr herzlich ersuchen, Gespräche sowohl mit Haidegg als auch insbesondere mit der Landwirtschaftskammer aufzunehmen. Es ist sicherlich ein Lernprozeß, der hier angeregt werden muß, aber ich halte es für keine politische Verpflichtung, diesen Lernprozeß anzuregen und zu moderieren. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.00 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Frieß. Ich erteile es ihr.

Abg. Frieß (15.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es vergeht kein Tag, und es vergeht keine Zeitung, wo nicht das Thema Lebensmittelqualität behandelt wird. Das hat zweifelsohne einen sehr, sehr engen Zusammenhang mit der bäuerlichen Landwirtschaft. Die gesunde Nahrung ist eine tragende Säule überhaupt im Gesundheitswesen. In der Gesellschaft wurde das sichtlich noch nicht erkannt. Liest man von vielen Erkrankungen und Allergien, so ist der Zu-

sammenhang zwischen Gesundheit und Ernährung sehr bedeutend. Die österreichische Landwirtschaft hat zweifelsohne viele hervorragende Lebensmittel anzubieten, die auch auf dem europäischen Markt bestehen können. Hochwertige Nahrungsmittel – da denke ich auch an Inhaltsstoffe, wie lebenswichtige Spurenelemente, essentielle Aminosäuren und Vitamine – können sich im europäischen Vergleich in der österreichischen Ernährung sicherlich sehen lassen. Bedeutende Journale weisen auch schon darauf hin.

Unsere 1600 Biobauern haben schon lange eine eigene Kontrollstelle eingeführt, und derzeit werden auch Gespräche über eine Oberkommission zur Qualitätskontrolle nach modernen Maßstäben verhandelt. Qualitätskontrolle umfaßt nicht nur Beschaffenheit, Herstellung und Inhaltsstoffe, sondern natürlich auch naturnahe und umweltschonende Produktionsverfahren. Der Konsument, und das sage ich auch als Antwort auf viele kritische Punkte, kann sicher davon ausgehen, daß die bäuerliche Landwirtschaft solche Produkte erzeugt, auch dem Trend der Gesundheitsvorsorge entgegenkommend. Die Qualitätsschiene am Lebensmittelsektor fällt dem Großteil der Bauern nicht schwer. Die Schwierigkeit liegt beim Vertrieb, das wissen wir. 85 Prozent aller Österreicher kaufen lediglich im billigen Supermarkt ein. Bisher sind die bäuerlichen Vermarkter in vielen Bereichen tatsächlich durchgedrungen. Als Beispiel nenne ich die Freilandhaltung von Nutztieren, wo etliche Produkte Anklang im Supermarkt finden. In der Produktionstechnik dürfen keine Leistungsförderer verwendet werden. Ein Hygieneprogramm wird ebenfalls konsequent eingehalten. Natürlich ist in diesem Tierproduktprogramm auch das Ausgangsmaterial mitentscheidend, und in Österreich hat man daher auf das richtige Pferd gesetzt und robuste, widerstandsfähige Arten sehr wohl erhalten. Wenn ich da zum Beispiel an die hoch- und höchstgezüchteten Nutztiere denke, an PSE und rinderwahngefährdetes Ausgangsprodukt von Lebensmitteln, so war es die steirische Linie, die immer eine sehr bodenständige und kluge im Bereich der Tierzucht war.

Und ich gebe dir, lieber Herr Kollege Dipl.-Ing. Getzinger, durchaus recht, wenn wir Nischen erhalten sollen für die Erhaltung seltener heimischer Rassen. Aber wir müssen auch danach trachten, daß wir Millionen Österreicher ernähren, und da können wir mit Fug und Recht sehr wohl behaupten, daß wir von vornherein auch im anderen Bereich, außer dieser Nischen, beste Ausgangsprodukte haben. Und wenn du vorschlägst, daß du eine Abteilung für biologischen Obstbau brauchst, dann kann ich dich sehr herzlich einladen, diese Abteilung gibt es in der Fachschule Haidegg und gibt es in Wetzwinkel in unserer Obstbaufachschule. Da haben wir den integrierten Obstbau sehr deutlich festgelegt und arbeiten seit Jahren daran, auch unsere erhaltungswürdigen alten Obstbäume, die du auch immer wieder ansprichst, werden da sehr wohl gehegt und gepflegt.

Auch der Konsument, und das ist ein ganz wichtiger Punkt, kann die Programme nachvollziehen. Darauf soll es uns auch ankommen. Wir haben da ein sehr, sehr offenes System. Die Aktion „Gutes vom Bauernhof“ ist ein Beispiel. Es ist auch schon von vielen Vorrednern genannt worden. Aus Handels- und

Konsumentensicht, aber auch aus Vermarkter- und Bauernsicht werden alle Bedingungen eingehalten, ganz im Gegensatz zu vielen Pseudoprogrammen, die auch auf dem Markt sind, speziell von der großen Lebensmittelindustrie. Auch in der Ausbildung wird auf den Faktor Verantwortung für die Bevölkerung im Bereich der Volksernährung höchster Wert gelegt, und das ohne extreme, teilweise fahrlässige Ansichten, die wie Religion gepredigt werden. Zum Beispiel werden die höheren Bundeslehranstalten auch umbenannt, zukünftig heißen sie höhere Lehranstalten für Landwirtschaft und Ernährung. Das umfaßt wirklich auch die großartige und wesentliche Aufgabe der österreichischen Landwirtschaft.

Aber auch die Vermarktung über den Tourismus, „Urlaub am Bauernhof“, ist ein wesentlicher Faktor. Da gibt es ebenfalls selbstaufgelegte Qualitätsstufen und eine sehr grundsätzliche Kategorisierung. 350 anerkannte Betriebe gibt es bereits in der Steiermark, und ich meine, daß das sehr wohl ein Unterschied ist, auf den wir auch werblich setzen können. Das ist im Grunde genommen unser Wettbewerbsvorteil.

Ich darf zu diesem Anlaß auch dem Landesrat Erich Pörtl, unter dessen Führung diese Qualitätsführerschaft aufgebaut wird, sehr herzlich danken, ebenso der Landwirtschaftskammer und der Gesellschaft für Absatzförderung. Vor allem danke ich aber auch den Bäuerinnen und Bauern, die tatsächlich diese Arbeit leisten.

Das Ergebnis zum Schluß. Das läßt sich sehen. 10.000 Direktvermarktungsbetriebe, 60 Bauernmärkte, und ich freue mich sehr, daß der Kollege Herrmann aus Hartberg diesbezüglich auch mitgeholfen hat, Hofläden, 900 Buschenschenken, 700 Betriebe, die Gutes vom Bauernhof erzeugen, und viele, viele andere Ideen. Es ist nämlich auch ein Grundsatz des Bauernbundes und darüber hinaus der Bauernvertreter, daß Arbeiten, Ideen umsetzen und Erfolge bringen sicher besser ist als nur kritisieren. Das hilft den Bauern am meisten und ich meine, daß wir damit auch am ehesten die Zukunft bewältigen können. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.09 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Franz Trampusch.

Abg. Trampusch (15.09 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Diese Agrardebatte ist zweigeteilt. Der erste Teil war hektisch, und da waren Schuldzuweisungen. Der zweite Teil ist eher damit versehen, daß Vorschläge eingebracht werden, daß berichtet wird.

Und ich habe den Eindruck, es geht uns so wie in der Landwirtschaft selbst. Es gibt gute Ernten, und es gibt Mißernten. Nur, in der Landwirtschaft ist dann die Verantwortung immer klar. Bei der guten Ernte hat man richtig gesät und richtig gearbeitet und dann auch entsprechend geerntet. Und wenn es eine Mißernte gibt, dann war es höhere Gewalt!

In der Politik sucht man, wenn die Ernte nicht so gut ist, dann immer sofort Schuldige. Und es hat heute, zu Beginn zumindest, es ist dann relativiert worden, so ausgeschaut, daß es auf der Bundesebene zwar Schuldige gibt, den Finanzminister und den Herrn

Steger, und im Land den Finanzreferenten und die Monika Kaufmann. So einfach kann man es sich natürlich nicht machen, wenn man versucht, für die Zukunft etwas zu erarbeiten, wo wir alle, wenn wir wissen, welche Unterstützung die Landwirtschaft braucht, uns diese Debatten in der Form ersparen können. Und die reden ja nicht nur im Hohen Haus so, denn ich höre überall, wo ich in der Steiermark herumkomme, daß es heißt, der Finanzreferent gibt uns das Geld nicht. Und ich glaube, damit sollten wir einmal wirklich aufhören. (Beifall bei der SPÖ.)

Und jetzt will ich aber wirklich nicht nostalgisch werden. Aber als wir bei der letzten Budgetdebatte, und sie liegt ja nicht lange zurück, versucht haben festzustellen, das kann nicht stimmen, daß der Agrarlandesrat im Rationalisierungs-Ausschuß bei den allgemeinen Förderungsmitteln 2 Millionen und etwas einspart, wenn wir alle wissen, daß EU und anderes auf uns zukommt und wir viel mehr brauchen werden, du zwar, Herr Landesrat, sehr überzeugend in deinem Schlußwort gesagt hast, wie du das Sparen siehst, als ehemaliger Kleiner, du hast eine Wirtschaft gehabt mit einem Schöckerl Kinder, das war sehr überzeugend, und da hast du dich fast dafür entschuldigt und um Verständnis gebeten, daß du nicht mehr verlangt hast. In Ordnung, nur, wir haben alle gewußt, daß es mehr werden wird. Und wenn man jetzt sagt, und ich bitte das wirklich zu beachten, weil das gilt nicht nur für die Landwirtschaft, na ja, es dauert dann immer so lange, bis man dann endlich doch ein Geld vom Finanzreferenten kriegt, dann sind wir alle mit daran schuld. Aus einem einfachen Grund. Der Landtag hat die Budgethoheit. Wenn wir zur Kenntnis nehmen, daß ein Budget beschlossen wird, von dem wir vorher wissen, daß viel mehr in gewissen Bereichen, und notwendigerweise, ausgegeben wird und dann nachher, sozusagen mühsam, in der Regierung versucht, den Finanzreferenten dazu zu bringen, daß er das Geld wo hernimmt, wo es noch nicht ist, weil ja der Landtag das gar nicht so beschlossen hat, dann dürfen wir uns auch nicht wundern, daß es dann immer wieder länger dauert. Wieso haben wir nicht den Mut, und ich sage noch einmal, es gilt nicht nur für die Landwirtschaft, wirklich das zu verlangen und das hineinzuschreiben in ein Budget, von dem wir jetzt schon wissen, daß es kommt. Und wir wissen jetzt schon, daß in vielen Bereichen viel mehr kommen wird.

Die Regierung hat sich zwar auf den kleinsten gemeinsamen Nenner irgendwo zusammengerauft bei der Vorlage dieses Budgetentwurfes, aber wir legen ja jetzt schon wieder den Grundstein dafür, daß dann wieder wochenlang oder vielleicht länger in der Regierung geredet wird, von wo nehmen wir das Geld her, wenn dann momentan größere Ausgaben anfallen, die voraussehbar sind. Also, da ist der Landtag mitschuldig daran, weil wir jetzt, wissend sozusagen, ein Budget beschließen – ein Beispiel wurde genannt: Biomasseförderung. Und das ist ganz klar, es sind wiederum nur 8 Millionen drinnen, obwohl wir schon mehr als 20 ausgegeben haben und wahrscheinlich für das Jahr 1995 auch mehr als 20 Millionen ausgegeben werden. Also, wieso haben wir dann nicht alle gemeinsam den Mut und sagen, ja gut, die Regierung hat sich auf ein Minimalbudget geeinigt, wir sind uns aber selber gegenüber so ehrlich und

versuchen festzustellen, was müssen wir bei den einzelnen Gruppen tatsächlich ausgeben. Das ist die eine Möglichkeit.

Die zweite, und da komme ich jetzt noch einmal darauf zurück auf diese Vorwürfe, wäre ja auch gewesen und gibt es auch für das nächste Jahr, daß jetzt nicht die Regierung versucht, irgendwo ein Geld zusammenzuklauben und den Finanzreferenten sozusagen schuldig werden läßt, wenn es nicht schnell geht, sondern daß man, wenn größere Brocken anfallen, auch in der Landwirtschaft, halt dann hergeht und sagt, berufen wir eine Sondersitzung des Landtages ein, machen wir einen Nachtragsvorschlag, beschließen das und schauen, daß es dann auch gleich ausbezahlt wird. Wieso muß das immer lange im nachhinein und dann sozusagen immer mit dem Einwurf, es hat viel zu lange gedauert, so sein, daß wir dann eh vor vollendete Tatsachen gestellt werden, und wir alle ein ungutes Gefühl haben, daß wir ein Budget beschließen, das letzten Endes im Rechnungsabschluß ganz anders aussieht.

Und ein bißchen hat sicher die Philosophie dazu beigetragen, daß der Rationalisierungs-Ausschuß dann auch eine Erfolgsmeldung gebraucht hat, von der wir alle wissen, daß sie keine war, bis auf wenige, die heute noch nicht zusammengerechnet haben, was wir wirklich ausgegeben haben oder ausgeben werden im Jahr 1994 – weil das Jahr ist noch nicht aus.

Also, ich bitte auch hier, darüber nachzudenken, und die Agrardebatte wäre der richtige Anlaß dafür. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.15 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (15.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gerade die letzte Wortmeldung ist sozusagen wieder die gewisse Abrundung, daß in Wahrheit Politik weites Vorausschauen, leider oft taktisch motiviert, aber vor allem strategisches Denken und Handeln bedeutet. Aber letzten Endes, und das möchte ich auch ganz offen aussprechen, wenn es um die Budgetwahrheit geht, ist dieser Landtag mit allen Parteien der Überzeugung, daß wir nach dem Regierungsprogramm der Vorbereitung auf die EU-Integration und die Erhaltung der flächendeckenden Landwirtschaft bereit sind, die Mittel für die vereinbarten Bund-Land-Förderungen, vor allem auch im Rahmen der Nachbedeckung, zur Verfügung zu stellen.

Das ist also nicht sozusagen ein Liebesvorspiel zwischen Finanzreferenten und Pörtl Erich, daß wir uns gegenseitig schmücken oder sozusagen attackieren wollen. Es ist natürlich im Rahmen von solchen Auseinandersetzungen. Ich habe im Ausschuß bereits erklärt, daß wir einen kalkulierten Ansatz zum Beispiel in der Lagerabwertung von 203 Millionen hatten, und, ich sage es ganz offen, durch geschicktes Verhandeln der Bundesländervertreter es möglich sein wird, den Landesanteil auf 127 Millionen zu reduzieren. Hätten wir die 203 schon im Budget gehabt, und das ist ja kein Geheimnis, hätte der gesagt, paß auf, alles erledigt, lieber Freund, Ver-

handlung abgeschlossen. Und daher haben wir auch jetzt bei einigen Budgetansätzen mit der Verrechnungspost von 1000 Schilling sozusagen diesen taktischen Verhandlungsspielraum der Länder. Weil ja im Rahmen dieser Auseinandersetzung der EU-Cofinanzierung in Wahrheit ein ganz brutales Spiel über alle Parteien hinweg zwischen Bund und Ländern läuft. Heute ist der Großteil der Regierungsmitglieder deshalb in Wien, weil ja alles in ein Gesamtpaket gegossen wird.

Wir wissen aber, und das ist ja vor allem von der Generalrednerin der FPÖ, der Frau Mag. Bleckmann, angeklungen, daß wir mit Begeisterung gesagt hätten, „liebe Bauern, stimmt's für die EU, dann fließt Milch und Honig“. Jetzt übertreibe ich auch so viel, wie du übertrieben hast. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ich habe nichts übertrieben! Genau das habt ihr gemacht!“) Bei welcher Veranstaltung ist das passiert? Da haben Sie keinen von den Verantwortlichen gefunden. (Abg. Weilharter: „Das war ein Untergriff!“) Nein, nein, das ist ein Wunschdenken. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das habt ihr gemacht!“) Nein, nein, das ist ein strategisches Wunschdenken, daß wieder die Bauernvertreter sozusagen die Mattscheibe vor sich gehabt haben. Leider nicht der Fall! (Abg. Peinhaupt: „Namen nennen!“) Momenterl, ja, wenn du Namen willst, da mußt du den Mag. Rader fragen oder den Kollegen Prankh, bei einer Großveranstaltung in Steirisch-Laßnitz vor 500 Leuten, ein voller Kuft, wo er so quasi die Position vertreten hat, es gibt keine andere Alternative in dieser Perspektive, die uns derzeit umgibt. Wenn die Ostgrenzen sozusagen abgesackt sind und dort Eindrittelpreise – (Abg. Mag. Bleckmann: „Das ist aber nicht das richtige Beispiel!“) Nein, Moment, ich komme ja noch weiter, ich bin noch nicht fertig!

Wir können ruhig in die Schweiz fahren. Die haben es anders probiert. In der Schweiz laufen parallel die gleichen Mechanismen der Ausgleichszahlungen der Rücknahme der Preise, aber ohne EU-Finanzierung. Die derzeitigen Finanzberechnungen sagen, daß die Schweiz um 10 Milliarden aus eigenen nationalen Mitteln mehr für den Bereich zur Verfügung stellen muß. Vor allem besteht eine wüste Diskussion zwischen den Berufs- und Interessengruppen, ob dieser Betrag möglich ist. Ich sage es deshalb in einem Atemzug, weil ich für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch eine langfristige Chance mit der Einbindung der Entwicklung der osteuropäischen Wirtschaft sehe – jetzt tue ich fast so, als ob ich der Finanzreferent oder irgend ein höheres Tier wäre –, das ist das Faktum, neue Marktchancen. Unter diesem gemeinsamen Entwicklungspaket haben wir die Möglichkeit auch in der Landwirtschaft, mit zwei Schienen zu fahren. Die eine Schiene zu fahren, daß wir die neuen Bedürfnisse der Menschen – wie es Getzinger angesprochen hat, wie es Frieß angesprochen hat, wie es unsere Generalrednerin angesprochen hat – (Abg. Peinhaupt: „Herr Landesrat, warum haben Sie denn den Huber-Plan so vehement abgelehnt?“) Momenterl! Ja, ja, man muß nur den Huber-Plan genau lesen, den habt ihr eh durchrevidiert vor kurzer Zeit. Moment, laßt mich einmal ausreden. Vielleicht machen wir miteinander ein Seminar, wir sind da gar nicht so weit auseinander. (Abg. Mag. Bleckmann: „Seit acht Jahren hat sich doch einiges verändert!“) Moment, ich

make mir überhaupt keine Sorge um die Landwirtschaft (Abg. Trampusch: „Um die Bauern machen wir uns Sorgen!“), solange wir noch so gerne essen und trinken miteinander. Das habe ich gerade sagen wollen zum Einstieg.

Wenn wir vor allem wissen, daß zum Beispiel in Kairo bei dieser Konferenz festgestellt wurde, daß wir im Jahre 2000, 2010 um die 9 bis 10 Milliarden Menschen haben werden, daß es gar nicht lange dauern wird, in zehn bis zwanzig Jahren, daß in Afrika der Wald stirbt, weil die Menschen jedes Quadratmeterfleckerl brauchen, damit sie anbauen und leben können und das Holz zum Erwärmen der Nahrung brauchen werden, dann werden wir selbstverständlich – und da möchte ich das unterstreichen, was Riebenbauer angesprochen hat – wissen, daß diese Frage der Brachebewirtschaftung in den Wohlstandsgebieten nur eine Übergangslösung sein kann. Das ist der Weg, bis wir die neuen Märkte haben, die neuen Märkte für Rohstoffe, die neuen Märkte für Energie und bis wir auch die Wertigkeiten schaffen für diese bodenständige natürliche Erzeugung von Lebensmitteln.

Ich muß aber trotzdem ein paar Antworten geben auf Fragen, die im Raum gestanden sind. Ich möchte noch einmal unterstreichen, nicht nur die osteuropäische Entwicklung, sondern Faktum ist, daß die GATT-Entscheidung gefallen ist, es haben manche geglaubt, die Amerikaner werden nicht zu dieser Vereinbarung stehen – ist bereits abgeschlossen! Und ich möchte die Preisentwicklung sehen, wie sie bei uns ausschauen würde, wenn wir nicht den Viehexport in andere Länder schaffen könnten. Wir haben derzeit einen 40prozentigen Kaufbedarf in Italien. Derzeit – und damit will ich das nicht verallgemeinern – kostet die Milch in Südtirol über 5 Schilling, derzeit hat das Zuchtvieh in Kempten in Bayern den gleichen Preis wie bei uns, das ist derzeit aktueller Stand, Gott sei Dank. Aber vor allem auf Grund der Entwicklung – (Abg. Trampusch: „Wir machen uns um die Bauern sorgen!“) Ja, ja. Nein, ich sage nur, qualitatives Zuchtvieh.

Im Osten, in den ehemaligen DDR-Ländern, gibt es nur mehr 25 Prozent des Viehbestandes, den es vor der Vereinigung gegeben hat. Das heißt, die Viehbestandszahlen pro Hektar sind eher im Rücklaufen, und die Chance für uns besteht, daß wir in den bäuerlichen Familienbetrieben eine echte langfristige Chance haben in der Veredelung, weil wir immer in der Veredelung unsere betriebliche Entwicklung gesehen haben. Bei unseren Betriebsgrößen in den süd-, ost- und weststeirischen, auch in den obersteirischen Gebieten hat man überhaupt keine andere Chance, als die tierische Veredelung. Das waren an und für sich die Ansätze, wo die Kammer für Land- und Forstwirtschaft – hoffentlich finde ich diese Unterlage – vor allem auch schriftlich in einer Erklärung festgestellt hat, und zwar, daß sie, und ich lese das vor, nach sehr klaren Positionierungen feststellt – das war am 11. Mai –, wenn die Verhandlungsergebnisse positiv laufen und die nationalen Mittel und die Landesmittel zur Verfügung sind, wörtlich: „Es wird davon ausgegangen, daß auf Dauer gesehen ein Beitritt zur Europäischen Union für die steirische Land- und Forstwirtschaft geringere Nachteile bringen wird als der Verzicht auf einen Beitritt und damit der Verzicht auf

den freien Zugang zu wichtigen europäischen Agrarmärkten, insbesondere in Italien, wenn auch in der Übergangsperiode, vor allem für bestimmte Betriebe und Produktionsparten, mit großen Problemen zu rechnen sein wird."

Wo ist da das „Halleluja“ der steirischen Bauernvertretung? (Abg. Ing. Peinhaupt: „Also, Herr Landesrat, die GATT-Problematik wurde von der Landwirtschaftskammer soviel wie überhaupt nicht erörtert. Es ist nur ein Pro-EU-Werbefilm heruntergerannt!“) Ja, da warst du nie bei einer unserer Veranstaltungen. Jede Veranstaltung, die Informationscharakter gehabt hat, hat als Hauptthema den GATT-Einstieg gehabt. Unter dieser Perspektive ist überhaupt dieses Abwägen, wie langfristig der richtigere Weg ist in eine Richtung, wo bäuerliche Betriebe unter härtester Konfrontation ums Überleben kämpfen, wo auch die gemeinsame Agrarpolitik unsere Intentionen unserer österreichischen Agrarpolitik annehmen mußte, weil sie am Ende waren mit ihren Maximalisierungsproduktion. Da sind sie ja fertiggefahren.

Und ich glaube daher, daß also das Rückspiegelfahren, was gescheiter gewesen wäre, überhaupt keinen Sinn hat. Es hat auch das keinen Sinn, wie es die Kollegin Kaufmann versucht hat, die Kalt-Warm-Methode, einerseits fest fürchten, andererseits trotzdem ein bißchen einen Optimismus.

Ich sage auch ganz ehrlich: Selbstverständlich ist die Ist-Situation klar darzustellen. Das ist Sinn und Zweck des „Grünen Berichtes“. Genau diese Grundlagen und Arbeiten sind die Basis für die heutige Diskussion. Auch die Frage, die vor allem der Kollege Peinhaupt angesprochen hat, über diese neue Betrachtung, wie man also eine Bewertung vornimmt, da halte ich das für vernünftig und richtig, daß wir vor allem in solchen Fragen tatsächlich überlegen, daß nicht nur Bodennutzungsformen und Größenstufe die Basis sind, sondern daß die tatsächlich vergleichbare betriebliche Struktur entscheidend ist, weil wir sehr, sehr viele Betriebe mit Pacht- und Zupachtflächen haben, die an und für sich diese Vergleichswerte brauchen. Uns geht es nicht darum, daß wir recht haben, sondern es gibt sehr unterschiedliche Kostenfaktoren, das wissen vor allem die Arbeitnehmer in den Fremdenverkehrsgebieten. Am allergrößten ist es in Südtirol, wo die höchsten Standards und auch die höchsten Lebensmittelpreise in Wahrheit sind. Es gibt sehr viele Gebiete, wo sehr unterschiedliche Kostenfaktoren vorliegen, und daß vor allem das Auseinanderklaffen zwischen tierischer und pflanzlicher Entwicklung mit diesem Berechnungsmodell versucht worden ist zu konkretisieren. Ich glaube daher, daß sozusagen diese Beweinungsstrategie uns in der derzeitigen Phase sicherlich nicht weiterbringt. Ich glaube aber, daß wir jetzt vor allem – und das hat sehr direkt der Kollege Grillitsch angesprochen – in einer systematischen Form in einer radikalen Umstellungsphase sind.

Wir haben, ähnlich wie im unselbständigen-Bereich, die Pragmatisierung oder die Lohnabschlüsse, die fixiert worden sind, die Marktordnung gehabt. Wo diese Marktordnung uns Preisgarantien gegeben hat. Wir sind der Überzeugung, daß wir jetzt diesen Ausgleichsmechanismus in Wahrheit zu fahren haben, daß wir vor allem am Markt jetzt nicht mehr dieses Einkommen erreichen können. Da müßte ich ja normal

bei der Frau Abgeordneten Kaufmann und auch beim Kollegen Peinhaupt offene Türen einrennen – es war ja ein altes Dogma, das Geld direkt den Bauern zu geben. Nur, bisher war also der Weg, eine kleine Menge zu exportieren und den Preis hoch zu halten, und alles ohne Abgaben, mit höheren Preisen die Bauern zu unterstützen, der österreichische Weg. Der ist – (Abg. Peinhaupt: „Minus 14 Prozent, das ist der österreichische Weg!“) Ja, ja, der ist nicht mehr möglich gewesen. Gerade in der Umstiegsphase wissen wir ja vor allem, daß jeder Schock uns direkt betrifft. Eine Abwertung in Italien von 20, 25 Prozent hat uns automatisch getroffen wie ein Orkan, im Holzbereich genauso wie im Viehbereich. Das sind ja alles Dinge, die sich blitzartig sozusagen auswirken. Ich glaube daher, daß wir vor allem in den entscheidenden Fragen die konkreten Chancen und vor allem auch die Fakten sehen müssen. Vor kurzem war es noch üblich, daß zum Beispiel das Unternehmen Hofer eine Hofer-Milch verkauft hat und sich nie herabgelassen hat, irgendein Markenprodukt überhaupt ins Regal zu nehmen. Heute schreibt sie mit Stolz und Inbrunst: „Wir führen OM!“ – die obersteirische Molkereiproduktpalette. Bei einer Gesamtblindverkostung ist sie als beste Frischmilch hervorgegangen. Das heißt, diese Markenprodukte schlagen beinah durch. Genauso im Billa-Bereich mit den Bodenhaltungseiern. Wir haben also gerade auf dem Gebiet die Frage der Regionalpolitik und der Direktvermarktung.

Wir sind gerade mitten drinnen, Leaderprogramme zu entwickeln, wo wir genauso die Tischler, den Fremdenverkehr, die Almwirtschaft und vor allem auch die Arbeitskraftreserven in bäuerlichen Betrieben, die derzeit noch als Vollerwerb arbeiten, aber durch Zuerwerb außerlandwirtschaftliches Einkommen erzielen wollen.

Ich glaube aber vor allem, daß wir nach wie vor den Kampf um den Vollerwerbsbetrieb durch die Spezialisierung weiterführen müssen. Er ist erweitert in Richtung Direktvermarktung. Ich kenne sogar Betriebe, die den Nebenerwerb aufgegeben haben, das außerlandwirtschaftliche Einkommen, und in die Direktvermarktung eingestiegen sind, damit einfach eine lebensfähige Familienstruktur erhalten bleibt. Kollege Riebenbauer hat auch die Frage des Nebenerwerbs angesprochen. Ja, wenn wir glauben, daß der Nebenerwerb automatisch die Vorstufe zum Aussteigen ist, dann ist das nach unserer Überzeugung nicht die Vorstufe. Dann wären ja die größten Teile der Steiermark nicht mehr bewirtschaftet. Wir haben nur das Problem des Umstiegs vom Voll- zum Nebenerwerb gehabt. Wer zu hohe Investitionen im Vergleich zum Ertrag gehabt hat, dann in den Nebenerwerb gegangen ist, nicht extensiviert hat, zuviel Arbeit da war und die Kinder gesagt haben, „mit der Schinderei, danke, liebe Eltern, bei der Erbteilung melde ich mich dann – im ärgsten Fall mit dem Rechtsanwalt“. Das heißt, die Extensivierungsentwicklung in der Mutterkuhhaltung, in der Schafhaltung, in den Viehhaltungsgebieten oder im Ackerbaubereich, zum Teil durch Verpachtungen, wo Übergänge sind, zum Teil gibt es Nebenerwerbsbetriebe, wo vor allem vor der Übergabe entweder die Eltern oder der Junge einen Übergang über den Nebenerwerb macht, weil

zwei Familien mit den jetzigen Wohlstandserwartungen in einer Familie einfach nicht mehr das Einkommen finden. Und bitte, wie viele Arbeitnehmer gibt es, wo beide berufstätig sind. Wie viele Gewerbetreibende gibt es. Bei den Arbeitnehmern geht es sicher um die 50 Prozent. Da darf ich die Alleinfamilienerhalter gar nicht rechnen. Oder im unselbständigen Bereich. Ich kenne vier Wirte, die sind nebenbei Versicherungsvertreter, die haben überhaupt kein Herzklopfen. Oder wenn die Frau vom Arzt in der Ordination sitzt, die hat überhaupt nicht das Gefühl, daß sie von einem Nebenerwerbsarzt die Frau ist. Das heißt also, da ist sozusagen dieses Selbstbewußtsein eine ganz normale Position. Das sollen wir uns keineswegs als Vorstufe zum Ausstieg allein wegdiskutieren lassen. Vielleicht noch ein Gedankengang zur Frage der neuen Auseinandersetzung mit Handel und vor allem, ob das Genossenschaft oder privater Handel ist. Wir alle sind momentan in einer Phase, wo sich speziell die Bauern mehr Partnerschaft erwartet haben, in umfassender Form. Ich glaube auch, daß die Politik zu Recht kritisiert wird, weil der Faktor Zeit so entscheidend ist. Das ist einfach das Problem.

Der Gerhard Wlodkowsky hat sich, ich möchte fast sagen, den Schädel blutig gerannt, und wir haben gesagt, wenn wir im September nicht das Sperrlager schaffen, dann wird es nicht greifen.

Die Diskussion um die Strukturen: ein heißgeliebtes Thema auf der parteipolitischen Bühne oder auf der politischen Bühne. Auf der einen Seite gibt es also die allgemeine Tendenz, weg vom Staat. Der Staat wirtschaftet schlecht. Ich habe da Diskussionen erlebt, wo wir gerade in der verstaatlichten Industrie eine Phase erlebt haben und man gesagt hat, der kann nicht wirtschaften, das geht nie. Das ist eine unendliche Diskussion. Es kommt nur darauf an, in welcher Form, sozusagen, solche Unternehmungen arbeiten. Wenn sie privatwirtschaftlich geführt werden, ist es etwas anderes, aber generell hat sich durchgesetzt, daß auch in solchen Dingen sich der Staat zurückgezogen hat, sogar im Rahmen der Umwelt- und Ökoförderung ist das direkt an Banken vermittelt worden. Die AMA ist eine Institution, eine halbstaatliche Institution, die auch die Möglichkeit hat, mit Bescheiden diese Förderungsmaßnahmen abzuwickeln. Ich bitte da um Verständnis. Ich weiß schon, daß man parteipolitisch jetzt dem Vorsitzenden „ein paar auflegen“ will, das liegt in der Natur der Sache. Aber wenn es um die Wurst geht, könnte ich mir schon vorstellen, daß der Rechnungshof sich schön langsam an uns heranpirscht, nicht Bundesförderung vom Bundesministerium, Landesförderung vom Land oder sogar über Dritte abzuwickeln, sondern in einer Abwicklungsphase nach dem INVEKOS, das ist ein unheimlich verständliches Wort. Das heißt, mit Formularen langfristig die Abwicklung nach modernsten elektronischen Möglichkeiten mit automatischer Diskettenanweisung den derzeitigen laufenden Förderungsablauf, der über die Landwirtschaftskammer gelaufen ist, sozusagen ausgliedern. Daß dort immer wieder etwas nicht passen wird, liegt in der Natur der Sache. Das erleben wir alle selbst, die im Förderungsbereich tätig sind.

Vielleicht noch einen Ansatz, was vor allem die Budgetwahrheit betrifft. Ich bin eingestiegen mit dem Ansatz, weil man sagt, ich hätte da geschlafen oder war nicht wild genug in der Regierung. Ja, wir haben da einen einstimmigen Beschluß in der Regierung gehabt. Ich möchte jetzt gar nicht widersprechen. Das war leider der kleinste gemeinsame Nenner. In der Situation, wo wir so entscheidende gemeinsame Verantwortung zu tragen haben, ob wir wollen oder nicht, und trotzdem die Streitkultur relativ gut entwickelt ist, ist also das der Weg, und ich bin persönlich überzeugt, daß Bund-Land-Verträge, die bisher gehalten haben, auch in Zukunft halten werden und auch das Verständnis des Landtages und auch das Verständnis des Finanzreferenten vorhanden ist. Das muß ich auch ganz ehrlich sagen. Nur, er kann das Geld nicht vorher hergeben, bevor es nicht formell beschlossen und freigegeben ist. Ich glaube daher, daß wir eine echte Chance haben, vor allem auch diese Turbulenzen zu überstehen.

Es ist aber auch kritisch von der Frau Abgeordneten Kaufmann angemerkt worden, daß die Landwirtschaftskammer reformunwillig sei. Wenn alle schon so viel reformiert hätten wie dort, könnten wir glücklich sein – das Thema will nicht ich von mir aus gesehen in den Raum stellen. Dort ist längst Faktum, daß die kleinste Fraktion oder die derzeit kleinste Fraktion den Kontrollausschuß innehat, daß selbstverständlich Bundes- und Landesrechnungshof dort prüfen, sogar zehn Jahre zurück geprüft haben. Dort ist also für uns ganz klar, und das ist derzeit in Verhandlung, vor allem die Bereitschaft, soweit meine Kenntnisse da ausreichen, daß selbstverständlich die Frage der Enthebung des Bezirkskammerobmannes und des Präsidenten im Grunde drinnen ist.

Da mußt du in Zukunft eh schon fragen, wer den entheben will und wer so etwas werden will. Weil das ist eine unheimlich dankbare Aufgabe. Da mußt du wahrscheinlich als Marschgepäck fast eine Feuerwehrausrüstung mitliefern, vor allem, was die Kopfbedeckung betrifft. Ich will das nicht allzu lustig umreißen, aber ich weiß schon, ich müßte wieder eine Einlage machen, dann vergift man auf die Gedankengänge. Ich lasse auch schon nach.

Meine Damen und Herren, ich glaube daher, daß wir vor allem in diesen konkreten Ansätzen im wahrsten Sinn des Wortes, bei aller politischen Turbulenz, vor allem auch die Kraft zu neuen Partnerschaften haben müssen. Es ist für uns wahnsinnig hart. Wenn wir uns nicht gemeinsam mit Handel und Konsumenten weiterentwickeln, hat diese steirische Land- und Forstwirtschaft mit der Urposition aus dem Ertrag der Erzeugung von Lebensmitteln, auch in der Sensibilität, wie es der Kollege Getzinger angesprochen hat, mit dem Erhalt der Vielfalt – und wir haben ein Projekt schon seit einigen Jahren laufen, das Generhaltungsprojekt bei den Murbodnern, also die Gelbviehvariante – wir sind selbstverständlich bereit, solche Oasen, wo wir noch gemäßig eine Chance haben, zu nützen. Vielfach sind solche Gensubstanzen in den Shell-Konzernen oder in irgendwelchen Multi-konzernen eng abgegrenzt, um für Züchtungsarbeit in Zukunft eine Ausgangsposition zu haben. Wir in der Steiermark haben zum Beispiel das Edelschwein mit Gewalt gegenüber den Bauern, muß ich offen sagen,

schützen und bewahren müssen, damit wir noch das reine steirische Edelschwein haben. Jetzt sind wir in der Lage, mit einem Selektionsmechanismus dieses gesunde, saftige Schweinefleisch als Basis zu haben. Mit dem Pietrain eingekreuzt, da wissen auch wieder alle, das ist eine g'scheckerte Sau, hochinteressant, die hält relativ viel aus, um eben solche Markterfordernisse oder Haltungserfordernisse zu schaffen. Wir haben heute in Europa Schweinehaltungen, die auf der freien Wiese bei minus 15 Grad nur in einem Hundskobel gehalten werden und dort auch Junge kriegen. Es gibt Entwicklungen derzeit, die also zum Teil massiv konträr passieren. Aber wo wir vor allem gegen solche emotionale Gefährdungen, wie zum Beispiel unser Weg mit der steirischen Paradeiser gegenüber der auf Steinwolle gefütterten Tomate, oder noch ärger, diese genmanipulierte Tomate, eine echte Gegenoffensive angetreten, wo unsere Firmen auch eine ganz substantielle Chance haben.

Und ich glaube daher, wenn wir diese Marken, diese neuen Anforderungen in dieser natürlichen Gesundheitswelle – ich glaube, das ist keine Welle, das wird ein Dauerzustand werden, wir wollen ja alle, ich bin auch schon im Mittelalter, gesund alt werden, da hat die Ernährung eine ganz wesentliche Grundlage, da kommt es auch auf die emotionale Bindung zu dieser Ernährungs- und Lebensart an. Und ich bin persönlich überzeugt, daß wir gerade in dieser Form eine echte Chance haben, vor allem mit dieser neuen Offensive unter neuen Bedingungen, ob das regionalwirtschaftlich ist, ob das Markenprodukte sind, aber ob das vor allem auch – und mit dem möchte ich abschließen – die Bildungsoffensive ist.

Wir haben in Wahrheit den größten Reichtum überhaupt in der Landwirtschaft. Wir haben derzeit volle landwirtschaftliche Schulen. Und wenn auch nur 2000 sagen, sie wollen den Betrieb übernehmen. Momentan. Aber was wir dort anbieten an kombinierter Ausbildung, das – (Abg. Peinhaupt: „Trotzdem minus 12 Prozent Schüler gegenüber dem Vorjahr!“) Ich will da nicht nachfragen, man muß andere Schulbereiche einmal ansprechen, was sich dort abspielt.

Momentenr! ich bin persönlich überzeugt, daß wir nicht mit Weihrauch oder mit Beschönigungsreden, sondern mit ganz kühlen Fakten, plus oder minus, wo keine Möglichkeit besteht umzusteigen, neu einzusteigen, dort muß unsere Chance liegen. Von der Traurigkeit und vom Jammern allein glaube ich nicht, daß sich die steirische Bevölkerung in Zukunft in Wahrheit ernähren wird, auch nicht vom Fürchten alleine. Nur die kaltblütigen Fakten, die realistische Einschätzung der Chancen und die gemeinsame Bemühung, diese vor allem auch finanziell und gemeinsam zu tragen, dort liegt im wahrsten Sinn des Wortes, wie auch in den vergangenen Generationen, die Chance. Ich habe bei einer Großveranstaltung offen gesagt, wenn unsere Altbauern da sitzen würden, was wir uns da oft gegenseitig sagen, die mit Null und Doppelnul angefangen haben. Ein Hohlweg, kein Vieh, kaputte Häuser, fast nichts da, ja, da wäre es zehnmal zum Davonrennen gewesen. Das gilt für alle Berufsgruppen!

Und ich glaube daher, bei aller Spannung ist es auch notwendig, daß wir diese gemeinsame Solidarität auch in Zukunft in der Tat, wie bisher, da im Steier-

märkischen Landtag für die gesamte Bevölkerung und diesen Berufsstand insbesondere untermauern. (Allgemeiner Beifall. – 15.42 Uhr.)

Präsident: Es hat sich nun zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Peinhaupt. Ich erteile es ihm.

Abg. Peinhaupt (15.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landesrat!

Du hast vom Weihrauch gesprochen. Es würde zwar in die vorweihnachtliche Zeit passen, aber bitte nicht zum Budget. Du hast davon gesprochen, daß du niemandem eine aufliegen willst, wie du es bezeichnet hast. Und ich stehe hier, um zu verhindern, daß du mit deiner Budgetpolitik den Bauern eine aufliegst. Ich bin schon ein bißchen betroffen, denn auf die von mir gestellten Fragen, wie du den dir gegebenen Rahmenbedingungen und von dir versprochenen Herausforderungen gerecht werden willst, wie du damit zu rechtkommst, bist du nicht im geringsten eingegangen.

Ich darf Ihnen, meinen Damen und Herren, schon noch sagen, daß ein Produkterlösminus von 4 Milliarden Schilling im ersten Jahr zu erwarten ist, und Bundes- und Landesmittel zusammen machen 3,88 Milliarden Schilling aus. Wir wissen aber auch, daß das Produkterlösminus nicht gleich Einkommensminus ist. Das Einkommensminus würde 7,5 Milliarden Schilling betragen, und dafür scheint kein Geld in der Kassa zu sein. Kein Geld deshalb, weil man ja hinausgegangen ist und versprochen hat, es wird euch nichts passieren. Erinnern Sie sich? Plus-minus Null Einkommensminus. Ich verstehe das nicht, daß man mit dieser Roßtäuscherei hinausgeht und sagt, wir haben die bäuerlichen Betriebe beim Sparen gespart. Das ist nichts anderes als eine Schuldzuweisung oder eine Flucht aus der Verantwortung, denn ich bin mir sicher, daß der Herr Klubobmann Trampusch gesagt hat, es wird eintreten. Und dann sagt man „ja, was wollt's denn ihr Bauern draußen, der Landtag hat doch nicht beschlossen, oder der Herr Finanzlandesrat hat mir ja das Geld noch nicht gegeben, müßt's noch ein bißchen warten“. Und eines muß ich schon sagen, man muß verhindern, daß das Rückspiegelfahren – so wie es der Herr Landesrat Pöttl bezeichnet hat – vor allem für unsere Bauern aufhört und aufhören muß, damit sie nämlich wieder den Blick nach vorne riskieren können, den Blick in die Zukunft. Und mit diesem Budget, mit dieser Budgeterklärung kann es einfach nicht gehen.

Ich habe jetzt wirklich den Eindruck, nachdem der Herr Landesrat Pöttl der Frau Mag. Magda Bleckmann einen Zwischenruf zugeworfen hat in ihrer Generaldebatte, daß er sagt „ja, ich weiß doch noch nicht, wie viele Anträge hereinkommen“, die Kammer hat gesagt 460.000 kommen herein, daß man jetzt wirklich auch die Zahl der steirischen Bauern nach den budgetären Mitteln bestimmen soll, und bei dieser feigen Dolchstoßpolitik, das sei mir erlaubt, da spiele ich nicht mit, und ich werde im Sinne der steirischen Bauern dieses Budget ablehnen.

Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 15.47 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (15.47 Uhr): Ja, das ist das Recht eines Abgeordneten im Steiermärkischen Landtag.

Es ist natürlich damit kein Schilling vom Kollegen Peinhaupt für die steirische Bauernschaft zur Verfügung. Und es ist also ganz klar, in keinem Bundesland Österreichs – das muß ich unterstreichen – wurde eine Ansatzdotierung von diesem Ausmaß ins Budget genommen, sondern erst bei Ablauf der Verhandlungen, bei Ablauf der Aufnahme der Anträge wird im Rahmen einer Nachbudgetierung agiert.

Wenn wir jetzt die degressiven Ausgleichszahlungen ab 1. Jänner 1995 nicht auszahlen können, dann haben wir jenes Problem, weil wir die nicht im Budget drinnen haben, daß wir am 31. Dezember da eine außerordentliche Sitzung machen müßten, damit wir um zwölfte, am 1. Jänner, überhaupt eine Finanzbedeckung hätten. Und dann wäre es zu Recht, wenn wir den Finanzlandesrat beschimpfen. Er hat in dieser Frage korrekt budgetiert, und ich habe versucht, das zu erklären. Wenn man es nicht begreifen will, dann ist das schwierig. Wir werden ja sehen, was am Donnerstag die Verhandlungen über die degressive Ausgleichszahlung an Ergebnis ergeben. Da bin ich gespannt. Das wird ein ganz massiver Catch in Österreich werden. Nur, wenn wir den Gesamtbetrag, den wir angenommen haben, bereits ins Budget schreiben, braucht der Kollege Ressel gar nicht mehr hinausfahren, denn dann sagen die, „ist bereits erledigt, die Länder zahlen bereits – entschuldige, daß ich das so direkt ausspreche.“

Eine gemeinsame Verantwortung, ohne parteipolitische Attacke, in dieser Phase ist ja doch ein wesentliches Fundament für die steirische Bauernschaft, daß sie sich verlassen können, wenn es wirklich darauf ankommt. Wir haben auch im vergangenen Jahr in dieser Phase diese Position gehalten, und ich bitte da um Verständnis. Ich weiß schon, daß es einiges Geknister geben wird im kommenden Jahr, aber es wäre ärger, wenn wir nicht budgetieren würden. Das ist jetzt die Frage. Und ich bitte da wirklich um Verständnis. Das ist kein Winkelzug und kein Schachzug, sondern es ist nicht klar zu erkennen, wie viele Betriebe sich für das ÖPUL-Programm, für die umweltgerechte Landwirtschaft, entscheiden. Das liegt im persönlichen Ermessen, ob er extensiv verfährt oder ob er jetzt seinen Stall überhaupt mit einem reduzierten Viehbestand warmhalten kann. Es frieren ihm ja sozusagen die anderen ein, wenn er seinen Bestand so stark reduziert. Mitten am Hof entscheiden sich solche Dinge. Ich möchte da wirklich um Verständnis bitten. Ich will da niemanden austricksen und auch nicht mit dem Weihrauchkessel herumrennen. Nur die Fakten haben in dieser Phase die entscheidende Position. Diese Fakten beeinflussen derzeit auch dieses Budget mit jener Gesinnung, mit der wir bisher der Landwirtschaft gegenübergetreten sind. (Beifall bei der ÖVP. – 15.51 Uhr.)

Präsident: Ich darf jetzt auf der Zuschauergalerie die 20 Schülerinnen und Schüler des Bundesgymnasiums in der Klusemannstraße unter der

Leitung von Herrn Direktor Prof. Johann Stadler begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Sodann kommen wir zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr. Zu Wort gemeldet hat sich als Hauptredner der Herr Abgeordnete Kurt Tasch, ich erteile es ihm.

Abg. Tasch (15.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Steirischer Tourismus, steirischer Fremdenverkehr, überhaupt Tourismus – ein wirtschaftlicher Bestandteil, der in Österreich, ja auf der ganzen Welt nicht mehr wegzudenken wäre. Tourismus, und ich glaube, das wissen wir inzwischen alle, ist unser höchster Deviseneinbringer überhaupt – 165 Milliarden Schilling jährlich Deviseneinkommen durch den Tourismus in Österreich.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, Tourismus heißt: Ärmel hochkrempeln und harte Arbeit leisten! Und für diese harte Arbeit möchte ich vor allem unseren Menschen in unserem Lande ganz, ganz besonders herzlich danken. Sei es die Thermenregion, sei es die Dachstein-Tauern-Region oder sei es das Steirische Salzkammergut, hier wird rund um die Uhr Einsatz geleistet, um wirtschaftlich erfolgreiche Ergebnisse einzufahren. Hier werden keine 40-Stunden-Wochen geleistet, vor allem von den Unternehmern nicht, hier leistet man 60 bis 80 Stunden Arbeit, um erfolgreichen Tourismus zu machen.

Ich bin schon immer der Meinung gewesen, es soll nur derjenige in die Politik gehen, der Menschen mag. Ein anderer hat in der Politik für mich nichts zu suchen. Es sollten nur jene Menschen Tourismus machen, die Menschen mögen. Denn ich glaube, das spüren die Leute, und das zeichnet die Steiermark so besonders aus.

Nicht nur unsere Beherbergungsbetriebe, unsere Gastronomiebetriebe, unsere Bauern, die „Urlaub am Bauernhof“ machen, unsere Privatbetriebe, Privatbeherbergungen, bei denen spürt man die Herzlichkeit förmlich.

Ja, und die Nummer eins und Punkt eins unserer Gäste ist die wunderschöne Landschaft in der Steiermark, die Vielfalt vom Norden bis in den Süden, die Thermenregion bis in die Schigebiete und die Seengebiete, und vor allem die Herzlichkeit der steirischen Menschen. Man spürt es förmlich, daß sich die Menschen freuen, wenn der Gast ins Land kommt, und man merkt förmlich die Trauer, wenn der Gast wieder abzieht.

Und daß wir in der Steiermark so gut im Durchschnitt vom Ergebnis her, von den Zahlen her liegen, das ist, wie ich vorher erwähnte, die Herzlichkeit und die schöne, intakte Landschaft. Und daß wir noch eine so schöne, intakte Landschaft haben, da ist also ausschließlich unsere Landwirtschaft mitverantwortlich und mitschuld. Und darum, glaube ich, ist es auch notwendig, daß wir Tourismus, Fremdenverkehr und Landwirtschaft als eine Einheit sehen. Und ich bin überzeugt, wenn wir nicht alles madig machen, alles niedermachen, wenn wir gemeinsam Optimismus ausstrahlen, daß also auch unsere Bauern Optimismus schöpfen können durch einen gut funktionierenden Tourismus.

Und, Kollege Peinhaupt, es ist für mich erschreckend, wenn sich einer, der gegen die EU war, jetzt zurücklehnt und sagt: „Also klaß, jetzt seht ihr es einmal, Einkommenseinbußen, daß es nur so raschelt, jetzt erwischt es die Bauern, wir Freiheitlichen haben doch recht gehabt.“ Solcher Populismus ist, glaube ich, nicht angebracht, weil gerade Optimismus, gerade Unterstützung für unsere Bauernschaft ist jetzt angebracht.

Ich bin genauso einer, der den Bauern immer wieder sagt „jammert doch nicht immer, sagt doch nicht euren Kindern immer, wie schlecht es in der Landwirtschaft ist, sagt doch nicht immer, um wieviel schlechter ihr es habt als einer, der zehn Stunden bei der Maschine steht, bei einem Förderband steht, sondern freut euch darüber, daß ihr eigene Betriebe habt, freuts euch, daß ihr Selbstverantwortung habt.“ Und nur mit diesem Optimismus kann man die Jugend bei der Stange halten. Nur mit diesem Optimismus haben wir die Chance, daß auch junge Bauern bereit sind, weiterhin die landwirtschaftlichen Betriebe, die heimatlichen Betriebe zu übernehmen. Und das ist also auch Tourismus. Das ist auch das, wo wir im Tourismus in Zukunft erfolgreich sein werden.

Zu Tourismus gehört aber auch Marketing, Werbewirksamkeit. Und ich glaube, auch hier liegen wir auf der richtigen Linie. Liebe Frau Landeshauptmannstellvertreter, ich darf dir besonders danken für dein Engagement, für deinen Weitblick und vor allem, daß du so viel Herz in den Tourismus bringst. Bei dir spürt man es auch förmlich, daß du die Menschen magst, und das merken auch die Menschen draußen. Und unsere Betriebe, die mit Tourismus verbunden sind, die sind dir sehr dankbar, daß du dort an der Stelle bist, wo man dich braucht, daß du Samstag und Sonntag selbstverständlich unterwegs bist, um deinen Betrieben unter die Arme zu greifen, wo immer sie Hilfe brauchen. Und ich glaube, da zu sein, bereit zu sein, dort zu stehen, wo man Hilfe braucht, das ist also ebenfalls wichtig, um Optimismus zu verbreiten, um Optimismus auszustrahlen. Und hier möchte ich ganz besonders ansetzen.

Ich habe vorher erwähnt, Werbung und Marketing sind das Um und Auf für einen erfolgreichen Tourismus. Hier gilt der Satz: Wer mit der Werbung aufhört, um Geld zu sparen, der kommt mir vor wie jemand, der die Uhr abstellt, um Zeit zu sparen.

Meine Damen und Herren, gerade in der heutigen Zeit, wo wirtschaftliche Einbrüche sind, wo es in der Wirtschaft nicht unbedingt die großen Lichtblicke gibt, müssen wir ganz stark bei der Werbung ansetzen. Und Werbung heißt mit Großveranstaltungen ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit gehen, seien es also FIS-Schirennen, seien es Weltcuprennen, seien es also in Mitterndorf die Hundeschlitteneuropameisterschaften und Weltmeisterschaften, die Schiflugmeisterschaft in Mitterndorf. Das ist eine Chance, wo wir ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit via Medien kommen können. Ich glaube, hier müssen wir ansetzen, die nordische WM in der Ramsau. Ich glaube, das ist so notwendig, wie wir die Augen im Kopf brauchen. Hier ist die stärkste Tourismusgemeinde mit 8000 Betten vorhanden. Diese Region braucht diese nordische WM so wichtig wie ein anderer sein tägliches Brot braucht, um überleben zu

können. Und ich glaube, gerade hier ist es notwendig anzusetzen, um Marketing und Werbung zu betreiben.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war erschüttert, und es hat mich zutiefst getroffen, als ich via Medien hörte, es ist eine ganze starke Organisation oder Partei gegen die Olympiade, und zwar eine Partei, deren Vorsitzender in der Regierung mitgestimmt hat für die Bewerbung Olympiade 2002 oder 2006. Die Gemeinden haben sich bereiterklärt, für diese Bewerbung beträchtliche Mittel einzusetzen. 400.000 die sozialistische Gemeinde in Bad Mitterndorf. (Abg. Gennaro: „Sozialdemokratische!“) Oder sozialdemokratische. (Abg. Gennaro: „Wenn schon, denn schon!“) Stimmt das, seid ihr schon Demokraten geworden inzwischen? 450.000 Schilling die sozialdemokratische Gemeinde in Haus und 700.000 Schladming, an die 800.000 Ramsau, und so ist es weitergegangen. Millionen wurden von den Gemeinden eingesetzt, um die Bewerbung zu ermöglichen Olympia 2002 oder 2006. Auf einmal kommt es wie ein Schlag über Nacht: Die Sozialdemokraten haben sich anders entschieden, sie sind gegen die Olympiade, man braucht das Geld für Spitäler, für Altersheime, für Schulen. (Abg. Gennaro: „Ja, genau!“) Wohnungen, ja, genau.

Und, lieber Kurtl Gennaro, ich glaube, man kann euren Parteivorsitzenden, der Doppeldoktor ist und der Generaldirektor bei den Stadtwerken in Graz war, nicht für so dumm halten, daß er nicht weiß, daß selbstverständlich kein Groschen von Sportmillionen oder -milliarden, von Olympia-Milliarden, vom Bund für die Steiermark für die Spitäler, für die Schulen, für die Wohnungen – danke für die Erinnerung – für die Altersheime geben wird.

Im Gegenteil, Olympiade würde ein Schub sein für wirtschaftliche Investitionen und vom Bund eine Spritze für Infrastruktur sein, wo sich die Gemeinden und vor allem die Steiermark aufrechnen hätte können und wieder ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit setzen hätte können.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, alle in unserem Gebiet im Ennstal, aber auch im steirischen Salzkammergut sind schockiert über dieses Verhalten. Und mir wurde auch gesagt, die Sozialdemokraten haben eigentlich wenig Bedeutung in der Steiermark, und es dürfte eigentlich ziemlich Wurscht sein, ob die dagegen sind oder dafür. Das sollte aber anscheinend nicht so sein. FIS-Delegierte haben erklärt, wir gehen in kein Land, wo wir nicht willkommen sind. Und, meine Damen und Herren, das ist also sicherlich nicht etwas, was man zu einem Politikum machen sollte, sondern das ist eine ganz ernste Sache, die die Steiermark beinhaltet trifft, in ihren ganzen Investitionen, in ihren ganzen Entwicklungsmöglichkeiten am touristischen Sektor. Und ich glaube, gerade ein Land wie die Steiermark, die im inländischen Fremdenverkehr die Nummer eins ist, die bei den Gästen die Nummer eins ist, wie ich vorher erwähnte, von der Herzlichkeit, die auf Grund ihrer Lieblichkeit und ihrer Vielfalt die Nummer eins von der Landschaft her ist – wenn ich die Steiermark den Gästen erkläre, kann ich nur immer wieder sagen, wir sind flächenmäßig eines der größten Länder in Österreich, das Vielfältigste in Europa und sicher das

schönste auf der Welt. In diesem Sinne hätten wir viel für Olympia tun können, hätte es nicht eine Bewegung gegeben, die versucht, diese Bewerbung und diese Spiele, die große wirtschaftliche Kraft zunichte zu machen.

Ich verstehe es, daß ein Parteivorsitzender wie DDr. Schachner-Blazizek es nicht begreift, wie man von der Wirtschaft her die Sachen anpackt, um wirtschaftliche Erfolge zu erzielen, denn er war sein ganzes Leben lang immer abgesichert. Er hat sicher als Generaldirektor in Graz mehr Geld gekriegt als jetzt als Parteivorsitzender, aber ich glaube, es geht ihm auch als Parteivorsitzender nicht schlecht, und es ist ihm anscheinend ganz Wurscht, wie es unseren Betrieben in der Steiermark geht. Mir, meine Damen und Herren, als regionalen Abgeordneten ist das bei Gott nicht Wurscht. Es hat mich auch nicht einmal so sehr schockiert, daß der DDr. Schachner-Blazizek gegen das war, weil der ist mit seiner Verhinderungspolitik ja bekannt. Also das ist also nicht mehr das, was einen so aufregt. Aber daß ein regionaler Abgeordneter, und da möchte ich dich ansprechen, Dr. Kurtl Flecker, der aus zentraler Parteipotwendigkeit zu uns hinaufgeschickt worden ist und als politisierender Hofrat durchs Land zieht, das auch nicht begreift, und noch dazu, wo man von einer Region ist, wo man direkt gebeten und gewartet hat auf diese Chance und auf diese Möglichkeit, und das auch noch vertritt, was der Parteivorsitzende da vorgibt, und auch noch den gleichen Blödsinn verzapft, daß also das Geld in die Spitäler und in andere Sachen, die notwendig sind, fließt. Mir ist selbst bewußt, meine Damen und Herren, daß wir für die Spitäler, für die Wohnungen Geld in jeder Menge brauchen, aber ich weiß auch, daß das gleiche nicht mit Olympia in Verbindung zu bringen ist. Und mir ist auch bewußt, daß einer, der von der freien Wirtschaft kommt, daß er sich nur mit Leistung und mit großartigem Einsatz ein Geld verdienen kann, und wenn man von seiten der Öffentlichkeit her die Infrastruktur ermöglicht, um höhere Leistungen zu erzielen - und das wäre die Olympiade.

Ich habe also miterlebt, wie Schladming durch seine Weltcuprennen, durch seine Weltmeisterschaft aufgeblüht ist, vom Tourismus verstärkt angenommen worden ist, genauso Mitterndorf, genauso die Ramsau durch die Großveranstaltungen. Man hat richtig miterleben können, wie diese Regionen davon profitiert haben. Special-Olympics in Schladming. 18 Nationen waren dort vertreten. Und da muß ich wirklich sagen, da hat man richtig gemerkt, wie hier diese Regionen aufgeblüht sind und was hier an wirtschaftlicher Kraft stattgefunden hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist für mich enttäuschend. Persönlich habe ich zwar mit dem Kurtl Flecker kein Problem gehabt, nur daß der, der da eine Region vertritt, die vom Tourismus lebt, wo sich 52 Prozent des Tourismus in der Steiermark abspielen, gegen Olympische Winterspiele ist, ist für mich unverständlich. Vor allem diese Doppelzüngigkeit, daß er am 19. Oktober 1993 den damals neugewählten Sportlandesrat Dr. Gerhard Hirschmann aufgefordert hat, nicht nur als Parteisekretär die Olympischen Winterspiele in den Mund zu nehmen, sondern jetzt mit seiner Kompetenz als Sportlandesrat endlich etwas für diese großartigen Olympischen etwas zu tun.

Und, lieber Gerhard, ich darf dir ganz herzlich danken. Dieser großartige Einsatz von dir - und ich muß hier auch ganz ehrlich sagen, wie das zum ersten Mal via Medien herausgekommen ist, hat so mancher Gedacht, schafft der das überhaupt, ist das überhaupt möglich? Und dann ist man in Diskussionen eingestiegen. Ich danke auch dir, German Vesko, was du gesagt hast „brauchen wir da überhaupt eine Volksbefragung über die Olympiade, sollen da Leute mitstimmen, die im Grunde genommen von dieser Olympiade und dem Tourismus weder etwas profitieren noch etwas verstehen, sondern übernehmen wir die Verantwortung und beschließen wir - die vom Volk gewählt sind - diese Olympischen Winterspiele, weil wir überzeugt sind, daß dies große wirtschaftliche Kraft hervorrufen würde“.

Und, Gerhard, du hast durch deinen zähen und großartigen Einsatz die Bewerbung der Olympischen Winterspiele für 2002 und 2006 in einen Rahmen gebracht, wo die Steirerinnen und Steirer geglaubt haben, daß wir es schaffen werden. Gemeinsam waren wir der Überzeugung, die Steiermark präsentiert diese Spiele der FIS-Delegation so, daß sie einfach auf Grund der Besichtigung der Austragungsorte eine Zustimmung geben werden. Jetzt ist das Ganze sehr in Frage gestellt. Jetzt warten die Tiroler schon stark darauf, jetzt warten die Kärntner schon stark darauf, ja, auch die Vorarlberger darauf. Ich hoffe, daß die gemeinsam mehr zusammenbringen und keine Vorsitzenden haben wie unseren DDr. Schachner-Blazizek.

In dem Sinne wünsche ich trotzdem dem Tourismus viel Aufschwung, viel Erfolg für die Zukunft, weil das brauchen wir alle in der Steiermark, und auch die, die indirekt oder direkt vom Tourismus profitieren oder auch nicht profitieren. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. - 16.08 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Ich begrüße auf der Zuschauergalerie 70 Schülerinnen der Landwirtschaftlichen Hauswirtschaftsschule Schloß St. Martin unter der Leitung von Frau Fachlehrerin Anneliese Perstel. (Allgemeiner Beifall.)

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker, ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Flecker (16.09 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Weil ich die Menschen mag, und somit auch dich, lieber Kurt, will ich es nicht werten, wieso so wenige Kollegen deiner Fraktion dir zugehört haben. Und weil ich dich auch mag, werde ich auch nicht ganz auf jedes Argument eingehen. Es wäre zu leicht, dagegen zu argumentieren. Lieber Kurt, ich bin außerdem - das möchte ich vorweg sagen - nicht der Hauptredner der SPÖ zum Thema „Fremdenverkehr“, ich habe mich an sich darauf nicht vorbereitet, aber nachdem du mich angesprochen hast, will ich mich doch mit ihm befassen.

Zum Ersten: Ich bin mit dir einer Meinung, daß man beim Fremdenverkehr sowie bei jedem Produkt übrigens Werbung betreiben muß. Und wir hoffen, daß die Fremdenverkehrswerbung in diesem Lande, in dieser neuen Konstellation, in dieser dritten oder

vierten Konstellation, hoffentlich eine ist, die die Fremdenverkehrswerbung in diesem Lande gut macht. Ich hoffe, daß die Frau Landesrat einmal auf etwas verweisen kann, was soviel wie Frieden in diesem Bereich darstellen kann. Es ist ein völliger Nonsens zu sagen, Werbung kann man nur über Großveranstaltungen machen. Lieber Kurt, ich frage dich, wer bitte war neben Lillehammer noch Bewerber für die Winterspiele in Lillehammer? Ich weiß keinen, ich habe auch nicht nachgeschaut, um das jetzt sagen zu können, aber Lillehammer ist uns gerade noch im Kopf, aber wer sich da sonst noch beworben hat und was das für einen Werbeeffekt hat, das merkst du an dir selber, weil du weißt es offensichtlich auch nicht.

Das Zweite ist, der Kollege Schrittwieser hat das überprüft. In Österreich, in einem einzigen Wintersportkatalog, wo auch Auslandsangebote verkauft werden, ist Lillehammer, wo eine Olympiade tatsächlich durchgeführt wurde, beworben worden. Noch eines, du sprichst so, als wäre es zum Beispiel in Schladming so, als hätten wir im Februar keine Kapazitäten ausgelastet. Und du weißt selbst am besten oder zumindest so gut wie ich, daß wir gerade im Februar zu diesen Zeiten erstens Kapazitätsauslastungen haben und daß wir Kapazitätserhöhungen in den toten Saisonen kaum, durch welche Maßnahme auch immer, erreichen werden. Und wenn wir überhaupt zu Kapazitätserhöhungen kommen können, dann können wir nur dann zu Kapazitätserhöhungen kommen, wenn wir Hotelinvestitionen haben und vor allem in eine bessere Kategorie. Und jetzt rate ich dir, einmal ins Ennstal hinaufzufahren mit mir morgen nach Ende der Debatte, und du wirst dort sehen, daß wir einen schönen Föhn haben, daß wir ein wunderschönes Wetter haben, alles, nur leider keinen Schnee. Und bei diesen unsicheren Witterungsverhältnissen, lieber Kurt - (Abg. Tasch: „In der Obersteiermark hat es zu schneien begonnen!“) Schneit es gerade? Na, schön! Aber bei diesen unsicheren Witterungsverhältnissen weißt du ganz genau, daß die Lust der Wirtschaft, in einsaisonige Betriebe zu investieren, eine äußerst minimale ist. Wir haben nämlich einmal ein größeres Hotelprojekt in Schladming gehabt, das war das Sporthotel Royer, sonst ist alles am Privatzimmersektor geschehen. Und die Privatinvestition als Folgeinvestition von solchen Großveranstaltungen findet eben nicht statt. Und da kann der Herr Michl Steiner rechnen und Aufträge bekommen, wie er das will. Die Realität zeigt eben etwas anderes. Ich halte es auch für eine völlig illegitime Art, sich hier herzustellen und im Wissen um die eigene Aussichtslosigkeit und um das schlechte Konzept der eigenen Bewerbung hinzugehen und zu sagen, weil die SPÖ sich dagegen ausspricht, kommt man nicht in die engere Auswahl. Das ist doch hanebüchern und an den Haaren herbeigezogen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage dir etwas, lieber Kurt. Wenn die Herrschaften beim IOC mitdenken, dann denken sie wohl zuerst anders, und dann sagen sie, ob eine Partei dort dafür oder dagegen ist, wenn eine Mehrheit dafür ist, ist wohl unerheblich. Dann müßten sie es sich noch viel eher überlegen, weil wir haben bitte einstimmig den Beschluß gefaßt, daß wir - ob wir eine Bewerbungszuteilung überhaupt annehmen - noch eine

Volksabstimmung darüber abführen. Das ist ja noch die viel größere Unsicherheit. Und sich da auf die SPÖ auszureden und zu sagen, nur weil die nicht dafür sind, werden wir bei den Olympischen Spielen nicht unter den letzten vieren sein, ist hanebüchern. (Beifall bei der SPÖ.)

Ihr seid deswegen nicht unter den letzten vieren, lieber Kurt, weil das Konzept schlecht ist. Und da sage ich dir noch etwas dazu. Die Gesamtheit des Geldes ist nicht einfach vermehrbar, nur weil irgendwer Olympische Spiele abhält. Das Geld ist nicht beliebig vermehrbar, nur weil der Herr Hirschmann seine Reklame braucht. Das Geld wird nach Schwerpunkten in diesem Staat und diesem Land zu verteilen sein. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das hätte man fairerweise sagen sollen, als wir die Beschlüsse gefaßt haben!“) Herr Abgeordneter Vesko, ich kann mich an keinen einzigen Beschluß dieses Landtages erinnern, der sich für Olympia ausgesprochen hat. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Als die Beschlüsse gefaßt wurden, hätte man das sagen sollen!“) Können Sie sich an das erinnern? Und die Regierung - nach meinem Informationsstand - hat mitgestimmt, daß man sich die Bewerbungsunterlagen zukommen läßt. Sonst gar nichts. Und Sie müssen permanent damit rechnen, daß man eine politische Willensäußerung in diesem Sinne macht. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Das ist eine Unwahrheit, die Sie sagen!“) Und wir stehen dazu, daß wir eben andere Sachen als wichtiger empfinden, weil das Geld eben nicht beliebig vermehrbar ist.

Ich darf noch etwas sagen. Ich frage mich auch, wie das war mit dem Davis-Cup. Das war ja auch so eine Großveranstaltung. Da hat man hier 6 Millionen beschlossen und in der Stadt Graz 3 Millionen, dann sind 9 Millionen für diese Veranstaltung aus Steuermitteln bezahlt worden. Die Veranstaltung hat 12 Millionen Gewinn gehabt. Und weißt du, was damit finanziert worden ist? Das wissen wir, seit die letzte Runde des Davis-Cup in Uruguay war, da hat es dann geheißsen, unsere Davis-Cup-Spieler haben nur ihre Grundprämie je nach Einstufung im Ranking bekommen und keine Prämie aus dem Gewinn der Veranstaltung, weil sie auswärts gespielt haben. Also richtet sich das Einkommen der Tennisspieler nach dem Gewinn von der Veranstaltung, und wir haben in Wirklichkeit mit 9 Millionen Schilling die Provision der Tennisspieler dort bezahlt, und das aus Steuermitteln, die aus dem Land und aus der Stadt Graz geflossen sind. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist die teure Kampagne des Herrn Hirschmann, um sich selber bekannter zu machen. Und ich sage auch etwas für diejenigen, die glauben, mit dem Argument, daß durch Olympische Spiele Wohnungen kämen und dergleichen, Propaganda machen zu können, die täuschen sich. Der Kollege Schützenhöfer hat das zum Beispiel einmal sehr erklärend gesagt. (Abg. Tasch: „Einen Zwischenruf. In Schladming ist anlässlich der Weltmeisterschaft aufgebaut worden!“) Ich billige Ihnen zu, daß Sie mir nicht folgen können. (Abg. Schützenhöfer: „Ich kommentiere Sie heute nicht mehr!“) Das ist gescheit. Das ist das erste Gescheite, was ich heute von Ihnen gehört habe. Herr Kollege Schützenhöfer, ich sage Ihnen eines: Wenn dieses Land so wenig Selbstbewußtsein hat, daß es glaubt, daß es nicht für sich selbst und aus sich selbst heraus die Wohnungen

bauen kann, sondern Olympische Spiele dafür braucht, dann ist das ein Armutszeugnis für das politische Selbstbewußtsein dieses Landes.

Herr Kollege Schützenhöfer, wenn es dann aber noch so ausschaut wie in Schladming, daß ich 1500 Containerwohnungen neben eine neue Siedlung hinhaue ohne zusätzliche Infrastruktur und von den 1500 Containerwohnungen dann 1200 abreiße (Beifall bei der SPÖ.) und 200 für den sozialen Wohnbau weiter verwende, dann frage ich Sie, was Sie unter Qualität verstehen und was Sie unter bleibenden Werten verstehen. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist in Wirklichkeit hinausgeschmissenes Geld und eine Frechheit, daß man uns so etwas zumutet, und gerade, weil ich die Menschen mag, lieber Kurt, gerade deswegen und weil es mir darum geht, daß dort oben die soziologischen Strukturen erhalten bleiben, daß es den Stammtisch weiter gibt, daß es das Miteinander, daß Sich-Verstehen weiter gibt, daß uns nicht alles überrollt in einer totalen Prostitution an den Fremdenverkehr, lieber Freund, gerade deswegen bin ich gegen Olympia und bin ich für andere Schwerpunkte, die den Menschen wirklich etwas bringen. (Beifall bei der SPÖ. - 16.19 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Nächster gemeldet ist der Herr Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (16.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, werte Frau Landesrätin!

Das einzige, was wir zur Genesung des Tourismus derzeit brauchen, ist Schnee - Schnee. (Abg. Dörflinger: „Hirschmann macht es möglich!“) Ich kann mich erinnern, in meiner Jugendzeit war ich immer so fasziniert davon, daß die Indianer einen sogenannten „Regentanz“ abgehalten haben, wo sich alle in der Mitte versammelt haben und getanzt haben. (Abg. Trampusch: „Behaupte nicht, die Roten sind für den Schnee zuständig!“) Ich würde mich freuen, wenn die Roten beim Regentanz uns einen Schnee verschaffen könnten. Es hat auch einen mexikanischen Regentanz gegeben, und ich wäre durchaus bereit, und Herr Schrötter, der für den steirischen Tourismus verantwortlich ist, wäre sicherlich auch gerne bereit, mitzutanzten, wenn es dazu führen würde, daß wir jenes für den Tourismus in den kommenden Tagen und Wochen und in den kommenden Monaten erreichen könnten, nämlich das so wesentliche weiße Pulver. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir haben heute Schilanglaufweltcup. Der Stadlober ist Sechster geworden!“) Jawohl. Wehe, wenn einer dabei erwischt wird, daß er Schnee klaut, der wird strafweise versetzt. Natürlich gibt es Gott sei Dank auf der Tauplitz und in höheren Regionen schon Schnee, und natürlich gibt es Gott sei Dank etwas, was die Technik geschaffen hat, nämlich Schneekanonen. Diesmal ist aber alles zusammengefallen, wie hohe Temperaturen, Niederschlag im Sinne von Regen. Wir können das Wasser aber auch brauchen, das ist keine Frage, denn es gibt Regionen in der Steiermark, die mit dem Wasser immer wieder Probleme haben. Wir hätten im Oberland keines gebraucht, aber wir brauchen dringend diesen Schnee, und der ist sehr wichtig, und da

verblasen Diskussionen im anderen Bereich, weil das, meine Damen und Herren, was wir in den kommenden Wochen bis Mitte Jänner dadurch verlieren, werden wir im ganzen folgenden Jahr nicht mehr einholen können. Daher, heraus auf den Teppich und tanzen um den Schnee! Spaß beiseite, denn die Sache ist ernst genug.

Der steirische Tourismus ist in keiner so schlechten Lage, wie es sich anhört. Wir haben doch in dieser Gesetzgebungsperiode ein Gesetz geschaffen, das sogenannte Tourismusgesetz, wo wir uns dazu entschlossen haben, nicht nur die öffentliche Hand mit der Dotierung der Förderung und der Unterstützung des Tourismus zu betrauen und nicht nur darauf zu hoffen, daß private Investitionen zustande kommen, sondern haben auch jene, die mittelbar und unmittelbar mit diesem Tourismus zu tun haben, in die Verantwortung genommen, und ich muß sagen, teilweise sind sie uns zähneknirschend gefolgt. Wenn man heute, nach eineinhalb bis zwei Jahren, das Fazit betrachtet, dann muß man eigentlich sagen, wir haben zwar zwei oder drei Adjustierungen vorzunehmen gehabt, und das ist bei einem Gesetz in einer so lebenden Wirtschaft, wie es die Tourismuswirtschaft, wie es die Fremdenverkehrswirtschaft ist, nicht verwunderlich. Wir haben landauf, landab in allen Regionen der Steiermark mit ganz, ganz wenigen Ausnahmen jenes Maß an Bereitschaft, an diesem Tourismus nicht nur mitzupartizipieren, sondern auch mitzuwirken, erreicht, trotz der unterschiedlichen topographischen, klimatischen und sonstigen Bedingungen. Wir können heute sagen, es hat sich gelohnt und es ist am Wege, von Tag zu Tag, von Monat zu Monat besser zu werden. Es zeigt sich auch, daß die Betroffenen, die ursprünglich Sorgen gehabt haben, daß sie wiederum für etwas zahlen müssen, schon so weit sind, daß wir in einem nicht unbedeutenden Anteil dieser Tourismusgemeinden bereits freiwillige Erhöhungen der Gebühren verfolgen können und daß diese Impulse, die durch die Verwertung dieses Gesetzes geschaffen worden sind, durchaus zum Tragen kommen und diese Impulse auch in anderen Bereichen ihre Auswirkung finden. Jetzt möchte ich nur einen ganz kleinen Sidestep zu Olympia machen, weil er in meine Ausführungen zum Tourismus nicht ganz hineinpaßt. Er paßt nur zu einem sehr gut, nämlich zu den Impulsen. Ich bin davon überzeugt, meine Damen und Herren, daß die Bewerbung zu den olympischen Spielen und eine allfällige Teilnahme in acht beziehungsweise zwölf Jahren sicherlich für die Tourismusindustrie, für die Fremdenverkehrswirtschaft in der ganzen Steiermark ein Impuls wäre. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Ein Impuls, meine Damen und Herren, den ich zum heutigen Zeitpunkt nicht auf Heller und Pfennig voraussagen kann, und die Auswirkungen, wie sie sich darstellen, und die ganzen Berechnungen sind sicherlich auch zu einem gewissen Maße im hypothetischen Bereich angesiedelt. Ich erinnere an die Worte unseres Finanzreferenten, der gesagt hat, es ist immer sehr schön, wenn man von der Umwegrentabilität spricht. Ich gebe etwas aus, dort wird es kassiert, und ich habe nichts davon. Diese Art der Umwegrentabilität funktioniert für mich nicht ganz, weil ja alle kommen und aus allen Bereichen Forderungen für diese Umwegrentabilität vorhanden

sind. Aber entscheidend für mich, meine Damen und Herren, war in dem Zusammenhang eines: Es ist nicht darum gegangen, heute Kosten festzulegen, wenn ich mich um etwas bewerbe, sondern wir haben uns dazu entschieden, und ich glaube, Kollege Flecker, auch Ihre Fraktion beziehungsweise Ihre Regierungsmitglieder haben den gemeinsamen Beschluß, sich zu bewerben, mitgetragen. Den gemeinsamen Beschluß, der auch im Rahmen dieser Bewerbung jede Menge von Möglichkeiten eingebaut hat, um Schaden, sofern er auftreten könnte, zu vermeiden auf der einen Seite, und auf der anderen Seite den Bürgern dieses Landes die Möglichkeit einzuräumen, zu einem gewissen Zeitpunkt, wo die Fakten und die Kosten auf den Tisch zu legen sind, zu entscheiden. (Abg. Dr. Flecker: „Die Imponderabilien hängen von der Größe einer Partei ab!“) Richtig! Nur, Kollege Flecker, für mich ist eines entscheidend. Wenn ich zu einem Zeitpunkt, wo Evaluierungskommissionen, Begutachtungen in allen Bereichen, in den Bereichen der Sportstätten, in den Bereichen des gesamten Bildes des Landes, der Akzeptation dieses Gedankens durch die Bevölkerung und evaluiert, begutachtet wird, um es als eines der vielen Kriterien in die Bewerbung aufzunehmen, erscheint es mir bedenklich, wenn nicht zu sagen unverantwortlich, diese Evaluierung und diese steirischen Chancen dadurch zu torpedieren, indem ich das Kind vorher schon mit dem Bade ausgieße. Und am 24. Jänner, Kollege Flecker, hätten wir und bekommen wir die Entscheidung der Evaluierungskommission auf den Tisch gelegt, und da wird es heißen: Die Steiermark ist für gut und schwer genug empfunden worden, mit den letzten vieren sich intensiv um diese Bewerbung zu bemühen oder nicht. Das war die Vereinbarung. (Abg. Dr. Flecker: „Warum ist man in den Landtag gegangen? Ich hätte nie zugestimmt!“) Ja, Kollege Flecker, natürlich müssen wir das. Nur, das war die Basis, auf der sich die Regierung entschlossen hat, gemeinsam als Land Steiermark, Graz mit, diese Bewerbung durchzuführen. Und da habe ich wenig Verständnis dafür, und da komme ich nicht ganz mit, warum man, wenn ich schon innerlich das Gefühl habe, daß ich das nicht mittragen kann, nicht bis zum 24. warten kann, sondern schon lange vorher die berechtigten Chancen und Hoffnungen der Steirer dadurch torpediere, daß ich sage, wir tun nicht mit. Das ist das, was ich nicht verstehe. Obwohl ich durchaus verstehe, daß wir uns zu einem gegebenen Zeitpunkt zu entscheiden haben. Und zwar nicht nur wir, Kollege Flecker und meine Damen und Herren, sondern auch die Damen und Herren draußen von Radkersburg bis Aussee, von Pichl-Mandling bis nach Altenmarkt und von Murau bis nach Mürrzuschlag, bis zum Semmering hätten alle dazu ja oder nein sagen müssen. (Abg. Dr. Flecker: „Dann machen wir am 10. Jänner eine Volksabstimmung!“) Herr Kollege Flecker, warum soll ich am 10. Jänner eine Volksabstimmung machen, wenn die Entscheidung gelaute hat, daß wir nach dem Vorliegen der Bewerbung für die letzten vier diese Entscheidung zu treffen haben? (Abg. Dr. Flecker: „Dann wissen wir es. Dann können wir es vorziehen!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Warum dann?“) Die Frage des Verständnisses scheint nicht ganz gegeben zu sein. Es hat auch keinen Sinn, sich darüber zu alterieren. Das Bad ist ausgeschüttet. Ich hoffe nur auf

der anderen Seite, daß die zahllosen Bemühungen, die Funktionäre von Sportvereinen, die Funktionäre in Tourismusverbänden, Funktionäre in Gemeinden und auch Funktionäre in diesem Land und eine Beamten-schaft, die in der Präparation der Unterlagen – und das möchte ich auch hier klar und deutlich sagen – ein sehr gutes Werk, ein gutes Stück Arbeit geleistet haben, daß diese Bemühungen und die damit verbundenen Kosten von vornherein schon weggeschmissen werden, anstatt diese Möglichkeit abzuwarten. Das, meine Damen und Herren, zu meinem Sidestep, der etwas größer geworden ist, als ich es ursprünglich beabsichtigt habe, aber es ist nun einmal der Anlaß derjenige, daß man auch dazu Stellung nehmen muß.

Lassen Sie mich wieder zurückkommen zu den Tourismusverbänden, und lassen Sie mich ausführen, meine Damen und Herren, daß wir nicht nur die örtlichen Organisationen durch unser Gesetz etabliert haben und die Voraussetzungen für eine Etablierung geschaffen haben, sondern daß der Gesetzgeber in diesem Gesetz Punkte verankert hat, die es ermöglichen sollen, sogar als Anreiz dafür dienen sollen, sich regional in Verbände zusammenschließen, um durch diesen Zusammenschluß sowohl nach Tal-schaften, nach geographischen Gesichtspunkten, auch vielleicht nach Gesichtspunkten der Programme, die diese Orte touristisch einbringen, sich zusammen-tun, somit die Potenz dieser Verbände verstärken, den regionalen Charakter hervorstreichen im Sinne einer Dachstein-Tauern-Region, im Sinne einer Heimat am Grimming, im Sinne eines Steirischen Salzkammer-gutes, eines Ausseer Landes, der Fischbacher Alpen und wie immer die Regionen landauf landab heißen, sofern sie schon gegründet sind. Und diese Bewegun-gen und diese Entwicklungen sind derzeit auch noch voll im Gange. Das heißt, da komme ich auf ein Wort zurück, Frau Kollegin Dr. Karisch, das Sie am Anfang geprägt haben, „man muß säen, um ernten zu können“. Wir sehen heute noch nicht die Ernte, aber wir sehen, daß die Saat, die wir damals gesetzt haben, aufzugehen beginnt. Und dies ist ein gutes Zeichen. Wir werden diese Pflanze, die jetzt im Wachsen ist, sehr sorgfältig pflegen müssen. Und es bedarf der Intention und der Mitarbeit aller Organisationen im wirtschaftlichen Bereich und im landwirtschaftlichen Bereich. Auch hier ist eine touristische Komponente vertreten, wobei ich – lieber Kurti Tasch – eines sagen muß, daß die Bauern Urlaub am Bauernhof machen, glaube ich dir nicht ganz. Die arbeiten dort schwer und fleißig. (Abg. Tasch: „Das habe ich nicht gesagt!“) Ich habe dich verstanden. Nein, nein, was du gesagt hast, aber du hast es nicht so gemeint. Ich weiß es schon.

Ich muß aber noch etwas dazusagen. Mit diesen regionalen Verbänden verbindet sich aber auch die Verpflichtung, jene Strukturen, die es vorher schon gegeben hat, wiederum in diesen Verband mit hinein-zubringen, und Strukturen, die bestehen und in dieses Schema nicht hineinpassen, in irgendeiner Form zu integrieren. Wir haben sehr viele Diskussionen ge-habt, auch hier im Hause. Kollege Vollmann, du weißt es, wir haben versucht, gewisse Symbiosen, gewisse Zusammenarbeit zu erzeugen, um Synergieeffekte zu haben, um Dubletten auszuschalten. Und wir haben Gott sei Dank in der Zwischenzeit die Vorstellungen, den Tourismusverband Graz und die Tourismus-

gesellschaft Steiermark zu liieren oder in einer anderen Form gemeinsam zu vermählen, verkuppeln oder wie immer man es nennen soll, fallengelassen. Ich glaube aber, daß es sehr sinnvoll und sehr nützlich wäre, wenn sich die Stadt Graz und die touristischen Organisationen im Rahmen der Stadt Graz und vielleicht auch im Rahmen der umliegenden Gemeinden, die Grazer Toursimusgesellschaft, der Grazer Tourismusverband, sich doch überlegen könnten, ihre in wesentlichen Bestandteilen ja gleiche Funktion zusammenzulegen und die Mittel, die aus diesem großen Pott dann zur Verfügung stehen, dafür einzusetzen, Graz und das für eine Großstadt sicherlich notwendige Umfeld, das man als Erholungsraum, als Mitangebot von dieser Stadt und dem touristischen Angebot einer Stadt braucht, auszunützen. Ich würde hier einen Appell an die Verantwortlichen im Grazer Bereich zum Tourismus deponieren, diese Überlegungen über ihre Kirchtürme zu stellen, um einen Effekt und eine Verbesserung der touristischen Situation zu erreichen.

Wir brauchen aber auch etwas anderes, meine Damen und Herren, weil wir ja ein großes Problem haben in der Fremdenverkehrswirtschaft. Wir haben steigende Zahlen, manchmal wetterbedingt, saisonal bedingt ein gewisses Auf und Nieder, aber im Grunde genommen ist Österreich und damit auch die Steiermark in der Prokopfrate des Erworbenen aus dem Tourismus die Nummer eins auf dieser Welt. Und das ist etwas, meine Damen und Herren, was uns auch zu denken geben muß, weil ja viele Regionen unseres Bundeslandes sehr wesentlich von diesem Wirtschaftszweig abhängen, daß wir sagen, wir haben auf der einen Seite zwar dieses Mehr, diesen großen Zulauf, weil wir um vieles schöner, besser, freundlicher und sonstiges sind, wir haben aber das Problem parallel dazu, das uns sehr beschäftigt und das uns in der Ausübung eigentlich hindert, daß die Betriebe, die touristischen Betriebe, seien es jetzt Hotels, Gasthöfe, Aufstiegshilfen und, und, und, wesentlich oder sehr schwer belastet sind und leider zum Teil überverschuldet sind. Wir müssen also auch in diesem Bereich eine Entlastung für die Wirtschaftsbetriebe, die diesen Tourismus betreiben, schaffen. Was heißt das? Das heißt, wir müssen entweder dafür sorgen, daß sie mehr umsetzen können, mehr verdienen können, Eigenkapital anlegen können, um auch ihre Investitionen nicht nur auf Fremdkapital aufzubauen und dann von horrenden Zinsen gefressen zu werden, sondern daß wir ihnen eine Möglichkeit bieten, mit diesem Eigenkapital ihre wirtschaftliche Situation so weit zu verbessern, daß nicht jeder schlechte Sommer oder jeder schneearme Winter oder jedes Wochenende, das verregnet ist, an den Grundfesten dieser Betriebe rüttelt. Das müssen wir erreichen. Wir sollen aber auch dafür sorgen, daß wir eine gute Auslastung für diese Betriebe bekommen, und dazu gehört der Bereich der Werbung, dazu gehören Programme zur Verbesserung des Angebotes, und dazu gehört sicherlich auch eine gewisse Hilfe aus diesem Lande. Und dies geschieht über Wirtschaftsförderung, über großräumigere Programme im Tourismusbereich an sich. Ob es ausreicht, die Betriebe langfristig zu sichern, ist ein Problem. Ein wesentlicher Faktor, der allerdings auch für die Tourismusorte, für die Fremdenverkehrsorte und ihre Betriebe von wesent-

licher Bedeutung ist, ist die Loslösung, und da gehe ich mit dem Kollegen Flecker voll konform, von einem ein-saisonalen Betrieb mit allen damit verbundenen Problemen des Personals, der Mitarbeiter, der Auslastung und so weiter zu einer Streckung jener Zeit, in der sie arbeitsfähig sind, weil eben Leute da sind. Dazu gehört sicherlich die Erweiterung der Programme, denn wir stehen an der Schwelle der Europäischen Union, und wir müssen uns langsam damit vertraut machen, daß wir in diesen Bereichen auch sehr aktiv mitzuarbeiten haben, um zu erreichen, daß Dinge an uns nicht vorbeigehen, und eines dieser Dinge für den Tourismus ist sicherlich die Frage der Ferienstaffelung, und zwar europaweit, nicht nur in der Steiermark. (Präsident Dr. Klausner: „Herr Klubobmann, ich muß auch dich darauf aufmerksam machen, daß die 20 Minuten, die du mitbeschlossen hast, vorüber sind!“) Ich komme schon zum Schluß. Es ist auch notwendig, im Rahmen der EU Programme zu setzen, Werbung zu betreiben. Wir haben Experten in allen Bereichen, und zwar auf der lokalen Ebene, in den Regionen, im Land und auch im Bund, die sich damit beschäftigen. Wir sollen von der Politik her mithelfen, daß was bewegt wird. Und dann, meine Damen und Herren, wenn all diese Dinge zusammenspielen und auch der Wettergott ein Einsehen hat und auch der Gast bei Durchsicht der Prospekte und bei Durchsicht des Angebotes, das ja immer vielfältiger wird, sich entschließt, in unsere schöne Heimat zu kommen, haben wir die Gewähr und auch die Möglichkeit, daß die Menschen von diesem Angebot Gebrauch machen, zum Wohle unserer Bevölkerung, zum Wohle unserer Gemeinschaft. Und auf das müssen wir hinarbeiten. Danke schön. (Allgemeiner Beifall. – 16.41 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Bacher (16.41 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist heute sehr ausführlich vom Kollegen Tasch die Bedeutung des Tourismus für die Steiermark dargestellt worden. Auch für den Bezirk Murau hat er eine große Bedeutung, und natürlich gewinnt auch er immer mehr an Bedeutung. Es hat Kollege Vesko in seiner Rede davon gesprochen, daß Tourismus Programme, eine gute Werbung und natürlich auch Impulse braucht. Wenn ich die letzten Jahre zurückblende, haben wir im Bezirk eine Entwicklung hinter uns, die dem Bezirk Murau in Zukunft große Chancen im Tourismus ermöglicht. Es ist viel passiert mit Hilfe des Landes, aber auch mit Hilfe der Gemeinden und Privater. Wir sehen im Tourismus eine der größten Chancen für eine Weiterentwicklung unseres Bezirkes. Wir haben vor allem auch mit der Landesausstellung „Holz“, die nächstes Jahr im Bezirk stattfinden wird, glaube ich, die richtige Schiene gefunden. Es liegt das Thema „Holz und Natur“ auch im Trend der Nachfrage. Wir versuchen auch, sowohl im Sommer- als auch im Wintertourismus immer bessere Angebote für unsere Gäste bereitzustellen. So geht es um den weiteren Ausbau der Alpingebiete, zum Beispiel: Zusammenschluß der Frauenalpe/ Kreischberglifte, Ausbau der Lachtallifte und der Grebenzenlifte. Aber wir wollen auch für den Gesund-

heitstourismus Angebote bereitstellen, wie zum Beispiel das Moorbad in der Krakau und der Naturpark, der im Vorjahr sein zehnjähriges Jubiläum feierte und auch im Trend liegt. Natürlich geht es auch um weitere Hotelprojekte und um den verbesserten Bettenausbau. Ich möchte mich in dem Zusammenhang vor allem auch bei dir, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, bedanken, weil du die Anliegen des Bezirkes immer unterstützt. Ich ersuche dich auch weiterhin um deine Unterstützung. Ich möchte an dieser Stelle ein paar Zitate wiedergeben, die vor allem vom Kollegen Dörflinger, aber auch vom Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner, als Versprechen für den Bezirk Murau immer wieder abgegeben wurden, zum Beispiel: „Neue Kraft für den Bezirk Murau: Es muß offensiv gearbeitet werden. Das Land muß mehr für den Bezirk Murau tun. Oder Wirtschaftsoffensive für den Bezirk Murau: Landesrat Ressel meint, es gehören mehr Projekte im Bezirk gefördert, zum Beispiel: Zusammenschluß Kreischberg/Frauenalpelifte, Ausbau der Grebenzenlifte. Offensive für den Bezirk Murau.“ Wenn man dann die Zusagen für die einzelnen Projekte einfordert, kommt man darauf, daß eigentlich die Hilfe oft nur Schlagworte sind. Ich denke an das Projekt Sankt Lambrecht/Grebenzenlifte, wo wir vor einem Jahr bei der Budgetdebatte mit Landesrat Ressel zwecks einer Beteiligung durch die Holding verhandelt haben. Ein Jahr haben wir dann nichts mehr gehört. Daraufhin haben Kollege Dörflinger, Weilharter und ich an Landesrat Ressel wieder einen Brief geschrieben um neuerlich um die Unterstützung ersucht. Es ist aber bis heute noch keine Antwort erfolgt. Ich habe kürzlich auch in einer Zeitung gelesen, daß das Lachtal um 50 Millionen Schilling ausgebaut wird. Landesrat Ressel freut sich, daß dies gelungen ist, weil auch alle Voraussetzungen für diesen Ausbau vorliegen. Es hat ihm daraufhin der Chef der Lachtallifte einen Brief geschrieben und sich für die Zusage bedankt. Landesrat Ressel hat ihm geantwortet: „Gerne nehme ich Ihren Dank für die bisherige Unterstützung durch die Steiermärkische Landesholding entgegen, um ihn selbstverständlich auch dorthin weiterzuleiten.“ Er wird weiters, weil er nicht zuständig ist, dieses Schreiben an die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic weiterleiten. Ich glaube, daß es so nicht weitergehen kann. Ich denke, wir hätten in der Region auch ein Anrecht, daß es mehr Beteiligung durch das Land für unsere Projekte gibt, weil wir diese Impulse brauchen. Ein Beispiel dafür ist der Kreischberg. Wir brauchen keine leeren Versprechungen, sondern wir wollen eine Unterstützung. Ich ersuche den Herrn Landesrat Ressel, leider ist er nicht da, daß er zu seinen Zusagen steht, damit eine Umsetzung der Projekte möglich wird. Ich bitte auch dich, Kollege Dörflinger, dieses Anliegen zu unterstützen. (Abg. Dörflinger: „Du kannst hier herinnen keine Doppelstrategie machen und oben jedes Stück versprechen und den Landesrat Ressel als einen Goldesel hinstellen, der zahlen soll!“ – Abg. Purr: „Deine Sparsamkeit freut mich!“) Kollege Dörflinger, das Problem gilt aber auch für die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic. Und du kannst jetzt nicht sagen und dich billig abputzen, weil oben sagst du es wieder anders. Du sagst oben nämlich, es tut das Land für den Bezirk nichts, im Landtag sagst du, es kann deshalb nichts gemacht

werden, weil der Herr Landesrat Ressel kein Budget hat. (Abg. Dörflinger: „Du redest oben auch ganz anders als da!“) Aber wie ich das in der Zeitung gelesen habe, 50 Millionen Schilling für die Lachtallifte, mußte er ja die 50 Millionen gehabt haben. Jetzt frage ich, wo sind die 50 Millionen Schilling? Die Betroffenen in der Region fordern jetzt die Zusage ein. Da steht es in der Zeitung, und Landesrat Ressel sagt wieder, er hat das Geld nicht, sondern die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic. So kann man mit uns nicht umgehen!

Aber es läßt sich die Liste wirklich fortsetzen. (Abg. Dörflinger: „Du willst sagen, beim Eröffnen sind die Zuständigkeiten ganz klar verteilt!“) Du warst auch immer dabei bei diesen Eröffnungen. Ich sage dir nur, wir lassen uns auf die Dauer das nicht gefallen in der Region (Abg. Dörflinger: „Ich fürchte mich furchtbar!“), daß es immer wieder nur Schlagzeilen gibt, DDr. Schachner setzt sich für den Bezirk Murau ein (Abg. Dörflinger: „Stört es dich, daß er sich einsetzt?“), Landesrat Ressel sagt, 50 Millionen sind bereitgestellt, und dann hat er das Geld nicht. Und du hast gerade vorhin gesagt, er hat das Geld nicht, weil wir ein Sparbudget beschlossen haben. Ich meine, so kann man das mit uns in der Region sicher nicht machen. (Abg. Dörflinger: „Ich schlottere mit den Knien!“) Wir wollen eine klare Antwort. Das ist man uns auch schuldig. Ich kann nicht immer hier im Landtag etwas anderes sagen als im Bezirk. (Abg. Dörflinger: „Du bist richtig kämpferisch!“) In diesem Sinne ersuche ich wirklich, endlich auch einmal in diese Richtung eine klare Sprache zu sprechen. Von der Frau Landeshauptmannstellvertreterin haben wir seit Jahren immer die vollste Unterstützung. Und hätten wir die nicht, wären wir nicht so weit im Bezirk Murau. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.50 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

Abg. Korp (16.50 Uhr): Kollege Hans Bacher, es ist eigentlich eine sehr erfreuliche Fügung, ein Zufall, daß zwei „gstandene Murauer“ in Sachen Tourismus hintereinander unterwegs sind, wenn wir uns mittlerweile auch für unterschiedliche Regionen einzusetzen haben.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Zu den ganz wichtigen Postulaten der Sozialdemokratie gehört das Wort „Solidarität“. Und für mich ist es ein absolut notwendiger Akt der Solidarität, den Kollegen Tilzer, den ich vor einem Jahr auf diesem Sessel ablösen durfte, hier insofern zu vertreten, als ich mich selbstverständlich gerne auch hier für die Interessen der Kleinregion Eisenerz einsetzen möchte, weil das für mich auch ein notwendiger Akt der Menschlichkeit den Eisenerzern gegenüber ist, das zu tun und sie hier mitzuvertreten. Das sage ich hier ganz bewußt in dieser Form und in dieser Deutlichkeit. Ich möchte daher auch auf die Region Eisenerz, auf das Projekt der Eisenerzer Ramsau zunächst zu sprechen kommen, weil ich glaube, wenn man in der Steiermark vom Tourismus spricht, dann gehört selbstverständlich das Projekt der Eisenerzer Ramsau einfach mit dazu.

Verehrte Damen und Herren! Die durch die Schließung der traditionellen Betriebe in Eisenerz hervorgerufene Strukturschwäche bedingt einfach rasches Handeln, würde ich meinen, wenn nicht die vorhandene touristische Infrastruktur, die dort in großem Maße vorhanden ist, wie ich glaube, zweifelsfrei auch noch Schaden leiden soll. Und seit Jahren wurde daher von den Verantwortlichen an einem teilregionalen Entwicklungskonzept und an einer Neuorientierung in wirtschaftlicher und touristischer Hinsicht gearbeitet. Die Eisenerzer haben sich da wirklich und ehrlichen Herzens bemüht. Nun sind die Planungsarbeiten soweit gediehen, daß man in die Umsetzungsphase überleiten kann. Die Grundsätzlichkeiten für dieses Projekt wurden ja – wie Sie alle wissen – bereits im Dezember 1992 soweit sichergestellt und fixiert. Ich glaube, daß dieses Schiprojekt eine unabdingbare Notwendigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung und das wirtschaftliche Überleben dieser Kleinregion darstellt. Und ich habe mich in diesem Zusammenhang, weil mir einfach die aller- notwendigen letzten Detailkenntnisse fehlen, mit Herrn Bürgermeister Auernig und dem Herrn Landtagsabgeordneten außer Dienst Hammer in Verbindung gesetzt, um mich hier entsprechend zu informieren. Und die Eisenerzer haben mir ein paar ganz markante Punkte gesagt, die ich hier gerne artikulieren möchte.

Erstens, die Eisenerzer Freunde sagen, wie ich meine mit Recht, daß die Eisenerzer Ramsau ein Leitprojekt ist, welches die wirtschaftliche Umstrukturierung der Kleinregion Eisenerz vom Bergbau zum Tourismus einleiten soll.

Zweitens, die Eisenerzer stellen fest, daß von Bund, Land und privaten Investoren bereits namhafte Beträge für die Planung ausgegeben wurden. Sie wissen das, und daraus kann und muß eigentlich geschlossen werden, welchen großen Stellenwert dieses Projekt für das Land und auch für den Bund wohl hat, und kaum bei einem anderen Schiprojekt ist diese Favorisierung so deutlich zum Ausdruck gekommen wie in diesem Fall.

Drittens, die präliminierte Tageskapazität von 3500 bis 4000 Personen pro Tag – so die Prognose – entspricht, meinen die Eisenerzer, glaube ich auch mit Recht, durchaus einem leistungsfähigen österreichischen Schigebiet.

Man muß zu bedenken geben, daß das vorhandene Konzept ein eigenständiges, sich von Massenschiprojekten abhebendes Alpinprojekt darstellt, in dem Ruhe, Erholung und Individualität großgeschrieben sind. Man muß also zum Schluß kommen, verehrte Damen und Herren, daß dieses Alpinprojekt jenes Leitprojekt darstellt, welches eine touristische Entwicklung mit den übrigen Projekten überhaupt in Gang setzen kann.

Verehrte Damen und Herren, in Hinblick auf die sehr hohe kleinregionale Bedürftigkeit, auf den – wie ich glaube – sehr hohen Bedarf an Tourismus, auf die Summe passabler Eigenvoraussetzungen und die insgesamt positiven Rentabilitätsaussichten und die wirklich vorteilhaften wirtschaftlichen Aspekte kann und muß eine Realisierung dieses Alpenschiprojektes Ziel einer verantwortungsvollen und verantwortlichen politischen Aktivität des Landes sein. Das ist auch

meine ehrliche Überzeugung. Und ich bin eigentlich sehr froh, daß sich die Österreichische Volkspartei in der Finanz-Ausschußsitzung auf Grund des Resolutionsantrages der Sozialdemokraten hier im Hause diesen Meinungen im grundsätzlichen anschließen konnten.

Und nachdem ich aus dem Bezirk Judenburg komme, ist es mir natürlich auch ein Anliegen und Bedürfnis, auf eine Region dieses Bezirkes Bezug zu nehmen. Und hier nehme ich mir die schönste oder eine der schönsten heraus, das ist Hohentauern. Frau Landeshauptmann, Sie waren ja vor einiger Zeit dort. Die Familie Moscher hat ja berechtigterweise eine hohe Landesauszeichnung bekommen, eine Familie, die sich außerordentlich nicht nur in Hohentauern, sondern insgesamt in der Steiermark sehr verdienstvoll um den Tourismus annimmt und angenommen hat. Sie wissen um das Verbindungsschiprojekt in Hohentauern. Es ist einfach so im Tourismus, man muß halt den Gästen erklären können, warum sie gerade dort oder sonstwo hinfahren, und die Konkurrenzierung unter den Tourismusgemeinden ist ja auch entsprechend groß. Eine der schönsten Gemeinden des Landes Steiermark, und das ist meines Erachtens unter anderem die Gemeinde Hohentauern, sollte man hier entsprechend unterstützen. Daß sie ihre ursprünglichen Probleme, die sie mit der Schließung der beiden Bergbaue hatten, mit dem Tourismus wettmachen können, das müßte wirklich auch unser aller Anliegen sein. Ich bin mir eigentlich sicher, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, daß Sie das Verbindungsiftprojekt der Taurer, wie sie sich selber nennen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bestmöglich unterstützen werden. Ich danke sehr herzlich. (Beifall bei der SPÖ. – 16.58 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Alfred Prutsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Alfred Prutsch (16.58 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Es ist sicherlich erfreulich, daß die Tourismusentwicklung im heurigen Jahr im gesamten steirischen Thermenland eine positive war im Unterschied zur gesamtsteirischen, wo ein leichter Rückgang von ein Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen ist. Aber diesen Rückgang kann man wirklich als minimal bezeichnen, weil fast alle österreichischen großen Tourismusregionen enorme Einbußen im heurigen Jahr verzeichnen werden. Deshalb ist es für mich auch klar, daß der Gesundheitstourismus in unserer Thermenregion voll in der touristischen Zukunft unseres Landes liegt. Die enormen Investitionen der letzten Jahre in den Gesundheitstourismus seitens des Landes, seitens der Gemeinden, aber auch der Tourismusbetriebe tragen ihre Früchte für die gewerbliche Wirtschaft, aber auch für die Landwirtschaft der gesamten Süd- und Oststeiermark. Ich denke an die vielen Hotelprojekte, die realisiert worden sind, und diesen Schub für das Baugewerbe, der hier vorhanden war und der natürlich auch Arbeitsplätze gesichert hat.

Ich darf zu meinem Bezirk zurückkommen: Gerade am heutigen Tag wurde in Bad Radkersburg die

Gleichenfeier für die Maria-Theresien-Kurklinik begangen, die dann im Endausbau bei Fertigstellung 240 Betten beinhalten wird. Ich glaube, das sind alles Dinge, die sehr, sehr positiv sind, und daß sich diese positiven Auswirkungen auch auf die Nächtigungszahlen niederschlagen, ist auch klar. Das beweisen die Zahlen unseres Thermenlandes. So erreicht die Steigerung gegenüber dem Fremdenverkehrsjahr 1993/94 im Bezirk Radkersburg bei den Nächtigungen 9,7 Prozent, in Feldbach 3,7 Prozent, in Fürstenfeld 2,2 Prozent. Wenn ich die einzelnen Kurorte anspreche, dann war das in Radkersburg ein Nächtigungszuwachs von 6 Prozent, in der Gemeinde Radkersburg-Umgebung ein Zuwachs von 32,8 Prozent, Loipersdorf 19,3 Prozent und Bad Waltersdorf 1,2 Prozent. Ich glaube, gerade im Jahre 1994 wurde auch im Gesundheitsangebot eine Qualitätsverbesserung vorgenommen. Aber auch im Bettenangebot ist man bemüht, eine qualitative Erhöhung der Zimmer anzustreben, daß heißt den Anteil der Komfortzimmer zu erhöhen und auch dann umzusetzen.

Das neue steirische Tourismusgesetz hat natürlich auch im steirischen Thermenland durch die Erhebung der Beträge die Verbände auf neue organisatorische und finanzielle Grundlagen gestellt. Um eine professionelle Betreuung und Vermarktung dieser Region zu erreichen, ist gestern der Regionalverband „Steirisches Thermenland“ konstituiert worden, so daß die Aufgaben der bisherigen Bezirksverbände größtenteils von diesem Verband übernommen wurden. Aber auch die touristische Infrastruktur wurde ausgebaut, ob das das Radwegkonzept ist, das im Bezirk Radkersburg flächendeckend den Bezirk durchquert, Wanderwege, ebenfalls markiert, und anderes mehr. Ich glaube, das sind alles Dinge, die eben für den Tourismus gerade in dieser südoststeirischen Region für die Zukunft wirklich positiv sein werden. Ich bin überzeugt, wenn es mit diesen Arbeitsgruppen gelingt, EU-Programme für den Tourismus zu erarbeiten, dann kann hier zusätzlich ein Schub an wirklich Positivem gemacht und gesetzt werden. Im gesamten gesehen ist dieser Gesundheitstourismus, der hier in dieser Thermenregion solche Zuwächse zu verzeichnen hat, wirklich sehr, sehr angenehm für die Region, nicht nur für die Wirtschaft allein, sondern auch für unsere ländlichen Strukturen, die sich dort anbieten, weil eben die Direktvermarktung und natürlich auch Urlaub am Bauernhof genauso forciert werden können. Ich darf herzlich danken, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, für dein Bemühen in dieser Region. Ich bin überzeugt, daß wir mit dem Gesundheitstourismus im steirischen Thermenland auf dem richtigen Weg sind. Ich danke schön. (Beifall bei der ÖVP. – 17.05 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Herr Kollege Vollmann, du bist der nächste Redner. Ich erteile dir das Wort.

Abg. Vollmann (17.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Der Tourismus ist seit Jahren in diesem Haus ein großes Anliegen. Er gilt für alle Fraktionen, und meine Vorredner haben ja bereits betont, daß die Frage des

Tourismusgesetzes uns ein gemeinsames Anliegen war, daß wir lange und viele Verhandlungen geführt haben, im Endeffekt wahrscheinlich kein Werk zusammengebracht haben, das nur Lob erntet, aber im Grundsatz, und das zeigt sich heute, doch ein richtiges Gesetz gewesen ist. Wenn der Kollege Tasch davon gesprochen hat, daß die Unternehmer Überstunden machen und oftmals 60, 70, 80 Stunden arbeiten, dann gebe ich ihm völlig recht. So ist das im Gastgewerbe. Nur der Ordnung halber stelle ich auch dazu fest, nicht nur die Unternehmer, auch die Arbeitnehmer im Gastgewerbe, vor allem in den Saisonbetrieben, arbeiten meist in dieser Zeit und in dieser Saison 12 bis 14 Stunden. Auch diese Belastung ist eine Belastung, die für die Menschen im Endeffekt sehr schädigend ist. Ich habe mir hier aus einer Zeitung einen Bericht herausgenommen, der unter dem Titel „Almrausch“ herausgekommen ist, wo man festgestellt hat, daß viele Arbeitnehmer in den Tourismusbetrieben ausweichen auf Alkoholismus, auf den Gebrauch von Drogen, wo sie krank werden und vor allem unter großen Depressionen zu leiden haben. Ich stelle das nur fest, meine Damen und Herren, weil ich glaube, daß es notwendig ist, daß unsere gemeinsamen Bemühungen dem gelten müssen, daß es im Gastgewerbe und in der Gastronomie Erleichterungen für alle, die dort arbeiten, Unternehmerinnen und Unternehmer, aber auch Beschäftigte, geben muß. Ich hatte vor einiger Zeit bei der Eröffnung des Rasthauses Hodina in Arnwiesen die Gelegenheit, mit dem in Österreich zuständigen Minister Schüssel darüber zu reden, inwieweit nun die Möglichkeit gegeben ist, daß die Beschäftigten der Tourismusbetriebe ein gleiches Gesetz bekämen wie die Bauarbeiter in Österreich, nämlich ein Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, das die Möglichkeit bietet (Beifall bei der SPÖ.), daß die im Gastgewerbe Tätigen nicht immer nur eine Urlaubsabfindung oder eine Urlaubsentschädigung bekommen, wenn sie lange genug tätig sind, aber meist nie zu einer Abfertigung kommen, sondern auch zu dem kommen, was allen anderen Arbeitnehmern in Österreich als Selbstverständlichkeit gebührt.

Zu dem, was einer meiner Vorredner – ich bitte um Verzeihung, wenn ich es mir nicht gemerkt habe – gesagt hat, Olympia, die Tiroler stellen sich an, meine Damen und Herren, die Tiroler stellen sich nicht an, wie wir wissen. Denn die Innsbrucker haben bereits abgestimmt, ob sie eine dritte Olympiade in ihrer Stadt haben wollen oder nicht. Man merke aber vor, Innsbruck hat fast alle infrastrukturellen Einrichtungen! Hier wäre es wahrscheinlich um eine weit niedrigere Investition gegangen, um Olympische Spiele durchzuführen. Aber wissen Sie, warum sie dagegengestimmt haben mit über 70 Prozent? Weil zwei Olympiaden dem Land Tirol und der Stadt Innsbruck soviel gekostet haben, daß das nötige Geld für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen der Stadt, für die Stadtwerke, für den Verkehr, für den Wohnbau, für die Modernisierung der Anlagen, die nun schon veraltet sind, nicht mehr vorhanden ist und die Innsbruckerinnen und Innsbrucker spüren, daß diese Stadt verarmt ist. Und das hat ja auch im Endeffekt bei der letzten Wahl in Innsbruck zu diesem Ergebnis geführt, das dann einen anderen Bürgermeister gebracht hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, die Rentabilität solcher Spiele ist natürlich schwer festzustellen im Endeffekt. Und ich wäre auch dafür gewesen, daß man so schnell als möglich eine Volksbefragung durchgeführt hätte, denn dann hätten wir schwarz auf weiß endlich einmal gewußt, wie die Steiererinnen und Steirer dazu stehen. So können wir uns immer nur auf Befragungen diverser Unternehmungen stützen, die uns aber signalisieren, meine Damen und Herren, ich sage das auch einmal so, daß 70 Prozent der Steiererinnen und Steirer gegen die Durchführung einer Olympiade sind und so, wie jetzt gesagt worden ist, ich glaube, der Kollege Tasch war es, ich sage das auch nicht böse, ich stelle es nur fest, daß im Oberland dort, in Schladming, wo die Olympiade stattfinden soll, die Leute sagen, sie sind nun frustriert, daß sie nicht stattfinden oder daß wir dagegen sind oder meine Fraktion dagegen ist. Meine Damen und Herren, in den letzten Wochen seit dieser Klarstellung haben mich viele Menschen in diesem Lande, auch gestern, angesprochen und haben gesagt, Gott sei Dank, daß einer einmal den Mut gehabt hat, diese Entscheidung zu treffen. Wir brauchen Olympia nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Wissen Sie, und weil heute von irgend jemand angeführt worden ist, die Frage der Funktionäre und der Vereine aufzuwerfen. Wissen Sie, die Funktionäre und die Vereine sind da angeschrieben worden, und sie sollen unterschreiben. Wissen Sie, was mir die Funktionäre erzählen, warum sie unterschrieben haben? Weil sie Angst haben, daß sie, wenn sie nicht unterschrieben hätten, kein Geld mehr bekommen, wenn sie einmal darum ansuchen. (Abg. Purr: „Mach dein Märchenbuch zu!“) Und, meine Damen und Herren, so ist es aber im Endeffekt, und Sie werden im Endeffekt dann sehen, wie das auch wirklich ist. Viele Vereine bangen um ihre Existenz, denn sie fürchten, daß sie dann kein Geld mehr bekommen, denn Olympia verschlingt Milliarden. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich habe gestern schon einmal gesagt, meine Damen und Herren, daß uns diese Olympiade auf die nächsten 20 Jahre nicht nur 8000 Millionen kosten wird, sondern das Doppelte, wenn die Laufzeit 20 Jahre ist, mit Zinsen und Zinseszinsen und mit Kapitalrückzahlung. Daher meine ich, der Impuls, der nicht auf Heller und Pfennig, wie der Kollege Vesko objektivweise gemeint hat, vorauszusagen ist, der Impuls wird sicherlich in dieser Form nicht eintreten.

Meine Damen und Herren, ich darf in dem Zusammenhang noch auf ein Zweites verweisen. Es stammt nicht von mir, sondern es ist eine renommierte österreichische Zeitung. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Welche?“) Der „Standard“!

Die Steiermark ist aber wegen der hohen Defizite der Vorjahre am stärksten verschuldet. Dies zeigt ein Vergleich des Statistischen Zentralamtes über die aktuellen Haushalte der Länder. Der Schuldenberg der Steiermark erreicht demnach heuer bereits 18,2 Milliarden Schilling. Da liegen wir einsam an erster Stelle. Auch die Prokopfverschuldung der Steiermark mit 15.326 Schilling ist die höchste in diesem Lande.

Die Steiermark hat, gemessen an seiner Bevölkerung, beispielsweise ein recht kleines Budgetvolumen. Die Steuereinnahmen sind allerdings wegen der schlechten Wirtschaftslage des Landes noch geringer.

Insgesamt erreichen die Prokopfausgaben im steirischen Budget 31.852 Schilling, auf einen geringeren Wert kommt nur Niederösterreich. Also, wir liegen auch dort an der vorletzten Stelle.

Meine Damen und Herren, ich setze das jetzt fort. Die Prokopfausgaben für Kunst und Kultus liegen in der Steiermark und in Niederösterreich weit unter dem Österreichdurchschnitt. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Gott sei Dank!“)

Für Soziales und Wohnbauförderung gibt die Steiermark nur 6608 Schilling aus, 7357 Schilling ist der Durchschnitt Österreichs. Für die Gesundheit gibt Kärnten 28 Prozent und die Steiermark, meine Damen und Herren, 948 Schilling, das sind 11 Prozent, aus.

Entschuldigung, ich habe mich geirrt: Für die Gesundheit 2698 Schilling und für die Wirtschaftsförderung 948 Schilling. Da liegen wir nur mehr vor Oberösterreich und vor Niederösterreich. Aber die – das wissen wir – haben es nicht in diesem Ausmaß notwendig als wir. Wenn ich das, meine Damen und Herren, zu Olympia gesagt habe, dann in der echten Besorgnis, daß wir uns finanziell übernehmen, und wir wissen, daß die heutigen Verhandler, die in Wien waren, auch in dieser Frage mit keinem positiven Ergebnis zurückkehren, das ist uns allen inzwischen bekannt. In der Frage Olympia hat man ja in der Sache verhandelt.

Nun, meine Damen und Herren, ich darf mich noch dem Tourismus zuwenden. Ich freue mich, Frau Landesrätin, daß Sie unserem seinerzeitigen Antrag, einen Tourismusbericht dem Hohen Haus vorzulegen, nachgekommen sind. Er ist ein guter Bericht, er ist informativ, und ich bedanke mich bei allen, die diesen Bericht zusammengestellt haben. Ich bedanke mich aber auch bei Herrn Hofrat Hermann, der in der letzten Zeit mit uns beiden, ich glaube auch mit dem Herrn Vesko und mit mir Kontakte gesucht hat, wenn es um touristische Änderungen, um Entscheidungen und um Beschlüsse gegangen ist. Ich glaube, das ist auch notwendig, dieses Lob jemandem auszusprechen, wenn er sich bemüht. Das wollten wir im Endeffekt auch. Wir wollten teilhaben an diesem gesamten Erfolg und auch mitbestimmen, damit es nicht einsam geschieht.

Zum Tourismusgesetz sei nur noch ein einziges gesagt: Die Gemeinden beklagen sich noch immer, daß die 8 Prozent nicht einmal ihre tatsächlichen Kosten decken. Vielleicht sollten wir in diesen Bereichen noch einmal nachdenken.

Im Jahr 1993, meine Damen und Herren, hat die Steiermark ein sehr gutes Jahr gehabt, denn der Sommertourismus war verhältnismäßig gut. Mit 9,8 Milliarden Schilling Einnahmen war das natürlich ein starkes Volumen, das sicherlich dazu beigetragen hat, die wirtschaftliche Situation, vor allem aber die Arbeitsplatzsituation zu erleichtern. Der Sommertourismus hatte damit einen großen Bereich abgedeckt, nämlich mit 57,5 Prozent ist es ein recht großer Anteil, obwohl er dennoch gegenüber den Vorjahren um einige Prozentpunkte zurückgegangen ist. Die Detailergebnisse Jänner bis Dezember waren sehr gut, aber, meine Damen und Herren, wenn ich mir anschau, daß 5680 Gastbetriebe 204 Milliarden Schilling in dem Bereich erwirtschaften und er-

arbeiten, so darf man wohl sagen, daß der wirtschaftliche Impuls ein ausgezeichneter und ein großer ist.

Die Steiermark, so habe ich bereits erwähnt, war in diesem Bereich sehr stark, aber der Auslastungsfaktor der Tourismusbetriebe und Gastronomiebetriebe hat anders ausgeschaut. Fünf- und Viersternbetriebe mit knapp 40 Prozent waren gut ausgelastet, die Dreisternbetriebe nur mehr mit 28,5 Prozent, die Privatquartiere zwischen 19 und 20 Prozent und die durchschnittliche Bettenauslastung aus dem Gesamtgesagten mit 26,3 Prozent. 1994, das hat mein Vorredner, Kollege Prutsch, schon erwähnt, hat sich dieser Trend fortgesetzt, vor allem wegen des großen Zulaufes in der Thermenregion. Bad Radkersburg ist ein Renner geworden. Loipersdorf war immer ein Renner, Waltersdorf ist ein bißchen zurückgefallen. Aber, meine Damen und Herren, diese Thermenregion war ihre Investition wert, und ich freue mich, daß jene, die sie seinerzeit gegründet haben, auch diesen Erfolg haben. Für 1995; denkt man, wäre eine Zunahme möglich. Ich glaube es nicht. Allgemein ist die Tourismusentwicklung im Rückschritt, nicht nur in Österreich, in Gesamteuropa, und die Steirerinnen und Steirer spüren es auch, denn es bleiben die Ausländer verstärkt aus – ein Rückgang von 6,9 Prozent. Bei den Inländern sind wir aber erfreulicherweise Spitzenreiter. Ein Dankeschön an alle Österreicherinnen und Österreicher, die in unser Land kommen und damit zu einer guten Auslastung beitragen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Warum habe ich diesen Bereich der Auslastung der Hotels in erster Linie vorgezogen? Es ist mir ein besonderes Anliegen gewesen, auch in den letzten Monaten immer wieder mit den Betreibern solcher Anlagen zu reden. Ich habe mit verschiedenen Hoteliers ernste Gespräche geführt und dabei festgestellt, daß der Verschuldungsgrad ein riesiger ist. Aber das ist uns ja gesamt nichts Neues. Das stellte seinerzeit die Hotellerie bei einer ihrer Tagungen fest. 110 Millionen Schilling Schulden bei den Banken ist ja eine riesige Summe. Nur, in der Zwischenzeit ist der Umstand eingetreten, daß alle vor 20 Jahren eine riesige Anstrengung, auch mit Unterstützung der öffentlichen Hand, unternommen haben und ihre Betriebe modernisiert und erneuert haben. Aber vor 20 Jahren war der Status der Ausstattung ein anderer als heute. Wir brauchen wieder eine Erneuerung. Wenn ich sage wir, dann in erster Linie diese Unternehmungen, und diese Unternehmungen brauchen Geld. Sie konnten sich keines ersparen, denn es waren die Auslastungen rückläufig, damit die Gewinne rückläufig, die Kosten für die Kredite waren einfach zu hoch, und damit stehen sie da und können nichts mehr unternehmen. In meinem eigenen Bezirk, so sagt man mir, wären 38 Gasthäuser zu haben, weil keiner mehr will. Daher, meine Damen und Herren, habe ich mir die Mühe gemacht, die Förderungen zwischen den Ländern Kärnten, Niederösterreich, Burgenland und Steiermark zu vergleichen. Dabei habe ich beispielsweise festgestellt, daß die Tourismusförderung im Burgenland, in Kärnten und in Niederösterreich bedeutend besser ist als bei uns. Das Burgenland etwa hat keine Investitionen, die mit mehr als zwei Prozent durch die öffentliche Hand gestützt werden oder über zwei Prozent kosten. Ich denke nur

daran, daß der ERP-Kredit 3prozentig ist, also der Zuschuß des Landes in der Frage der Verzinsung ist besser. In Kärnten gibt es für die Betriebe einen 30prozentigen Zuschuß, um eine Erneuerung durchzuführen. Daher, meine Damen und Herren, werden wir uns in der nächsten Zeit damit zu befassen haben. Frau Landesrätin, ich weiß, daß Sie das gerne hören und so machen. Ich habe einen Vorschlag: Die Milliarden, die wir uns für die Olympiade ersparen, nehmen wir auf, um diese Betriebe mit dem Nötigen auszustatten. Das, meine Damen und Herren, bringt dem österreichischen Tourismus auf die Dauer gesehen bedeutend mehr, als die Olympiade bringen würde. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich freue mich auch, daß der Chef der Tourismus-Ges. m. b. H., Herr Schrötter, heute hier ist, ich glaube, auch ein Aufsichtsratsmitglied ist noch da, weil ich mich noch daran erinnere, wie Herr Schrötter damals am 1. Jänner 1994 angetreten ist und gesagt hat: „Neuer Wind kommt hinein. In 100 Tagen wird uns ein Konzept vorliegen.“ Ich habe es ihm schon persönlich sagen können via Telefon, weil er mich nach meiner Presseaussendung im September angerufen hat. Ich war ein bißchen enttäuscht, denn es waren 300 Tage vorbei, und es ist noch immer kein Konzept auf dem Tisch gelegen. Inzwischen höre ich aber aus der Tourismus-Ges. m. b. H., daß dieses Unternehmenskonzept und das Strategiepapier beschlossen worden sind. Allerdings ist ein Papier Gott sei Dank daraus geworden, denn die Problematik ist ja nicht kleiner. Eines ist aber schon klar: In diesen Tagen, wo er nicht vorlegen konnte, hat er sich zwei anderen Großprojekten zu widmen gehabt, nämlich dem Davis-Cup und der Olympia-Werbung. Daß er daneben keine Zeit mehr gehabt hat, für den allgemeinen Tourismus tätig zu sein, ist mir völlig klar, denn er war überfordert damit. Ich freue mich, daß er jetzt wieder zurückgekehrt ist zu seiner ureigensten Aufgabe, die ihm durch den Landtag beziehungsweise durch die Tourismus-Ges. m. b. H. übertragen worden ist.

Meine Damen und Herren! Manchmal hört man aus dem Lande, daß der Kontakt zwischen Tourismus-Ges. m. b. H. und den Tourismusverbänden ein sehr schwacher ist, und alle wünschen sich, Herr Schrötter, und ich darf Sie darum bitten, mehr Kontakt und mehr Miteinander. Ich weiß schon, daß das für Sie auch nicht immer leicht ist, weil auch da draußen zum Teil Dilettanten sitzen, die sich berechtigterweise beschweren. Aber das verbessert sich. Ich glaube, mit Ihrem entsprechenden Einsatz und mit Ihrer Erfahrung werden wir auch das erreichen. Ich sage Ihnen dies deshalb, weil ich nicht erleben möchte, daß Ihren neun Vorgängern nach so kurzer Zeit ein zehnter folgt, der auch sozusagen erfolglos gewesen ist. Ich wünsche mir vom Herzen, ich sage das ganz ehrlich und aufrichtig, daß Sie diesen Erfolg haben, weil er dann unser gemeinsamer Erfolg für das Land ist. Wir brauchen diesen Erfolg, wir brauchen ihn in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, vor allem bei einem Eintritt in die EU, um dort ordentlich Werbung auch draußen für unser schönes Land machen zu können. Zum Abschluß, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, daß ich allen, die im Tourismus tätig waren, bei der Ges. m. b. H., im Land, bei der Erstellung des Berichtes, aber auch allen anderen draußen vor Ort in

jedem Tourismusverein, überall, wo sie sind, ein herzliches Dankeschön sage für ihre Leistungen und für ihre Arbeit. Ich wünsche uns, ihnen gemeinsam, den Unternehmungen und den Beschäftigten einen guten Winter und eine gute Wintersaison. Denn wenn sie gut ist und wenn vor Weihnachten noch der Schnee kommt, dann werden wir eine gute Saison haben. Ansonsten wird sie leider sehr traurig ausschauen. Das wünschen wir uns gemeinsam nicht, denn wir brauchen das Geld. Die einen, die als Unternehmer das wieder investieren sollen, und die anderen, weil sie dabei etwas zu verdienen haben und nicht arbeitslos sind. Ein herzliches Glückauf. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 17.25 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Köhldorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Köhldorfer (17.25 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Fremdenverkehr ist eine der wichtigsten Einnahmequellen für die Steiermark überhaupt und einer der größten Arbeitsplatzgaranten. Das darf man bitte auch nicht vergessen. Wir haben heute schon gehört von der Obersteiermark, den wunderschönen Schigebieten und Olympia ja oder nein, Werbung ja oder nein, vom Österreich-Ring, Formel-I-Rennen. Es wurde aber auch schon das Thermenland angesprochen. Kollege Prutsch und Kollege Vollmann vor mir haben aufgezählt Bad Waltersdorf, Loipersdorf und Bad Radkersburg. Dann gibt es noch Blumau. Leider nicht mehr erwähnt wurde die Therme Bad Gleichenberg. Vielleicht wurde sie deshalb nicht mehr erwähnt, weil Bad Waltersdorf ist neu, Loipersdorf ist neu, Bad Radkersburg ist neu, und die Therme Blumau mit ihren schönen oder auch nicht schönen, ich sage wunderschönen, Gebäuden, das jetzt schon eine Fremdenverkehrsattraktion ist, ist auch neu. Bad Gleichenberg hat den schlechtesten Stand bei uns in der Thermenregion. Und Direktor Puntigam mit seinem Team kämpft darum, wiederum ein gutes und besseres Image zu bekommen. Ich muß sagen, Direktor Puntigam hat, seit er es übernommen hat – Bad Gleichenberg hat durch die Geschichte Kölbl und die Medienberichte ein sehr negatives Image erreicht und ein 9-Millionen-Schilling-Defizit im Jahr eingefahren –, es geschafft, dieses Minus auszugleichen und wird im heurigen Jahr wiederum positiv ausgleichen. Bad Gleichenberg will keine Almosen. Wir haben hier im Haus schon viele Diskussionen über Bad Gleichenberg gehabt, wo es darum gegangen ist, daß das Land Steiermark dieses Aktienpaket kaufen hätte sollen. Dieses Aktienpaket gehört jetzt der Bank für Kärnten und Steiermark. Und soweit ich höre, hegt die Bank für Kärnten und Steiermark auch nicht den Gedanken, dieses Paket jetzt zu verkaufen. Das Land Steiermark hätte so rundherum an die 200 Millionen Schilling plus dieses Investitionspaket investieren müssen, um aus Bad Gleichenberg etwas zu machen. Direktor Puntigam schafft es mit relativ geringen Mitteln vom neuen Besitzer, aus dieser Therme wieder etwas zu machen. Man darf nicht vergessen, meine Damen und Herren, mit der Therme Bad Gleichenberg stehen oder fallen zirka

2000 Arbeitsplätze in der gesamten Region. Und das einzige, was Bad Gleichenberg fehlt, das wurde hier auch schon öfter diskutiert, das ist heißes Wasser. Sie, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, wissen, daß es heiße Quellen gibt. (Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic: „Kalte auch!“) Die kalten haben wir dort. Bad Gleichenberg muß mit einem enormen Heizaufwand, der irrsinnig viel Geld verschlingt, das Thermalwasser aufheizen, daß es auf eine Temperatur von 33 Grad kommt. Diese heißen Quellen zu erschließen, diese Bohrungen zu vollziehen, würde sicher nicht diese 200 Millionen und wahrscheinlich auch nicht diese 70 Millionen, die das Aktienpaket gekostet hätte, kosten, sondern nur einen Bruchteil davon.

Frau Landeshauptmannstellvertreterin, ich habe ein Gerücht gehört, daß, wenn Bad Gleichenberg wieder zu neuem Leben erweckt werden würde, so soll es dann eine Konkurrenz zu den anderen Thermen in unserer Region darstellen, und aus dem Grund soll kein Geld nach Bad Gleichenberg kommen. Ich hoffe und ich glaube, daß das bitte nicht stimmt. Bad Gleichenberg ist absolut anders geartet als alle anderen Thermen in unserer Region. (Beifall bei der SPÖ.) Jede Therme bei uns hat ein eigenes Leben, so auch Bad Gleichenberg. Und ich glaube, daß es als Land Steiermark ganz einfach unsere Pflicht ist, dieser Therme ein Überleben zu sichern und dieses heiße Wasser ihnen zur Verfügung zu stellen. Bad Gleichenberg ist das älteste Thermenzentrum überhaupt in der Steiermark und auch in Österreich. Und der Direktor Puntigam mit seinem Team, die Therme Bad Gleichenberg, der Ort Bad Gleichenberg und die ganze Region Bad Gleichenberg und Feldbach werden es uns zu danken wissen, wenn wir Bad Gleichenberg, der Therme, dieses warme Wasser zur Verfügung stellen. Ich danke. (Beifall bei der FPÖ. – 17.31 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist die Frau Landeshauptmann Klasnic. Ich erteile es ihr.

Landeshauptmannstellvertreter Klasnic (17.31 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Tourismusdebatte unter dem Zeichen des Schneefalls in der Obersteiermark ist etwas angenehmer, und nicht, weil der Herr Kollege Vesko den Schnee in Buchstaben beschrieben hat, er ist wirklich gekommen. Ich hoffe auch, daß er hält. Das heißt, daß nicht das Wetter wieder bricht und alles zergeht. Das brauchen wir einfach.

Es ist das Steiermärkische Tourismusgesetz einige Male angesprochen worden. Ich werde es nie versäumen, so lange ich hier an diesem Platz stehe, Ihnen allen zu danken, daß es dieses gibt, weil es ist ein gutes Gesetz geworden, mit Kinderkrankheiten. Das haben wir selber auch vorher gewußt, aber es wirkt sich gut aus. Und wo immer man hinkommt, wird man darauf angesprochen, nicht nur, weil Mittel dafür abverlangt werden, sondern weil sie auch richtig eingesetzt werden können. Es wurde angesprochen, daß wir ein Land sind, in dem man sich erholen kann, in dem man sich wohl fühlt, und wir werben eigentlich auch damit zu sagen, wenn die Österreicher die Steiermark als Inlandstourismusland Nummer eins

anerkennen, dann ist es ein Zeichen, daß die Österreicher wissen, wo man sich besonders gut erholt, und darum kommen sie in diesem Ausmaß zu uns. Wir haben auch vieles gestalten und tun können in diesem Jahr, sei es die Umsetzung der Radwege, die Schaffung der Regionen im Radwegbereich, das Alpenschikonzzept liegt am Tisch, ich werde später noch darauf zurückkommen. Es ist viel an Arbeiten am steirischen Bäderkonzept passiert, und da denke ich manchmal an einen meiner Vorgänger, an den Präsidenten Wegart. Als er seinen 70. Geburtstag gefeiert hat, hat man gesagt, daß er über 110 Freibäder eröffnet hat. Ich habe mir dann gedacht, mit 70 werde ich nicht mehr im Amt sein. Man wird irgendwann sagen, wieviel Bäder saniert werden mußten in dieser Zeit laut Bäderhygienegesetz. Aber das ist einfach notwendig. Inzwischen gibt es ja auch ein Bädergütesiegel. Im Wanderwegbereich – wandern, eine Möglichkeit bei uns im Lande, die besonders gerne angenommen wird. Auch da haben wir Konzepte, Pläne und Vorstellungen, und es wird auch tüchtig daran weitergearbeitet. Ich unterlasse es, einzelne Zahlen anzusprechen. Ich möchte nur sehr deutlich sagen, daß es uns gelungen ist, in der Bettenauslastung in der Thermenregion, weil es eine besonders große ist, eine besonders große und wichtige Region geworden ist, daß – wie ich Ihnen mitteile – wir dort weit über dem Österreich-Durchschnitt liegen und daß die Thermenregion das hat, was wir uns für viele andere Regionen wünschen, nämlich einen Ganzjahrestourismus zum großen Teil. Das würden wir anderen Regionen, die momentan nur kurzfristig ausgelastet sind, von ganzem Herzen wünschen.

Der Herr Kollege Tasch hat über die Verbindung Tourismus und Landwirtschaft gesprochen. Sein Schwerpunkt war natürlich auch, über die Olympiade zu reden, kommt er doch aus der Dachstein-Tauern-Region, aus einer Region, die sich einiges an Hoffnungen gemacht hat. Ich bin in der vorigen Woche bei der Eröffnung der Lärchkogelbahn oben gewesen, wo also sowohl die einen und die anderen davon gesprochen haben, daß man Großveranstaltungen braucht, wie zum Beispiel auch die Weltmeisterschaft in der Ramsau eine solche sein wird. Olympia hätte aber vor allem, ich sage das sehr deutlich, für unseren Standort im werblichen Bereich viel bringen können, und ich hoffe, daß diese Botschaft nicht ganz vorbei ist, die Botschaft im Marketing, die wir uns vorstellen, weil der Bekanntheitsgrad, den die Steiermark im heurigen Jahr durch diese Olympia-Bewerbung bekommen hat, ich nehme das für mich in Anspruch, ich habe auch von so manchem Ort gehört, der sich beworben hat, wo man auch erst auf dem Atlas oder der Weltkugel nachschauen muß, wo er ist, daß man weiß, wo Sotschi ist, ich habe es nicht gewußt. Und so ist es vielleicht vielen andern Menschen gegangen, daß die geschaut haben, wo ist die Steiermark. Und wenn sich ein Land schon bewirbt, dann muß es ganz etwas Besonderes sein. Wir sind auch in maßgeblichen Zeitungen – und ich kenne diese Berichte, die danach gekommen sind – wirklich dargestellt und beschrieben worden, und es hätte – ich hoffe darüber hinaus, daß wir die Bewerbung ja nicht aufgegeben haben und es noch vieles an Gesprächen geben kann – sich auch für das ganze Land etwas ergeben, das wir uns wünschen könnten.

Es ist der Davis-Cup angesprochen worden. Der Davis-Cup, das waren die paar Tage, aber seit vergangenen Sonntag gibt es in dieser Halle eine Eishalle, die wir sonst wahrscheinlich nicht hätten und die genutzt werden kann für Hunderte und Tausende von Menschen, das heißt, die Folge einer solchen Veranstaltung ist gut genutzt worden. Ich glaube, es war ein richtiger Weg. Und auch der Wirtschaftsstandort in der Bewerbung „Olympia Graz“ hat einiges zeigen können, vor allem in der Strahlkraft. Und wer die Studie gehört und gelesen hat, weiß, was man sich damit vorgenommen hat und welche Gedanken damit gehegt wurden. Ich hoffe trotzdem noch einmal, daß man darüber redet.

Weil ich den Schnee angesprochen habe und die Lärchkogelbahn, ich bin am vergangenen Sonntag auf dem Semmering gewesen. Da gibt es eine grenzübergreifende Zusammenarbeit im Marketing mit den Niederösterreichern. Auch das gibt es am Semmering, im Tourismus arbeiten wir schon gut miteinander. (Abg. Minder: „Aber oben!“) Der Hirschenkogel auf Snowboard spezialisiert, bis zur vorletzten Stütze gehört es der Steiermark, und ganz oben gehört es den Niederösterreichern. (Landesrat Dr. Strenitz: „Es ist grün!“) Momentan ist dort nur Kunstschnee. Aber es wird ab heute ein anderer sein. Und wenn der Herr Landeshauptmann über den Wechsel gekommen ist, wirst du uns sagen können, gibt es schon Schnee? (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ja!“) Bitte, im Norden der Steiermark gibt es Schnee. Aber ich freue mich, daß die Regierungsbank wieder voller ist, weil der Tag war ziemlich einsam. (Allgemeiner Beifall.) So ist das halt einfach. Wir wissen ja, daß wir uns doch hin und wieder anlehnen und auch anhalten müssen und daß wir gemeinsame Ziele durchsetzen müssen.

Das Semmering-Snowboard, die neue Art, Wintertourismus zu betreiben: In dem Fall sind wir grenzübergreifend tüchtig unterwegs. Spital am Semmering und auch die Mürztaler Region haben sich daran beteiligt. In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen erzählen, daß ich auf der Planner gewesen bin. Dort hat es schon ein bißchen geschneit. Dort haben wir ein Tourismuszentrum eröffnen können, auch Kurtl Tasch war dabei, wo es eine Kombination gibt von Appartements, Feuerwehr, Kassazentrum, Liftzentrum und öffentliche Einrichtungen, die einfach gebraucht werden. Einer der Redner hat gemeint, daß sich im Thermenbereich in Bad Waltersdorf eine Veränderung ergeben hat. Er hat von einem Rückgang gesprochen. Ich sage sehr deutlich dazu, daß wir dort eine Freizeitanlage eröffnen könnten, die eigentlich alle Stücke spielt, und ich bin überzeugt, daß es in diesem Bereich auch sehr gut mitgeht. (Abg. Vollmann: „Das steht im Tourismusbericht drinnen!“) Das war die Bauzeit. Das muß man schon auch sagen, daß die Leute sofort sehen, wenn irgendwo eine Baustelle ist, und sagen, wie schaut das aus?

Der Herr Kollege Vesko hat als Klubobmann und als Tourismussprecher seiner Fraktion unter anderem die Ausbildung angesprochen. Dafür bedanke ich mich sehr, weil wir uns alle gemeinsam bemühen müssen, nicht nur die Lehrlinge, nicht nur die Hotelfachschüler, sondern auch in der Erwachsenenbildung einen Beitrag zu leisten. Ausbildung ist die beste Qualität, und unsere Mitarbeiter sollen die beste haben, denn

sie sind auch Werbung in der Welt draußen. Ich werde Ihnen dann später noch einmal erzählen, welche Erfolge man dort machen kann.

Die Finanzierung wurde angesprochen. Das gilt sowohl für den Kollegen Vesko als auch für den Kollegen Vollmann. Ich darf sagen, wir haben den Tourismusförderungsfonds, und wir haben die Freizeitmilliarde. Wir haben aber auch Gespräche, und ich sage sehr bewußt dazu, mit den einzelnen Unternehmern geführt, wo wir aber wissen müssen, daß die Betriebe vor zehn, fünfzehn Jahren investiert haben. Inzwischen ist abgewohnt. Das heißt aber noch lange nicht, daß die Schulden bezahlt sind. Da sind die Schulden zum Teil noch nicht bezahlt, obwohl die Menschen unendlich viel arbeiten. Dies ist auch mit dem Wirtschaftsminister besprochen, weil wir glauben, daß wir da überhaupt eine neue Aktion brauchen werden, daß eine Qualifizierung möglich ist, daß aber gleichzeitig über die Sanierung nachgedacht werden kann, weil man ansonsten bei vielem sagen muß, daß die Freude an dieser Arbeit verlorengeht, die eine mit dem Wort „Schwerarbeit“ zu umschreibende ist.

Der Herr Kollege Bacher hat von seinem Bezirk gesprochen, beginnend mit der Landesausstellung. Das ist als Murauer verständlich. Ich möchte dazu einflechten, daß wir auch dort und wie in vielen anderen Bereichen sehr viele Privatzimmervermieter haben. Das ist auch eine Gruppe, die im Tourismus angesprochen gehört, die sich besonders des Gastes annehmen, die ihn sozusagen in das eigene Haus nehmen, und die Frau Pilz, die jetzt einige Jahre den Privatzimmervermieterverband geführt hat, hat zurückgelegt. Das war eine ehrenamtliche Tätigkeit. Ich möchte deshalb heute nicht versäumen, mich bei ihr zu bedanken in diesem Haus. Ich erlebe immer wieder, und das ist eigentlich das schöne eines Tourismusreferenten, den Ideenreichtum der Menschen. So war es an einem Tag in Murau, Hansi Bacher. Ich werde nicht vergessen, irgendwann Anfang August, als man so etwas wie eine Rutsche in die Mur gebaut hat. Das war das Hobby für drei Tage, in die Mur hineinzurutschen und sich dort frisch zu machen. Das ist dort oben ohne weiteres möglich. Aber inzwischen ist die Mursanierung so gut, daß man es auch weiter herunter schon kann. Wir müssen unseren eigenen Hauptfluß auch schätzen und wissen, was wir an ihm haben. (Abg. Dörflinger: „Es hat große Bedeutung gehabt. Jetzt heißt es nicht mehr, es ist für den Kanal, sondern es ist für die Mur!“) Mur-Skating hat das geheißen. Sie suchen einen Kanal? Ich habe nicht den Kanal gesucht, sondern die Mur hat ein frisches Wasser gehabt, und das war ein erfreulicher Anblick. Ich war nur zu feige, das selber auszuprobieren. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Das geht nicht. Ich weiß, das könnte ich kurz vor einer Wahl machen wegen der Konkurrenz, damit ich weniger Werbearbeit mache. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schächner-Blazizek: „Ich komme Sie besuchen!“) Es würde der Bewerb überschrieben werden mit „wer geht schneller baden?“ oder so ähnlich. Ich kann mir das nicht vorstellen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schächner-Blazizek: „Ich habe gesagt, ich komme Sie besuchen!“) Ach so, besuchen. Das ist natürlich etwas anderes.

Es ist angesprochen worden, und ich sage bewußt, das ist ein Thema, mit dem wir uns im kommenden Jahr miteinander beschäftigen müssen, die gewerbliche Infrastruktur und vor allem die besonderen Projekte, die sehr wohl eines Zuschusses, einer Beihilfe oder eines Beitrages der öffentlichen Hand bedürfen, weil sie sonst nicht finanzierbar sind – ich sage bewußt, sonst nicht finanzierbar sind; ist das eine stille Beteiligung, wo man dann wieder herausgeht, oder ähnliches. Es wird nur aus privaten Mitteln nicht überall die Möglichkeit gegeben sein. Und aus diesem Grund hat die Volkspartei auch diesen Beschlußantrag unterstützt. Ich glaube, auch sagen zu dürfen, daß die Aktivitäten für den Winter 1994/95 voll eingesetzt sind. Und es war an einem Nachmittage in Schladming, wo mir der zuständige Tourismusreferent, Herr Thaller, der für den Verband zuständig ist, gesagt hat, er freut sich so, daß er die Winterwerbung schon in der Hand hat, und ich möge den verantwortlichen Herren in der Steiermark-Werbung sagen, und ich sage das in diesem Sinne dem Herrn Direktor Schrötter, so rechtzeitig haben sie ihn schon lange nicht mehr gehabt. Sie haben sich gefreut darüber, und es war der richtige Augenblick, diese Werbung einzusetzen, wie ich zur steirischen Tourismus-Ges. m. b. H. überhaupt etwas sagen möchte: Wir haben dort eine neue personelle Struktur. Es waren im Jahr 1991 27 Mitarbeiter, zur Zeit sind es 15 Mitarbeiter, die sich dort einsetzen, um Marketing und Werbung für unser Land zu tun. Wir haben laut Gesetz die Vorgabe, 13 regionale Verbände zu gründen. Zehn sind schon gegründet. Wir haben gestern vom Kollegen Prutsch über die Thermenregion gehört. Ich bin froh, daß das geschehen ist. Es wird gut kooperiert mit den Regionen. Ich kann verstehen, daß die einzelnen Regionen die Verantwortlichen noch gerne öfters sehen möchten. Das ist einfach so, daß man sagt, man möchte mit denen noch mehr reden. Diese Möglichkeiten sind geboten.

Ich komme jetzt, neben einer langen Liste der Aktivitäten, die ich gar nicht aufzählen möchte, dazu, daß wir zum Beispiel, und weil ich da, wenn ich nach rückwärts schaue, den Herrn Dr. Prohaska sehe, der ja auch Mitglied des Aufsichtsrates der steirischen Tourismus-Ges. m. b. H. ist, eine Veranstaltung in Düsseldorf gehabt haben. Wir haben dort Wirtschaft und Tourismus vorgestellt. Es gab Steiermark-Wochen, und die besondere Werbung war der Steiermark-Abend, wo ein Hotelier einen steirischen Koch mitgebracht hat. Es hat steirische Spezialitäten gegeben, und an diesem Abend haben die Leute schon gesagt, wann sie wo was gerne machen möchten. Und auch im Wirtschaftsbereich, ich werde es dann nicht mehr wiederholen, haben wir an diesem Vormittag unser Land vorgestellt. Inzwischen hat es drei Nachfragen beziehungsweise echte Meldungen gegeben. Das ist die Form, wie man sich verkaufen kann, wie wir in die Welt hinauskommen und wie es wahrscheinlich der richtige Weg ist.

Der Kollege Korp hat ein Thema angeschnitten, das ich sehr deutlich, aber auch sehr ehrlich beantworten möchte. Das eine ist Hohentauern, und da sind wir voll und ganz beisammen. Es hat sich nur das Projekt in der Größenordnung geändert. Es waren ursprünglich 25 Millionen Schilling, und es wird sich auf 15 Millio-

nen Schilling reduzieren. Das ist dann ein Projekt, das in den Bereich der Wirtschaftsförderung fällt. Vorher war gedacht, daß sich vielleicht die Holding in irgendeiner Form auch daran beteiligen könnte. Und wenn Sie gesagt haben, daß es eine Landesauszeichnung vom Landeshauptmann für die Familie Moscher gegeben hat, dann ist das wahrscheinlich wirklich eine jener Tourismusfamilien, denen man nicht genug danken kann für das, was sie in diesem Land tun. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Sie haben aber ein Zweites angesprochen, und das ist die Eisenerzer Ramsau. Auch hier gibt es diesen Beschlußantrag. Ich sage auch dazu, daß es im Dezember 1992 ein Gespräch gegeben hat, wo die Finanzierung gesichert wurde. Inzwischen gibt es eine Veränderung, nämlich einen einstimmigen Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung, für die bereits bestehende Piste Präbichl eine Qualifizierung herbeizuführen. Da gibt es den Beschluß, auch über die Beteiligung und über die Übernahme des Landes. In der Eisenerzer Ramsau schaut das ganze ein bißchen anders aus. Sie haben vom Bedarf gesprochen und gleichzeitig 3500 bis 4000 Personen genannt. Sie haben gesagt, daß Ihnen die Information von Freunden aus Eisenerz gegeben wurde. Es stimmt, daß die Eisenerzer sich ein solches Leitprojekt wünschen. Ich sage aber dazu, daß die Freunde vielleicht nicht dazugesagt haben, darum haben Sie es heute nicht gesagt, daß die Grundstücke nicht ausgehandelt und die Bewilligungen nicht vorhanden sind. Ich wünsche mir in diesem Hause, und sage es sehr bewußt, daß es dem Unternehmen gelingt, dieses große Projekt, so wie man es ursprünglich angekündigt hat, in der dann möglichen Form umzusetzen. Noch sind wir nicht so weit.

Aber wir haben ein anderes Projekt, wo wir momentan ein bißchen kämpfen. Der Kollege Prutsch hat das Thermenland angesprochen und gleichzeitig, neben allen Erfolgen, sehr wohl das wichtigste angerissen, das man für diese Region sagen muß, das ist die Vermarktung auch durch die Landwirtschaft. Und ich glaube, das ist etwas, wo auch der Tagestourismus besonders leben kann, weil man dann etwas mit nach Hause nimmt, weil man sich versorgt. Aber ich sage auch gleichzeitig dazu, wir müssen auch ein wenig aufpassen, daß die Proportionen nämlich stimmen, indem wir in Auftrag gegeben haben eine Studie, wieviel Betten werden im Gesundheitsbereich in den nächsten Jahren noch gebraucht werden, weil es wird ja nicht nur in der Steiermark gebaut, es wird im Burgenland, in den Nachbarländern gebaut. Und wenn man dann überall wirklich dasselbe Angebot hat, dann wäre es der falsche Weg. Nur eines stimmt nicht, Herr Kollege Köhldorfer, das Gerücht, das Sie angeblich gehört haben, daß aus der Sicht der Steiermark für Bad Gleichenberg nichts getan wird, weil das Konkurrenz sein könnte. Da müßte man eigentlich dazusagen, Gleichenberg hat es schon immer gegeben, ein traditioneller Kurort, und dort muß man das verbessern und verstärken, was es gibt. Ich bin mit Ihnen voll auf einer Linie, wenn es um die Arbeit des Herrn Direktor Puntigam geht, ich habe selten jemanden gesehen, der in dieser Aktivität unterwegs ist. Aber daß das Land gesagt hat, das haben Sie sicher von keinem unserer Kollegen gehört,

daß wir aus Konkurrenzgründen für Gleichenberg nichts tun. Nur, es hat sich eine neue Situation ergeben, die BKS ist Besitzer, die BKS hat auch eigene Vorstellungen. Ich habe ein Gespräch mit dem Herrn Dr. Meran gehabt, wir haben auch über die Zukunft gesprochen, auch mit dem Herrn Geschäftsführer Puntigam. Und einer der Schwerpunkte wird sein, der auch leistbar ist, nämlich momentan, ohne daß ich von einer neuen Therme rede, die kalten Quellen zu sanieren, weil Gleichenberg ist das geworden, was es ist, mit den kalten Quellen. Und dort müssen wir ansetzen, das ist die erste Arbeit, und da sind auch die Vorbereitungen schon geschehen.

Der Kollege Vollmann hat von der Arbeit im Tourismus gesprochen für alle Ebenen, für die Unternehmer und die Mitarbeiter, das gilt auf allen Ebenen. Es ist nicht nur Schwerarbeit, es verlangt eigentlich auch immer jene Freundlichkeit und jene Zuwendung an den Gast, wo es den Menschen vielleicht nicht immer so zumute ist. Aber ich bin überzeugt, daß es im Grunde genommen gerade bei uns im Land der Mensch und die Menschen sind, daß sie so gerne zu uns auf Urlaub kommen, daß sie sich bei uns wohl fühlen und auch hier erholen. Sie haben aber in einem anderen Bereich gemeint, wie schaut die Gewinner- oder die Verliererliste aus, wie sollte die Zukunft ausschauen? Ich möchte in dem Zusammenhang jetzt sagen, eine letzte Information, die ich bekommen habe, daß Regionen mit besonderen Veranstaltungen, mit sogenannten Highlights natürlich dann auch erfolgreiche Tourismusregionen sind, momentan kommt Wiener Neustadt heraus. Ich habe nachgedacht, was der Grund sein könnte, daß es Wiener Neustadt ist, vielleicht war es das Konzert im heurigen Jahr, dann bedanke ich mich beim Gerhard Hirschmann, daß es nächstes Jahr in Zeltweg auch ein Konzert der Rolling Stones geben wird, auch eine Veranstaltung im Sinne des Tourismus und eine Veranstaltung in einer Region, wo wir es dringend brauchen.

Sie haben den Herrn Direktor Schrötter angesprochen wegen Konzept und Strategiepapier. Es ist beschlossen, einstimmig beschlossen und vorgelegt. Ich sage dazu, die Arbeit, die in diesem Bereich der Steiermark-Werbung auch für Olympia geschehen ist, ist eine gut eingesetzte Arbeit, weil es war Marketing und Werbearbeit für die Steiermark, für unser Land, für alle Regionen. Es sind Unterlagen zustande gekommen und eine PR-Arbeit, wie wir es sonst nicht geschafft hätten. Das große Europa kommt auf uns zu, und ich habe hier eine Liste jener Projekte, die vorliegen. Ich sage jetzt bewußt „jener Projekte, die vorliegen“. Ich habe sie nicht herausgerechnet, aber der Herr Kollege Jeglitsch hat herausgerechnet den Bezirk Leoben, ich möchte jetzt nur sagen, weil er es mir gezeigt hat. Im Grunde genommen steiermarkweit sind 70 Prozent der Projekte, die vorgeschlagen werden, Tourismusprojekte. Auch da werden sich die Regionen schwer tun im Abstimmen. Aber ich sage sehr deutlich dazu, wir müssen auch wissen, wieviel Tourismus wird die Steiermark bekommen oder vertragen können bei diesen Projekten, weil ja nicht alle EU-Projekte sein können. Ich nenne jetzt die Zahlen: Bezirk Leoben, damit Sie nicht selber rechnen brauchen, 3,2 Milliarden Schilling, davon 1,2 Milliar-

den Tourismusprojekte. Das ist die Vorstellung; und dann sage ich, auf der anderen Seite ist sehr viel Forschung drinnen in Leoben, selbstverständlich an einem Standort, wo es eine Montanuniversität gibt. EU bringt uns aber auch etwas anderes, das sollte man auch ansprechen. Es wird einen Grand Prix geben, der sich „Tourismus und Umwelt“ nennt, und der wird 1995 erstmals an eine europäische Region verliehen. Wir werden uns bemühen, mit dabei zu sein. Tourismus und Umwelt kann unbedingt zur grünen Steiermark passen. Es sind sogenannte grüne Projekte gefordert. Schwerpunkt muß sein Jugendtourismus, Schwerpunkt sollte sein auch nachzudenken, wie schauen die Familienfreundlichkeiten aus und die Ferienstaffelung und vor allem die Wettbewerbsstrukturen in der Tourismuswirtschaft und die Auswirkungen auf die Tourismusströme. Das ist eine Herausforderung, die wir für das kommende Jahr annehmen und wo ich sagen kann, wenn wir es gemeinsam tun, werden wir es auch gemeinsam bewältigen, und unter gemeinsam meine ich viele. Ich meine die verantwortlichen Damen und Herren hier im Hause, ich meine die vielen Mitstreiter und Mithelfer im ganzen Land, die Wirtinnen und Wirte – ich habe mich gefreut, vorige Woche 184 jungen Menschen wieder das Dekret, die Konzessionsurkunde, ein Gasthaus führen zu können, in die Hand zu geben. Das heißt, wir haben guten Nachwuchs bei den Unternehmen. Wir haben für unsere Lehrlinge zu sorgen, um das werden wir uns sehr bemühen. Ich bedanke mich bei allen, die mithelfen, bedanke mich besonders auch bei der Landesfremdenverkehrsabteilung, bei Hofrat Hermann und seinem Team, und bedanke mich und wünsche all jenen, die im Schloß Moosbrunn wirken, Herrn Direktor Schrötter, und allen, die mit dabei sind und denen Sie draußen in den Regionen begegnen, herzlichen Dank für die Arbeit und vor allem eine gute Saison 1994/95, damit nächstes Jahr bei der Budgetdebatte die Zahlen wieder stimmen. (Allgemeiner Beifall. – 17.54 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Wir kommen zum dritten Teil der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Als erster gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Günther Prutsch (17.54 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Im Rahmen der heurigen Konjunkturgespräche hat Dkfm. Norbert Geldner unter anderem folgendes gesagt, ich zitiere: „Die Steiermärkische Wirtschaft steht auf Grund der stärkeren internationalen Orientierung noch deutlicher als die österreichische an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter.“ Zitat Ende. Die Frage, ob die Betriebe darauf vorbereitet seien, hat er nur mit einem vorsichtigen Ja beantwortet. Generell kann man aus meiner Sicht unter anderem folgende Problemstellungen für die Steiermark erkennen, die es in Zukunft auch zu bewältigen gilt. Man kann es erstens nicht wegdiskutieren und auch nicht weglegen, daß wir insgesamt ein großes Arbeitsplatzdefizit in unserem Bundesland haben, sowohl aus Sicht der Qualität als auch aus der Sicht der Quantität. Es gibt weiters ein Defizit in der Entwicklung des Dienstleistungsbereiches, und es gibt einen Problembereich

Ausbildung, Beschäftigung. Das heißt, einerseits muß man derzeitige Ausbildungssysteme und Inhalte in Frage stellen, und andererseits ist feststellbar, daß Qualifizierungsschübe der Wirtschaft sehr oft über Arbeitslosigkeit organisiert werden. Auch interessant ist das Ergebnis einer Studie der Akademie der Wissenschaften. Jüngste Meldungen über einen Ansprung der Konjunktur verstellen nach Ansicht der Wissenschaftler nur die langfristigen Entwicklungen. Ich zitiere auch diese Ausführungen: „Arbeitslosigkeit ist längst kein Konjunkturproblem mehr. Es gibt keine Trendumkehr der langfristigen Entwicklungen.“ Zitat Ende. Die Formel „Einmal arbeitslos – immer wieder arbeitslos“ gilt immer stärker.

Im Vergleich zwischen dem ländlichen Raum und Ballungszentren hat man folgendes festgestellt: Im ländlichen Bereich dominiert der sogenannte offene Arbeitsmarkt mit Arbeitskräften ohne spezifische Qualifikationen, niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen. Dagegen besteht in Ballungsräumen und Städten ein sogenannter geschlossener Arbeitsmarkt mit hohen Einstiegsbarrieren, jedoch einmal drinnen, seien Karriereleitern vorgezeichnet, Bezahlung, Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzsicherheit vergleichsweise gut. Und davon, meine Damen und Herren, können die Menschen im Bezirk Radkersburg ein Lied singen. Ein intakter Arbeitsmarkt verlangt Branchenvielfalt und daraus resultierend ein entsprechendes Arbeitsplatzangebot. Ich bin auch sehr erfreut darüber, daß sich das Thermenland im Vergleich zu den übrigen Regionen der Steiermark im Tourismus sehr positiv entwickelt. Aber umso schwerwiegender ist es meiner Meinung nach, wenn man den Tourismus – und das passiert sehr oft – als alleinigen Problemlöser, als so großen Problemlöser für eine Region darstellt. Abgesehen von einer möglichen Krisenanfälligkeit, muß man vor allem herausstreichen, daß man nicht aus jedem Arbeitslosen einen Kellner, Bademeister oder Buschenschankbetreiber machen kann. Fehlen diese Voraussetzungen, wandern die Menschen aus der Region ab, und genau diese Entwicklung verzeichnen wir im Bezirk Radkersburg. Vor allem die gut Ausgebildeten und die Jungen wandern ab. Gerade die letzten Volkszählungsergebnisse haben aufgezeigt, wie ernst die Situation mittlerweile schon ist. Erstmals wurde die Zahl von 25.000 Einwohnern erheblich unterschritten, und eine negative Geburtenbilanz, aber auch eine negative Wanderungsbilanz haben ihre Wirkung gezeigt. Andererseits muß aber vermerkt werden, daß mit 2,4 Prozent Ausländeranteil ein für dieses sensible Gebiet ziemlich hoher Wert festgestellt wurde. Aber das Besondere für mich ist die Tatsache, daß diese negative Bevölkerungsentwicklung keineswegs ein Gesamtgrenzlandschicksal darstellt. Während Radkersburg 3,4 Prozent seiner Einwohner verlor, wurde in Deutschlandsberg eine Steigerung von 1,8 Prozent, in Fürstenfeld immerhin ein Plus von 0,1 Prozent, in Feldbach ein Plus von 1,2 Prozent und in Leibnitz gar von 2,7 Prozent festgestellt.

Meine Damen und Herren! Ich habe es heute schon einmal gesagt, Radkersburg ist anders und daher keineswegs in die üblichen Betrachtungen einzu beziehen. Mit Mut und Optimismus allein ist derartigen Entwicklungen wohl kaum beizukommen. In

einer Tabellenparade der stärksten steirischen Betriebe finden Sie unter den Top 200 keinen einzigen Radkersburger Betrieb, wohl aber neun Leibnitzer Betriebe und acht aus dem Bezirk Feldbach. Die örtlichen Produktionsbetriebe, größtenteils im Bereich der Bekleidungsindustrie, haben in den letzten Jahren ihre Produktion eingestellt. Hunderte, vor allem Frauenarbeitsplätze, sind, und das möchte ich hier unterstreichen, ersatzlos verlorengegangen. Eine Agrarquote, die derzeit noch immer jenseits der 30-Prozent-Marke liegt, läßt angesichts des Strukturwandels in der Landwirtschaft wohl auch nichts Gutes erwarten. Ich bin der Überzeugung, daß wir mit Direktvermarktung und mit Sonderkulturen allein die Probleme in der Landwirtschaft nicht lösen werden. Wir werden aus Sicht der Politik die Ehrlichkeit aufbringen müssen und hier ganz andere Überlegungen anstellen müssen. Es gilt, neue Ausbildungssysteme für die Menschen im ländlichen Raum zu schaffen. Man muß sich das vorstellen, wenn ein Landwirt zum Zu- oder Nebenerwerb gezwungen wird, dann hat er wohl gute Kenntnisse, möglicherweise in der Tierzucht oder im Ackerbau, aber er ist auf dem normalen Arbeitsmarkt nur als Hilfsarbeiter einsetzbar. Das ist, glaube ich, für junge Menschen in unserer Region sicherlich keine Zukunftsperspektive. Die überdurchschnittlich hohe Frauenerwerbsquote von sage und schreibe 66,2 Prozent, der Durchschnitt in der Steiermark liegt nur bei 56,1 Prozent, rührt nicht zuletzt wohl auch daher, daß die Einkommen der Männer weit unter dem Durchschnittsniveau liegen.

Meine Damen und Herren! Die Frage der Arbeitslosigkeit wurde hier im Hohen Haus in den letzten Jahren fast immer nur im Zusammenhang mit der verstaatlichten Industrie abgehandelt. Wir haben im Bezirk Radkersburg keinen einzigen verstaatlichten Betrieb, und trotzdem stehen wir vor einem wirtschaftlichen und regionalpolitischen Trümmerfeld. So einfach kann man sich das nicht machen, meine Damen und Herren. Und da lese ich ein Inserat, bezeichnenderweise in der Vereinszeitung des SK Sturm, den „Sturm-News“: „Das Steirerland als Wirtschaftsland, als Kulturland, als Fremdenverkehrsland, Industrieland, Bildungsland, Unternehmerland, Forschungsland, Avantgardeland, Brauchtumsland, Erholungsland.“ Disneyland wäre auch eine Bezeichnung. Schön langsam komme ich mir vor, daß wir zu einem Disneyland verkommen. Problemland fehlt mir im besonderen. Und angesichts der Entwicklung, die in unserer Region feststellbar ist, frage ich mich schon, ob wir so ein gewaltiges Wirtschaftsland sind, vor allem in meiner Region. Das ist ein Trümmerfeld. Frau Landesrat, das ist ein Trümmerfeld angesichts der Abwanderungen und der Hoffnungslosigkeit, die die Menschen bei uns haben. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Wenn Sie das schon sagen, was sagen dann die Leute?“) Das können wir hier und heute nicht wegdiskutieren. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Optimismus!“) Ja glauben Sie, daß wir jetzt Optimismus verstreuen sollen und mit Schönfärberei diese Probleme in den Griff bekommen? (Beifall bei der SPÖ.) Mit Sicherheit nicht. Das haben wir über Jahrzehnte gehört. (Abg. Kowald: „Und uns erzählst du, was wir alles für das Grenzland tun!“) Das unterstellst du mir, lieber Freund? Ich kann dir solche Stapeln von Parteiaussendungen der ÖVP zeigen, wo

ganz andere Daten und Fakten drinnenstehen, wie viele Milliarden aus der Steiermark angeblich in das Grenzland gekommen sind. Wir beide sind uns im Bezirk über die Problematik einig. Ich weiß schon, daß du es hier sehr schwer hast. Du tust dir auch sehr schwer, so meine ich, in der Olympiafrage. Aber welche Probleme wir im Bezirk haben, das wissen wir beide. Als Sozialdemokrat, das sage ich dir auch noch, lieber Freund Kowald, bin ich mir der Gefahr bewußt, die die vielzitierte Zweidrittelgesellschaft mit sich bringt. Wir haben vor einer Woche hier über Rechtsradikalismus diskutiert. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ihr habt über Förderungen diskutiert, und nicht über Rechtsradikalismus!“) Warum fühlen Sie sich jetzt angesprochen? Es ist bezeichnend, daß Sie sich jetzt angesprochen fühlen. (Abg. Minder: „Schlecht zugehört!“) Er hat schlecht zugehört. Das ist richtig. Ich möchte es noch einmal unterstreichen. Wir sollten aus der Geschichte lernen, möchte das aber nicht dramatisieren. Aber wir wissen, welchen Nährboden die Hoffnungslosigkeit bei jungen Menschen darstellt. Das sollten wir hier auch nicht wegdiskutieren. Eines ist auch klar, und der Kollege hat sich jetzt sehr angesprochen gefühlt, daß wir auch in der Region fatale Fehler gemacht haben. Wir haben keinerlei Grundstücksbevorratungen in den Gemeinden gemacht, wir haben keine regionalen Wirtschaftskonzepte entwickelt, die wirklich tragbar sind, in der Region wurde insgesamt die Wohnproblematik vollkommen verschlafen, und wir haben einen Stillstand in der Verkehrsentwicklung. Ja, wo sind die Leute hingegangen? (Abg. Alfred Prutsch: „Schau, was gebaut worden ist!“) Ja, wann? Jetzt, wo die Menschen schon weg sind. Natürlich. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist sehr interessant, weil Sie so nervös darauf reagieren. Und ich sage noch etwas: Die örtliche Wirtschaft hat teilweise die Entwicklung auch verschlafen. Jahrzehntelang hat man sich in unserer Region damit begnügt, den Slowenen Reisepakete in Plastikkübeln zu verkaufen. (Abg. Kowald: „Von wem redest du?“) Von den Arbeitnehmern, lieber Freund Kowald, fordert man immer große und größte Mobilität. (Abg. Alfred Prutsch: „Hättet ihr das, wovon ihr schon fünf oder zehn Jahre redet, gemacht!“) Lieber Freund, du weißt über die Struktur des Bezirkes Radkersburg. Sämtliche Gemeinden des Bezirkes Radkersburg werden seit 1945 von ÖVP-Bürgermeistern geführt, und sämtliche Entscheidungsträger gehören der ÖVP an. Seit 1945 gibt es einen ÖVP-Landeshauptmann. Willst du jetzt mir eine Schuld zuschieben? (Beifall bei der SPÖ.)

Nochmals zurück zur Frage der Mobilität: Die Wirtschaft verlangt vom Arbeitnehmer immer größere Mobilität. Wo sollen denn diese Mobilitätsforderungen für unsere Menschen noch hinführen? Hohe und höchste Pendlerzahlen kennzeichnen unseren Bezirk. Ganze Kindergenerationen wachsen ohne Väter auf, weil die Väter ganze Wochen und zum Teil Monate in ganz Österreich verstreut arbeiten müssen. Und die Chancen der sogenannten Ostöffnung ziehen bis dato ungenutzt an uns vorüber. Ich sage das hier und heute, weil das auch so oft als sehr positiv dargestellt wird, wenn große Zentren, wie Laibach, Graz, Agram, miteinander sehr gut kommunizieren, nützt uns das im unmittelbaren Grenzland nur sehr wenig. Ich glaube,

es muß uns gelingen, unmittelbar im Grenzland grenzüberschreitende Initiativen zu starten. Nur so wird es möglich sein, über eine zweifelhafte Transitfunktion hinauszukommen. Das gilt natürlich auch für alle zukünftigen EU-Projekte. Ich sage das auch in meinem Bezirk. Das ist etwas, was ich immer wieder sage in meinem Bezirk, und dazu stehe ich, nicht der Ausbau von Würstelständen oder Steckerlfischbuden ist unser Ziel, sondern die Ausnützung der Nähe zu diesen neuen oder man kann auch sagen alten Wirtschaftsräumen.

Zu einem anderen Thema, weil wir über Hoffnung und Zukunft der Jugend in unserem Bezirk gesprochen haben. Seit Jahren bemühe ich mich um das Gründerzentrum in Bad Radkersburg. Da bin ich in Einheit mit der Frau Landeshauptmannstellvertreter. Also, wir sind uns einig, daß wir uns gemeinsam bemühen. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Nur, weiter geht nichts!“) Richtig! (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Ich weiß auch, warum!“) Sagen Sie mir es! (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Ich werde es Ihnen dann sagen, wenn ich am Wort bin!“) Im April des heurigen Jahres konnte ich eine Aussage von der Frau Landeshauptmannstellvertreterin in der Wirtschaftskammerzeitung lesen, daß mit der Fertigstellung noch heuer, 1994, zu rechnen ist. Aber leider ist nichts daraus geworden. Ich habe eigentlich gar nicht vor, hier Schuldzuweisungen vorzunehmen, sondern ich stelle nur fest, wieder mal ein Stück, wo nichts weitergegangen ist im Bezirk Radkersburg. Und noch ein Jugendproblem. Überlegt euch das, 1986 waren im Bezirk Radkersburg noch 539 Lehrlinge beschäftigt, 1993 waren es nur noch 404. Wieder ein Grund zum Jubeln.

Meine Damen und Herren, es liegt nicht am Fleiß oder gar an der Bescheidenheit oder Kreativität oder Mobilitätsbereitschaft der Menschen in meinem Bezirk. Ich glaube, hier hat die Politik wirklich versagt. Aber was sind die Folgen dieser Entwicklungen? Weniger Geburten, zwei- bis dreiklassige Volksschulen, sinkende Kaufkraft, soziale Verarmung, Kultur und viele andere Gesellschaftsbereiche brechen ein, großteils bleiben nur ältere Menschen zurück, zurückgelassen, allein, mit wenig Sozialkontakten und ohne Betreuung, wo dann Hilfsdienste dafür einspringen müssen. Und dieser Probleme haben wir uns anzunehmen, meine Damen und Herren, ganz so wie es die Kollegin Karisch hier in ihrer Generalrede propagiert hat, im Sinne einer verantwortungsvollen Politik. Aber zum Schluß aus Sicht eines Radkersburgers: Mit einer Olympiade oder mit einem Rolling-Stones-Konzert werden wir das sicher nicht tun. (Beifall bei der SPÖ. – 18.10 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Kollege Purr.

Abg. Purr (18.10 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eigentlich müßte ich jetzt sofort replizieren auf den Propagandachef des Bezirkes Radkersburg, aber lassen Sie mich vielleicht vorher eingehen auf die wirtschaftlichen Taten und Fakten unseres Landes, und vor allem auf Grund der so ausführlichen Debatte. Zur Agrarpolitik – glaube ich – hier an dieser Stelle

sagen zu müssen, auch die Landwirtschaft ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Wirtschaft. Und wenn man die Beiträge gehört hat von den einzelnen Debattenrednern, so muß ich sagen, wenn man nur das Negative propagiert und den Bauernstand totjammert, seine Leistungen nicht hervorkehrt, dann tut man diesen Leuten sicher nichts Gutes. Denn nach meinem Dafürhalten gehört neben all dem, was es an Förderungen dort gibt und geben muß, damit wir sie in den Regionen auf ihren Wirtschaften erhalten, etwas ganz Wesentliches, die persönliche Einstellung dazu, Landwirt sein zu wollen, Bauer sein zu wollen. Und wenn das fehlt, wird es auch mit den Förderungen niemals getan sein. Ich sage das deshalb, weil es ja die Landwirte sind, die gleich wie alle Wirtschaftstreibenden, wie die Unternehmerinnen und die Unternehmer, natürlich ein unerhörtes Risiko tragen. Niemand weiß, wie die Ernte sein wird, niemand weiß, wie der Ertrag sein wird. Und auf die Uhr dürfen sie niemals schauen. Wir leben in einer Zeit des Wohlstandes. Das läßt sich auf keinen Fall irgendwie wegdiskutieren. So ist es natürlich legitim, daß gerade aus der Landwirtschaft Leute sagen, ich will nicht immer angehängt sein und immer arbeiten und Samstag und Sonntag und niemals auf die Uhr schauen wollen. Das sind strukturelle Veränderungen, die es aber nicht nur in der Landwirtschaft gibt, die es natürlich in vielen Bereichen der Wirtschaft ganz deutlich erkennbar gibt.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, aber doch auf die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land Österreich kurz eingehen. In diesem Jahr 1994 hat sich die Österreichische Wirtschaft nach einer Rezession im Vorjahr doch einigermaßen erholen können. Die Impulse sind von den Exporten, von den Investitionen und im allgemeinen auch von der Wohnbautätigkeit gekommen. Das hat dazu geführt, daß man in den ersten sieben Monaten von einem Wirtschaftswachstum von in etwa 5 Prozent sprechen konnte, was sich natürlich verflacht, und wir hoffen, daß wir per Jahresende – uns trennen nur mehr wenige Tage davon – ein Wirtschaftswachstum für 1994 haben werden, das so knapp bei 3 Prozent liegt. Es ist kein Geheimnis, daß der Monat November – und niemand weiß das genau, warum – viele, viele wirtschaftliche Einbrüche gebracht hat. Eines muß man aber deutlich sagen, bei all dieser positiven Entwicklung in der Wirtschaft sinkt die Beschäftigtenzahl in der Industrie, weil 1980 waren es noch mehr als 600.000 Mitarbeiter, und Ende 1994 werden es rund 150.000 bis 160.000 weniger sein, die in der Industrie beschäftigt sein werden. Wir haben eine gute Konjunktur auf dem Sektor der Chemie-, Stahl-, Eisen- und Metallwarenbranche, auch die Elektro- und Papierindustrie haben sich erholt. Keine Verbesserungen in der Bekleidungsindustrie, minimale Besserungen in der Textilindustrie. Der Wettbewerb zwingt zu Rationalisierungen. Der Wettbewerb ist dort die Triebfeder dafür, daß sich die Betriebe eben laufend umstellen, und hier sage ich, bei all diesen Rationalisierungen kommt bei uns in Österreich leider besonders die Innovation zu kurz. Die Produktinnovation ist die Zukunft! Das läßt sich von uns Politikern zwar sehr leicht aussprechen, aber jene, die vorne an der Front stehen, haben es sicherlich nicht leicht, neue Produkte zu finden und vor allem hier den Markt entsprechend

zu bedienen. Wenn wir aber von der Wirtschaft sprechen, so gehört es sicher dazu, daß wir auch die Rahmenbedingungen nicht übersehen, nämlich die uns auf der Bundesebene in der Wirtschaft vorgegeben werden. Ich meine damit die Entwicklung des Budgets. Heuer wird das Budgetdefizit ein Horrordefizit sein, man hat 80 Milliarden angenommen, es werden 110 Milliarden sein, 30 Milliarden mehr. Und würde man nicht an ein Sparpaket schreiten, würde man nicht die Einsparungen vornehmen, Umschichtungen vornehmen, so wäre es für das nächste kommende Jahr 1995 unausdenkbar, ein Defizit von 150 bis 170 Milliarden Schilling verantworten zu müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Sparpaket ist eigentlich die Antwort auf das, was notwendig ist. Die vergangenen Jahre hindurch war man zu großzügig, zu anspruchsvoll, hat die Dinge übersehen und hat gedacht, man könnte fortlaufend Schulden schreiben. Wir sind heute bei einem Punkt angelangt, wo alle Verantwortlichen in unserem Land, Sozialdemokraten genauso wie wir von der Österreichischen Volkspartei, sagen, so kann es nicht weitergehen, es muß zu einem Umdenken kommen. An dieser Stelle, meine Damen und Herren, sagen mit gutem Recht die einen, warum gerade ich, warum wir, warum nicht die anderen. Eines steht fest, unsozial ist es sicher nicht, aber es ist, und das muß deutlich ausgesprochen werden, eine verantwortungsvolle Maßnahme. Wenn wir davon reden, daß viele betroffen sind, muß ich sagen, es sind alle betroffen, und es ist auch höchste Zeit, daß die Politiker auf der Bundesebene entsprechende Konsequenzen ziehen. Wir in der Steiermark haben unser Pensionsalter längst erhöht, von 55 auf 60, und es gibt keine Abfertigungen mehr. Wir lesen noch immer, daß es im Bundesland Wien Abfertigungen in Millionenhöhe gibt, und das nicht, um in Pension zu gehen, sondern um vom einen Sessel auf den anderen zu rücken. Es ist höchste Eisenbahn, daß man hier auch in den Ländern, genauso wie auf der Bundesebene, umzudenken beginnt. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nochmals gilt „Sparen für alle“. Daß es 40 Milliarden Schilling Steuerrückstände gibt, das stimmt, das ist richtig. Das hat auch der Herr Finanzminister klargestellt in der Öffentlichkeit. Es geht um diesen Betrag. Aber daß es plötzlich Leute gibt, die meinen, sie fördern die Wirtschaft, sie fördern die Arbeitsplätze, indem sie sagen, die 40 Milliarden Schilling sind sofort zu bezahlen, sind sofort abzuliefern, obwohl Zahlungsfristen vereinbart wurden, das ist ein wahrer Irrtum – undenkbar. Und ich kann mir nicht vorstellen, daß es Leute gibt, die Verantwortung tragen, verantwortungsbewußt sind, deren Anliegen die Arbeitsplätze sind und die sagen, jetzt stellen wir diese Summe von 40 Milliarden Schilling sofort fällig. Morgen ist der 15. Dezember, und zum ersten Mal passiert es, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir auf Grund der notwendigen Maßnahmen in Österreich eine 13. Umsatzsteuer zu bezahlen haben. Die Wirtschaft bekennt sich dazu, obwohl das sicherlich eine schwierige Maßnahme ist, obwohl das eine weitere Belastung ist, die wir auf uns nehmen. Nur so, wie ich heute ein Inserat in der Zeitung lese, kann es wohl nicht gemeint sein:

„13 Milliarden Schilling für den Staat, zinsfrei“, nach dem Motto „alles ist möglich, nichts ist fix“. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es verantwortliche Leute in der Wirtschaft gibt, die nicht wissen, worum es wirklich geht. Denn wahr ist, daß diese 13. Umsatzsteuer in Summe 7 Milliarden Schilling ausmacht. Das wäre grob gerechnet die Hälfte von dem, was im Inserat genannt wird, und der Finanzminister rechnet nicht einmal damit, daß er die 7 Milliarden Schilling bekommt, sondern wahrscheinlich nur 5 Milliarden Schilling, weil es nicht allen Leuten möglich ist, pünktlich ihre Steuern laut Vorschrift zu bezahlen, das ist eine andere bedenkliche Situation, und die weiteren 7 Milliarden, von denen wir hier reden, sind die normal fällige Umsatzsteuer per 15. Dezember. Also ist das eine bewußt fingierte Zahl, die dazu mißbraucht wird, um die Leute aufzuhetzen. Gott sei Dank wissen die meisten nicht, worum es geht, vor allem jene nicht, die nicht zur Umsatzsteuer verpflichtet sind, und jene, die es wissen, die werden sich denken, welche Seriosität steckt da hinter so einem Verein, Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender, der solche Annoncen aufgibt. Das ist undenkbar, daß das ernst gemeint sein kann. Es ist die Hälfte, genau 50 Prozent, von dem, was hier geschrieben steht, richtig, und alles andere ist aus parteipolitischer Taktik dazugedichtet. Es tut mir leid. Ich hätte den Leuten mehr Seriosität zugemutet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich könnte noch darüber sprechen, welche Belastung sich auch in dieser Situation, in der wir leben, daraus ergibt, daß der Pleitenfonds leer ist, daß wir plötzlich dort von 0,1 Zehntel Prozent auf 0,5 erhöhen müssen und das ein Fonds ist, der einzig und allein von den Unternehmen gespeist wird. Sozialminister Hesoun wollte ursprünglich 7 oder 8 Prozent haben. Bei 0,5 Prozent ist aber jedenfalls gewährleistet, daß in dem Pleitenfonds wieder 3 bis 4 Milliarden Schilling vorhanden sein werden, die dieser Fonds dringend braucht, um jenen Leuten das Geld zu geben, die auf Grund der Insolvenzen sonst keine Gehälter und keine Bezüge bekämen – eine soziale Tat, und davon redet niemand, und das sind die Belastungen, die unsere österreichische Wirtschaft im besonderen zu tragen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich aber zu einigen Zahlen unseres Bundeslandes Steiermark kommen: Die steirischen Betriebe innovieren seit 1985 innerhalb von fünf Jahren, nämlich zwischen 1985 und 1990, wesentlich mehr, als das im Durchschnitt in Österreich der Fall ist – ein gutes Zeichen, ein Fortschritt für die Industrie, gleichzeitig aber auch ein Schritt in Richtung Arbeitsplatzsicherung. Zum anderen hat die Arbeit in der ARGE Alpen-Adria im wahrsten Sinne des Wortes Früchte getragen. Die Steiermark war Mitbegründer dieser ARGE Alpen-Adria, und so konnten auch von dort viele Entwicklungen vorbereitet werden. Ich sage hier in Anwesenheit so vieler Abgeordneter aus der südlichen Steiermark, es wäre unvorstellbar, hätte man nicht diese Kontakte rechtzeitig mit dem benachbarten Slowenien, mit Kroatien aufgebaut. Würden alle diese Käuferschichten heute ausfallen, dann möchte ich den Wirtschaftszuwachs unseres Bundeslandes in Ziffern gar nicht kennen, denn ich glaube, daß der Anteil dieser Handelsbeziehungen in der Zwischenzeit ein sehr

intensiver geworden ist, ein großer geworden ist. Wir waren als Steiermark Wegbereiter für die Entwicklung im ehemaligen Osten und im Südosten – Faktum eins. Zum anderen ist es mit der Ansiedelung von Eurostar und Cherokee gelungen, Graz zur Autohauptstadt Österreichs zu machen. Und ich kenne noch die Argumente, die dagegensprochen haben, wo man sagte, wie wird es aussehen, die nehmen uns die Fachkräfte dort und da weg. Sicherlich hat es Fachkräfte bedurft in dieser Autoindustrie, aber dennoch bleibt alles im Rahmen, und dennoch war es möglich, zusätzliche Beschäftigungen im Umkreis für die Zulieferindustrie zu schaffen. Weiters konnte durch eine konsequente Wirtschaftsförderung, vor allem in der verstaatlichten Industrie, der Strukturwandel unterstützt werden. In den letzten 20 Jahren sind dorthin rund sechseinhalb Milliarden Schilling Zuschuß allein aus der Steiermark geflossen. Zwischen 1987 und 1993 war es möglich, durch gemeinsame Aktionen in der Steiermark mehr als 4000 Arbeitsplätze zu fördern. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist aber ein enormer Strukturwandel im Gange, der vorher eingetreten ist, bevor wir zum EWR gehörten und bevor wir eigentlich die EU-Abstimmung vorgenommen haben. Die Auftragsleistung für die Klein- und Mittelbetriebe ist an und für sich gut bis bestens. Unter die Räder gekommen sind im wahrsten Sinne des Wortes die Nahversorger. In Österreich sind zwischen 1985 und 1993, also innerhalb von acht Jahren, um 2740 Einzelunternehmen weniger geworden. Es sind statt 11.600 Lebensmittelhändler in ganz Österreich innerhalb weniger Jahre nur mehr 8800 geblieben. In der Steiermark haben wir damit zu rechnen, daß wir 470, 480 Lebensmittelhändler im Laufe der letzten Jahre verloren haben und es nur mehr rund 1400 Lebensmittelhändler in der Steiermark gibt. Diese Zahl dürfte sich in den nächsten vier, fünf Jahren wahrscheinlich halbieren. 250 Gemeinden sind ohne selbständige Lebensmittelhändler. Das bedeutet aber auch eine Verschlechterung der Lebensqualität, und vor allem eines, es trägt auch der Selbständige, der kleine Unternehmer sehr dazu bei, daß die Lebensqualität in den kleinen Orten noch eine begehrenswerte ist.

Die Aufgaben für die Wirtschaftsförderung sind enorm geworden. Zum Tourismus haben meine Vorredner schon einiges gesagt. Nur, eines darf ich hier in aller Deutlichkeit hervorheben. Wenn jemand von seiner Heimat spricht, und er stellt sie dar als Trümmerfeld, wie das der Kollege aus Radkersburg gemacht hat, der gesagt hat, es ist ein Problemland geworden, dann möchte ich den kennen, der begehrt, sich dort anzusiedeln, sich dort zu interessieren. (Beifall bei der ÖVP.) Wenn der den Namen „Radkersburg“ hört, wird er sagen, bitte nicht Radkersburg, das ist ja ein Trümmerfeld, ein Problemland. Mit solchen Zahlen, mit solcher Propaganda kann man die Schlacht um die Heimat, die Schlacht um die Arbeitsplätze, den Kampf um die Wirtschaft auf keinen Fall gewinnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Kollege Flecker hat es sich heute – und damit möchte ich das Tourismuskapitel auch abschließen – sehr einfach gemacht und hat aufgezählt, was eigentlich beim Davis-Cup in Graz alles an Förderungen gegeben werden mußte. Zuerst die 6 Millionen, dann 3 Millionen, dann sind es 9 Millionen, das ist alles ganz

furchtbar, weil die haben ja auch Provisionen gegeben. Da darf ich nur die Frage stellen: Wenn es so war, wie er es darstellt, sind Provisionsbezüge steuerfrei? Hat der Fiskus davon nichts bekommen? Und falls doch, Herr Kollege – (Abg. Dr. Flecker: „In Monaco!“) Falls dem so sei, darf ich Ihnen sagen, es wurden dort in diesen wenigen Tagen 80 Millionen Schilling umgesetzt. Das bedeutet, 66, 67 Millionen Schilling plus 20 Prozent Umsatzsteuer, bekommt der Vater Staat 13 Millionen Schilling, und 9 Millionen Schilling waren Förderung, es war für den Staat ein gutes Geschäft. Das hat Zinsen getragen. (Abg. Dr. Flecker: „Es hätte sonst einen Nullumsatz gegeben. Die 80 Millionen sind hanebüchern!“) Nur, Herr Kollege, Sie sehen nur die eine Seite – Ihre Darstellung –, Sie schauen nur auf die vordere Seite der Münze. Sehen Sie sich einmal die Rückseite an. (Abg. Schützenhöfer: „Herr Kollege, die Rechnung, die ihr aufstellt, ist falsch!“) Ich darf das in aller Deutlichkeit hervorheben. Sie übersehen das wirklich, was hier auch an Steuerleistungen erbracht worden ist. Abgesehen von allen Folgewirkungen. (Abg. Schützenhöfer: „Herr Hofrat, Ihre Lebenseinstellung ist, alles schlecht zu machen!“) Herr Kollege, die Rechnung als solche geht sicher auf. Wenn Ihnen um das Geld leid ist und Sie lieber keine Veranstaltungen haben, so müssen Sie eben auch dafür die Verantwortung tragen. (Abg. Dr. Flecker: „Es wäre mit einer Ausfallhaftung gegangen!“) Ich warte immer auf Ihre Ideen, Herr Kollege Flecker, auf Ihre Anregungen, auf Ihre Initiativen. In Wirklichkeit sind es einzig und allein Bissigkeiten. Und das ist Ihr Beitrag. Es tut mir leid, es hier feststellen zu müssen. (Abg. Schützenhöfer: „Was können wir dafür, daß Sie ein Lebensfrustrierter sind?“) Wenn die Diskussion zu Ende ist, dann darf ich weitersprechen. Ich möchte mir die Minuten gutschreiben lassen, weil ich habe noch einiges unterzubringen. (Abg. Schützenhöfer: „Herr Hofrat, hören Sie auf mit Ihren Sprüchen!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht ein letztes, weil wir vom Grenzland sprechen. Die Steiermark hat in den vergangenen Jahren immer ein gutes Gefühl gehabt für die Zusammenarbeit, auch über die Grenzen hinweg. Und übersehen wir nicht, daß hier in diesem Land drei Kulturkreise aufeinandertreffen, nämlich deutsch, slowenisch, slawisch und romanisch, und immer aus dieser Verantwortung heraus war es möglich, Kontakte über die Grenzen zu schaffen, Partner zu finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch noch etwas zum Thema EU. Die Steiermärkische Landesregierung war die erste Landesregierung in ganz Österreich, die ein Europa-Referat eingerichtet hat. Wir in der Steiermark waren eine der ersten, die sich darum umgesehen haben, wo in Brüssel der Sitz unserer Delegation sein wird. Wien sucht heute noch. Meine Damen und Herren, schaffen wir gemeinsame und vollständige Konzepte. Europa-Politik ist keine Parteipolitik. Regionalpolitik ist Politik für die Regionen, und nicht für die Parteien. Bisher liegen mehr als 600 Projekte insgesamt vor, und für viele davon gibt es keine Kostenschätzung. Und für die, für die Kosten genannt wurden, kann ich hier den Betrag von 20 Milliarden Schilling rechnen. Ich glaube, wir haben hier wenig zielführend zusammengearbeitet, und wir müssen abwägen, worum es uns wirklich in

der Gemeinsamkeit geht. Landeshauptmannstellvertreter Schachner kündigt in Propagandainseraten 500 Millionen Schilling für Technologie und Wirtschaft an. Nachgesehen, im Budget stehen 50 Millionen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Präsident Mag. Rader: „Darf ich darauf hinweisen, daß du in der 21. Minute bist!“) Das war nur ein Streifzug, lassen Sie mich einige Punkte nur mehr nennen, die wir unbedingt für die Zukunft fordern müssen: Die Wiedereinführung einer abgeänderten Nahversorgungsaktion mit besonderen Schwerpunkten. Landesrat Ressel blockiert angeblich seit zwei Jahren. Das kann ich mir nur nicht vorstellen. Verstärkte flächendeckende Anbindung der steirischen Wirtschaft an internationale Datennetze, Verfahrensbeschleunigung für Betriebsansiedelungen, positives Beispiel: Jeep Eurostar. Zwei Punkte noch, die darf ich aussprechen: Rapide Inangriffnahme der Reformen im Bereich der Sozialversicherungen, 29 Sozialkassen, 18 Beamtenkrankenfürsorgeanstalten, 2 Beamtenpensionsinstitute sind sicher zuviel. Wir müssen dort ansetzen, um rationeller zu werden, um kostensparender zu werden. Das wäre ein wesentlicher Beitrag der Politik. Lassen Sie mich eines ausführen, das Arbeitsinspektionsgesetz, das 1993 beschlossen wurde. Die Leute, die das beschlossen haben, haben verantwortungslos gehandelt gegenüber allen Unternehmen. Man ist mit ihnen umgegangen, als wären sie alle Kommunisten. In diesem Stil ist es nicht möglich, ein Klima zu schaffen, in dem sich Unternehmer wohl fühlen. Wir verlangen eine dringende Novellierung. Partner ja, Feindbilder nein. Letzter Satz in diesem Zusammenhang: Wer für eine gesunde Wirtschaft und für die Demokratie einsteht, muß den Mittelstand nach Kräften fördern. Wer den Mittelstand schwächt, muß sich fragen, ob er auch die Konsequenzen gut heißt – zunehmende Überwälzung von Verantwortung auf den Staat und daraus resultierend Demokratieabbau und Funktionsbürokratie. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 18.35 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke herzlichst! Es ist mir in der Zwischenzeit eine rote Karte gegeben worden, die ohnehin dem Kollegen Purr gehört, wie ich höre, damit ich sie im Notfall zeigen kann. Aber es war nicht notwendig, wie es sich herausgestellt hat. Der nächste am Wort ist der Herr Kollege Vesko.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (18.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich werde jene Minuten, die der Kollege Purr überzogen hat, als Subvention meinerseits an ihn weitergeben, damit das Maß der Gleichheit wieder hergestellt ist. Kollege Purr, ich möchte aber zu deinen Ausführungen vorab eines sagen. Ich habe deine Empörung, die du hier über den Zeitungsartikel in der „Kleinen Zeitung“ in bezug auf das Inserat des RFW gebracht hast, vernommen und kann dir erklären: Umsatzsteuereinnahmen im Bundesbudget 1994 sind – sage und schreibe – 157,22 Milliarden vorgesehen, davon sind ein Zwölftel 13,1 Milliarden Schilling, und von diesen 13,1 Milliarden Schilling ist derjenige Teil, um den es hier geht. Wobei ich dir recht gebe, daß man selbstverständlich davon ausgehen kann, daß dieser Betrag nicht hereinkommen wird, aber das ist die

Forderung, die hier ansteht. Nur, du kannst nicht hergehen und sagen, ich nehme nur die Hälfte an, und von der Hälfte treibe ich wieder die Hälfte nicht ein, das ist eine Lizitierung nach unten. Die kann nicht stattfinden. (Abg. Purr: „Vesko, nur die Wahrheit!“) Ich wollte das nur klarstellen. Jetzt sage ich noch etwas dazu. Wenn ich es von der Sache argumentieren will, dann wären auch bitte 7 Milliarden Schilling zuviel, die wir als Vorleistung an die Bundesregierung geben, nur damit sie Budgetlöcher stopfen können und da drüber kommen. (Beifall bei der FPÖ.) Soweit zu diesem Bereich. (Abg. Dr. Frizberg: „Man darf doch sagen, daß die Steuerreform sehr viel für die Wirtschaft gebracht hat. Das wird wohl nicht bestritten werden!“) Um das ist es auch nicht gegangen. Frage einmal jene Betriebe, die draußen sitzen und knattern, wie sie ihre Weihnachtsremunerationen und so weiter auszahlen können und wie sehr ihnen das gelegen kommt, daß sie jetzt noch einmal voll antreten müssen für jemanden, der das Wirtschaften in der Zwischenzeit verlernt hat. Das wird niemand verstehen, Kollege Frizberg. (Abg. Dr. Frizberg: „Einverstanden! Frage dieselben Betriebe, was sie sich an Gewerbe- und Vermögenssteuer einsparen. Dann machen wir die Rechnung!“) Okay. Es geht ja nicht darum, daß ich eine Steuerungerechtigkeit aufzeige, sondern ich habe eine Argumentation meines Wirtschaftskollegen Purr gebracht, der in eine andere Richtung gegangen ist und eigentlich anschwärzerischen Charakter gehabt hat. Ich wollte ihn dorthin zurückführen, wo er hingehört. Die Empörung ist somit beendet, und wir können uns wieder jenem Bereich zuwenden, um den es geht, nämlich um die Wirtschaftsförderung, die sehr bedeutend ist. (Abg. Dr. Frizberg: „Ihr wollt nur beim Sonnenschein dabei sein!“) Das war sicherlich keine wirtschaftsfördernde Maßnahme.

Meine Damen und Herren! Wir haben vor, mag sein, eineinhalb bis zwei Jahren eine Novellierung der Wirtschaftsförderung in diesem Hause durchgeführt, und ich kann mich noch gut erinnern, daß man damals schon etwas früh euphorisch davon gesprochen hat, daß es die Sternstunde der Wirtschaftsförderung sei und was da alles auf uns zukommt, und ich habe damals schon ganz bewußt und auch eingedenk dessen, was sich bei solchen Dingen in anderen Bereichen immer wieder abspielt, gesagt, man soll erst einmal abwarten, wie die Dinge greifen, um zu sehen, ob es sich tatsächlich um jene Sternstunde handelt, von der man so gerne gesprochen hätte. Ich muß aber trotzdem sagen, daß in vielen Bereichen eine Verbesserung eingetreten ist. Es gibt da aber etwas, was wir in die Überlegungen einbezogen haben, nämlich das Förderungswesen zu fokussieren, zu bündeln, um diese Vielfalt von kleinen Organisationen schließlich wegzubringen und eine gezielte, auch unbürokratischere Form der Wirtschaftsförderung zu schaffen. Dies ist aber nur beschränkt gelungen. Denn diese Fokussierung geht mir noch immer ab, und wir werden diesen Gedanken auch fortsetzen. Im zweiten Bereich kann ich mich erinnern, daß wir mit einer Ausgliederung der steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft auch gemeint haben, daß wir damit ein Instrumentarium schaffen, das näher, lockerer, auch unbürokratischer arbeiten kann. Wir haben dieses Instrumentarium auch mit Mitteln ausgestattet, und Sie waren bis heute nicht in der Lage, nicht einmal die

Hälfte jenes Teiles, der Ihnen zur Verfügung gestanden ist, umzusetzen und in den Wirtschaftsbetrieb einzugliedern. Woran das liegt und woran das liegen mag, wird sich wahrscheinlich erst im nächsten Jahr herausstellen, aber ich möchte zwei Dinge dazu hervorheben: Wir haben in der Zwischenzeit auch die BEA in den Bereich der SFG hineingenommen, und siehe da, seit diesem Zeitpunkt ist es zu keiner Betriebsansiedlung mehr gekommen. Da erhebt sich schon die Frage, ob wir diese Maßnahme dem richtigen Instrumentarium in die Hand gegeben haben, und wenn nein, was wir zu unternehmen haben, damit diese Dinge wieder richtig in Fluß kommen. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Das stimmt!“) Ein wesentliches Problem, das wir heute in unserer wirtschaftlichen Situation der Betriebe draußen haben, und wir haben ja einige sensationelle Pleiten im heurigen Jahr wieder erleben dürfen, wir durften ja wiederum life dabei sein, wurde aufgeworfen, das immer wieder kritisiert wird und gar kein parteipolitisches Problem, sondern ein Strukturproblem ist, nämlich jenes des mangelnden Eigenkapitals. In allen Bereichen stoßen wir darauf, daß Unternehmungen nicht in der Lage sind, Umstrukturierungen, Anpassungen an das neue Wirtschaftsgefüge, Anpassungen an neue Produktpaletten selbst zu schaffen, weil ihnen die Kapitaldecke fehlt und weil wir gerade in einer in jüngster Vergangenheit herrschenden Hochzinspolitik mit Fremdkapital nur sehr schwierig operieren konnten. Auf der anderen Seite haben diese dramatischen Pleiten, wenn ich das so sagen darf, auch gezeigt, daß es in vielen Bereichen darum geht, Signale rechtzeitig zu erkennen und das Ärgste zu verhindern, bevor es dazu kommt, und dazu ist aber ein Sensorium notwendig, das wieder in einem so großen Apparat, wie in einer Landesverwaltung, nur sehr schwer unterzubringen ist. Daher meine ich noch einmal, daß es sinnvoll wäre, sich auch im Rahmen des Landes mit Bereichen auseinanderzusetzen, die wir im kleinen schon geschafft haben.

Wir reden zum Beispiel davon und haben das auch hier beschlossen in diesem Hause, daß wir Förderungen, zum Beispiel im touristischen Bereich, auch mit einer Beteiligung zusammenhängen und dort auch aktiv mit eingreifen, um zu sagen, wir möchten sehen, wie das Geld läuft, wie es umgesetzt wird, was damit geschieht und wie sich diese Investition bewährt beziehungsweise wie diese Förderung greift. Ich glaube, daß es auch sehr notwendig wäre, nicht nur den Bereich der Förderung zu sehen, sondern auch aus dieser Beteiligungs-Ges. m. b. H. heraus vielleicht auch etwas zu kreieren, das das Instrumentarium als Pendant zu einer GBI, zu einer Pleitenholding, ist, die wir ja auf Bundesebene bereits haben. Das heißt, wenn ein Unternehmen in Schwierigkeiten kommt, greift dieses Instrument, sprich Pleitenholding oder wie immer man das dann in Zukunft bezeichnen will, ein, übernimmt aus dem Verbleib heraus, betreibt und stößt zu einem späteren Zeitpunkt, nachdem saniert ist, wieder ab. Das muß nicht unbedingt mit Förderungskapital erfolgen, wo wir Kapital einsetzen, das kann sicherlich auch über Haftungen funktionieren, und die werden nicht unmittelbar kapitalwirksam. Allerdings muß man sie, nachdem sie zwar nicht unmittelbar schlagend werden, aber zu einem späteren Zeitpunkt schlagend werden können, auch

entsprechend beobachten und schauen, daß man diese Haftungen sukzessive wieder abbaut und versucht, durch den Abstoß sanierter Betriebe das wieder zu machen.

Ich möchte ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit herausgreifen, das uns hier in diesem Hause sehr bewegt hat und wo die Wogen sehr hoch gestiegen sind, das war die Pleite der Firma Assmann. Ich möchte nur einen Teil herausnehmen, nämlich den Ladenbau. Dieser Ladenbau wurde von der Pleitenholding, von der GBI, um 35 Millionen Schilling übernommen. Eingesetzt wurde eine nachfolgende Betriebsform. Heute ist man in der glücklichen Situation, dieses Paket um einen Rahmenbetrag von 130 bis 150 Millionen Schilling wieder in die Privatisierung zurückführen zu können. Das wäre ein Beispiel einer sinnvollen Pleitenholding, einer sinnvollen Restrukturierung und Wiederaufbau eines Unternehmens, wobei mit dem Startkapital, das man in diesen Bereich investiert, durchaus eine Bewegung entstehen kann, die vom einen zum anderen Mal immer wieder eingesetzt werden kann. Es kann natürlich auch passieren, und das muß man dazusagen, daß es einmal schiefgeht. Da ist es beim Studium der EU-Kofinanzierungen interessant festzustellen, daß es selbst für den Haftungsbereich, und zwar für den, der als Ausfall anfällt, durchaus möglich ist, auch im Rahmen der EU-Kofinanzierungen bis zu 50 Prozent zu lukrieren, so daß auch in dem Bereich nicht unbedingt die volle Last zum Tragen kommt, wobei ich davon überzeugt bin, daß wir bei einer sorgfältigen Bearbeitung des ganzen, wo immer man es dann ansiedelt, durchaus in der Lage ist, das so zu gestalten, daß man nicht in die Verlegenheit kommt, große Mittel aus der Haftung, die dann schlagend geworden ist, abschreiben oder weglegen zu müssen. Das heißt, diese Unternehmensform würde eine Brückenfunktion darstellen, wie man Unternehmungen, die ins Strudeln gekommen sind, extrem ins Schleudern gekommen sind, sanieren kann, ohne dabei allzu große Kapitalrisiken eingehen zu müssen. Parallel dazu, nur am Rande bemerkt, eine interessante Feststellung zum Fall Assmann Ladenbau: Es hat sich in der Zwischenzeit bei sorgfältiger Prüfung herausgestellt, daß das Unternehmen Assmann gar nicht so kritisch dran war und daß es durchaus möglich gewesen wäre, das Unternehmen in einer anderen Form zu erhalten.

Was mir wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, ist aber noch ein Zweites: Wenn man solche Unternehmungen kreiert und wenn man solche Unternehmungen in ein Paket zusammenfaßt, dann müssen die Wege, wie man zu diesen Förderungen, wie man zu diesen Maßnahmen kommt, klar gekennzeichnet sein. Es muß klar und deutlich definierbar sein, wie man zu diesen Benefizien auf der einen Seite kommt, und auf der anderen Seite müssen auch die handelnden Personen klar definiert sein. Das ist unumgänglich notwendig, und es muß auch gewährleistet sein, daß es für den Einsatz bei der Sanierung von Unternehmungen selbstverständlich auch Personen oder Personenkreise gibt, die dafür zur Verfügung stehen. Kontrollen bei den Erhebungen für Unternehmungen in der Förderung sind sicherlich wichtig. Und auch da sollte man überlegen, diese Kontrolle in einem Bereich zusammenzufassen, und

nicht mehr aus der SFG heraus und aus der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung. Das heißt bitte noch einmal: Der Fokussierungsprozeß ist noch nicht abgeschlossen. Setzen wir ihn fort, und überlegen wir uns auch, wie wir zu einem Instrumentarium kommen, das es uns ermöglicht, ins Trudeln gekommene Unternehmen abzufangen. Und daß das immer wieder passieren wird, hat in jüngster Zeit auch die MFL Liezen gezeigt und verschiedene andere Bereiche. Ich glaube, hier kann sinnvolle Wirtschaftspolitik betrieben werden zur Sicherung der steirischen Unternehmen. Ich glaube, das ist etwas, was wir in der Zukunft dringend nötig haben. Danke! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 18.48 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke schön! Der Klubobmann hat freundlicherweise tatsächlich die Überziehung des Kollegen Purr locker hereingebracht. Danke schön.

Der nächste am Wort ist der Herr Kollege Gennaro.

Abg. Gennaro (18.49 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Kollege Purr hat in seiner bekannten Art und Weise sehr emotionell die Fragen der Wirtschaft hier versucht zu erklären. Ich habe mich nur gewundert, Kollege Purr, eines möchte ich dir schon sagen – er ist jetzt gar nicht da, wohl, da hinten bist du, entschuldige –, man soll sich nicht selbst anschwindeln. Und wenn es in den Regionen Probleme gibt, dann sollten wir sie nicht vom Tisch wischen. Sie sind sicher in der Form vorhanden, manchmal mehr, manchmal weniger. Und wenn du von Propagandainformation sprichst, dann darf ich dir schon sagen, der einzige Unterschied zu uns ist, daß wir uns die Propagandainformation selber bezahlen, und nicht über das Landesbudget, wie es andere machen. Und wenn du nur eingangs wieder zurückgeführt hast zum Bauernstand, daß man den nicht totjammern soll – wir haben keine Landwirtschaftsdebatte –, so kann man das nicht im Raum stehen lassen. Die Kollegin Kaufmann hat auch nicht den Bauernstand totgejammert, sondern sie hat sicher die über 40.000, die bereits aus der Landwirtschaft weg sind, beklagt. Das ist ein hoher Unterschied, nur daß es nicht im Raum stehen bleibt. Wenn du bitte sagst, das Sparpaket, und es quasi noch verteidigst, jetzt räume ich dir schon ein, ich weiß, du bist der Vertreter der Wirtschaft, keine Frage, die Wirtschaft ist deshalb zum Sparpaket so ruhig gewesen in den letzten Wochen, weil hier die wenigsten Probleme gesehen wurden. Weil für die Wirtschaft ist nicht viel an Schwierigkeiten drinnen, das muß man einmal sagen. (Abg. Purr: „Weil sie den Ernst der Lage erkannt hat!“) Und ich räume dir ein, ihr habt die Informationen vielleicht gar noch später bekommen als wir, und diesmal hat die Koalitionsregierung, beide Großparteien, das muß man zu unserem Bedauern eingestehen, wir getrauen uns das auch offiziell zu sagen, die Leute nicht informiert. Die haben ein Geheimpapier gehabt, das hat keiner bekommen. Du hast das „Profil“ bedauerlicherweise kaufen müssen, daß du überhaupt weißt, was im Koalitionspapier ausgemacht wurde. So einen Aufschwung hat die Zeitschrift „Profil“ noch nie gehabt, weil alle Nationalratsabgeordneten – wie mir berichtet wurde – auch nur

aus dem „Profil“ ihre Informationen bekommen haben. Und wie wir sie dann bekommen haben, haben wir uns das schon genau angesehen. Kollege Purr, und jetzt frage ich dich, ob du es gelesen hast. Erinnere dich bitte, was beide Großparteien vor der EU-Abstimmung gesagt haben. (Abg. Purr: „Du brauchst nicht jammern. Wir stehen am Topf der Steuergelder, den ihr 20 Jahre lang entleert habt!“) Ja, aber beim Ausgeben seid ihr alle mit dabei gewesen. Ihr habt euch auch nicht zurückgehalten. Ihr habt nie einen Antrag gestellt, nicht soviel für eure Ressorts. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Purr: „Das Geld wurde beim Fenster hinausgeschmissen – unter Kreisky!“) Und dem jammern heute viele nach. Viele ÖVP-Unternehmer sagen, sie wären noch froh, wenn sie den Kreisky hätten, der hat noch ein bißchen Verständnis gehabt für Menschen in den Regionen und in den Betrieben. Aber lenkt nicht ab von dem Problem! Du hast festgehalten, daß in dem Koalitionspapier, im Sparpaket – Gott sei Dank – es so läuft, ich sage dir, und das sage ich überwiegend als Gewerkschafter, ich finde es bedauerlich, daß alle beiden Vertreter unserer Parteien vor dem 12. Juni und vor der Wahl gesagt haben, zu Fragen der Wirtschaft hat es Programme gegeben, Österreich muß als Industriestandort attraktiv bleiben, das wollen wir durch weitere Verbesserung der Infrastruktur, durch Unterstützung von Zukunftstechnologien, durch gezielte Förderungen erreichen. Der Staat muß seine lenkende, helfende und fördernde Rolle der Wirtschaft wahrnehmen, wenn es um Investitionen und um internationale Konkurrenzfähigkeit geht, um die regionale Entwicklung und vieles mehr. Wir bekennen uns zur Förderung der Wirtschaft, weil wir sie ja auch für die Dienstnehmer dementsprechend brauchen. Und jetzt steht im Sparpaket, das du so begrüßt (Abg. Purr: „Wir brauchen beide, Dienstnehmer und Dienstgeber!“), Kollege Purr, im Sparpaket, das du beklatscht hast, wirst du als Unternehmer genauso zur Kasse gebeten, weil die Investitionen, heißt es, sollen gekürzt werden. (Abg. Purr: „Für mich ist morgen der 15.!“) Reg' dich nicht so auf, die Frau Doktor ist schon in Sorge, daß dir etwas passiert. Frau Doktor, so reize ich ihn nicht, daß Sie Angst haben müssen. Die Investitionen sind zu senken bei Großprojekten in Bereichen der Wirtschaft und Forschung, Verkehrsinfrastruktur und, und, und zur notwendigen Budgetkonsolidierung. Wir wissen alle, was das heißt. Und gerade in der Steiermark haben wir uns bemüht. Ich muß sagen, ich bin froh, heute auch hier an dieser Stelle, einen positiven Wirtschaftsbericht zu geben. Ich stehe dazu, was wir in den Parteienverhandlungen – in sehr langen, aber doch konstruktiven – erreicht haben. Wir können heute sagen, wir haben ja nach wie vor in der Steiermark ein gemeinsames politisches Problem, lieber Kollege Purr. Das ist die Wirtschaftseindlichkeit, die sich da und dort überall in unserem Land zeigt. Jeder, der einen Betrieb irgendwo beginnen will, stehen Tausende auf, die einen gesicherten Arbeitsplatz haben, die bitte keine Existenzängste haben, und verhindern, daß man Betriebe zusammenbekommt. Das ist unser Problem, das wir haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich bin sicherlich erfreut darüber, daß ich sagen kann, daß der ÖAAB, der Kollege Schützenhöfer und viele auch der Volkspartei – da muß ich einmal die Frau Dr. Karisch lobend erwähnen, was mir zwar

schwerfällt, aber ich mache es, weil sie gemeint hat, als sie angeblich berufen würde, unter den Voraussetzungen mache ich das sicher nicht, was da im Sparpaket drinnen ist. Es hat schon bei euch auch Leute gegeben, die sehr wohl verstehen und wissen, was das unter dem Strich bedeutet. Auch die Arbeitnehmervertretung des ÖAAB. Deshalb stehen wir auf und sagen, in der Form kann es nicht kommen. Es wird nicht erwähnt der ISG Pleitenfonds, ja lieber Kollege Purr, dann muß ich dir sagen, es ist, Gott sei Dank, aber mit Stimmen der ÖVP im Parlament beschlossen worden, eines der sozialsten Gesetze, das wir in Österreich seit 1945 haben. (Abg. Purr: „Wir zahlen ihn!“) Den zahlst du? Den zahlt bitte nicht der Unternehmer aus seiner eigenen Tasche, genauso wie er die Wirtschaftskammerumlage nicht aus seiner Tasche bezahlt, das wird im Betrieb erarbeitet. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist umgekehrt – auch Gelder der Arbeitnehmer. Wir waren es, die damals gesagt haben, bitte macht nicht den Fehler und reduziert diesen Fonds, denn der Kreditorenschutzverband ist keine SPÖ-Einrichtung, ist keine gewerkschaftliche Einrichtung. (Abg. Purr: „Gott sei Dank!“) Der sagt dir ganz genau, wo die Ursachen der Insolvenzen liegen. Und bitte, überwiegend sicherlich nicht bei den Dienstnehmern, die können es nicht beeinflussen. Und es gibt viele kleine Unternehmer, die durch die Fahrlässigkeit von verschiedenen Unternehmensführungen mitfahren. Die sind zu bejammern. Die kommen dran. Man sollte eigentlich im Umkehrschluß die verurteilen, die leichtfertig eine Insolvenz herbeiführen, aber nicht die Dienstnehmer dementsprechend belasten. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn du sagst, Eigenkapital, da bin ich auch beim Kollegen Vesko, der festgestellt hat, daß die Betriebe überwiegend wenig Eigenkapital haben. Ich glaube, daß wir mit zunehmendem Wachsen der Wirtschaft – und das spüren wir ja, und da bin ich auch bei dir – gerade in der Steiermark auch von diesem internationalen konjunkturellen Aufschwung mitprofitieren, und ich hoffe nur, daß das noch stärker ansteigen wird. Aber wenn man dann hergeht und sagt, das Arbeitsinspektionsgesetz ist unverantwortlich, dann frage ich dich, wo deine Leute im Parlament waren, die das mitbeschlossen haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Du müßtest viel mehr, Kollege Purr, und das tue ich, einen Hut vor den Unternehmern ziehen, die ordentlich nach den Gesetzen ihre Dienstnehmer bezahlen, die Arbeitszeiten einhalten, und nicht die schwarzen Schafe, die sich aufregen, weil sie kontrolliert werden, weil sie die Leute betakeln. Um das geht es bitte. (Abg. Purr: „Das kannst du nicht verantworten!“) Ich kann es schon verantworten, da gibt es sogar Unternehmer, die selber sagen, es ist ein Skandal, daß sich die aufregen, die es nicht einhalten, denn, der objektiv alles einhält, der hat keine Schwierigkeiten. Und ich bin sehr dankbar, daß wir uns im Land Steiermark auch dazu bekennen, und ich möchte auch der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic in der Frage einen Dank aussprechen. In den letzten Jahren, wo die Wirtschaft zwar angezogen hat, haben wir aber trotzdem noch Probleme in der Steiermark gehabt.

Ich erinnere an die Maschinenfabrik Liezen, ich erinnere an Pengg/Thörl, ich erinnere an die Situation

in Donawitz. Das Land hat sicherlich mit dem Finanzreferenten und mit der zuständigen Referentin, mit Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic, in unbürokratischer Art und Weise eingegriffen. Denn, meine Damen und Herren, Hilfe ist nur dann sinnvoll, wenn ich sie brauche, nicht verzögere. Wer rasch hilft, hilft gerne und gut. Alles andere ist daneben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich freue mich, daß diese Hilfe Früchte gezeigt hat, und das kann man festhalten. Wir haben in Donawitz eine hervorragende Situation, und wir haben zum Beispiel auch in der Verstaatlichten eine gute Situation, weil die Preissituation international ansteigt. Es ist ja nicht so, daß ein paar jetzt so gut wirtschaften. Das hat auch andere Einflüsse. Aber auch in der Privatindustrie, Pengg/Thörl, aktive Betriebsgebarung, alles hat sich gelohnt, steht gut da. Wir sind heute froh, daß wir das gemacht haben. Vor allem aber ist wichtig, daß wir in den Regionen die Arbeitsplätze erhalten können. Wo würden die sonst hingehen? (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben auch noch ein Problem, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, und ich weiß, daß Sie auch hier schon ein Gespräch geführt haben, und das betrifft Judenburg. Auch ich war einer, der sofort verteidigt und gesagt hat, eines kann man nicht machen, auch von der Verstaatlichten nicht, ausgliedern, Börsengang. Das haben ja viele der rechten Reichshälfte wollen, und jetzt haben wir Schwierigkeiten. Jetzt sagt man, es gibt schon einen Unternehmer aus Deutschland. Der steigt ein, und 50 Millionen Schilling will er haben, damit er den Betrieb bekommt. Ja aber bitte, dann ist in der Verantwortung sicherlich auch der Bund zu nehmen, die ÖIAG, und das Land wird sich nicht vorbeiswindeln oder überhaupt absentieren können. Es wird auch das Land im Interesse der 650 Dienstnehmer, so hoffe ich, Frau Landeshauptmann, einen kleinen Beitrag leisten, der vertretbar ist im Sinne der Regionalpolitik und der Beschäftigungspolitik. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Es wurde bereits erwähnt, und ich unterstreiche das, wir haben Gott sei Dank gegenüber dem Vorjahr eine sehr positive Entwicklung. Und ich hoffe, daß das Wirtschaftswachstum, das man in einem gewissen Ausmaß braucht, weiter anhält. Es spielen natürlich viele Faktoren für die verbesserte Konjunktur mit. Wir haben Investitionen, und auch das wurde bereits erwähnt, gemacht. Traurig stimmt mich nur, daß trotz der guten Wetterlage, und der Landessekretär Gottlieb hat das sehr klar und deutlich festgestellt, die Bauwirtschaft eigentlich trotz dieser Situation eine hohe Arbeitslosenquote hat. Irgendwer im Hause hat gemeint, das stimmt nicht, daß die Unternehmer einfach die Leute kündigen, weil sie sich etwas ersparen wollen. Na bitte, was dann, weil jetzt kann sich keiner ausreden, daß die Beschäftigung nicht gewährleistet wird bei dem auf der einen Seite guten und milden Wetter, und für den Tourismus, haben wir gehört, schlechten. Das stimmt sicherlich, weil sonst würde die Arbeitslosigkeit am Bausektor nicht so groß sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vielleicht noch zu einem Thema, wo ich glaube, daß wir gemeinsam aufgerufen sind, in aller Kürze etwas

sagen. Das ist das Thema Energie- beziehungsweise Strompreise. Ich verurteile hier genauso die Verbundgesellschaft, weil man beim Wirtschaftsministerium jetzt eine Strompreiserhöhung von über 6 Prozent eingebracht hat, vorher war es mehr. Die Preiskommission hat nach langer Prüfung 2,8 Prozent Erhöhung zugestanden. Auf der einen Seite hört man dann, auch für die STEWEAG, eine Erhöhungsgenehmigung von 2,63 Prozent, und es wird sich um 0,8 Prozent erhöhen, weil die STEWEAG zwangsläufig 30 Prozent vom Verbundstrom zukaufen muß. Auf der anderen Seite hört man dann vom Verbund, daß wir Überkapazitäten haben. Durch den Ausbau des Donaukraftwerkes Freudenau wird sich die Überkapazität auf zirka 18 Prozent bewegen. Jetzt müssen wir den Strom exportieren, müssen Geld dazuschießen, daß wir ihn überhaupt billig ins Ausland geben können, und intern steigen die Strompreise. Das kann keiner verstehen. Hier sind wir auch aufgerufen, mitzuwirken, Frau Dr. Karisch von der Konsumentenberatung. Fordern wir hier einen sozialen Stromtarif, daß wir unsere eigene heimische Energieerzeugung nützen, daß wir Sozialtarife für die Menschen schaffen, die sich keine E-Heizung leisten können, die aber Schwierigkeiten haben, Kohlen aus dem Keller zu tragen, weil sie alt, kränklich und so weiter sind. Hier sind wir aufgerufen, gemeinsam zu schauen, daß man nicht zum Nulltarif oder verbilligten Strom ins Ausland verschleudert, und wir haben die Schwierigkeiten. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Präsident, wie viele Minuten habe ich noch? (Präsident Mag. Rader: „Fünf Minuten!“) Fünf Minuten. Gut, ich brauche sie aber nicht mehr.

Ich möchte nur zum Schluß noch auf ein Thema eingehen, vielleicht auch nur streifen, weil es heute in der Verkehrsfrage nicht erwähnt wurde. Das ist die vorzeitige Inbetriebnahme und das Bemühen des Verkehrsverbundes für die Obersteiermark. Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic, Sie haben gesagt, Sie werden sich bemühen, daß er mit 1. Jänner 1996 in Kraft tritt. Wir wissen sehr wohl, wie jetzt die Entwicklung ist. Wenn wir uns das Chaos in Graz anschauen, wie es sich zur Zeit tagtäglich abspielt, dann ersuche ich Sie, daß man schneller diesen Verkehrsverbund auch für die Obersteiermark zum Tragen bringen kann und nicht über ein ganzes Jahr zuwartet.

Zu dem Güterterminal Werndorf, der auch nur angeschnitten wurde, möchte ich auch noch etwas sagen. Dort hat es geheißen, es gibt keine Berechnung. Mir liegt von der ÖBB schon eine Berechnungsstudie vor, daß der volkswirtschaftliche Nutzen pro Jahr rund 3 Milliarden Schilling sein wird. Es wird nur immer hin- und hergeschoben. Ich glaube, die Wirtschaft braucht auch diesen Terminal, und wir sollten hier vom Land nicht Ballspielen anfangen, sondern es wird uns von Wien aus immer gesagt, das Geld liegt bereit, nur müßt ihr in der Steiermark entscheiden. Entscheiden wir, denn dann haben wir für unsere Wirtschaft auch einen Erfolg. Abschließend, ganz zum Schluß, darf ich ganz offiziell allen Unternehmern und allen Dienstnehmern für ihre hervorragenden Leistungen herzlich danke sagen, denn nur durch den Fleiß und Einsatz aller, vom Unternehmer bis hin zu den arbeitenden Menschen, können wir unser Land

so präsentieren, wie es jetzt dasteht. (Beifall bei der SPÖ. – 19.03 Uhr.)

Präsident Mag Rader: Nächster am Wort ist der Herr Kollege Dr. Frizberg.

Abg. Dr. Frizberg (19.03 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Gennaro, darf ich gleich am Schluß einsteigen – Terminal. Das ist keine Landesfrage, das zu entscheiden, und dein Kollege Schrittwieser könnte dich hier durchaus aufklären. Das ist eine reine Sache der Österreichischen Bundesbahn und der Infrastruktur im Bund. Wir haben mit dem Herrn Generaldirektor Draxler, damit wir dich informieren, ausgemacht, daß wir ihn selbstverständlich gerne unterstützen dabei, wenn er hier versucht, das Risiko für seine Bahn zu minimieren. Wir haben ihm auch bereits Ansprechpartner gebracht, die bereit sind, hier für die Finanzierung zu sorgen, und die bereit sind, auch in das Gesamtprojekt miteinzusteigen. Nur, eines geht bitte nicht, daß bei jedem steirischen Projekt plötzlich rein privatwirtschaftliche Kriterien vom Bund, wenn es um Infrastruktur geht, angesetzt werden und bei jedem nichtsteirischen Projekt alles selbstverständlich vom Bund finanziert wird. Dagegen müssen wir uns wehren, und dagegen sollten wir auch gemeinsam auftreten hier in diesem Lande. Damit bin ich beim Verkehrsverbund – auch ein Satz dazu: Hier handelt es sich anscheinend um innerfraktionelle Probleme der SPÖ, weil ich kann mich sehr gut an die Budgetrede des Herrn Finanzreferenten erinnern, der gesagt hat, die Frage, daß der Verkehrsverbund in der Obersteiermark kommt, ist für ihn eine gefährliche Drohung aus seiner Sicht des Budgets. Bitte, redet einmal intern, wie das zu betrachten ist. Wir sitzen selbstverständlich in einem Boot und müssen uns anstrengen, daß wir es möglichst bald zustandebringen, und ich weiß, daß es auch bei der Frau Landeshauptmannstellvertreterin sehr, sehr gut aufgehoben ist, besser, als wenn es woanders wäre, wenn ich das gleich festhalten darf.

Zum Koalitionspapier: Natürlich haben wir nicht mit allem Freude, was hier drinnensteht, das ist kein Zweifel, aber mir kommt schon so vor, daß wir insgesamt in einer Sonnenscheinrepublik leben. Wir sind immer dabei, wenn es um etwas zu verteilen geht, und niemand will dabei gewesen sein, wenn die Töpfe dann leer sind, wenn es wiederum darum geht, auch dafür Sorge zu tragen, daß das, was wir in langen Jahren erwirtschaftet haben, dem Grunde nach nicht gefährdet wird, sondern wieder gesichert wird, um für spätere Zukunft für unsere Nachkommen wieder einen Ausbau entsprechend zu ermöglichen. Hier spreche ich sehr wohl den Kollegen Vesko an, der hier zur Steuerreform nur das Negative aufgegriffen hat, nämlich die Frage einer 13. Umsatzsteuerzahlung, und die vielen positiven Effekte, die den Wirtschaftsaufschwung, den man heute allgemein anerkennt, überhaupt erst gebracht haben, sehr gerne verschweigt, weil das wäre natürlich ein Positivum für die Koalitionsregierung. Da will man von der freiheitlichen Seite natürlich nichts wissen.

Ganz kurz noch zu den Insolvenzen: Herr Kollege Gennaro, wenn wir bei den Insolvenzen in der Abwicklung, in dem Versuch der Sanierungen Probleme

bekommen, dann meistens von den Sozialversicherungen, insbesondere von der Gebietskrankenkasse und insbesondere auch von der Beratung der Gewerkschaft. Was wird denn gemacht? Es wird in jedem Fall so beraten, daß die gefährdeten Betriebe auf jeden Fall alle Abfertigungsansprüche auszahlen müssen, auch wenn die Arbeitnehmer am nächsten Tag im selben Betrieb, am selben Arbeitsplatz, oft unter selben Konditionen weiterarbeiten können. Das sind zig Millionen, mit denen die Konkurse, mit denen die Ausgleichs belastet werden, die wir uns ersparen könnten, wenn wir endlich hier weiterkämen und sagen könnten, wenn ein Betrieb fortgesetzt wird in einer anderen Form, dann gilt das als Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses, dann würden wir uns Millionenbeträge ersparen und auch Milliardenbeträge im Insolvenzausgleichsfonds, der mittlerweile so pleite ist, daß schon wieder an Abgabenerhöhungen gedacht ist, nur um diesen Fonds wieder entsprechend zu füllen, der einseitig aus meiner Sicht teilweise mißbräuchlich auch immer wieder entleert wird. Da sollten wir einmal gemeinsam nachdenken, weil aus meiner Sicht ist das eine mißbräuchliche Verwendung, wenn hier für Arbeitnehmer Abfertigungen erzwungen werden, obwohl sie am selben Arbeitsplatz unter den selben Konditionen weiterarbeiten können. Das ist ein Fehler, den wir alle noch bezahlen müssen.

Kommen wir direkt zur Frage Judenburg. Und da haben wir eines der Beispiele, wo die Steiermark über lange Jahre dafür gezahlt hat, daß man von Wien und von Linz aus unsere steirischen Betriebe zentralisiert hat, verstaatlicht hat und eigentlich über Jahrzehnte hindurch jede Strukturverbesserung verhindert hat. Wenn es jetzt darum geht, daß nach langen Jahren die ausgegliederten und verselbständigten Betriebe eigentlich nicht mehr die großen Sorgenkinder der Verstaatlichten sind, wenn ich mit AMAG und dergleichen im Donauraum vergleiche, und wenn es jetzt darum geht, eine Möglichkeit zu finden, hier auch Judenburg zu einer Zukunft zu verhelfen, so lehne ich auf das allerschärfste die Vorgangsweise ab, die hier von einigen Sozialdemokraten eingegangen wurde, nämlich auf Bundesebene zu verhandeln, auf Bundesebene durchaus auch einen Bieter zu bevorzugen, mit dem wir auch sehr gut leben könnten und auch vielleicht besser könnten als mit dem Bestbieter, den man ja auch anscheinend gemeinsam nicht will. Und dann einen Tag vor einem Ablauf eines Datums an die Frau Landeshauptmann heranzutreten und zu sagen, wenn bis morgen nicht bezahlt wird, dann sind Sie schuld, wenn irgendwas nicht geht, solange Sie mit solchen Methoden hier in diesem Lande operieren, kann in diesem Land nicht konstruktiv gearbeitet werden, weil das eine einseitige Schuldzuweisung ist. Das ist der Versuch, einseitig, wenn es gut geht, waren alles Sie, wenn es negativ war, dann ist es die Frau Landeshauptmannstellvertreterin. Die soll dann über Fax, das irgendein Herr Korp ihr schickt und dergleichen mehr, dann sofort eine Zusage in Millionenhöhe geben. Hören Sie mit diesen Methoden endlich einmal auf, darf ich Ihnen raten. (Abg. Korp: „Ich werde Ihnen eine Antwort geben. Das ist keine Methode, sondern Einsatz für einen Betrieb in unserer Region, für den ich mich mit Begeisterung einsetze, ob Ihnen das paßt oder nicht!“) Herr Korp, kämpfen wir gemeinsam für diese 650 Arbeitsplätze, aber lassen Sie

das miese Spiel am Rücken dieser Arbeitnehmer. Hören Sie endlich auf damit. (Abg. Korp: „Wenn Sie ‚mies‘ sagen, dann sind Sie es als Unternehmer!“) Also bitteschön! In Judenburg bin ich gerne bereit, ein paar Arbeitnehmer zu beschäftigen, aber mir ist nicht bekannt, daß ich mit diesem Unternehmen überhaupt nur in Geschäftsverbindung stehe. Also das hier einzuwerfen zeigt, welchen Charakter Sie hier vertreten, aber das müssen Sie selber verantworten.

Meine Damen und Herren, die Frage, wie hier in diesem Lande auch das letzte Einvernehmen gefährdet wird, habe ich an Hand dieses Beispiels auch versucht zu zeigen. Und genau gleich geht man auch in den letzten Tagen mit der Frage der Europäischen Integration um. Ich habe dem Kollegen Gennaro schon gesagt, ich verstehe ihn nicht ganz. Wir haben seit Bestehen des Ausschusses für Europäische Integration mit einer einzigen Ausnahme alle Beschlüsse nach langen und zähen Verhandlungen jeweils einstimmig getroffen, also alle hier im Landtag vertretenen Parteien. Wir haben immer noch einen Konsens gefunden, weil wir das gewollt haben. Wir haben auch immer noch wechselseitig die Information so gepflegt, daß jeder sagen hat können, er hat damit leben können. Und wir haben immer noch einen Weg gefunden, der dieser Steiermark es ermöglicht hat, unter anderem eine derart breite Gebietskulisse innerhalb Österreichs für die Steiermark in Anspruch zu nehmen. Es war ein Erfolg dieser gemeinsamen Politik, daß wir eine Riesensfläche von unserer Gesamtsteiermark unter 5b-Zielgebieten einreichen konnten, und es war ebenso ein Erfolg, daß wir eine sehr große Fläche, nämlich Obersteiermark-Ost und Obersteiermark-West inklusive Voitsberg, auch eingereicht haben für die Ziel-2-Förderung. Ich verstehe Sie überhaupt nicht, warum jetzt dieser gemeinsame Weg Schritt für Schritt – ich frage mich, ob das ein Auftrag ist, ich frage mich, ob Sie nicht mehr gemeinsam wollen – verlassen wird.

Beispiel Nummer eins: Wir hatten hier angrenzend im Rittersaal die Besprechung der Programmgruppe Steiermark mit den angrenzenden Bundesländern, mit den Bundesministerien, die dafür zuständig sind, und es ist hier gelungen, unsere Programme zu präsentieren und die anwesenden Herren der Ministerien wie auch der anderen Bundesländer haben ausdrücklich das, was wir an steirischen Programmen hier vorgebracht haben, besonders hervorgehoben und auch als Vorbild akzeptiert. Soweit so gut. Ich habe auch akzeptiert, daß die SPÖ-Fraktion erklärt hat, sie hat eine Besprechung, sie kann an dieser Programmsitzung nicht teilnehmen, und sie muß sich leider verabschieden. Kein Problem, das gibt es immer wieder. Aber daß dann am nächsten Tag die Kollegen Trampusch und Heibl in die Presse hinausgehen und erklären, wir von der SPÖ müssen jetzt was in die Hand nehmen, weil da passiert nichts in Sachen EU-Förderung, daher müssen wir jetzt stellvertretend das Ganze machen, da kann ich Ihnen empfehlen, Herr Kollege Heibl, wären Sie bei der Programmsitzung dabeigewesen, dann hätten Sie gewußt, was in diesem Lande passiert. Da können Sie sich diese Pressemeldungen ersparen. (Abg. Heibl: „Bis heute hat es in den Regionen Leibnitz und Deutschlandsberg noch keine Sitzung gegeben. Wir haben uns bemüht und

die Initiative ergriffen. Das sollten Sie positiv, und nicht negativ sehen!") Einverstanden, ich komme darauf zurück. Sie kennen mich. Machen wir es positiv. Wir werden auch dort gemeinsam weiterkommen. Aber so, daß Sie herinnen nicht dabei sind und uns dann draußen beschimpfen, daß nichts geschieht, bitte, die Vorgangsweise ist es (Abg. Heibl: „Auf zwei Stühlen kann man nicht sitzen!“), die Sie sich überlegen sollten, ob das einem Einvernehmen förderlich ist oder ob das nicht auch wieder ein Beispiel ist, wie man versucht, die letzten Gemeinsamkeiten in diesem Lande zu zerstören.

Und damit komme ich wieder zurück auf die Obersteiermark. Wenn heute, hier, eine Unterlage an alle Industriebetriebe in der Obersteiermark verschickt wurde, daß uns droht, daß wir aus dem Zielgebiet 2 Obersteiermark-West herausgestrichen werden, dann ist das eine Angstmacherei und der Versuch, wiederum einseitig die Zusammenarbeit zu kündigen, einseitig zu sagen, hier im Land sei irgend etwas nicht gelungen. Ich sage Ihnen eines, das wird niemandem helfen, wenn Sie solche Protestresolutionen herausgeben, die überhaupt nichts bewirken in der Tatsache, außer, daß Sie die Frau Landeshauptmannstellvertreterin anschwärzen wollen, außer, daß Sie den Industriebetrieben sagen, da kümmert sich niemand um sie, Sie erreichen inhaltlich mit so einer Vorgangsweise gar nichts. Ich ersuche Sie, bleiben Sie in der Frage der Europäischen Integration im gemeinsamen Boot. Wir bieten Ihnen weiterhin auch die Zusammenarbeit an. Sie hätten es allein zu verantworten, wenn Sie hier dieses gemeinsame Boot verlassen wollen. (Beifall bei der ÖVP. - 19.15 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Wortmeldung die Frau Kollegin Dr. Bachmaier.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (19.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Der österreichische Arbeitnehmer zählt durch das jüngst beschlossene Koalitionsübereinkommen zu jenen, die durch das Sparpaket am meisten benachteiligt werden. Von den Maßnahmen, die zur Budgetsanierung ergriffen werden sollen, sind vor allem Bezieher von kleineren Einkommen betroffen. Dieser Vorgangsweise kann in der paktierten Form aus Arbeitnehmersicht keinesfalls die Zustimmung erteilt werden. Insbesondere halte ich die geplante Streichung des Familienzuschlages, das sind 20, 30 Schilling täglich, zum Arbeitslosengeld für äußerst bedenklich. Was macht zum Beispiel ein Familienvater, der eine nicht verdienende Ehefrau und zwei unversorgte Kinder hat, wenn er arbeitslos geworden ist und nunmehr den Familienzuschlag von je 600 Schilling monatlich, das sind in meinem Beispiel für drei Personen 1800 Schilling, nicht mehr erhält? Die Lebenshaltungskosten, Mieten und dergleichen werden nicht billiger. Weiters beträgt die derzeitige Notstandshilfe 92 Prozent des Arbeitslosengeldbezuges. Auch dieser Betrag soll reduziert werden. Jene Personen, die dadurch ohnedies schwer benachteiligt werden, daß sie arbeitslos geworden sind, werden nunmehr zweimal bestraft. Der erste Anschlag auf Arbeitnehmerrechte ist ja bereits mit der Be-

schäftigungssicherungsnovelle im Jahr 1993 passiert, mit welcher das vierjährige Altersarbeitslosengeld abgeschafft wurde. Diese Regelung sollte älteren arbeitslosen Menschen einen sanfteren Übergang in die Pension gewähren. Sicherlich nicht Stein der Weisen, aber besser, als jüngere Arbeitnehmer freizusetzen und somit ganze Familien in ihrer Existenz zu gefährden. Von dieser Streichung dieses Altersarbeitslosengeldes sind sehr viele ältere Arbeitnehmer betroffen. Gleichzeitig wurden die Zumutbarkeitsbestimmungen für die Vermittlung am Arbeitsmarkt verschärft. Nunmehr will die Koalition auch noch die Sonderunterstützung abschaffen, die Frauen zwischen dem 54. und 55. und Männer zwischen dem 59. und 60. Lebensjahr bis zum Pensionsalter beanspruchen konnten. Ich frage mich, was ein arbeitslos gewordener älterer Arbeitnehmer, der seinen Arbeitsplatz verloren hat, nun tut, wenn er nach dem Arbeitslosengeldbezug, der nunmehr maximal ein Jahr beträgt, noch zu jung für die Pension ist, aber zu alt, um noch einmal einen Arbeitsplatz zu finden? Noch ärger würde diese Streichung der Sonderunterstützung jene Arbeitnehmer treffen, die bereits im Altersarbeitslosenbezug sind und mit 55 beziehungsweise 60 Jahren die vorzeitige Alterspension wegen langer Arbeitslosigkeit beanspruchen möchten. Dies würde dann nicht mehr möglich sein, da diese Art der Pension nur beantragt werden kann, wenn unmittelbar vor Anfall des entsprechenden Alters ein Jahr lang eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung gewährt wird. Das wäre entweder die Sonderunterstützung, das Arbeitslosengeld oder die Notstandshilfe. Sonderunterstützung würde es dann keine mehr geben. Notstandshilfe erhält beispielsweise eine Frau, deren Ehegatte ein entsprechendes Einkommen hat, nicht mehr, das vierjährige Altersarbeitslosengeld ist bereits erschöpft, so daß die Folge sein kann, daß eine 55jährige arbeitslose Frau warten muß, bis sie 60 Jahre alt wird, es sei denn, sie hat 35 Versicherungsjahre, um dann in Pension gehen zu können. Schließlich frage ich mich, ob mit dem nunmehr geschnürten Sparpaket nicht in die persönliche Sphäre der Familien zu weit eingegriffen wird, nachdem die Familienbeihilfe gekürzt und das zweite Karenzjahr eingeschränkt werden soll. Wer wird unsere Pensionen bezahlen, wenn wir uns heute überlegen müssen, Kinder in die Welt zu setzen, weil wir sie uns finanziell unter Umständen nicht leisten können? (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ja, ich weiß!“) Das betrifft uns alle, Herr Kollege. Da müßten Sie normalerweise schon Interesse für diese Problematik zeigen, die auch hier im Landtag behandelt wird. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist eine Bundesangelegenheit!“) Was haben Ihre Kollegen gerade vorhin gesprochen? Waren das alles Landessachen? Weiters soll gemäß dem Koalitionsübereinkommen bei früherem Pensionsantritt ein Abschlag von der Pension gemacht werden, damit Menschen dazu verhalten werden, später in Pension zu gehen. Das wollen Sie jetzt wieder ändern. Das stimmt aber auch nicht. Die, die früher gegangen sind, haben nicht mehr bekommen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Früher war es anders. Die, die früher gegangen sind, haben mehr bekommen!“) Ich komme noch auf das zu sprechen. Sie meinen wahrscheinlich die Pensionsreform aus dem Jahr 1993, und die ist alles andere als gut. Sie wollen einen

Abschlag von der Pension machen, wenn man früher in Pension geht. Ungeachtet dessen, meine Damen und Herren, daß der höchstmögliche Prozentsatz der ASVG-Pension lediglich 79,5 Prozent beträgt, und das erst nach 45 Versicherungsjahren. Die Pensionsreform des Jahres 1993 hat ohnedies in vielen Bereichen Benachteiligungen für die Menschen gebracht – entgegen manchen Aussagen. Ja, sehr geehrte Damen und Herren, viele gesetzliche Regelungen sind in den letzten Jahren zuungunsten der arbeitenden Menschen in unserem Lande gemacht worden, ohne daß sich die Betroffenen dagegen wehren konnten. Das nunmehrige Sparpaket ist von einer sozialen Unausgewogenheit sondergleichen gekennzeichnet. Sparen auf Kosten der Schwächsten in unserem Land ist mehr als bedenklich, aber offensichtlich der einfachste Weg, weil die Gefahr von Widerständen aus diesen Reihen anscheinend nicht so groß ist. Diese Art, Sparmaßnahmen zu setzen, ist die einfallsloseste, und ich hätte mir von einer künftigen Regierung eigentlich erwartet, daß sie sich der Sparproblematik subtiler widmet. Einfallsreichere und konstruktivere Vorschläge zur Budgetsanierung wären eigentlich nicht zu viel verlangt. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wenn Sie von arbeitenden Menschen reden, dann reden Sie von Arbeitnehmern. Denn arbeitende Menschen sind Unternehmer auch!“) Auch von Ihnen, liebe Kollegen von den anderen Fraktionen. Wer wird denn gleich so empfindlich sein, Herr Klubobmann. Sie wissen genau, was ich meine. Die steirische SPÖ unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dr. Schachner hat sich einhellig und dezidiert gegen diese Belastungen für die Arbeitnehmer ausgesprochen. Seitens der Landes-ÖVP hat es nur vereinzelt, wie zum Beispiel durch Kollegin Karisch gestern in ihrer Generalrede, Kritik gegeben. (Abg. Minder: „Spät, aber doch!“) Die heutigen Reden der Kollegen Purr und Frizberg hingegen sprachen Bände, und es zeigt die Einstellung dieser Partei – Sparen auf Kosten der Schwächsten. Ich hätte mir eigentlich erwartet, daß alle politischen Kräfte im Lande Steiermark gegen diese soziale Unausgewogenheit, die das Sparpaket aufweist, mit aller Vehemenz aufgetreten wären. (Beifall bei der SPÖ.)

Das wären Sie eigentlich den betroffenen Menschen in unserem Lande schuldig gewesen, meine Damen und Herren. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 19.24 Uhr.)

Präsident Mag Rader: Ich danke schön. Nach dieser Wortmeldung aus den Reihen der Opposition erteile ich dem Herrn Abgeordneten Straßberger das Wort. Vielleicht gehört er der Regierung an.

Abg. Straßberger (19.24 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Gestatten Sie mir, daß ich noch einmal auf die Verstaatlichte zurückkomme. Als Betroffener aus dem Mürztal bin ich ja ein Leidtragender dieser Wirtschaftspolitik. Wir wissen genau, welche Bedeutung die verstaatlichte Industrie in unserem Lande gehabt hat bis herauf in die siebziger Jahre, gerade in der Obersteiermark ist fast in jeder Ortschaft ein solcher Standort gelegen. Aber letztendlich hat man bei dieser Wirtschaftsführung den Zug der Zeit verkannt, und

man hat an den alten Strukturen so lange festgehalten, bis es nicht mehr gegangen ist. Leider Gottes waren hier auch Machtstrukturen, und ich darf sagen, parteipolitische Machtstrukturen, vorhanden. Natürlich hat hier die weltweite Rezession im Bereich der Schwerindustrie auch Einfluß genommen auf die verstaatlichte Industrie in unserem Lande, aber letztendlich war es auch so, daß man immer wieder bei einer Umstrukturierung auf falsche Produktpaletten gesetzt hat. Das Resümee dieser falschen Wirtschaftspolitik war, daß wir über 110 Milliarden Schilling hier hineingepumpt und letztendlich aber über 30.000 Arbeitsplätze verloren haben. Es war daher eine Ausgliederung von verschiedenen Betriebszweigen unbedingt notwendig. Eine erfreuliche Sache, das darf ich hier anmerken, ist der Betriebszweig Böhler-Uddeholm. Gerade im Mürztal, in Mürzzuschlag und in Kapfenberg, ist dieser Betriebszweig beheimatet. Aus den Medien und auch aus einem Gespräch mit Generaldirektor Dr. Raidl konnte man erfahren, daß endlich wieder schwarze Ziffern geschrieben werden. Und wie es aussieht, wird Mitte des kommenden Jahres an die Börse gegangen. Es war natürlich unbedingt notwendig, auch diese 2,5 Milliarden Schilling hineinzugeben in diese Betriebsgruppe, um das Eigenkapital von 4 Prozent auf in etwa 20 Prozent anzuheben.

Aber ich möchte auch sagen, nachdem ich diese Betriebsstruktur sehr gut kenne, daß hier auch die Belegschaft einen wesentlichen Anteil dazu beigetragen hat und sie die vorjährige Gehaltserhöhung nicht in Anspruch genommen hat und diese im Betrieb gelassen hat. Hier gehört auch diesen arbeitenden Menschen dort ein Dank ausgesprochen. Gerade diese Firma Böhler-Uddeholm hat sich so entwickelt, daß sie mit 27 Prozent Weltmarktführer bei zwei Produktpaletten ist, und zwar beim Werkzeugstahl und beim Schnellstahl. Wir können nur hoffen, daß diese Gruppe diese 2,5 Milliarden Schilling in absehbarer Zeit – sehr schnell, hoffen wir – an den Eigentümer zurückbringen kann. Mir wurde auch berichtet, daß gerade bei diesen beiden Standorten in Mürzzuschlag und in Kapfenberg keine wesentlichen Betriebskorrekturen und Umstrukturierungen in der Zukunft mehr nötig sein werden. Der Standort Kindberg war immer verbunden mit VOEST-Alpine Donawitz, und in der letzten Zeit konnte man erfahren, daß hier eine Abhängigkeit nicht mehr gegeben ist. Ich hoffe nur, daß diese russische Beteiligung beim Standort Kindberg zum Guten führt. Zu Donawitz möchte ich vorweg nichts sagen, hier wird Herr Prof. Jeglitsch das Nötige dazu sagen.

Was uns im Mürztal ganz besonders freut, und was sicherlich keine leichte Aufgabe war und nach wie vor ist, nachdem ich auch in der Kommunalpolitik tätig sein darf, daß es uns gelungen ist, viele, viele sehr gesunde Betriebe mit Jungunternehmern anzusiedeln, die hochintelligente Produkte erzeugen. Und es sind auch Jungunternehmer, die seinerzeit in der verstaatlichten Industrie tätig waren, zum Beispiel in der Tiefbohrtechnik oder Medizintechnik. Diese Jungunternehmer sind mit ihren Betrieben hoch aktiv und haben einen Exportanteil bis zu 90 Prozent und beschäftigen sehr viele Menschen, die seinerzeit in der verstaatlichten Industrie im Mürztal beschäftigt waren und hier Ersatzarbeitsplätze gefunden haben. In

diesem Zusammenhang darf ich mich auch bei der Wirtschaftsförderung, bei den zuständigen Abteilungsleitern und Hofräten recht herzlich bedanken, wenn wir von den Kommunen her mit verschiedenen Wehwehchen kommen und für die Jungunternehmer vorsprechen, um verschiedene Förderungen zu bekommen. Bei der zuständigen Ressortleiterin darf ich mich auch im Namen vieler Jungunternehmer des Bezirkes Mürzzuschlag bedanken, daß du, liebe Frau Landeshauptmannstellvertreter, immer ein offenes Ohr gehabt hast für diese Region. Wir sind auch stolz, daß wir ganz große Privatfirmen in diesem Gebiet haben, zum Beispiel die Firma Vogel & Noot, über 2000 Beschäftigte, oder die Firma Schrack Erickson in Kindberg, über 300 Beschäftigte, die Firma Zenker-Häuser in Veitsch hat unlängst das 25jährige Bestandsjubiläum gefeiert, beschäftigt auch über 200 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich möchte auch sagen, daß es gerade vor 20, 25 Jahren nicht leicht war, in dieser Region private Betriebe anzusiedeln, denn letztendlich das Lohnniveau war damals sehr angespannt auf Grund der Situation in der verstaatlichten Industrie, und es haben sich dadurch sehr viele Unternehmer einen anderen Standort ausgesucht. Ich möchte noch sagen, daß wir bereits die regionale EU-Arbeitsgruppe gegründet haben, die Konstituierung war bereits, und wir werden uns bemühen, auch die EU-Projekte der Bezirke Mürzzuschlag, Bruck und Leoben auf Grund ihrer Wichtigkeit für diese obersteirische Region rechtzeitig einzugeben. Wir hoffen nur, daß hier auch die nötigen Unterstützungen folgen. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. - 19.31 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Wort ist der Herr Kollege Schuster.

Abg. Schuster (19.31 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe über die wirtschaftliche Situation im Bezirk Voitsberg zum Teil bereits in der Gruppe 0 gesprochen, weil ich damit den Versuch unternommen wollte, den Bezirk Voitsberg im Rahmen der EU noch ins rechte Licht zu rücken. Die Entscheidung wurde heute wieder in Brüssel verschoben, wahrscheinlich auf den 21. Dezember 1994, wie mir gesagt wurde. Ich will jetzt nicht mehr näher darauf eingehen. Was ich Ihnen aber nicht ersparen kann in diesem Kapitel, das ist die aktuelle Situation der GKB und der ÖDK. In den 60er Jahren errichtete man in Graz das Fernheizkraftwerk in der Puchstraße. Mit dem Bau dieses Kraftwerkes, welches für die Abwärmenutzung und Fernwärmeversorgung ausgelegt worden war, sollte die Luftverschmutzung im Großraum Graz verringert und gleichzeitig ein Beitrag zur verstärkten Nutzung der weststeirischen Braunkohle sowie zur Erhaltung der Arbeitsplätze in diesem Bergbauggebiet geleistet werden. In den letzten Jahren wurde dieses Kraftwerk aus Umweltschutzgründen gänzlich auf Erdgasbetrieb umgebaut, so daß ein Bedarf an Kraftwerkskohlen nur noch in Voitsberg für das in den siebziger Jahren von der ÖDK neu gebaute Dampfkraftwerk Voitsberg III besteht. Dieses Kraftwerk ist mit allen Umweltschutzvorrichtungen ausgerüstet und auch für die Fernwärmeversorgung bis zu 37 Megawatt der Gebiete

Voitsberg, Köflach und Bärbach vorgesehen. Bei Vollausslastung hätte dieses Kraftwerk einen Kohlebedarf von zirka 1,5 Millionen Tonnen jährlich. Der zwischen der ÖDK und der GKB ausgehandelte Kohleliefervertrag sieht eine Abnahmeverpflichtung von einer Million Tonnen pro Jahr plus minus 10 Prozent vor. Damit könnte das Kraftwerk durchschnittlich zirka 4000 Stunden pro Jahr in Betrieb sein. Für den Kraftwerkseinsatz zeichnet die Verbundgesellschaft verantwortlich. Da diese aber das Kraftwerk in den letzten Jahren nur unzureichend einsetzte, zum Beispiel 1992 und 1993 nur etwa 1200 Stunden, im Winter 1994 240 Stunden und im Sommer 1994 1080 Stunden, liegen mehr als 2,6 Millionen Tonnen Kraftwerkskohle auf Halde. Außerdem mußte die STEWEAG in den letzten Jahren die Fernwärme für die zirka 5800 Stunden langen Heizperioden während zirka 4600 Stunden mit Zusatzkesseln, in denen Importgas verfeuert wurde, für diese Region bereitstellen. Diese Vorgangsweise, meine Damen und Herren, widerspricht dem steirischen Energieplan insofern, als der heimischen Energienutzung und der Abwärmenutzung aus Kraftwerken der Vorzug eingeräumt werden müßte. Die Folge dieser Vorgangsweise der Verbundgesellschaft, die eher bereit ist, billigen Atomstrom aus dem Ausland zu beziehen, ist, daß die Kohlenhalde so eine Größe erreicht hat, daß keine weitere Kohle gelagert werden kann und damit der Kohleabbau unter Freisetzung von Bergleuten in einer Region, in der die Arbeitslosenrate zur Zeit bereits 9,6 Prozent beträgt, gedrosselt werden muß. Durch den Rückgang des Braunkohleeinsatzes haben sich die Arbeitsplätze im weststeirischen Kohlebergbau bereits von mehr als 6000 Bergarbeitern im Jahre 1957 auf derzeit zirka 545 verringert. Wenn das Kraftwerk Voitsberg III weiterhin so wenig eingesetzt wird, kann es passieren, daß die Kohle nur noch am Stock gekauft wird und weitere Bergarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren beziehungsweise auch im Kraftwerk ÖDK Arbeitsplätze - derzeit sind zirka 211 Arbeitnehmer beschäftigt - gefährdet werden.

Der Abnahmevertrag könnte nämlich auch auf diese für die Bergarbeiter nachteilige und unzumutbare Art und Weise erfüllt werden. Im Dampfkraftwerk Voitsberg III kostet die Kilowattstunde an Brennstoffen plus Umweltschutzmaßnahmen zirka 48 Groschen und ist sicher damit teurer als Importstrom. Trotzdem sollte die Verbundgesellschaft wieder aufgefordert werden, bei der Kraftwerkeinsatzplanung nicht nur betriebswirtschaftliche, sondern auch volkswirtschaftliche Interessen zu berücksichtigen und das Dampfkraftwerk Voitsberg III während der Heizperioden in den Winterhalbjahren so einzusetzen, daß genügend Wärme ausgekoppelt werden kann und die mit Erdgas befeuerten Zusatzkessel der STEWEAG für die Fernwärmebereitstellung nicht eingesetzt werden müssen sowie daß die Kohlenhalde abgebaut und jährlich mindestens die zwischen den ÖDK und der GKB vertraglich vereinbarte Abnahmemenge von der Kraftwerkskohle auch verstromt werden kann. Damit sollen die noch verbleibenden Arbeitsplätze im weststeirischen Kohlenbergbauggebiet auch in den nächsten Jahren erhalten bleiben. Soviel zur GKB und ÖDK.